

3. Zweiter Bürgermeister im ernannten Senat unter Kaisen

1. August 1945 bis 29. Oktober 1946

Mittwoch, 1. August 1945

[...]

Kaisen besucht Vagts und teilt ihm die Anfrage Welkers mit.

Nachmittags 3 Uhr Vagts bei Welker. *Welker sagt ihm, die politische Konstellation ließe nicht zu, daß ein so hohes Amt von einem Herrn innegehabt werde, der jahrelang Vertreter der nationalsozialistischen Regierung in Berlin gewesen sei.* Das war auch vor drei Monaten bekannt, als Vagts berufen wurde! Es ist nur ein fadenscheiniger Vorwand dafür, daß die Antifaschisten-Liga und ihre Freunde im amerikanischen Hauptquartier in Frankfurt über die konservativen und bürgerlichen Elemente, zu denen auch der Governor gehört, gesiegt haben. Steht auch dahinter der russische Einfluß? – Amerikanisch: Angebot des Wagens an Vagts; deutsch: die Ablehnung Vagts’.

Um 4 Uhr Kaisen bei Welker. *Kaisens Bedingungen von Welker angenommen*, darunter die Schaffung einer zweiten Bürgermeisterstelle, die ich erhalten soll, die Regelung der Polizeifrage, der Frage der Beamtenentlassungen usw. Kaisen hat betont, er werde immer offen seine Meinung sagen und müsse Vertrauen haben. Welker wünscht, daß Kaisen eine Dienstwohnung in der Kohlhöckerstraße bezöge; Kaisen lehnt ab, wie Vagts das angebotene Auto abgelehnt hat. Kaisen spricht immer sehr eindrucksvoll, weil alles bei ihm aus einem heißen Herzen und aus warmer Anteilnahme an den deutschen Mitmenschen fließt; er hat eine Wucht der Persönlichkeit, die trotz ihrer Ungehobeltheit und Grobheit nicht ohne Eindruck auf die Amerikaner sein wird.

5½ Uhr Apelt und ich bei Vagts. Dank und Abschied. Kaisen kommt darauf zur Aussprache mit Vagts und Übergabe der Geschäfte. [...] Später Kaisen, Apelt und ich. Kaisen hat als neuen Senator den Kaufmann Peters [im Auge], er soll dem Philosophen Nelson und dem früheren „ISK“ nahegestanden haben.¹ Kaisen möchte ihm Inneres und Polizei geben. Wolters

¹ Peters gehörte wahrscheinlich der Hanseatischen Aufbau-Gemeinschaft an (vgl. Kap. 2, Anm. 89), sonst war nichts zu ermitteln. Der ISK (Internationale Sozialistische Kampfbund) war eine elitäre linkssozialistische Gruppe, die 1926 von dem Göttinger Philosophen und Lebensreformer Leonard Nelson (1882–1927) gegründet worden war und sich verhältnismäßig stark am Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligte. Die Bremer Gruppe bestand bis 1938 (vgl. Brandt, Antifaschismus, S. 40–41).

solle mehr seine Sachen bearbeiten und weniger Politik machen. Apelt und ich haben zu Kaisens Persönlichkeit größtes Vertrauen; die Frage ist nur: kann er dem Druck von links – von Wolters, Nawrath usw. – standhalten? Mir sagt Kaisen, er habe keinen Sinn für Juristerei und Paragraphen; ich solle ihm helfen und eng mit ihm zusammenarbeiten. Es werde ihm schwer, dies Amt zu übernehmen; wenn er, wie heute, seinen Roggen eingefahren habe und ihn dresche, habe er das Bewußtsein, etwas Nützliches getan zu haben; das habe er nicht, wenn er aus seinen Amtsgeschäften nach Hause gehe.

Apelt und ich sehen die Steigerung der Schwierigkeiten und die Zunahme der Belastung. Was wird aus der Behörde für Kunst, Wissenschaft und Kirchen? Fällt sie Nawrath zu? Wir lange können wir diese Entwicklung noch mitmachen und verantworten? Um Bremens willen wollen wir noch einmal den Versuch machen, Staatsschiff und Wirtschaft aufrecht zu erhalten und in dem kommenden schweren Winter die Bevölkerung vor Hunger und Erfrieren zu bewahren. Ob es uns gelingen wird, steht dahin.

Donnerstag, 2. August 1945

Nolting-Hauff amtsmüde; legt mir seine Bedenken dar; fürchtet parteipolitischen Kurs usw. Ich suche seine Bedenken zu zerstreuen, schildere Kaisens Persönlichkeit und mein Vertrauen, daß Kaisen nichts wolle, als die furchtbare Not unseres Volkes etwas zu wenden.

Mit Knittermeyer die allgemeine Lage erörtert, auch die Frage der Leitung der Behörde für Kunst und Wissenschaft. Er hält Nawrath für unvermeidlich und erzählt, daß Nawrath schon vorigen Donnerstag gesagt habe, Kurz werde verhaftet werden. Knittermeyers Aussprachen mit englischen Offizieren in Delmenhorst. Einrichtung einer militärwissenschaftlichen Bibliothek in Delmenhorst. Gemeinsame Gedanken: Die Welt muß vor dem russischen und amerikanischen Materialismus bewahrt werden; das kann nur geschehen durch die geistigen Kräfte Englands, Frankreichs und Deutschlands. Knittermeyer wird über dies Thema Sonnabend einen Vortrag in englischer Sprache im Kreise der englischen Offiziere halten. Ein Keim für eine hoffnungsvolle Entwicklung, vielleicht auch ein Symptom; aber noch walten Mächte, die solche Keime leicht ersticken können – nachmittags nochmals Knittermeyer wegen der Behörde für Kunst und Wissenschaft (Dr. Schwartz? Dr. Budde?).² – Mit Bollinger Strafrechtsfragen; sein Hamburger Besuch.

² Dr. Emil Schwartz, 1888–1950. Historiker, Gymnasiallehrer, 1933 aus „rassischen“ Gründen aus dem Bremer Schuldienst entlassen, Aug. 1945 Wiedereinstellung, Oberstudienrat, Leiter des Alten Gymnasiums, 1946 stellvertr. Direktor.

Dr. phil. Rudolf Budde, geb. 1888. Studienrat, 1929 Studiendirektor an der Realschule in der Bremer Altstadt, 1935–1954 Oberstudiendirektor, Leiter der Oberschule an der Hamburger Straße.

Neue Hemmungen in der Justizvereinheitlichung innerhalb der Enklave. Allgemeiner Plan (für das gesamtamerikanische Gebiet oder für das amerikanisch-britische oder für das amerikanisch-britisch-russische Gebiet?) über die Einrichtung von Oberlandesgerichten. Änderung in der Organisation der Militär-Regierung; besondere Abteilung für die Enklave (die Gesamt-enklave oder die übrige Enklave?). Guthrie in der Justizabteilung der Enklave (Contrescarpe).³

[...]

Freitag, 3. August 1945

In *Senatssitzung* berichtet Kaisen.⁴ Ich sage im Auftrage Vagts' Worte des Abschieds und Dankes und füge den anerkennenden Worten Kaisens über Vagts noch einiges hinzu. – Auch zu Kaisen hat sich Welker ebenso über den Grund der Entlassung Vagts' geäußert wie zu Vagts. Um so empörender, daß die Amerikaner jetzt in die Zeitung setzen wollen, Vagts sei entlassen, da er den Befehlen der Amerikaner nicht gehorcht habe; dann soll die Arbeiterfrage und die Frage der Beamtenentlassungen erwähnt werden.⁵ Also: der für den Arbeitseinsatz verantwortliche Senator Wolters bleibt, der über ihm stehende Bürgermeister wird wegen des Versagens von Wolters durch die Amerikaner abgesetzt, und die Wolters untergeordneten Beamten Ziese und Schramm werden verhaftet! Kaisen hat auch die leidige Polizeifrage zu klären gesucht; Haguewood hat ihm – im Gegensatz zu den früheren Erklärungen Welkers – gesagt, die Polizei sei und bleibe bis auf weiteres in amerikanischer Hand; wenn für Polizei und Feuerpolizei

³ Guthrie war im Zuge der Reorganisation der Militärregierung Anfang Aug. Leiter der neugeschaffenen Justizabteilung für die Enklave geworden; vgl. Kap. 2, Anm. 108

⁴ Kaisen berichtete zunächst über seine der Ernennung vorangegangenen Verhandlungen mit Captain Bard. Er hatte vor allem gegen die umfangreichen Beamtenentlassungen Einspruch erhoben, durch die „der Verwaltungsapparat an einen Punkt gelangt [sei], wo sein ordnungsgemäßes Funktionieren nicht mehr gewährleistet sei, woraus auch der Militärregierung früher oder später ernste Schwierigkeiten entstehen müßten.“ Die Militärregierung müsse so viel Vertrauen zum Senat haben, daß sie seinen Wunsch, einen bestimmten Beamten zu behalten, als gerechtfertigt anerkenne. Bei Oberst Welker erreichte Kaisen, daß er wieder den alten Titel „Präsident des Senats“ erhielt; seine Alleinverantwortlichkeit gegenüber der Militärregierung blieb aber bestehen. Bezüglich der Beamtenentlassungen erklärte Welker, daß er gegenüber den Anordnungen aus Frankfurt selbst machtlos sei. Er sagte jedoch zu, daß von Captain Bard in Verbindung mit dem Personalreferenten des Senats „baldmöglichst Richtlinien für den Reinigungsprozeß ausgearbeitet werden“ sollten. (Senatsprotokoll 3.8.1945, StAB: 3/3).

⁵ In der kurzen Mitteilung im Weser-Boten Nr. 7 v. 4.8.1945 wurde die Ablösung Vagts' durch Kaisen mit der „Nichtbefolgung der Anordnungen der amerikanischen Behörden“ begründet. Zwar habe Vagts 1800 Stadtangestellte wegen ihrer Zugehörigkeit zur NSDAP entlassen, es seien aber viele Nationalsozialisten in höheren Stellen geblieben. Es wurden dann die Beamtenentlassungen vom 31.7. und die Verhaftungen von Dr. Kurz, Ziese und Schramm (vgl. Kap. 2, Anm. 263) erwähnt.

hervorragende Leiter von uns gestellt würden und diese 48 Stunden von amerikanischen erfahrenen Polizeioffizieren geprüft seien, könne die Polizei in deutsche Hände gelegt werden, einstweilen sei er Polizeipräsident.⁶

Hillmanns Vortrag über die trübe Lage des Baustoffmarktes. Die Heme-linger Ziegelei arbeitet, ihre gesamte Produktion von den Amerikanern beschlagnahmt, ebenso die Zementerzeugung der Norddeutschen Hütte. Das im Hafen liegende Holz vom Port Command gesperrt. Jetzt soll Holz aus Bayern anrollen. Ehe es nicht in Bremen ist, keine Sicherheit, daß wir es bekommen. Ein für Bremen bestimmter Kohlenzug ist in Nienburg von englischen Offizieren angehalten und für das englische Gebiet verwendet [worden]. Ebenso eine Ladung Säcke, die der Rolandmühle gehören. So kämpfen die Engländer und Amerikaner nach Raubritterart mit modernen Mitteln auf Kosten Bremens miteinander. Das Ganze ein Hohn auf den in Potsdam verkündeten Grundsatz der Wirtschaftseinheit Deutschlands.⁷

Das heute veröffentlichte Potsdamer Kommuniqué bringt keine Überraschungen; es ist für Deutschland nahezu vernichtend; Polen wie erwartet. Der Osten für das deutsche Volk verloren; die Deutschen Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei werden in das Restdeutschland abgeschoben, usw. usw.⁸ Stärkste Einschränkung der deutschen Industrie; Deutschland soll vorwiegend Landwirtschaftsstaat werden.⁹ Wie sich unser Volk, zusammengedrängt auf engstem Raum, ernähren soll, ist fraglich. Es heißt in der Erklärung: „Der deutsche Lebensstandard darf nicht höher sein als der der übrigen europäischen Länder.“¹⁰ Dafür ist auf lange, lange Zeit keine Aussicht. Inmitten aller Versklavungsbestimmungen steht der Satz: „In Deutschland herrscht Rede-, Presse- und Religionsfreiheit.“¹¹ Von diesen drei Freiheiten ist nur die Religionsfreiheit tatsächlich vorhanden. Das Ganze kein Dokument der Weisheit und Mäßigung, keine Grundlage für eine dauernde Ordnung der Welt oder Europas.

⁶ Spitta faßt hier den Bericht Kaisens über seine Verhandlungen mit Welker und Haguewood zusammen. Kaisen kam aufgrund dieser Besprechungen zu dem Ergebnis, daß „der Senat sich mit weiteren Plänen einer Neuorganisation der Polizei z.Zt. nicht beschäftigen“ könne. (Senatsprotokoll 3.8.1945, StAB: 3/3).

⁷ Das gemeinsame Kommuniqué über die Konferenz der drei Siegermächte in Potsdam (bekannt unter der Bezeichnung „Potsdamer Abkommen“) wurde am 2.8.1945 in den drei Hauptstädten veröffentlicht. Der Text mit der offiziellen deutschen Übersetzung ist nachzulesen im Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, mit anderen Dokumenten auch in: Das Potsdamer Abkommen, Berlin (DDR) 1975, S. 215–232. Punkt 14 lautete: „Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten.“

⁸ Ebenda, Abschnitt IX und XIII.

⁹ Ebenda, Punkt III/13: „Bei der Organisation des deutschen Wirtschaftslebens ist das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu legen.“

¹⁰ Ebenda, Punkt III/15b.

¹¹ Ebenda, Punkt III/10. Die Bewilligung dieser Freiheiten ist durch den ausdrücklichen Hinweis auf die Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit eingeschränkt.

Nachmittags mit Kaisen drei amerikanischen Offizieren aus Washington bzw. Frankfurt *Namen von bedeutenden Männern für die deutsche Zentralverwaltung* aufgegeben.¹² Liste der Amerikaner durchgesprochen. Viele alte Ladenhüter aus der demokratischen Zeit (Braun, Löbe usw.)¹³; eine nicht unerhebliche Zahl von Kommunisten auf der Liste. Die Amerikaner angenehm in Worten und Umgang. Sie übermittelten mir Grüße von Prof. Dorn aus den Vereinigten Staaten; Dorn also nicht in Deutschland oder gar Bremen, wie die Antifaschisten-Liga mir gegenüber behauptete! – Erwähnung der Christlich-Demokratischen Partei (General Seydlitz).¹⁴ [...]

Samstag, 4. August 1945

Gehetzter Vormittag. Besprechungen mit Wenhold und Dr. H[anns] Meyer über Vorschläge für Amerikaner. Um 11 Uhr mit den Amerikanern die Vorschläge durchgegangen. Später mit Dr. Ahlers dieselbe Sache. Einerseits wichtig, daß Bremer in der neuen Zentralverwaltung sind, andererseits dürfen wir uns in Bremen nicht der wenigen guten Kräfte, die nicht Pg. waren, berauben. Die Liste der Amerikaner überaltert, die jüngeren Leute waren eben meist Pg.

Besuch Nawraths, der sein Ziel erreicht hat, Kurz zu stürzen und sein Nachfolger in Kunst und Wissenschaft zu werden.¹⁵ Die Kirchen soll ich

¹² In Punkt III/9 des Potsdamer Abkommens war vorgesehen, daß man bis auf weiteres keine zentrale deutsche Regierung zulassen, aber „einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen“ mit Staatssekretären an der Spitze errichten wolle, und zwar für Finanzen, Verkehr, Außenhandel und Industrie.

¹³ Otto Braun (SPD), 1872–1955, war von 1920 bis 1933 mit zwei kurzen Unterbrechungen preußischer Ministerpräs.; Paul Löbe (SPD), 1875–1967, war von 1920–1924 und 1925–1932 Reichstagspräs. Otto Braun lebte 1945 im Exil in der Schweiz, Löbe hatte die NS-Herrschaft in Deutschland überlebt (1933 und 1944 verhaftet).

¹⁴ Walther von Seydlitz-Kurzbach, 1888–1976. Berufsoffizier, 1930 Reichswehrministerium, 1939 Generalmajor, stellte als Führer eines Armeekorps in Stalingrad am 25.1.1943 als einer der ersten den sinnlosen Kampf ein, in russischer Kriegsgefangenschaft Vors. des Bundes deutscher Offiziere und Vizepräs. des Nationalkomitees Freies Deutschland, vom Reichskriegsgericht 1944 in Abwesenheit zum Tode verurteilt, nach seiner Weigerung, sich dem kommunistischen Aufbau in der SBZ zur Verfügung zu stellen, 1950 auch in der Sowjetunion zum Tode verurteilt, zu 25 Jahren Haft begnadigt und 1955 in die Bundesrepublik entlassen. – Nachdem die Sowjetunion am 10.6.1945 als erste Besatzungsmacht in ihrer Zone die Bildung politischer Parteien zugelassen hatte und daraufhin am 26.6. in Berlin die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) gegründet worden war, entstanden in verschiedenen Regionen, insbesondere in der SBZ, aber auch in Rheinland-Westfalen, Schleswig-Holstein und Hessen, Bestrebungen zur Bildung christlicher Sammelparteien. Warum in diesem Zusammenhang der Name des noch in der Sowjetunion inhaftierten Generals genannt wurde, ließ sich nicht aufklären.

¹⁵ Am 3.8.1945 stimmte der Senat zu, Nawrath zum ORR und an Stelle von Landesschulrat Dr. Kurz zum Leiter der Behörde für Kunst und Wissenschaft zu ernennen. Sie sollte dem Senator für Schulen und Erziehung, Paulmann, unterstellt werden, Spitta die abgetrennten kirchlichen Angelegenheiten mit übernehmen. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3). Über Nawrath vgl. Kap. 2, Anm. 53.

übernehmen. Ich weise Nawrath darauf hin, daß seine wichtigste Aufgabe sei, die Schätze der Staatsbibliothek und des Archivs aus russischer Hand in Bernburg nach Bremen zurückzubringen und von den Amerikanern Sonderbewilligungen an Baustoffen für die Wiederherstellung von Bibliothek und Museen zu erhalten.¹⁶ Es kommt darauf an, daß Nawrath praktisch in seinem Amte arbeitet und durch seine Begabung und seine guten Beziehungen zu den Amerikanern und Russen sachlich erfolgreich ist. Es ist freilich kaum zu hoffen, daß er damit von seinem politischen Wirken abläßt.

Besuch des Oberpräsidenten Hagemann von Hannover,¹⁷ er meint, die Enklave solle den Amerikanern nur die Benutzung der Unterweserhäfen sichern; im übrigen könnten Justiz und Verwaltung unverändert hannoversch und oldenburgisch bleiben. Ich erläutere ihm die Justizpläne, die den Interessen der Bevölkerung entsprächen; alles weitere werde von den Amerikanern abhängen, ob sie einen Protektorat-Staat aus der Enklave machen wollten oder nur die Absicht hätten, sich die Häfen zu sichern.

[...]

Sonntag, 5. August 1945

[...]

Nach dem Abendessen Apelts. – Er erzählt, daß Kaisen zwei Stunden bei Vagts war, um die Lage mit ihm zu besprechen; Vagts habe gefunden, daß Kaisen über das Treiben von Wolters und Genossen unterrichtet sei und sie richtig beurteile.

Montag, 6. August 1945

[...]

Mit Kaisen den Entwurf seiner Ansprache oder Proklamation besprochen; er nimmt meine Änderungen und Zusätze an.¹⁸

Juristischer „Husarenritt“ nach Brake und Elsfleth vorbereitet.¹⁹ Guthrie, der die Justiz der ganzen Enklave übernommen hat, wünscht dringend sofortige Eröffnung des Amtsgerichts Brake von Bremen aus, um den Treibereien der Oldenburger, vor allem des Landrats Tantzen in Brake,²⁰ zu-

¹⁶ Vgl. Kap. 2, Anm. 129 und Kap. 1, Anm. 76.

¹⁷ Eberhard Hagemann, 1880–1958. Rechtsanwalt, 1924–1931 Vors. des Provinziallandtages Hannover, 1931–1933 Landeshauptmann der Provinz Hannover, 1933–1945 als Rechtsanwalt tätig, am 11.5.1945 von der britischen Besatzungsmacht als Oberpräs. eingesetzt, 1946–1948 Landgerichtspräs., 1948–1952 Vors. des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge, Md. des Rates der EKD.

¹⁸ Um Bremens Zukunft, in: Kaisen, Bereitschaft, S. 9–14 (dort fälschlich auf den 2.8.1945 datiert). Unter demselben Datum ist der Redetext (Titel: Vorwärts an die Arbeit) abgedruckt in: 1887–1962. Wilhelm Kaisen 75 Jahre, S. [46–52].

¹⁹ Vgl. Kap. 3, Anm. 28.

²⁰ Vgl. Kap. 2, Anm. 112 und 212.

vorzukommen. Mir widerstrebt dieser vereinzelte, ungeregelte, juristisch nicht unterbaute Vorstoß, zumal da er vielleicht starke Leidenschaft und Gegenkräfte der Oldenburger und ihre Einwirkung auf die Engländer hervorrufen wird. Immerhin wurde die Sache eingeleitet. Personensuche, Ausstellung von Papieren und Legitimationen usw., alles im Hochbetrieb anderer Dinge. Kappe²¹ über Moorkolonisation und Siedlungswesen.

Nachmittags dreistündige Sitzung mit Lahusen und dem Juristenausschuß über die Enklave-Verordnung.²²

[...]

Dienstag, 7. August 1945

Im *Senat* bedeutsamer Bericht Kaisens über seine Verhandlungen mit den Amerikanern. Die Polizei soll stets beim Bürgermeister sein, damit sie nicht politisiert wird. Die Enklavopolizei unter Kontrolle der Amerikaner; die bremische Polizei in deutscher Hand, wenn Polizeifachleute an der Spitze; Werra und Noch beide abgelehnt.²³ Arbeitsamt und Wohnungsamt funktionieren nicht. Kaisens Plan, das Wohnungsamt mit der Fürsorge einem Kommunisten zu geben, von den Amerikanern abgelehnt.²⁴ Maßgebend Richtlinien der Alliierten für die Polizei. Polenplage.²⁵ 18 Polen letzte

²¹ Dr. Gustav Kappe, 1888–1958, Lehrer und Geograph mit dem Forschungsschwerpunkt: Weser-Ems-Raum, nach Kriegsende vorübergehend Leiter des Amtes für Siedlung und Landeskultur; vgl. Brem. Biogr., S. 262f.

²² Eine Enklave-Verordnung wurde 1945 nicht veröffentlicht, so daß über den Inhalt nichts zu ermitteln war. Wahrscheinlich gehören die Beratungen in den Zusammenhang der geplanten Vereinheitlichung der Justiz in der Enklave.

²³ Nach der Vorstellung des für die Polizei zuständigen Majors Haguewood sollten Bremen-Stadt und -Land einen Polizeibezirk bilden, ebenso die Landkreise Wesermarsch und Osterholz sowie der Stadt- und Landkreis Wesermünde. Bremen sollte in ihnen nur zur Hilfeleistung verpflichtet, sonst aber nicht zuständig sein. In Bremen selbst versprach Haguewood, sich auf beratende Mitwirkung zu beschränken, sobald geeignete deutsche Leiter der Polizei und Feuerwehr ernannt seien. Er bestand darauf, daß beide Behörden unmittelbar dem Präs. des Senats als dem der Militärregierung allein verantwortlichen Bremer Politiker unterstellt würden. (Senatsprotokoll 7.8.1945, StAB: 3/3; Niederschrift über Besprechung Kaisen – Capt. Bard am 7.8.1945, ebenda, 3-R.1.m. Nr.390). Am 10.8. setzte sich Kaisen bei den Amerikanern nachdrücklich für Noch ein, den er seit 30 Jahren kenne und der ein im Polizeidienst erfahrener, überzeugter Demokrat sei, wie er beispielsweise durch seine energische Verteidigung der Weimarer Republik beim Kapp-Putsch bewiesen habe. (Aufzeichnung Kaisens vom 10.8.1945, StAB: 3-R.1.m. Nr. 390). Vgl. Kap. 2, Anm. 199 und 203.

²⁴ Kaisen begründete seine Absicht im Senat damit, „daß mit Rücksicht auf die Not des kommenden Winters es von allergrößter politischer Bedeutung sei, gerade diejenigen Kreise zur Mitarbeit und Mitverantwortung heranzuziehen, die möglicherweise die kommenden Schwierigkeiten politisch gegen den Senat ausnutzen würden.“ (Senatsprotokoll 7.8.1945, S. 3, StAB: 3/3).

²⁵ Vgl. Kap. 1, Anm. 192. Haguewood sagte Kaisen zu, die Lager der Polen unter militärische Bewachung zu stellen und die Bewohner möglichst bald abzutransportieren.

Nacht verhaftet. Wolters' Referat über Viehräubereien im Landgebiet durch Polen. Kaisen will mit Milit[är]regierung sprechen.

Frage der Beamten-Entlassungen in Hamburg (Schönfelder):²⁶ bis 1.5.[19]37 in die Partei Eingetretene sämtlich zu entlassen; von den später Eingetretenen die Aktiven. Bei allen zuerst die Amtsinhaber. Bei Unentbehrlichen Verfügung: vorlegen nach einem Jahr! Bis sechzigstes Lebensjahr keine Pension; vielleicht später andere Regelung.²⁷ Der dortige englische Offizier habe gesagt, die radikale Reinigung der Beamtschaft in Italien von Faschisten habe zum Zusammenbruch der Verwaltung und der Versorgung geführt. Kaisen wünscht Zahlenmaterial von allen Behörden. Er habe dem Polizeichef Haguewood gesagt, Welker habe geäußert: „Schloemer – im hohen Bogen heraus.“ Darauf habe Haguewood erwidert, er müsse erst Ersatz haben! Darauf Kaisen: „Und uns wollt ihr zwingen, die Pg.-Beamten sofort herauszuwerfen, ohne Rücksicht darauf, ob die Verwaltung dann zusammenbricht!“

Ich berichte über die Vereinheitlichung der Justiz in der Enklave und den „Husarenritt“ nach Brake.²⁸ Allgemeine Enklave-Aussprache.

Ansätze einer Ordnung auf dem Schulgebiet. Paulmann entschuldigt sich sozusagen bei mir wegen der Ernennung Nawraths zum Nachfolger von Kurz; er werde ihn in seine Verwaltung als Oberregierungsrat so einreihen, daß er nicht als Behördenleiter in den Senat komme. Während der Sitzung erscheint er trotzdem als dazugehörend und nimmt den Platz von Kurz ein.²⁹

Besprechung mit Paulmann über die Frage des Religionsunterrichtes in den Schulen und die Bekenntnisschulen. Ich für Gemeinschaftsschule mit Religionsunterricht der verschiedenen Konfessionen. Paulmann will den Religionsunterricht auf Kosten des Staates den Kirchen überlassen. Ich betone, in der Schule dürfe nicht niedergerissen werden, was die Religionslehrer der Kirchen im Religionsunterricht aufbauten.

²⁶ Adolph Schönfelder, 1875–1966, SPD, war von 1919 bis 1933 MdBü und von 1925 bis 1933 Innensenator in Hamburg gewesen; seit dem 6.6.1945 war er Zweiter Bgm. im ernannten Senat unter Rudolf Petersen, 1946–1962 Bürgerschaftspräs., 1948/49 Md. des Parlamentarischen Rates. – Spitta referiert hier weiter nach dem Bericht Kaisens im Senat.

²⁷ Vgl. Kap. 2, Anm. 181.

²⁸ Im Vorgriff auf die geplante Neuorganisation der Justiz in der Enklave mit einem OLG in Bremen an der Spitze und zwei Landgerichten in Bremen und Wesermünde hatte Spitta einen „Hilfsrichter“ (vgl. Kap. 2, Anm. 99) nach Brake entsandt mit dem Auftrag, dort, bevor Oldenburger Instanzen tätig werden konnten, am 7. oder 8.8.1945 das Gericht wieder zu eröffnen. Bremen sollte nach dem vom Senat gebilligten Vorschlag das Gehalt des Richters vorschußweise tragen und es sich von der Reichsbank über den Oberfinanzpräs. zurückerstatten lassen (Senatsprotokoll 7.8.1945, StAB: 3/3).

²⁹ Auch am 10.8.1945 nahm Nawrath an der Senatssitzung teil.

Kaisen spricht mit mir über das Ruhegeld von Vagts; Treibereien dagegen (sein Antrag, in die Partei aufgenommen zu werden).³⁰ Ich trete für sachlich-geschäftsmäßige Bewilligung ein.

Nach der Senatssitzung im kleinen Kreise Enklave-Regierung (Senat, Ausschuß des Senats, Präsident mit Mitarbeitern, die nicht im Senat sitzen, Senat als Stadtmagistrat??). Desgleichen Schaffung einer deutschen Zeitung in Bremen (Personenfrage! Frankenfeld?).³¹

[...]

Mittwoch, 8. August 1945

Über die von mir übernommenen kirchl[ichen] Angelegenheiten Besprechung mit dem angenehmen Capt[ain] Bard. Gute Verständigung, da er langsam und deutlich spricht. Besprechung mit Knittermeyer über seine Lage (Nawrath!). Nawrath hat sich über Knittermeyer hinweg mit einem Untergebenen in Verbindung gesetzt und ihn über die Bibliothek ausgefragt.

[...]

Donnerstag, 9. August 1945

[...]

Pressefragen mit zwei amerikanischen Offizieren (Bosew und einem anderen). Merkwürdiger Plan einer überparteilichen, antifaschistischen Zeitung in Bremen; vier oder fünf Redakteure: ein Zentrumsmann, ein Demokrat, ein Sozialdemokrat, ein Kommunist. Solche Zeitung in Frankfurt am Main³² und anderswo.

³⁰ Als ehemaligem Vertreter Bremens beim Reich stand Vagts nach dem Deutschen Beamtengesetz vom 26.1.1937 ein lebenslängliches Ruhegehalt zu. Da er nicht Md. der NSDAP gewesen (vgl. Kap. 1, Anm. 208) und seine Entlassung nicht mit der Notwendigkeit der Entnazifizierung, sondern mit der Nichtbefolgung von Anordnungen der Militärregierung begründet worden war, fiel er nicht unter die Bestimmungen über die Streichung von Pensionen. Allerdings waren alle Ruhegehaltszahlungen zur Zeit eingestellt, so daß die Angelegenheit nicht aktuell war. Captain Bard vertagte sie daher bis zur allgemeinen Regelung der Ruhegehaltsfrage (Protokoll über Besprechung Kaisens mit der Militärreg. am 18.8.1945, StAB: 3-R.1.m. Nr. 390).

³¹ Dr. phil. Alfred Frankenfeld, 1898–1975. Journalist, Md. der DDP, 1924–1939 Leiter der Hamburg-Redaktion des Berliner Tageblatts und der Frankfurter Zeitung, 1939–1945 bei der Deutschen Allgemeinen Zeitung, 1945 Dr. phil. habil. (Hamburg), 1946–1952 stellv. Chefredakteur der Hamburger Freien Presse, 1953–1957 Chefredakteur des Hamburger Anzeigers, seit 1957 in gleicher Funktion beim Springer-Verlag, Gründungsmd. der FDP, 1953–1970 MdBü.

³² Da wegen des Papiermangels nur eine Zeitung in jeder Region zugelassen werden konnte, sollten Lizenzen für deutsche Zeitungen nach der Direktive No. 3 vom 28.6.1945 möglichst an Gremien vergeben werden, in denen alle anti-nationalsozialistischen Gruppen vertreten waren. Als erste nach diesem Prinzip lizenzierte „Grup-

Abends im Dom Mozarts Requiem. Nie erlebte Fülle im Dom. Für amerikanische Offiziere reservierte Plätze. Wirkung einer Gedenkfeier für die Gefallenen – für unsere Söhne.

[...]

Erschütternd die Berichte über die „Atombombe“, die nach englisch-amerikanischen Forschungen jetzt in Amerika serienweise hergestellt wird; erste verheerende Anwendung in Japan; 2000fache Wirkung einer 10-Tonnen-Bombe.³³ Wie dankbar müssen wir sein, daß der deutsche Krieg zu Ende war, ehe diese Atombomben fertig waren! Und welche Gedanken erwachen, wenn man sich vorstellt, daß wir Deutschen in unseren Forschungsbemühungen schneller zu einem Ergebnis gekommen wären als die Anglo-Amerikaner! Präsident Truman: „Wir haben 2 Milliarden Dollar für das größte wissenschaftliche Wagnis in der Geschichte aufgewandt.“ – Attlee: „Dieses Eindringen in die Geheimnisse der Natur, die der Menschheit so lange vorenthalten waren, sollte jeden verantwortungsbewußten und gewissenhaften Menschen zu ernstesten Gedanken anregen.“³⁴ – Möglichkeit der nützlichen Anwendung und des furchtbarsten Mißbrauchs. Wehe, wenn dies Zerstörungsmittel in den Händen von bindungslosen Menschen liegt. – Wird nicht diese Waffe, wenn und solange die Russen sie nicht haben, die Russen etwas vor hemmungslosem Vordringen in Europa abhalten? Zunächst überlegene Stellung der Amerikaner. Mitarbeit deutscher Emigranten (jüdischer?) an der Erfindung?

Freitag, 10. August 1945

Der anhaltende Regen dringt durch unser leckes Dach in die Wohnung. Das wird in Bremen bei Tausenden geschehen, ein Vorgeschmack dessen, was im Herbst und Winter unserer Bevölkerung in ihren beschädigten Häusern bevorsteht, wenn der Mangel an Baustoffen nicht behoben werden kann.

Sorge um die Getreideernte, falls dies Wetter anhält.

pen-Zeitung“ in der US-Zone konnte am 1.8.1945 die Frankfurter Rundschau erscheinen. Sie hatte sieben Lizenzträger: drei Sozialdemokraten, drei Kommunisten und einen Linkskatholiken. (Hurwitz, Stunde Null der Presse, S. 119, 126f.; Emil Carlebach, Zensur ohne Schere: die Gründerjahre der „Frankfurter Rundschau“ 1945/47, Frankfurt/M. 1985). Die erste deutsche Zeitung Bremens, der Weser-Kurier, hatte nur einen Lizenzträger, nämlich den Sozialdemokraten Hans Hackmack, galt aber dennoch als „Gruppen-Zeitung“, da alle politischen Kräfte in der Enklave in gleicher Weise in ihr berücksichtigt werden sollten und auch die Herausgeber unter diesem Gesichtspunkt ausgewählt waren. (Functional History 1945/46, S. 245). Der Weser-Kurier erschien seit dem 19.9.1945.

³³ Pressemitteilung Präsident Trumans über den Atombombenabwurf auf Hiroshima am 6.8.1945, vgl. Weser-Bote Nr. 8 v. 11.8.1945, S. 3.

³⁴ Erklärungen des US-Präsidenten Truman, des amerikanischen Kriegsministers Stimson und des britischen Premierministers Attlee vom 6.8.1945, in: Keesing's Archiv 1945, S. 351F.

Im *Senat* die alten Klagen und Erörterungen über Beamten-Entlassungen, Enklave-Verwaltung (Fortschritt im Schulwesen),³⁵ Beschränkungen der Wirtschaft (Lizenz für jeden Betrieb, der neun und mehr Angestellte hat),³⁶ Wiedergutmachungen³⁷ usw.

Enorme Geldanforderungen für die Zuschüsse zu den Brot-, Fleisch- und Fettpreisen. Unterhaltung der Ausländerlager in Weser-Ems jährlich über 100 Millionen Reichsmark!³⁸ – Einzelheiten der Potsdamer Beschlüsse (Verbot der Herstellung von „sea going ships“, Kontrolle des Imports und Exports, Reparationen ohne Begrenzung usw.).³⁹

*Bedingungslose Kapitulation Japans, wohl eine Folge der Atombombe.*⁴⁰

Werden nun Amerika und England mehr Rückgrat gegen Rußland bekommen?

³⁵ Bei einer Besprechung bei Captain Bard am 8.8.1945 war Einigung darüber erzielt worden, daß die Lehrer und Schulräte im Stadt- und Landkreis Wesermünde der Bremer Schulverwaltung unterstellt werden sollten. Der zuständige Senator Paulmann äußerte sich befriedigt über diese „Entwicklung im Sinne der bremischen Führung des Enklavegebietes“. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

³⁶ Die Vorschrift betraf nicht nur vor der Neueröffnung stehende, sondern auch bereits tätige gewerbliche Unternehmen. Das gesamte leitende Personal mußte sich einer Überprüfung anhand eines neuen Fragebogens unterziehen. Vom 20.8. an durften nur Betriebe weiterarbeiten, die einen Antrag auf Lizenzerteilung gestellt hatten. Von neuen Betrieben wollte die Militärregierung Lizenzanträge erst entgegennehmen, wenn sie über die alten entschieden hatte. (Bekanntmachung des Senats vom 14.8.1945 in Amtl. Mitteilungen, Nr. 4, 17.8.1945, S. 2). Zur Entnazifizierung der Bremer Wirtschaft vgl. Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 429–438; vgl. auch Kap. 2, Anm. 218.

³⁷ Kaisen regte an, den aufgrund des Berufsbeamtengesetzes vom 7.4.1933 aus politischen Gründen entlassenen oder in den Ruhestand versetzten Beamten nicht nur rückwirkend vom 1.4.1945 an die Pensionen in voller Höhe auszus zahlen, sondern auch die Zeit der Entlassung auf das Besoldungs- und Ruhegehaltsdienstalter anzurechnen. Gegen den letzten Punkt erhoben Harmssen und Spitta wegen der entstehenden finanziellen Belastung Bremens Einspruch. (Senatsprotokoll 10.8.1945, StAB: 3/3).

³⁸ Nach einem Bericht Nolting-Hauffs erforderte die Subventionierung der Lebensmittelpreise in Bremen rund 10 Mio. RM, außerdem der Unterhalt der Ausländer- und Kriegsgefangenenlager ca. 25 Mio. RM. Diese Mittel, ein Viertel des bremischen Haushalts, könne die Stadt nicht aufbringen. Da es sich aber im Grunde um Reichsausgaben handele, habe sich die hiesige Reichsbankstelle bereit erklärt, die Mittel ebenso wie die Besatzungskosten zur Verfügung zu stellen, allerdings eine Haftungszusage Bremens gewünscht, die N.-H. ablehnte. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

³⁹ Bericht Wenholds. Das Kommuniké sollte übersetzt und jedem Senator ein Exemplar zugeleitet werden.

⁴⁰ Am 10.8.1945 erklärte die japanische Regierung die Annahme der Potsdamer Proklamation vom 26.7.1945, in der die USA, Großbritannien, die Sowjetunion und China Japan zur bedingungslosen Kapitulation aufgefordert und ihre Bedingungen für die Beendigung des Krieges festgelegt hatten. Nach der Zustimmung der Siegermächte am 11.8. vollzog Japan am 14.8. die Kapitulation.

Samstag, 11. August 1945

Der große Strom der Besucher wird jetzt durch Sperre an meiner Tür und durch Ablenkung zu Amtmann Herderhorst, der einen Teil selbständig abfängt und abfertigt, etwas vermindert; [...]

Dem unglücklichen Bau des Rathauses, in dem keine Vorzimmer vorhanden sind und sich auch nicht einrichten lassen, ist freilich nicht abzuhelfen. Bei Bearbeitung meiner Sachen Karl Carstens nach wie vor große Hilfe; dazu vertrauensvolles menschliches Verhältnis.

Anhaltend schwerer Reibungswiderstand in der bremischen Verwaltung und in der Ordnung der Enklave-Verhältnisse durch die Amerikaner und Engländer, sowie durch die rebellierenden Landräte und Oberbürgermeister auf hannoverschem und oldenburgischem Gebiete.⁴¹ Viel Zeit und Kraft wird durch wesenslosen Formalkram, durch Kampf um Beamten-Entlassungen und durch Gegensätze und Quertreibereien von Deutschen (Antifaschisten-Liga, Kommunisten) verloren. Ich selbst habe gutes Verhältnis zu den amerikanischen Offizieren, mit denen ich zu tun habe, sowohl zu den legal officers, besonders zu Captain Guthrie, wie zu Captain Bard, mit dem ich die kirchlichen Sachen verhandle.

Heute wieder auf Befehl der Amerikaner 169 Beamte entlassen; die Bauverwaltung, die so dringende Aufgaben zu erledigen hat, ist fast lahmgelegt.⁴²

[...]

Bei Bearbeitung der kirchlichen Sachen stieß ich auf die Fragebogen der evangelischen Pastoren. Von 38 Pastoren waren 6 Pg., darunter zu meiner schmerzlichen Überraschung Pastor Jeep,⁴³ zu dem das gar nicht paßt. Ich fürchte, daß er nicht zu halten ist.

[...]

⁴¹ Vgl. Kap. 2, Anm. 111 und 247.

⁴² Nach der Ablösung der britischen durch amerikanische Truppen und der Etablierung der US-Militärregierung hatten anfangs Offiziere der Abwehrabteilung (Counter Intelligence Branch) der 24. Infanterie-Division, dann die fachlich zuständigen Militärregierungsoffiziere die Entnazifizierung durchgeführt, wobei sie die ausgefüllten Fragebogen zunächst von zwei deutschen Zivilisten und einem Beamten überprüfen ließen und sich mit der Kontrolle dieser Arbeit und der Entscheidung von Zweifelsfällen begnügten. Am 26.7. und 1.8.1945 hatten zwei speziell ausgebildete Offiziere einer besonderen Entnazifizierungsabteilung (Special Branch) ihre Tätigkeit in Bremen aufgenommen, was zu einer neuen Entlassungswelle führte. (Functional History 1945/46, S. 78–80). Die Zahl der entlassenen Beamten und Behördenangestellten in Bremen-Stadt wurde im Weser-Boten am 14.7.1945 mit 1200, am 21.7.1945 mit 1831 angegeben.

⁴³ Walter Jeep, 1878–1964. Pastor, 1922–1933 bei der Inneren Mission in Braunschweig und Berlin, 1934–1945 an der Kirche Unser-Lieben-Frauen in Bremen, am 30.9.1945 in den Ruhestand getreten.

Gelesen: Dr. Fingers „Essay über Gerechtigkeit und Frieden zwischen dem jüdischen Volke und dem deutschen Volke“. ⁴⁴

[...]

Sonntag, 12. August 1945

[...]

Montag, 13. August 1945

[...]

Die Treibereien und Denunziationen gegen Beamte gehen weiter. Nawrath scheint eine ausführliche Denkschrift gegen Knittermeyer verfaßt zu haben.

Das Arbeitsamt zieht Geistliche zu körperlichen Arbeiten heran!⁴⁵

[...]

Dienstag, 14. August 1945

[...]

Kaisen hat in der Antifaschisten-Liga gesprochen, über die allgemeine Lage und über die politische Lage. „Die beiden Parteien SPD und KPD müssen zusammenarbeiten.“ – Ich weiß nicht, ob das Taktik Kaisens ist –

⁴⁴ Dr. Richard Finger stellt sich auf dem Titelblatt als „deutscher Rechtsgelehrter in der Enclave Bremen und Ehrenbürger der Stadt Heidelberg“ vor. Dieser Titel war ihm nach Auskunft des Stadtarchivs Heidelberg jedoch nie verliehen worden. Er war evtl. als ehemaliger Student der Universität Heidelberg im Besitz eines der scherzhaften „Bürgerrechtsbriefe“, die in den dreißiger Jahren in großer Zahl verschickt worden waren. In seiner Arbeit geht Finger von dem Rechtsproblem aus, daß ein Friedensvertrag zwischen dem jüdischen und deutschen Volk unmöglich sei, weil beide keine souveränen Staaten hätten. Als Lösung schlägt er vor, den Kriegszustand zwischen ihnen durch „konkludente Handlung“, die formlose, aber bewußt als Kriegsbeendigung gewollte Einstellung der „beiderseitigen Feindseligkeiten“, zu überwinden. Dabei erweckt er den Anschein, als habe es einen völkerrechtlich sanktionierten Konflikt zwischen zwei gleichen, gleich verantwortlichen und mit gleichen Waffen und Mitteln kämpfenden Kontrahenten gegeben. Z.B. heißt es: „Leider hat sich der jetzige Krieg zwischen unseren zwei so hochbegabten und wertvollen Völkern ja auch so zugespitzt, daß manche der Propagandisten sich sogar zur Drohung einer totalen Ausrottung des gegnerischen Volks hinreißen ließen.“ Auch in einer zweiten, nach Aufdeckung aller Greuel in den Konzentrations- und Vernichtungslagern am 17.6.1946 als Privatdruck veröffentlichten Auflage lastet Finger wieder den Juden die Verantwortung für die Zerstörung der deutschen Städte an und rechnet jüdisches und deutsches Leid gegeneinander auf: „... trotz allem Furchtbaren, was das jüdische und das deutsche Volk aneinander erfahren haben“ (S. 20). Spitta berichtete im Senat ohne weitere Stellungnahme über den Eingang des Manuskripts und schlug vor, sich zu bedanken und es zu den Akten zu nehmen (Senatsprotokoll 14.8.1933, StAB: 3/3; die Arbeit Fingers in verschiedenen Auflagen, ebenda, 3–J.5. Nr. 323).

⁴⁵ Spitta protestierte dagegen am 14.8.1945 im Senat (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

der Versuch, die KPD zu praktischer Mitarbeit zu bringen, und die Vorbeuge, bei den früher oder später einsetzenden Wahlen die Kommunisten in der Verantwortung zu haben – oder ob er tatsächlich innerlich den Anschluß nach links sucht – für den Posten eines Senators für das Wohlfahrtswesen hat er jetzt den Kommunisten Ehlers⁴⁶ in Aussicht genommen. Er möchte ihm auch das Wohnungsamt geben. Dagegen Widerspruch im Senat.

[...]

Nachmittags kürzere Verhandlungen mit Lahusen, der sich als Landgerichtspräsident vorzüglich bewährt, besonders auch durch seine offene Art und seinen Humor das Vertrauen und die persönliche Zuneigung der Amerikaner (der legal officers) erworben hat. Die Justiz ist fast das einzige Arbeitsgebiet, in dem gewisse Fortschritte gemacht werden und ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit den amerikanischen Offizieren besteht, dank der menschlichen Eigenschaften Guthries. Dagegen hat Apelt in der Wirtschaft mit Recht zu klagen. Er rief aus, die Amerikaner wollten uns entweder ruinieren, oder, wenn sie diese Absicht nicht hätten, wären sie dumm oder verrückt. Das umständliche System der Lizenzen, die anhaltende Sperrung der Grenzen, die Fesselung der kleinsten Wirtschaftsbetriebe, die Nazispürereien und Entlassungen in den Privatbetrieben, das alles ist in der Tat ein furchtbarer Leerlauf und lähmt alle Bemühungen, die Wirtschaft wieder in Gang zu setzen.⁴⁷

Mittwoch, 15. August 1945

[...]

*Ende des Zweiten Weltkrieges. Bedingungslose Kapitulation Japans.*⁴⁸

Nachmittags mehrstündige Verhandlung mit Guthrie, zeitweise auch mit Watson⁴⁹ über die Vereinheitlichung der Justiz in der Enklave. Der auch von den legal officers gebilligte Gesamtplan mit Verordnungsentwurf kann noch nicht durchgeführt werden, da Welker keinen Mut zu entscheidenden Entschlüssen hat, sondern warten will, bis die Kommission aus dem Haupt-

⁴⁶ Adolf Ehlers, 1898–1978. Kaufmännischer Angestellter, Metallarbeiter, Md. der KPD, 1922 Betriebsratsvor. der AG Weser, 1923–24 MdBü, 1924–26 aus der KPD ausgeschlossen, ab 1926 Leitungsfunktion in der Roten Hilfe, 1930 erneuter Ausschluß aus der KPD, danach Pol.-Leiter der KPO in Nordwestdeutschland, ab 1932 SAP, illegale Arbeit bis 1945, seit 1938 wieder bei der AG Weser beschäftigt; 1945 im KGF-Vorstand und in der Bezirksleitung der KPD, Mai 1946: Übertritt zur SPD, 1945–1948 Senator für Wohlfahrtswesen, 1948–1963 Senator für Inneres, 1959–1963 stellvertr. Präs. des Senats und Bgm., zog sich aus gesundheitlichen Gründen aus der aktiven Politik zurück.

⁴⁷ Vgl. Kap. 3, Anm. 36.

⁴⁸ Vgl. Kap. 3, Anm. 40.

⁴⁹ Major James B. Watson, Chief Legal Officer und Vors. des amerikanischen Berufungsgerichts (bei Prozessen vor den Militärgerichten).

quartier kommt, die die ganze Enklavefrage prüfen und regeln soll.⁵⁰ Bedauerlich, da sich die Widerstände der Oldenburger und Hannoveraner und auch der Engländer immer mehr verstärken. Inzwischen will mich Guthrie von Fall zu Fall ermächtigen, in der Enklave Gerichte einzurichten, Richter zu ernennen usw., wie es in Brake geschehen ist.

[...]

Telephon gelegt; ein kleiner äußerer Fortschritt, allerdings für den Haushalt und Privatgespräche wenig brauchbar, da die meisten Bewohner Bremens noch kein Telephon bekommen.

Donnerstag, 16. August 1945

Nachmittags mehrstündige Enklave-Besprechung. Kaisen und ich, sowie [Oberbürgermeister] Koch (Wesermünde), [Landräte/Oberkreisdirektoren] Tantzen (Wesermarsch), Lange (Landkreis Wesermünde), Arps (Osterholz). Opposition gegen die Enklave-Bildung, wie erwartet. Es sollen die Verwaltungsgebiete festgestellt werden, die von deutscher Zentrale, von einem Lande und von Gemeinde-Organisationen wahrgenommen werden sollen. Bremische Denkschrift darüber.⁵¹

Frage des Wohnungsamtes. Kaisen stimmt meinem Vorschlage zu, einen unparteiischen Juristen als Beschwerde-Instanz einzusetzen, damit die Bevölkerung Vertrauen bekommt, daß nicht nach politischen Gesichtspunkten und zur Wiedervergeltung verfahren wird.⁵²

⁵⁰ Vgl. Kap. 2, Anm. 247.

⁵¹ Kaisen berichtete am 17.8. im Senat über diese Besprechung über die Umwandlung der Enklave „in einen selbständigen staatlichen Verwaltungsbezirk und eine entsprechende Gebietskörperschaft“. Koch und Tantzen widersetzten sich bei der Unterredung der Herauslösung ihrer Gebiete aus ihren geschichtlichen und verwaltungsmäßigen Zusammenhängen mit der Provinz Hannover bzw. dem Land Oldenburg, weil die Enklave zu klein und zu wenig leistungsfähig sei. Als Alternative schlugen sie die Bildung einer Hafengemeinschaft vor. Um die Verhandlungen mit einer in Bremen erwarteten Kommission des amerikanischen Hauptquartiers (vgl. Eintragung vom Vortag) über diese Probleme vorzubereiten, wurde ORR Behrens mit der Erarbeitung einer Denkschrift beauftragt (Senatsprotokoll 17.8.1945, StAB: 3/3). In ihr plädierte Behrens für ein „Land Unterweser“, betonte aber die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen und den Anspruch der Stadt Bremen, die Häfen in ihrem Besitz zu behalten (ebenda, 3-B.10.a. Nr. 2[1], Akte 1).

⁵² In der Senatssitzung am 17.8. griff Kaisen diesen Gedanken auf. Er schilderte die katastrophale Wohnungslage und bemerkte, „daß unter diesen Umständen nichts anderes übrig bleibe, als daß die Bevölkerung noch mehr zusammenrücke, damit jeder im kommenden Winter ein Dach über dem Kopf habe. Dieses Ziel könne nicht dadurch erreicht werden, daß aus dem Wohnungsamt eine Art ‚Racheinstitut‘ gemacht werde, sondern nur dadurch, daß die gesamte Bevölkerung die Not gemeinsam tragen helfe.“ (Senatsprotokoll, S. 244, StAB: 3/3).

Kaisen von Welker aufgefordert, sich über die Zulassung der politischen Parteien zu äußern. Kaisen hat Bedenken gegen die Zulassung. Ich bestärke ihn darin. Der schwere Winter muß erst überwunden werden.

[...]

Freitag, 17. August 1945

Im *Senat* der neue Senator Ehlers; Kommunist. Er soll das Wohlfahrtswesen bearbeiten. Wohnungsamt noch ungewiß. – In der Verhandlung Enklave-Fragen, Wirtschaftswesen mit dem gefährlichen Lizenzen-System.⁵³ Die Amerikaner erstreben eine Art Autarkie für ihre Besatzungszone. Auf Versammlung der amerikanischen Offiziere mit einem Oberst aus dem Hauptquartier ist gesagt [worden]: Der Bremer Betrieb werde stillgelegt werden, falls ein süddeutscher Betrieb genügend herstelle, um die gesamte amerikanische Zone einschließlich der Enklave versorgen zu können; er könne sich vorstellen, daß, wenn erst die ganze Verwaltung und Produktionskontrolle arbeite, in Bremen nur noch ein Bruchteil der Betriebe arbeiten werde.

[Wenhold über] Fischerei-Verhältnisse. Vor dem Kriege 250 Fischdampfer, davon 150 bei der Bremischen Gesellschaft „Nordsee“. Jetzt 86 Fischdampfer, davon 49 in deutschen Häfen; davon fischen 27 (die meisten von Cuxhaven aus, da die Engländer die Fischerei mit Manilahanf und Kohlen unterstützen). Fischgründe nur Helgoländer Bucht und Jütland. Die Doggerbank von den Engländern für Heringe geduldet. Reiche Fischgründe wegen der langen Schonzeit durch den Krieg.

[...]

Wenhold hat aus Cuxhaven als Geschenk der „Nordsee“ frische Seefische mitgebracht, von denen ein Teil unseren Abend-Eßtisch ziert. Seit langem gab es in Bremen kaum noch Seefische, seit dem Zusammenbruch überhaupt nicht mehr, weil Wesermünde den angebrachten Fang nur im Tauschhandel gegen Leder und sonstige Waren in das Ruhrgebiet oder andere Gebiete abgab.

Abends mit Onkel Walter und Arnold Bericht über die wirtschaftlichen Besprechungen der amerikanischen Offiziere und Bericht über die Berliner Banken unter russischer Herrschaft. Alle Banken geschlossen, der Inhalt der Tresore beschlagnahmt, Reichsbank als Berliner Stadtbank einzige Bank mit 21 Zahlstellen. Beschränkung der Auszahlungen, desgleichen der Gehälter (150 bis 450 Reichsmark).⁵⁴ Alles das vollendete Tatsache, als die Amerikaner, Engländer und Franzosen in Berlin ankamen.

⁵³ Wolters klagte über die Behinderungen und Verzögerungen bei der Wiedereröffnung von Betrieben, da selbst bekanntermaßen einwandfreie Persönlichkeiten die Überprüfung ihrer politischen Vergangenheit abwarten mußten. (Senatsprotokoll 17.8.1945, StAB: 3/3); vgl. Kap. 3, Anm. 36.

⁵⁴ Vgl. Kap. 2, Anm. 179.

Samstag, 18. August 1945

Die übliche Arbeit ohne Ruhe für größere, wichtige Sachen. [...]

Nachmittags Senatoren-Tee bei mir.⁵⁵ Hauptthema natürlich die politische und wirtschaftliche Lage, von der Nebelthau, soweit Bremen und der britisch-amerikanische Kleinkrieg in Frage kommt, nichts wußte. Nach Apelts Schilderung sind die Engländer in wirtschaftlichen Dingen zum Teil einsichtsvoller als die Amerikaner. Nebelthau stark beeindruckt durch die englische Friedensfeier in Westminster, die er im Radio gehört hatte; rein kirchlich, mit Ansprachen der Geistlichen und schönem Gesang.

Abends Walter und ich in Aussprache über Kommunismus und Bolschewismus, Zusammenfinden des europäischen Abendlandes (England, Frankreich, Deutschland, Italien, Skandinavien, vielleicht unter Einschluß Böhmens und Polens usw.).

Sonntag, 19. August 1945

Vormittags Besuch in einer Wohnungssache erhalten. Unlösliche Fragen und notwendige Härten. Der Wohnraum in Bremen, mehr als zur Hälfte zerstört, genügt nicht, um die bremische Bevölkerung aufzunehmen. Nun flutet die Masse der im Osten entwurzelten Menschen in den engen Raum des Restdeutschlands.⁵⁶ Wohnungs- und Ernährungsnot müssen in erschreckendem Maße zunehmen. Dazu die Hemmungen durch die englisch-amerikanischen Absperrungen und die Verhinderung eines Wiederauflebens der Wirtschaft durch das Lizenz-System und durch die Ausmerzungen der Pgs aus den Privatbetrieben.⁵⁷ Anhäufung der Beschäftigungslosen durch die aus dem Öffentlichen Dienst und aus den Privatbetrieben Entlassenen. Nimmt man dazu die Zwangsarbeit, die die Amerikaner für ihre Arbeiten, besonders für die Häfen, anordnen, weiter die militärischen Wohnungsbeschlagnahmen, so ist es kein Wunder, daß man schon den Ausruf hört: „Das ist ja schlimmer als bei den Nazis!“ Dies noch verstärkt durch

⁵⁵ Vgl. Kap. 1, Anm. 14.

⁵⁶ Die Vertreibung der Deutschen, die nicht aus eigenem Antrieb vor dem vorrückenden sowjetischen Truppen geflohen waren, hatte sofort nach der Besetzung der Gebiete östlich von Oder und Neiße begonnen. Im Juni/Juli 1945 wurden in organisierten Großaktionen etwa 100000 Deutsche aus Danzig und 200000 bis 300000 Deutsche aus dem unmittelbaren Hinterland der Oder/Neiße-Linie in die SBZ vertrieben. Nachdem bei der Potsdamer Konferenz die neue Westgrenze Polens bestätigt und die Überführung der noch in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei verbliebenen Deutschen in ihren Heimatstaat beschlossen worden war, gelangten schon im Aug. und Sept. 1945 zahlreiche weitere Sammeltransporte mit Menschen aus den polnisch verwalteten, ehemals deutschen Gebieten nach Westen, obwohl der Ausweisungs- und Aufnahmeplan, den der Alliierte Kontrollrat zuvor erarbeiten sollte, erst am 17.10.1945 vorlag. Danach wurde die Zwangsaussiedlung verstärkt fortgesetzt. (Schieder, *Die Vertreibung*, Bd. I/1, S. 138E–147E).

⁵⁷ Vgl. Kap. 2, Anm. 218 und Kap. 3, Anm. 36.

die zahlreichen politischen Verhaftungen, die mit dem Verfahren der Gestapo verglichen werden.

Allmählich zeigt sich auch immer mehr, daß wir jahrelang von der Substanz gelebt und sie nahezu verbraucht haben, besonders verstärkt durch die Zerstörungen des Luftkrieges. Außer Lebensmitteln gibt es so gut wie nichts zu kaufen; auch Reparaturen erhält man nicht. Das wird bei den Kleidungsstücken immer fühlbarer, ganz schlimm bei dem Schuhwerk. Es gibt aber auch keine Streichhölzer, keine Kragenknöpfe, keine Hosenträger, keine Schnürbänder, keine Stahlfedern, kein Papier, geschweige denn Füllfederhalter. Bleiben Produktion und Verkauf so eingeschränkt, so wird bald eine allgemeine Verlumpung und Proletarisierung eintreten.

Die Engländer und Amerikaner sollten einsehen, daß das zu einer Bolschewisierung und zu einer geheimen Nazisierung führen muß, während der Nationalsozialismus geistig, politisch und sittlich vollständig abgewirtschaftet hatte und dem Tode verfallen war. – Unser Volk ist leidgeschlagen, wie kaum je ein Volk der Welt es war. Alle haben nächste Angehörige verloren, fast alle sorgen sich noch um Angehörige, von denen sie nichts gehört haben. Mehr und mehr schwindet die Hoffnung auf die Heimkehr von Männern und Söhnen. [...]

Alles ein Boden, empfänglich für Heil und Unheil!

[...]

Montag, 20. August 1945

Unter mancherlei Besuchen und Betrieb die Eingabe an die Militärregierung für die Wiedereinsetzung der Richter (10), eines Staatsanwalts und von zehn Justizbeamten diktiert. Guthrie will uns helfen, daß wir wieder eine geordnete Rechtspflege und die brachliegenden tüchtigen Kräfte bekommen, sagt aber selbst, der Wind sei zur Zeit nicht günstig.

Inzwischen weitere Beamten-Entlassungen auf Befehl der Militärregierung; so heute in der Strafanstalt Oslebshausen fast das gesamte Büropersonal, so daß keine Beamten da sind, die die Versorgung der tausend Köpfe der Anstalt besorgen können.

[...]

Dienstag, 21. August 1945

Dr. L. [aus Siebenbürgen] reist nach Hannover ab, um sich eine neue Existenz zu gründen. Diese Schicksale der Entwurzelten, Heimatlosen treten täglich in den verschiedensten Formen an mich heran. Die Ärzte haben meist – wie Dr. L. – ihre sämtlichen Instrumente verloren und können daher keine Privatpraxis beginnen. Und wie viele haben jetzt keinerlei Geldmittel mehr, um sich zu unterhalten. Ärzte, Richter, Rechtsanwälte, sonstige Juristen und Beamte, sie alle oder ihre Familien sind auf Fürsorgeunterstützung angewiesen: 16,50 RM für jedes Kind und 33 RM für die Frau,

dazu die Miete. Es ist ein unsagbares Elend, und man schämt sich, daß man es äußerlich so gut hat.

Im *Senat* hauptsächlich die traurige Wohnungsfrage verhandelt. Zwei Ausschüsse: einer für Verwaltung, einer für Beschwerde-Entscheidungen.⁵⁸ Kaisen ist selbst die verschiedenen Wohnviertel abgefahren und machte eine erschütternde Schilderung vom Wohnungselend. – Problem der kommenden Arbeitslosigkeit. Grundsatz: keine Unterstützung ohne Arbeit! Programm für die Beschäftigung: Aufräumung der Stadt, Kleingärten usw., Häfen, Radfahrwege, Umschulung auf Baugewerbe.⁵⁹

[...]

Mittwoch, 22. August 1945

Amtlicher Besuch von Wilhelm Kiesselbach mit Generalstaatsanwalt Dr. Klaas⁶⁰ und einem Landgerichtsdirektor aus Hamburg. Mehrstündige Verhandlung über Justizfragen. Fruchtbare Austausch. Beiderseitige Erfahrungen. Wir in Bremen in manchen Justizsachen weiter als Hamburg, besonders in der Arbeit der Gerichte. Die Engländer dagegen vernünftiger in der Zulassung von Richtern, die formell Pg. waren. Enklave-Fragen. Usw. Wiederholung solcher Besprechungen verabredet. [...]

Donnerstag, 23. August 1945

Wechselnd bedeckt und sonnig. Regenschauer. Der zweite Grasschnitt ist im Wümmegebiet durch Überschwemmung gefährdet. Die Wasserläufe seit Jahren nicht gereinigt, daher kaum Ablauf. Auch manche Gemüsegärten stehen unter Wasser.

Erste Sitzung des Siedlungsausschusses, dem beide Bürgermeister angehören. Es handelt sich um eine politisch und wirtschaftlich entscheidende

⁵⁸ Der Verwaltungsausschuß aus Vertretern des Wohnungsamts, des Wohlfahrtsamts und der Bauverwaltung sollte unter Vorsitz eines „energischen Bürgers“ (Kaisen) über die organisatorischen und baulichen Maßnahmen sowie die Verteilungsgrundsätze beraten, der Beschwerdeausschuß aus zwei Beisitzern und einem erfahrenen Richter als Vors. über Einsprüche gegen Entscheidungen des Wohnungsamts entscheiden. (Senatsprotokoll 21.8.1945, StAB: 3/3). Der Verwaltungsausschuß ging auf amerikanischen Vorschlag zurück (Protokoll über die Besprechung Bard – Kaisen am 20.8.1945, StAB: 3-R.1.m. Nr. 390).

⁵⁹ In der Senatssitzung stellte Kaisen klar, daß es einen Rechtsanspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung gebe, der aber zur Zeit wahrscheinlich nicht erfüllt werden könne. Die ersatzweise gewährte Unterstützung der Gemeinde (Arbeitsfürsorge) könne und solle bei Arbeitsfähigen von einer Arbeitsleistung in den von Spitta hier genannten Bereichen abhängig gemacht werden (Senatsprotokoll 21.8.1945, StAB: 3/3).

⁶⁰ Dr. jur. Walter Klaas, 1895–1978. Seit 1924 Rechtsanwalt in Hamburg, 1945 von der Militärregierung zum Generalstaatsanwalt am HOLG ernannt, 1947–1950 Präs. der Strafrechtsabteilung des Zentral-Justizamtes der Britischen Zone, 1951–1963 Richter am Bundesverfassungsgericht.

Frage für unser Volk, auch seelisch und sittlich von höchster Bedeutung. Die verschiedenen Pläne Dr. Kappes durchgesprochen. Kleinbauernsiedlung im Kreise Syke auf Eigentum Bremens und Anlegung von Gärtnerhöfen am Rande der Stadt (Vahr usw.) beschlossen.⁶¹

[...]

Freitag, 24. August 1945

[...]

Im Senat Regelung des Wohnungsamtes und Beschwerdewesens nach meinen Vorschlägen beschlossen.⁶² Richter (Hilfsrichter) Mehne⁶³ Beschwerdeinstanz. Ausschuß für das Wohnungswesen unter dem Vorsitz von Edzard.⁶⁴ Erfreulich, wie vorurteilslos Kaisen die Persönlichkeiten beurteilt und heranzieht.

Wolters will eine neue Nazischnüffelei und Nazibestrafung auf dem Gebiete der Kleingärten herbeiführen. Wer Nazi war, soll seinen Kleingarten verlieren. Ich bin in die Sache eingeschaltet und hoffe, sie verhindern oder abbiegen zu können.⁶⁵ Besuch Mehnes; Unterrichtung über die Sachlage;

⁶¹ Auf Kappes Initiative entstand 1949 die Gärtnerhof-Siedlung für Flüchtlinge und Heimkehrer am Vahrer Feldweg, die 1957 der Neubausiedlung Neue Vahr weichen mußte.

⁶² Vgl. Kap. 3, Anm. 58.

⁶³ Günther Mehne, 1895–1970. Rechtsanwalt, seit 12.7.1945 Hilfsrichter am Amtsgericht in Bremen, 1950–1960 Landgerichtsdirektor. – Mehne behielt 1945 neben der neuen Funktion sein Hilfsrichteramt. Wolters' Forderung, der ursprünglichen Planung entsprechend (vgl. Kap. 3, Anm. 58), die Beschwerdestelle mit zwei Beisitzern neben dem Richter zu besetzen, wurde von Spitta mit dem Argument zurückgewiesen, um der möglichst großen Einheitlichkeit der Entscheidungen willen sollten sie in einer Hand liegen. (Senatsprotokoll 24.8.1945, StAB: 3/3). Nachdem Mehne und sein Vertreter bis Anfang Okt. 1945 40 Entscheidungen des Wohnungsamts aufgehoben und Kaisen seinerseits zwei Beschlüsse Mehnes annulliert hatte, kam es zum offenen Konflikt, der schließlich durch eine Neuregelung des Verfahrens gelöst wurde: Verwaltungs- und Beschwerdeausschuß wurden zu einer neuen Beschwerdestelle zusammengefaßt; wenn der Richter eine Entscheidung des Wohnungsamtes aufheben wollte, hatte das Plenum dieser Beschwerdestelle zu entscheiden, sonst der Richter allein (Spitta, Tagebucheintragung vom 3.10.1945; Senatsprotokoll 2.10.1945, ebenda: 3/3).

⁶⁴ Vgl. Kap. 2, Anm. 93.

⁶⁵ Da dem Besitz eines Kleingartens große Bedeutung für die Ernährung zukam, hatten nach Angaben Wolters' Kleingärtnerorganisationen bei ihm angeregt, politisch belasteten Pächtern die Verträge zu kündigen und die Gärten Familien in wirtschaftlicher Notlage zu geben. Der Senat sprach sich gegen „Willkür“ in dieser Frage aus, und Kaisen verwies Wolters zur Klärung der rechtlichen Voraussetzungen an Spitta. (Senatsprotokoll 24.8.1945, StAB: 3/3). Am 28.9.1945 ermächtigte der Senat Theil, Nationalsozialisten, „die sich politisch besonders hervorgetan hätten“, aus den Kleingärten zu entfernen (ebenda), wovon dieser jedoch wegen Zweifeln an der rechtlichen Zulässigkeit nur selten Gebrauch machte. Einer entsprechenden Senatsverordnung vom 30.4.1946 verweigerte die Militärregierung die Zustimmung (ebenda, 16.4.1946).

Hinweis auf die große politische Bedeutung seiner undankbaren Tätigkeit. Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung.

[...]

Abends Bericht über die Lage im russisch besetzten Raum (Ende Juni 1945)⁶⁶ vorgelesen. Manches traurig und niederdrückend. Gewalttaten nicht mehr, aber Bolschewisierung von Wirtschaft und Verwaltung. [...]

Samstag, 25. August 1945

Die nützliche Arbeit immer wieder gehindert und gelähmt, besonders auf wirtschaftlichem Gebiete. Apelt ist verzweifelt über die unverständigen Eingriffe der Amerikaner und seine Fesselung; im Hafen hat er nichts mehr zu sagen. Apelt ist gründlich amtsmüde.

Wir alle werden belastet und behindert durch die willkürlichen und sinnlosen Beamten-Entlassungen. In der Strafanstalt Oslebshausen erst das ganze Büro von 13 Menschen, darunter die leitenden Beamten, entlassen, dann der Direktor Elborg.⁶⁷ Sonnemann,⁶⁸ früher Volksschullehrer, in der demokratischen Zeit eine zeitlang Direktor in Oslebshausen, trotz seiner 76 Jahre von den Amerikanern zum Direktor und Leiter des Gefängniswesens der ganzen Enklave ernannt; einige Bürobeamte dürfen vorläufig bleiben. Noch schlimmer die neuen Richtlinien des amerikanischen Hauptquartiers über die Säuberung von Staat und Wirtschaft.⁶⁹ Nicht nur die „Nazis“, sondern auch die „Militaristen“ zu entlassen. Merkwürdige und gefährliche Andeutungen, wer unter Umständen als „Militarist“ anzusehen sei (preußischer Adel, Gutsbesitzer, studentische Corps des Köseener SC usw.). Es gibt eine neue Welle der Denunziationen und Entlassungen. Alles soll auch auf wichtigere Stellen der Wirtschaft übertragen werden. Sorge, daß die Verwaltung völlig zerschlagen und in Staat und Wirtschaft die Intelligenz ausgeschaltet wird. Wer steht hinter diesem Treiben? Ha-

⁶⁶ Diese anonyme Denkschrift: „Die Lage im russischen Raum nach dem Stande Ende Juni 1945“ wurde durch Abschriften weit verbreitet. Eine „Abschrift von Abschrift“ befindet sich z.B. im NL Diller im Archiv der Fst.: 11/D1.

⁶⁷ Zur Verschärfung der Entnazifizierung im Aug. 1945 vgl. Kap. 3, Anm. 42. Martin Elborg, geb. 1900, ORR, 1942–1945 Direktor der Strafanstalt Oslebshausen, seit 1933 Md. der NSDAP, zum 1.9.1945 entlassen.

⁶⁸ Emil Sonnemann, 1869–1950. Pädagoge, 1896 Hauslehrer der Strafanstalt Oslebshausen, 1898–1913 Volksschullehrer in Bremen, als aktiver Sozialdemokrat aus dem Schuldienst entlassen, 1914–1918 Redakteur des Parteiorgans der Bremer SPD, 1919–1933 Direktor der Strafanstalt Oslebshausen; im März 1933 beurlaubt, im Juli 1933 aus dem Staatsdienst entlassen, 1.9.1945–1946 erneut Direktor der Strafanstalt Oslebshausen. Vgl. Brem. Biogr., S. 489f.

⁶⁹ Die Direktive vom 15.8.1945 zur Ergänzung der Direktive vom 7.7.1945 (vgl. Kap. 2, Anm. 218) dehnte die Sanktionen auf „Nazis oder Militaristen in der Wirtschaft, im Handwerk und in anderen Berufen“ aus, soweit sie „mehr als nominelle Teilnehmer an den Parteiaktivitäten oder aktive Anhänger von Nazismus und Militarismus“ gewesen waren und über Ansehen oder Einfluß in der Gesellschaft verfügten. (Niethammer, Entnazifizierung, S. 157f.).

ben das die Amerikaner aus sich und ihren Ideologien? Oder sind deutsche Leute dabei tätig, Bolschewisten, die das Chaos wollen, Fanatiker, Stellenjäger usw.? Die katholische Kirche ist wohl zu klug, um dies Treiben zu begünstigen oder gar selbst zu veranlassen. Aber die Juden?

Lange Unterredung mit dem Leiter der Städtischen Werke Dr. Dettmar und dem Gasanstaltsdirektor Berg über Arbeitshetze und rebellischen Geist in der Arbeiterschaft.⁷⁰

[...]

Sonntag, 26. August 1945

[...]

Montag, 27. August 1945

Verhandlung mit Katz⁷¹ als Vertreter der jüdischen Gemeinde. Schilderung der erlittenen Not und der furchtbaren Ermordung des größten Teils der Juden, besonders aller Kinder; die jüdische Gemeinde früher 1500 Seelen, jetzt etwa 20! Die meisten sind in Theresienstadt in Böhmen „ver-gast“.⁷²

Nawraths Denkschrift gegen Knittermeyer von Kaisen erhalten. Ganz abgesehen vom fachlichen Inhalt, sind mir Art und Ton in tiefster Seele zuwider. Da aber Knittermeyer schon 1933 der Partei freiwillig und mit gewissen Hoffnungen beigetreten ist, kann ihn die spätere Enttäuschung und die schroffe Gegnerschaft der letzten Jahre nicht retten, auch nicht die Tatsache, daß er immer wieder mit Parteibonzen in Konflikt geriet. So fällt eine geistige Größe, der wir ein hochstehendes Vorlesungswesen verdanken und um die uns viele Städte beneidet haben. Seine Entlassung wird in allen geistigen Kreisen Deutschlands, besonders an den Universitäten, großes Aufsehen erregen. Von meinen persönlichen Gefühlen schweige ich. [...]

⁷⁰ Im Widerspruch dazu berichteten die meisten politischen Beobachter und auch die Besatzungsmacht im Sommer 1945 über die Apathie der breiten Bevölkerung, auch der Arbeiterschaft, die sich allenfalls der geforderten Arbeitsleistung, z. B. dem Arbeitseinsatz bei der Militärregierung und bei Aufräumarbeiten, mit Rücksicht auf ihre schlechte Ernährung teilweise entzog. Tauschhandel und Kleingartenbestellung waren im Hinblick auf die alltägliche Versorgung oft wichtiger. (Vgl. dazu Brandt, Antifaschismus, S. 76–94).

⁷¹ Carl Katz, 1899–1972. Kaufmann, 1942 nach Theresienstadt deportiert, überlebte mit seiner Familie und kehrte nach Bremen zurück, war entscheidend am Wiederaufbau der Israelitischen Gemeinde Bremen im Aug. 1945 beteiligt und deren Vorsteher. Nachdem die Israelitische Gemeinde am 24.8.1945 mit einem Gottesdienst ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hatte, machte er Spitta als dem für religiöse Angelegenheiten zuständigen Senator einen Antrittsbesuch. Den Leidensweg der Bremer Juden schildert: Bruss, Die Bremer Juden.

⁷² Nach den Angaben bei einer Gedenkfeier für die ermordeten Bremer Juden am 18.5.1952 fanden 915 den Tod. In Theresienstadt selbst wurden keine Juden „ver-gast“, sondern sie wurden von dort in das Vernichtungslager Auschwitz transportiert.

Dienstag, 28. August 1945

[...]

Kurze *Senatssitzung*. Einige bessere Nachrichten auf dem Gebiete der Versorgung. Weiter Rivalität zwischen USA und England. Die englischen Ernährungsämter in Obernkirchen zusammengefaßt, die amerikanischen an der Bergstraße. Bemühungen Bremens, auf diesem Ernährungsgebiet an das englische Gebiet angeschlossen zu werden. Bedingung: Enklave als einheitlicher Ernährungsbezirk.⁷³

[...]

Mittwoch, 29. August 1945

Nachmittags lange Unterredung mit zwei amerikanischen Offizieren, die von der Zentralstelle der Alliierten in Berlin⁷⁴ kamen und Justizsachen mit mir besprachen. Es kommt eine *Zentralstelle für Justiz*,⁷⁵ aber nicht in Ber-

⁷³ Die britische Militärregierung ließ in ihrer Zone die während des Krieges zur Sicherstellung der Ernährung geschaffene deutsche Verwaltung nach der Entnazifizierung der Spitzenpositionen weiterarbeiten und schuf daneben als Beratungs- und Koordinierungsstelle für Norddeutschland (Hamburg, Schleswig-Holstein, die von britischen Truppen besetzten Teile Mecklenburgs) am 5.6.1945 das Regional Food Office, in dem deutsche Experten unter britischer Aufsicht tätig waren. Um darüber hinaus für die *gesamte* Zone eine gleichmäßige Versorgung und insbesondere eine bessere Belieferung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets zu erreichen, wurde am 12.7.1945 das „German Interregional Food Allocation Committee“ (GIFAC) in Obernkirchen bei Minden/Weser errichtet, dessen deutsche Ernährungsfachleute die Militärregierung bzgl. der Steigerung und gerechteren Verteilung der landwirtschaftlichen Produktion beraten sollten. Die Dienststelle war zunächst nach regionaler Zuständigkeit organisiert – daher die Forderung nach Zusammenfassung der Enklave zu einem einheitlichen Ernährungsbezirk –, wurde aber schon im Nov. in fünf Fachabteilungen mit insgesamt 65 Beschäftigten neugegliedert. Im März 1946 entstand aus ihr das mit größeren Befugnissen ausgestattete „Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft“ (ZEL) unter Leitung des ehemaligen deutschnationalen Reichsministers Hans Schlange-Schöninghen. (Stüber, Kampf gegen Hunger, S. 92–103). – In der US-Zone wurden die zentralen Kompetenzen zunächst den Länderräten, dann den Ministerpräsidenten der Länder übertragen. Zu einer Zusammenfassung kam es erst nach der Bildung des Stuttgarter Länderrats am 17.10.1945 durch die Gründung seines Hauptausschusses für Ernährung und Landwirtschaft am 5.11.1945.

⁷⁴ Dienststelle des Stellvertretenden Militärgouverneurs und Vertreters der USA im Koordinierungsausschuß des Kontrollrats, General Lucius D. Clay. Sie war am 10.7.1945 von Höchst nach Berlin umgezogen und entwickelte sich in Konkurrenz zur Abteilung G 5 des Hauptquartiers in Frankfurt zur obersten Behörde der amerikanischen Militärregierung in Deutschland.

⁷⁵ Nachdem die Sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Zone sofort nach dem Abschluß der Potsdamer Konferenz, seit dem 10.8.1945, mit der Errichtung von elf zentralen Fachverwaltungen begonnen hatte, suchte insbesondere General Clay, den Aufbau der dort vereinbarten interzonalen Zentralbehörden voranzutreiben. Er scheiterte vor allem am Widerstand Frankreichs, das in Potsdam nicht vertreten gewesen war, und setzte sich daraufhin für die Schaffung der nötigen zentralen Einrich-

lin; „Berlin so zerstört, daß es als Regierungsstadt auf lange Zeit nicht zu gebrauchen ist.“ Ich wurde gefragt, ob ich in eine leitende Stelle der deutschen Justizzentrale eintreten wolle. Ich verwies auf mein Alter und lehnte ab. Gebeten, eine Liste von geeigneten Juristen vorzuschlagen; Nolting-Hauff nachgefragt; auch Wilhelm Kiesselbach. Erwünscht: Alter von 45 bis 55 Jahren. Gestaltung Deutschlands erörtert. Deutschland verarmt, Lebenshaltung wie Polen und Tschechoslowakei. Daher billige Verwaltung; nicht Luxus von 20 Ländern. Vier bis fünf deutsche Länder: 1. Bayern, 2. Württemberg und Baden, ev[entuell] Hessen;⁷⁶ 3. Hannover und Westfalen, 4. Küstengebiet: Oldenburg, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, „Preußen“. (Recht unklar). Frage der Ländereigenschaft Hamburgs und Bremens. Meine Darlegung über Beweglichkeit der Hafen- und Seestadt. Debatte über Rotterdam und Antwerpen. – Wahl der Landesregierung?⁷⁷ Bedenken der Amerikaner gegen Weimarer Verfassung. – Amerikanische Frage: Sollen alle Nazigesetze aufgehoben werden? Ich für Revision, aber gegen Aufhebung. Anschließend freie Aussprache „von Mann zu Mann“. Stimmung in Bremen? Ich schildere die alte Verbindung Bremens mit Amerika; jetzt manche Hoffnung enttäuscht. Zwei Gründe: Verhaftungen ohne Gehör und formalistisches Vorgehen bei den Beamten-Entlassungen, ebenfalls ohne Gehör.

Der Amerikaner sagte wörtlich: „Nach 20 Millionen Toten ist die Welt noch nicht reif für eine Unterscheidung von bösen und guten Nazis.“ Es sei nicht weise, so für Beibehaltung von Nazis einzutreten; die öffentliche Meinung in Amerika werde daraus folgern, daß das deutsche Volk doch noch Sympathien für die Nazis habe; das könne eine unheilvolle Gegenwirkung auslösen. Im Ganzen eine erfreuliche Aussprache, erleichtert dadurch, daß der eine Amerikaner recht gut Deutsch spricht.⁷⁸

Donnerstag, 30. August 1945

Nachmittags mit Lahusen und dem Anwaltsausschuß Bewerbungen besprochen. 72 Bewerbungen, meist Flüchtlinge und Entwurzelte. Katego-

tungen in der US-Zone ein. Obwohl für die Justiz im Potsdamer Abkommen keine vierzonale Spitzenbehörde vorgesehen war, bemühte sich Clays Dienststelle im Herbst 1945 um ihre Errichtung, drang mit dieser Absicht aber nicht durch. (Vogel, Westdeutschland, Bd. 3, S. 489).

⁷⁶ Die drei Länder der US-Zone: Bayern, Württemberg-Baden und Groß-Hessen wurden durch die Proklamation Nr. 2 des Chefs der amerikanischen Militärregierung am 19.9.1945 errichtet.

⁷⁷ General Clay plante, wie aus einem etwas späteren Schreiben vom 16.9.1945 hervorging, zu dieser Zeit bereits, in der US-Zone von der untersten Ebene aufsteigend Wahlen stattfinden zu lassen: im Jan. 1946 in den ländlichen Gemeinden, im März für die Kreistage, im Mai für die Stadtparlamente, schließlich Landtagswahlen. Er stieß aber bei seinen Mitarbeitern auf Bedenken. (Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 109).

⁷⁸ Es handelte sich um den deutschen Emigranten, Prof. Dr. Karl Loewenstein.

rien: Pg. und nicht Pg. Flüchtlinge aus russischem Gebiet und britisch-amerikanischem Gebiet. Mit oder ohne größere Familien. Juristische Qualität.
[...]

Freitag, 31. August 1945

[...]

Samstag, 1. September 1945

Der amerikanische Professor der Rechtswissenschaft, der Mittwoch bei mir war – *Karl Loewenstein*⁷⁹ (äußerlich nicht jüdisch) – besucht mich aufs neue. Ich schlage Ahlers, Bollinger, Janssen und Walter Lisco vor, er bejaht Ahlers und rühmt ihn sehr; Bollinger menschlich hochstehend, aber nicht ausreichend; Janssen sei Pg. gewesen; *Walter Lisco wolle er aufsuchen*. Fährt dann zu Walter Lisco nach der Händelstraße; fruchtbare Unterhaltung von etwa $\frac{3}{4}$ Stunden; Schmeichelhaftes über mich; will Walter für die Zentralverwaltung der Justiz;⁸⁰ läßt ihm Fragebogen da. Einberufung etwa in drei bis sechs Monaten.

Captain Bard hat mit Kaisen Frage der Werften besprochen; Ermächtigung, kommunale Wahlen stattfinden zu lassen, liegt vor.⁸¹ Kaisen hat mit Rücksicht auf die schwere Lage baldige Wahlen abgelehnt. Kaisen sagte mir, man brauche jetzt die ganze Bevölkerung zur Mitarbeit, auch die Bürgerlichen; bei baldigen Wahlen sei zu fürchten, daß eine große Mehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten entstehe und die Bürgerlichen ausgeschaltet würden. Daher habe er Captain Bard die Einrichtung von Deputationen vorgeschlagen, die vom Senat berufen würden.⁸² Ich stimmte zu und übernahm die Ausarbeitung eines Entwurfes über die *Beiräte der Behörden*.

⁷⁹ Dr. Karl Loewenstein, 1891–1973. Jurist und Politologe, 1919–1933 Rechtsanwalt, 1931–1933 Privatdozent in München, 1933 Emigration in die USA, dort 1934–1961 Professor an verschiedenen Universitäten, seit 1944 Rechtsberater der US-Armee und 1945–1946 von OMGUS (als Zivilist), 1956–1957 Professor an der Universität München, nach der Emeritierung Gastprofessor in verschiedenen europäischen und außereuropäischen Ländern. L. schrieb die in Kap. 1, Anm. 220 zitierte Beurteilung Spittas.

⁸⁰ Vgl. Kap. 3, Anm. 75.

⁸¹ Vgl. Kap. 3, Anm. 77. Am 20. und 27.1.1946 fanden in Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern Kommunalwahlen statt, aber nicht in der Unterweser-Enklave. (Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 110f.).

⁸² Vgl. Kap. 2, Anm. 58. Bei einer Besprechung mit Kaisen am 31.8.1945 bezeichnete auch Captain Bard Bürgerschaftswahlen als unerwünscht. Er stellte die Genehmigung von Deputationen in Aussicht und erbat ein Memorandum darüber. (StAB: 3–R.1.m. Nr. 390).

Auch in Bremen sollen die „Reparationen“ beginnen; die Russen wollen die ganze Werft der AG-Weser abmontieren und nach Rußland bringen. Schritte dagegen bei den Amerikanern.⁸³

[...]

Sonntag, 2. September 1945

Mit Walter Lisco Persönliches und Allgemeines. Seine Berufung in die Deutsche Justizzentrale. Loewenstein sicher Jude, aber äußerlich ohne die besonderen Merkmale dieser Rasse. Bemerkenswert seine Einstellung zum Kommunismus: Er ist eine Weltbewegung; deutscher Kommunismus im Gegensatz zum russischen Kommunismus; Verschmelzung der deutschen Sozialdemokratie und des deutschen Kommunismus auf einer Mittellinie. Walters Äußerungen dagegen: Dabei pflegte die radikalere Richtung die Oberhand zu gewinnen. Mir sagte Loewenstein über Richter Warneken:⁸⁴ „Der ist als Richter untragbar. Er hat im Sondergericht 42 Todesurteile unterschrieben.“ Ich wies auf Warnekens Tätigkeit in der Fürsorge für entlassene Strafgefangene hin und hob die menschlichen Eigenschaften hervor. Loewenstein: „Er hätte sein Amt niederlegen müssen.“ Ich: „Man kann nicht von jedem verlangen, daß er Märtyrer wird.“ Er: „Es hat in Deutschland zu wenig Märtyrer gegeben.“ – L[oenstein] rühmt Wolters als hochbegabt und vorzügliche Kraft.

[...]

⁸³ Die Demontagen begannen in Bremen im Herbst 1945 und dauerten bis zum Frühjahr 1948. Auf der Liste standen sieben bedeutende Betriebe, u.a. die Deschimag, die Norddeutsche Hütte, die Focke-Wulf Flugzeugbau GmbH, die Weser Flugzeugbau GmbH, das Carl F. W. Borgward Torpedowerk und das Kraftwerk Hastedt; aus anderen Betrieben wurden einzelne Maschinen entnommen. Erhalten blieben die Zementfabrik und die Kokerei der Norddeutschen Hütte und das Kraftwerk, das zwar Anfang 1946 demontiert, mangels eines Interessenten aber im Sept. 1948 wieder aufgebaut wurde. Bei Demontagen waren in Bremen Ende 1945 ca. 2800, im Mai 1947 ca. 1400 Arbeiter beschäftigt (Brandt, Antifaschismus, S. 81).

⁸⁴ Dr. Emil Warneken, 1885–1976. Seit 1919 Jugendrichter, später Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor und Vors. einer Strafkammer, 1940–1945 stellvertr. Vors. des Sondergerichts Bremen, seit 1933 Md. der NSDAP, 1948 als „Mitläufer“ eingestuft, aber nicht wieder eingestellt, sondern pensioniert. – Das Bremer Sondergericht verhängte in den fünf Jahren seiner Tätigkeit, von April 1940 bis April 1945, 49 Todesurteile, von denen 42 vollstreckt wurden. W. führte bei den meisten Verhandlungen den Vorsitz und plädierte – entgegen späteren Behauptungen – bei den Nachschau für Härte, so als er sich bei einem 17jährigen Polen, der aus Heimweh eine Scheune angesteckt und dadurch geringen Schaden angerichtet hatte, gegen die gnadensweise Umwandlung der Todesstrafe in eine Haftstrafe aussprach. (Schwarzwälder, Bremen IV, S. 423–436; MarBolek/Ott, Bremen, S. 190; Christoph U. Schminck-Gustavus, Das Heimweh des Walerjan Wróbel. Ein Sondergerichtsverfahren 1941/42, Berlin/Bonn 1986, S. 112–119).

Montag, 3. September 1945

[...]

Dienstag, 4. September 1945

Einige äußere Verbesserungen des Lebens. Zunahme des Eisenbahnverkehrs, Erweiterung der Post (Briefe für Private zugelassen, desgleichen Telegramme in beschränktem Maße), Programm für die Wiederherstellung der Straßenbahn in den nächsten Monaten. Mitte Oktober soll die Ochtum-Brücke fertig werden; damit Bahnverkehr nach Oldenburg. Mitte Oktober geringe Gasmengen.⁸⁵ Montag Beginn der Grundschulen in Bremen.⁸⁶ Anderes sehr besorgniserregend, vor allem die schlechte Ernte; besonders Hafer und zweiter Grasschnitt durch Regen verdorben; die Kartoffelernte gefährdet. Nicht mehr als vier Pfund Kartoffeln in der Woche zu verteilen. Baumaterialien fehlen weiter. Die Ziegel-Erzeugung ganz von den Amerikanern beschlagnahmt.

Unsinnige Preispolitik durch Aufrechterhaltung der „Nazipreise“. Das kostet für Weser-Ems 75 Millionen RM Zuschuß im Jahre, davon 38 Millionen für Lebensmittel der deutschen Bevölkerung und 37 Millionen für die Ausländerlager (Polen). Auf Bremen fallen 18 Millionen, mit den Weser-Marschen 22 Millionen RM. *Erörterung darüber im Senat.*⁸⁷

Arbeiterfragen. Fehlen aller Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Die Amerikaner nehmen alles Material und alle Arbeiter in Anspruch: Bau einer Sporthalle an der Gustav-Deetjen-Allee, eines Cafés bei Hillmanns Hotel an der Contrescarpe. Gerüchte, daß die Enklave aufgehoben werden und an die Briten fallen würde, mit Ausnahme des den Amerikanern verbleibenden Hafens.⁸⁸

Gerücht, daß Kaisen durch Wolters ersetzt werden würde.

[...]

Mittwoch, 5. September 1945

Die übliche Arbeitsbelastung und die üblichen Besuche von unglücklichen Flüchtlingen, die vor dem Nichts stehen. In dem verkleinerten Deutschland zwischen Elbe und Rhein zu viel Kopfarbeiter und zu wenig Handar-

⁸⁵ Die Militärregierung erteilte am 29.8.1945 die Genehmigung zur Wiederaufnahme der Gaserzeugung, die auch deshalb von Bedeutung war, um den Holzraubbau zu beenden. Vorerst konnten nur zwei Öfen des Gaswerks angeheizt werden. (Peters, Bremen 1945–1956, S. 26).

⁸⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 94.

⁸⁷ Es handelte sich um eine Forderung der Landesbauernschaft Weser-Ems für die Subventionierung von Nahrungsmitteln und die Belieferung der Verpflegungsdepots der Ausländer- und Kriegsgefangenenlager in der Zeit vom 1.5. bis 30.9.1945 (Senatsprotokoll 4.9.1945, StAB: 3/3).

⁸⁸ Diese Neuregelung erfolgte am 10.12.1945, vgl. Kap. 3, Anm. 279.

beiter. [...] So müssen auch die jungen Leute der Handarbeit sich zuwenden, vor allem auch der Landwirtschaft und dem Gartenbau. Es darf in den sog[enannten] besseren Kreisen kein Vorurteil gegen Handarbeit bleiben. Gorsemann sagte mir: „Mit Kopfarbeit verfällt man jetzt dem Absterben, mit Handarbeit kann man leben.“

Lotte in Jade nachts von Polen ausgeplündert (Wäscheschrank). [...]

Abends Probleme der Beamten-Entlassungen und „Säuberung“ der Wirtschaft mit Arnold und Walter Lisco besprochen. Versuch, den amerikanischen Standpunkt zu verstehen, wenn auch nicht zu billigen. Loewensteins Argumente. Das amerikanische System des Beamtenwechsels bei Parteienwechsel. Anders in England, daher hier andere Entlassungspraxis der Engländer. Über allem die furchtbaren Judenmorde der Nationalsozialisten und ihr Echo in der Welt.

Donnerstag, 6. September 1945

Weitere vertrauensvolle Aussprache von Carstens und Lahusen mit Guthrie. Als Lahusen bei weiteren Beamten-Entlassungen im Gericht mit seinem Rücktritt drohte, sagte ihm Guthrie, ein solcher Schritt werde das Bestreben derer auf amerikanischer Seite fördern, die einen Wiederaufbau in Deutschland gar nicht wünschten, sondern einen völligen deutschen Zusammenbruch erhofften. Dazu dürfe es nicht kommen. Die Deutschen müßten Geduld haben. Bessere Zeiten würden für uns wiederkommen. Die Amerikaner müßten lernen, „die deutsche Seite“ zu erkennen und zu verstehen; es seien Anzeichen dafür da, daß dies Verständnis bei vielen Amerikanern hier und auch drüben im Wachsen sei.

Abends nach langer Zeit wieder *Knittermeyer bei uns*. Wertvolle Aussprache unter Teilnahme von Mutter, Arnold, Walter Lisco und mir. Gibt es noch eine deutsche Zukunft? – Nicht politisch, sondern geistig, das heißt so, daß das Eigenste unseres Volkes weiter zur Geltung kommt? Was ist das Eigenste? Das, was in Luther, Kant, Goethe, – von Späteren in Jaspers und Heidegger zum Ausdruck gekommen ist, das Existentielle. Keine Prophezeiung möglich. Drei Möglichkeiten: Die Römisch-Katholische Kirche, der Kommunismus, der deutsche Weg des Glaubens und der Erkenntnis. – Die protestantische Kirche dürfe nicht den römischen Weg der großen Organisation einschlagen; Leben in Gemeinden und Sekten. Das Evangelium muß mit neuen Zungen verkündet werden, auch in neuer äußerer Gestalt. Keine großen Hallenkirchen mehr. Neue Seele und neue Sprache. Das Leid als Wecker und Öffner der Menschen. Nicht Bücher, sondern Wirkung von Mensch zu Mensch. Im gegenwärtigen schweren Geschick sollte jeder das Leben – auch wenn es äußerlich noch so kümmerlich ist – als Geschenk empfinden.

Knittermeyer gab uns wieder eine Fülle von tiefen Gedanken in schöner Prägung. Und solch eine geistige Kraft wird nun aus Amt und Wirken gebracht!!

Freitag, 7. September 1945

[...]

Im Senat Erörterung über die Beseitigung von Denkmälern und Straßennamen. Die Amerikaner scheinen einen wahren Bildersturm entfachen zu wollen. Auch die hohen Kunstwerke, wie Hildebrands Bismarck-Denkmal und Hahns Moltke-Denkmal sind zur Beseitigung verurteilt. Es soll der Versuch gemacht werden, sie zu retten. Auch Straßennamen wie Bismarck-Straße und Graf-Moltke-Straße sollen verschwinden, ebenso Blücher-Straße und sogar Walter-Flex-Straße. Für Walter Flex⁸⁹ trat – mit mir im Bunde – sogar Senator Wolters ein. Es wurde auch daran erinnert, daß es in Amerika eine Stadt „Bismarck“ gibt, daß Blücher die englische Armee bei Waterloo gerettet hat und das Bild dieser „Belle Alliance“ im englischen Unterhaus hängt. Kaisen sagte: „Nicht jeder Soldat ist Militarist.“ – Kaisen will die Frage mit den Amerikanern verhandeln.⁹⁰

Zu einer Erörterung über die Wahlen zu den Innungen sagte Wolters, in demokratischen Ländern dürften bei Wahlen nur Demokraten ein Stimmrecht haben, nicht frühere Mitglieder der Nationalsoz[ialistischen] Partei.⁹¹

⁸⁹ Walter Flex, 1887–1917 (gefallen), hatte mit seiner romantischen Verklärung der Kriegskameradschaft im „Wanderer zwischen beiden Welten“ (1916) und mit seinen vaterländischen Gedichten großen Einfluß auf die Jugendbewegung.

⁹⁰ Die Forderung der US-Militärregierung diente dem in Potsdam proklamierten Ziel der Ausrottung des Nationalsozialismus und Militarismus. In der Senatssitzung stimmten alle, auch Nawrath und Wolters, dem Vorschlag zu, sich wegen des einzigartigen künstlerischen Werts des Bismarck- und Moltke-Denkmal um deren Erhaltung zu bemühen. Wolters wandte sich ausdrücklich gegen einen „Bildersturm“, „wies aber auch auf Gefahren hin, die mit Namen wie Bismarck und Moltke verbunden seien“. (Senatsprotokoll 7.9.1945, StAB: 3/3). Bei Captain Bard erreichte Kaisen die Klarstellung, daß bei der Umbenennung der Straßen nur die Namen von „Militaristen“ verschwinden müßten, „die mit den Nazis nach dem 1.1.1933 in unmittelbarer Verbindung gestanden hätten“. (Besprechungsniederschrift, 7.9.1945, ebenda: 3–R.1.m. Nr. 390). Am 17.12.1945 wurde eine Anzahl von Straßen umbenannt; neben denen mit NS-Namen alle mit monarchistischen und „militaristischen“ Anklängen wie Kaiser-Wilhelm-Platz, Kaiser-, König-, Kronprinzenstraße und die Moltkestraße. Um die Wiederaufstellung des Bismarck-Denkmal entbrannte 1952 ein Streit: Die SPD-Fraktion in der Bremer Bürgerschaft sprach sich dagegen, Kaisen dafür aus; der Senat beschloß am 12.9.1952 die Wiedererrichtung und am 27.9. stand es auf seinem alten Sockel (Peters, Bremen 1945–1956, S. 271f., 278, 280).

⁹¹ Wolters berichtete im Senat darüber, daß bei den zur Zeit stattfindenden Innungswahlen in einem Fall ein ehemaliger „Pg.“ gewählt worden sei. Er stellte deshalb zur Diskussion, ob früheren Nationalsozialisten das aktive und passive Wahlrecht abzuerkennen sei. (Die US-Militärregierung entschied bei den ersten Kommunalwahlen im Jan. 1946, vgl. Kap. 3, Anm. 81, in diesem Sinne). Für den Augenblick plädierte W. dafür, „die Wahlen bis zur Bereinigung der Wirtschaft“ auszusetzen. Von anderer Seite kam der Vorschlag, alle bereits durchgeführten Wahlen zu annullieren und die HK zu ermächtigen, vorläufige Innungsvorstände einzusetzen. (Senatsprotokoll 7.9.1945, StAB: 3/3).

Bürgermeister Vagts gestern nachmittag verhaftet. Grund unbekannt.⁹²

Grauenhaft, was man nach und nach über die Konzentrationslager der Nazi und die Ermordungen erfährt, auch über die Pietätlosigkeit. Von Bremen etwa 400 KZ-Insassen gestorben oder umgebracht; nach Anweisung der Gestapo sollte ihre Asche zerstreut werden. Das Friedhofsamt hat das nicht ausgeführt.⁹³

Erörterung mit Captain Bard über konfessionelle Schulen (bei Kaisen, der mich zu Hilfe rief). Paulmann hat ohne genügende Fühlung mit den Kirchen gehandelt, als er Gemeinschaftsschulen als alleinige Schulen in Bremen festlegte. Für die Übergangszeit wohl keine andere Lösung möglich, aber man muß den Kirchen Gehör geben – von den Amerikanern ganz zu schweigen.

Samstag, 8. September 1945

Feier zu Eröffnung der Schulen in Bremen (der untersten vier Klassen der Volksschule). Nach amerikanischer Art Photographen usw. Die Volksschullehrerschaft als Zuhörer. Stadt-Gouverneur [Oberst Meservey] und Captain Bard sprechen für die Amerikaner, Kaisen und Paulmann für Bremen. Paulmanns Rede wohldurchdacht, voll von pädagogischen und politischen Grundsätzen; starke Wirkung auf die Lehrerschaft, die Beifall klatschte. Aber Kaisens kurze Ansprache menschlich tiefer und warmherziger; die Kinder das einzige, das uns geblieben ist, und der Reichtum des Herzens in uns; aus dem müssen die Lehrkräfte spenden.⁹⁴ Seine Schlußworte

⁹² Aufgrund eines geheimen OSS-Reports über Vagts wurden in der ersten Augushälfte auf höchster Ebene, von der Abteilung G 5 des Frankfurter Hauptquartiers und der Berliner Dienststelle des Stellv. Militärgouverneurs, Clay, Ermittlungen gegen ihn angestellt, die aber nur zu den bekannten Vorwürfen: Dienst an repräsentativer Stelle im NS-Staat und Begünstigung ehemaliger Nationalsozialisten im Bremer öffentlichen Dienst, führten (National Archives, RG 260, OMGUS: AG 1945–46, Box 15, Folder 2, Kopien im IfZ).

⁹³ Nach einem Bericht Theils im Senat waren in Bremen in Außenlagern des Konzentrationslagers Neuengamme 480 ausländische und 16 deutsche Häftlinge ums Leben gekommen. Da die Namen nicht mehr feststellbar seien, schlug das Friedhofsamt vor, eine allgemeine Gedenkstätte für die Opfer der NS-Herrschaft zu schaffen. (Senatsprotokoll 7.9.1945, StAB: 3/3). Der Grundstein zum Ehrenmal für die Opfer des Faschismus wurde am 14.9.1947 auf dem Osterholzer Friedhof gelegt, vgl. Kap. 4, Anm. 350.

⁹⁴ Bei der Veranstaltung um 10.00 Uhr im ehemaligen Kaiser-Theater am Ostertor betonte Oberst Meservey die Bedeutung der Aufgabe, die Kinder durch die Erziehung für die Demokratie und das friedliche Zusammenleben der Völker zu gewinnen. Captain Bard betonte die Hochachtung vor den jetzt zugelassenen Lehrern, die sich „Geistesklarheit“ bewahrt und die „Charaktergröße“ besessen hätten, „sich gegen die Mächte der Degradierung und der Unmenschlichkeit einzusetzen“. Sie sollten gegen „das falsche Ideal einer blinden Folgsamkeit ankämpfen“. Senator Paulmann entwickelte die Grundlinien der künftigen Erziehung und rechtfertigte die personelle Säuberung im Schulbereich. Schon in den Kindern „sei die Fähigkeit zu sachlichem Denken zu entwickeln“ und ihnen die Überzeugung zu vermitteln, „daß

über unsere Liebe zu Deutschland wurden vom Dolmetscher weggelassen. Wieder ein Beweis, wie berechtigt das Mißtrauen Kaisens gegen die Dolmetscher ist. Kaisen hat vor etwa 10 Tagen Herzog entlassen, will Nebelthaus Schwiegersohn Jantzen als Dolmetscher. Nun Schwierigkeit, da Jantzen seit 1937 Pg. war.⁹⁵

Als wir von der Feier ins Rathaus zurückkehrten, große Militärparade der amerikanischen Garnison. Menschenmassen auf den Straßen. Militärisches (militaristisches!) Schauspiel.

Walter Lisco hat von Ahlers den Auftrag, für Loewenstein eine Denkschrift über die Frage der Beamten-Entlassungen zu machen. Sie macht ihm große Schwierigkeiten, die aus seinem Innern und aus seiner durch zwei Kriege erschütterten Natur kommen.

[...]

Abends Walter und Arnold einen *Aufsatz von Ernst Jünger über den Frieden*⁹⁶ vorgelesen. Gewaltig und eindringlich in Sprache und Gedanken. Der erste Teil „Die Saat“ eine erschütternde Schilderung der Zustände der

alle wahre Kultur im Geistigen wurzelt und Dienst an der Menschheit ist“. (Bericht im Weser-Boten Nr. 13 v. 15.9.1945). Kaisen hob hervor, „daß der Wiederaufbau auch eine geistige und moralische Angelegenheit erster Ordnung“ sei, weshalb die Lehrer unter äußerlich schwierigen Bedingungen kraft ihres inneren Reichtums große Leistungen vollbringen müßten. Sie hätten „den Kindern ein geistiges Zuhause und eine Stätte kindgemäßen Lebens zu schaffen“, aber sie auch „fähig und stark zu machen, den Ansprüchen des Lebens, des Staates und der Wirtschaft zu genügen“. (Kaisens, Bereitschaft, S. 36f.) – Der Unterricht für die Grundschüler begann am 10.9.1945; die Oberschulen wurden am 1.12.1945, die Berufs- und Fachschulen im März 1946 wieder eröffnet. Am 21.8.1945 waren in Bremen 29000 Volksschüler registriert worden.

⁹⁵ Hermann M. Jantzen, geb. 1893. Kaufmann, zu dieser Zeit Übersetzer im Schönmann-Verlag, nach Mitteilung Kaisens an Captain Bard 1938/39 Md. der NSDAP (Besprechungsniederschrift, 4.9.1945, StAB: 3-R.1.m. Nr. 390), Einstellung als Dolmetscher am 24.9. von der Militärregierung abgelehnt, aber als Übersetzer beim Präsidenten des Senats zugelassen.

⁹⁶ Ernst Jünger, geb. 1895, hochdekoriierter Frontoffizier im Ersten Weltkrieg, war mit seiner Kriegsdichtung (z.B. In Stahlgewittern, 1920) und seinem schriftstellerischen Plädoyer für den „deutschen Sozialismus“ (Der Arbeiter, 1932) einer der Hauptexponenten der „Konservativen Revolution“. Vom Nationalsozialismus war er aber zunehmend enttäuscht; sein Buch „Auf den Marmorklippen“ (1939) wurde als Ausdruck seiner geheimen Gegnerschaft verstanden. 1940–1944 gehörte J. zum Stab des deutschen Oberbefehlshabers in Paris, 1944 wurde er wegen seiner Kontakte zum dortigen Widerstandskreis als „wehrunwürdig“ entlassen. Die Schrift „Der Friede“ ging auf einen Vortrag von 1941 im Kreis befreundeter Offiziere zurück. 1943/44 stark überarbeitet und erweitert, kursierte sie zunächst in illegalen Abschriften, bevor sie 1945 als Buch erscheinen konnte (Ernst Jünger, Der Friede. Ein Wort an die Jugend Europas und an die Jugend der Welt. o.O. o.J. [Die Argonauten 1945]). Im ersten Teil schildert J. schonungslos die nationalsozialistischen Verbrechen in den Konzentrationslagern und die Massenmorde in Osteuropa, ohne allerdings die Juden als Opfer zu erwähnen. Im zweiten Teil empfiehlt er ein Vereinigtes Europa als Rettung. Die in Klammern beigefügten Seitenzahlen beziehen sich auf die Ausgabe von 1945.

letzten Jahre in Deutschland und der Welt. Der zweite Teil „Die Frucht“ der Ausblick auf Aufgabe und Rettung. Ziel: 1. Lösung der *Raumfrage*. Lösung nicht durch Eroberung, „sondern durch Bündnis, durch Vertrag. Die Erde muß für alle Brot haben“. [S. 37] Schaffung eines geeinten Europas, reich gegliedert, aber zusammengefaßt. Einheitlich alles, was technisch ist (einschließlich Wirtschaft, Industrie, Verkehr, Handel). Freiheit und individuelle Entwicklung da, wo die Menschen und Völker verschieden sind, z.B. Geschichte, Sprache, Kultur, Sitten, Gebräuche, Gesetze, Bildung, Kunst, Religion. Europa soll Vaterland werden, es bleiben die Mutterländer. 2. Lösung der *Rechtsfrage*. Zu achten die Rechte, Freiheit und Würde des Menschen. Kein Friede dauernd als der, der unter freien Völkern geschlossen wird. 3. Verwirklichung der neuen Ordnung, d.h. der Lebensformen des Arbeiters. Der Rechtsvertrag muß zugleich „*heiliger Vertrag*“ werden. Wir werden „tiefer in die Vernichtung schreiten, wenn die Wendung eine humanitäre bleibt und nicht von einer *theologischen* begleitet wird“ [S. 44]. Die „Technokraten“ müssen abdanken. Die Bekämpfung des Nihilismus muß sich in der Brust des einzelnen vollziehen. Die Kirchen bedürfen der Erneuerung. Mannigfaltigkeit der Kirchen möglich. „Die Einheit des Abendlandes, zum ersten Mal seit dem Reiche Karls des Großen verwirklicht, darf sich nicht auf die Zusammenfügung von Ländern, Völkern und Kulturen beschränken, sondern sie muß auch in der Kirche wieder auferstehen.“ [S. 51] Verantwortung jedes einzelnen. „Ein kleines Licht ist größer, ist zwingender als sehr viel Dunkelheit. Das gilt auch für den, der fallen muß. Er schreitet im guten Stande durch höhere Pforten in die Ewigkeit. Der eigentliche Kampf, in dem wir stehen, spielt sich ja immer deutlicher zwischen den Mächten der Vernichtung und den Mächten des Lebens ab. In diesem Kampfe stehen die gerechten Krieger Schulter an Schulter wie je die alte Ritterschaft. Der Friede wird währen, wenn das zum Ausdruck kommt.“ [S. 54]

Motto zum zweiten Teil: „Nicht im Gleichmaß der bürgerlichen Welt, sondern im apokalyptischen Donner werden Religionen wiedergeboren.“ (Walter Schubart).⁹⁷

[...]

Sonntag, 9. September 1945

[...]

Abends Dr. von Poll (Hamburg)⁹⁸ über die Gründung einer überkonfessionellen christlich-demokratischen Partei. Aussprache darüber mit Wal-

⁹⁷ Walter Schubart, Europa und die Seele des Ostens, Luzern 1938.

⁹⁸ Dr. Friedrich von Poll, 1902–1983. Studium der Politischen Wissenschaften. 1927–1934 Referent der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, 1935–1938 Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel, 1938–1945 der Reichsgruppe Handel und der Wirtschaftsgruppe Außenhandel, 1945–1946 ge-

ter L[isco] und Arnold. Arnold für Kollektivismus in Verkehr, Wirtschaft usw., Freiheit im Geistigen.

Montag, 10. September 1945

Weitere Verhaftungen (Oberregierungsrat Lürman).⁹⁹

Kaisen möchte die von den Amerikanern gewünschte Geschichte Bremens von 1933 bis [19]45 mit besonderer Darstellung der Auswirkung des Krieges dahin erweitern, daß die menschlichen Schicksale mitgeschildert werden.

[...]

Dienstag, 11. September 1945

Um 9 Uhr mit Karl Carstens zur Eröffnung des Landgerichts im Auto nach Wesermünde gefahren. [...] Reden: der dortige Governor, ich,¹⁰⁰ Landgerichtspräsident Dreyer und ein Vertreter der Stadt. Nachher Besprechungen mit verschiedenen Richtern. [...]

Schöne Fahrt durch die Landschaft mit ihren Feldern, Weiden und Wiesen, ihren Gehölzen und Heideflächen. Die Heide in Blüte. Befreiend die Weite angesichts der städtischen Überfüllung und die Unberührtheit vom Kriege angesichts der Ruinen in Wesermünde und noch erschütternder im Westen Bremens. [...]

Mittwoch, 12. September 1945

Wenhold gestern verhaftet. Das Verfahren soll mit Reisen in das besetzte Gebiet zusammenhängen. Kaisen ist jede Auskunft verweigert. Bezeichnend, daß der Vertreter des Governors bei Kaisen, Captain Bard, von der Verhaftung nichts wußte und sie erst von Kaisen erfuhr. „CIC“¹⁰¹ geht den eigenen Weg, ohne Verbindung mit den örtlichen Stellen der Militär-Regierung. Kaisen besprach die Sache mit Apelt, Nolting-Hauff und mir und wollte eine Art Immunität für die Senatsmitglieder von den Amerikanern verlangen. Das ging uns zu weit, aber mindestens gleichzeitige Auskunft in solchem Falle an den Präsidenten des Senats und Verhaftung nur in schweren Fällen und bei dringendem Verdacht. Wir Senatoren sind doch alle von der Militär-Reg[ierung] geprüft, ehe wir von ihr als Senatoren zugelassen wurden. – Im Senat hat Kaisen gestern mitgeteilt, daß wir die Denkmäler

schäftsführendes Md. des Wirtschaftsrates Nord, 1946–1962 Hauptgeschäftsführer der IHK Koblenz und seit 1947 der Arbeitsgemeinschaft rheinland-pfälzischer Industrie- und Handelskammern; vor 1933 Md. des Zentrums, 1945 Gründungsmd. der CDU Hamburg.

⁹⁹ Arminius Lürman, 1884–1954. ORR beim Stadt- und Polizeiamt Bremen.

¹⁰⁰ Manuskript der Rede im StAB: NL Spitta 7, 63–1/1.

¹⁰¹ Counter Intelligence Corps, Geheimdienst der US-Armee.

behalten würden und daß nur die Straßennamen politischer Art seit 1933 entfernt werden sollten.¹⁰² Ich weiß nicht, ob es sich vorher um ein Mißverständnis gehandelt hat, oder ob die Amerikaner zurückgewichen sind; ein Leutnant hatte jedenfalls die Bismarckstraße beanstandet, worauf der Dolmetscher Dr. Friese¹⁰³ gesagt hatte, in den Vereinigten Staaten gebe es eine Stadt „Bismarck“.

Baudirektor Dronke bei mir wegen der „Umgestaltungsgebiete“ der Stadt (Bausperre usw.). Neue Stadtplanung.¹⁰⁴

Mit Brabant Lage der Wirtschaft und Entlassungswelle bei den Wirtschaftsführern.¹⁰⁵ Brabant-Stiftung. Frage der christlich-demokratischen Partei; Brabant sagt: „Das Zentrum kommt nicht wieder. Den Geistlichen soll verboten werden, Politik zu treiben.“ Möglichkeit einer Einigung mit anderen Gruppen (Evangelischen und Demokraten).¹⁰⁶

¹⁰² Vgl. Kap. 3, Anm. 90.

¹⁰³ Dr. Curt Friese, geb. 1915, juristischer Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt, seit Mai 1945 Dolmetscher und Verbindungsmann des Präsidenten des Senats und des Senators für Häfen und Schifffahrt zur Militärregierung, 1947 Bremer Vertreter beim Länderrat in Stuttgart und bei den Sitzungen der Konferenz der Ministerpräs. der Britischen Zone, 1948–1951 Tätigkeit in den USA, 1952 Protokollchef des Bremer Senats, 1953 Regierungsrat, 1953–1964 diplomatische Tätigkeit in Japan, 1964–1974 in Großbritannien, 1974–1980 Botschaftsrat in Tokio.

¹⁰⁴ Dr. Ing. Wolfgang Dronke, 1906–1959. Architekt, 1945/46 kommissarischer Baudirektor in Bremen, Sohn des auf S. 372 erwähnten Dr. Kurt Dronke (1871–1948). – Dronke hatte am 11.9.1945 im Senat über die Pläne zum Wiederaufbau Bremens berichtet und dabei die Festlegung von „Umgestaltungsbezirken“ gefordert, in denen ein allgemeines Bauverbot oder erhebliche Baubeschränkungen angeordnet werden sollten, um die „notwendigen Umgestaltungs- und Auflockerungsmaßnahmen“ nicht noch weiter zu erschweren. Er wurde wegen der rechtlichen Regelungen an Spitta verwiesen (Senatsprotokoll 11.9.1945, StAB: 3/3).

¹⁰⁵ Nachdem die Militärregierung am 11.9. bei 24 von 29 überprüften Betrieben die Entlassung von leitenden Mitarbeitern angeordnet hatte, ersuchte die HK am 12.9. den Senat in zwei Eingaben um seine Intervention. In der zweiten forderte sie, 24 namentlich aufgeführte Personen aus 13 Unternehmen „im Interesse der Aufrechterhaltung des Betriebes“ bis auf weiteres in ihren Stellungen zu belassen. (Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 432). In diesem Zusammenhang erfolgte der Besuch Brabants, vgl. Kap. 2, Anm. 29.

¹⁰⁶ Nach der Zulassung politischer Parteien in der SBZ und der Gründung der CDUD in Berlin im Juni 1945 begannen auch in den Westzonen Bemühungen um die Bildung einer großen bürgerlichen Sammelpartei, z.T. im Kontakt mit Mitbegründern der Berliner Partei. Nachdem sich erste Pläne, über Klassengrenzen und weltanschauliche Gegensätze hinweg eine deutsche „Labour-Party“ unter Einschluß der nicht kommunistischen Arbeiterschaft zu bilden, bald als illusionär erwiesen hatten, sollte das Bürgertum rechts von der Sozialdemokratie zusammengefaßt werden, wobei man u.a. an Gemeinsamkeiten von evangelischen und katholischen Kreisen, konservativen und liberalen Regimegegnern in der Opposition gegen den Nationalsozialismus anknüpfte. Die Gründung einer überkonfessionellen christlichen Partei – im Unterschied zum alten Zentrum, das hauptsächlich im katholischen Sozialmilieu Rückhalt gefunden hatte – wurde auch von der katholischen und evangelischen Kirche in Deutschland unterstützt. Im Aug. entstand diese neuartige bürgerliche

Nachmittags kommen *Paula* und ihr *Dozent Dr. Müller-Wille*¹⁰⁷ von ihrer geographischen Fahrt aus dem Oldenburger Lande zurück. Anregen der Austausch, besonders nach dem Abendbrot. Allgemeine politische, wirtschaftliche und geistige Lage. Müller-Wille geht vom Geistigen, vor allem vom Christlichen aus. [...]

Großer Andrang der Kriegsstudenten an den Universitäten aus Hunger nach Geistigem, mehr noch aus dem Verlangen nach einer neuen Ausrichtung im Leben. Zum Schlusse Erörterung „Müller gegen Arnold“ über Planung des Wirtschaftlichen und Geistigen.

Donnerstag, 13. September 1945

[...]

Unkraut¹⁰⁸ mit dem Programm der „Demokratischen Vereinigung“. Nachmittags Böhmert¹⁰⁹ mit der Absicht, die alten Demokraten zusammenzurufen. Alle an Lebensalter und politischen Ansichten veraltet. Da eine Zusammenfassung aller sog[enannten] Bürgerlichen mit den Sozialdemokraten nicht möglich ist, wie ich nach dem Vorbild der englischen Labour Party gewünscht hätte,¹¹⁰ muß wenigstens versucht werden, das Bürgertum auf sozialem und christlichem Boden zu einigen; vor allem machte ich gegenüber Böhmert geltend, daß wir mit dem katholischen Zentrum zusammengehen müßten.

Sammelpartei in verschiedenen Orten Schleswig-Holsteins, wohin der Berliner Mitbegründer Theodor Steltzer zurückgekehrt war, im Rheinland, u.a. in Köln, und in Westfalen, im Sept. auch in der US-Zone, zuerst am 15.9.1945 in Frankfurt/M. (Brigitte Kaff, Eine Volkspartei entsteht – Zirkel und Zentren der Unionsgründung, in: Günter Buchstab und Klaus Gotto (Hrsg.), Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten, München/Wien 1981, S. 70–101; A. R. L. Gurland, Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953, hrsg. v. Dieter Emig, Frankfurt/M. 1980, S. 174; Schmidt, Zentrum oder CDU, S. 154–229).

¹⁰⁷ Dr. Wilhelm Müller-Wille, 1906–1983. Geograph, 1941–1943 Dozent in Münster, 1943–1947 in Göttingen, seit 1948 ord. Professor in Münster.

¹⁰⁸ Henry Jules Unkraut, geb. 1879, Baumwollspediteur.

¹⁰⁹ Dr. Wilhelm Böhmert, 1866–1946. Jura- und Mathematikstudium in Tübingen, Leipzig und Berlin; 1895 Gerichtsassessor in Einbeck; 1900–1933 Direktor des Bureaus für Bremische Statistik (ab 1921 Stat. Landesamt Bremen), im Juli 1933 aus dem Staatsdienst entlassen; 1909–1930 MdBü (Fortgeschrittliche Volkspartei, Deutscher Vaterlandspartei, DDP), 1919 Md. der Nationalversammlung, 1920 Senator, 1945 am Aufbau der BDV beteiligt. Vgl. Brem. Biogr., S. 58ff.

¹¹⁰ Pläne zur Gründung einer der sozialen Zusammensetzung nach möglichst umfassenden, um Ausgleich der Klassen- und Interessengegensätze bemühten „Labour Party“, die Bürgertum und Arbeiterschaft in ihren Reihen vereinigen sollte, waren damals sehr verbreitet. In Berlin hatte es im Mai 1945 konkrete Verhandlungen darüber zwischen Anhängern des Zentrums und der SPD gegeben. Ähnliche Bestrebungen sind z.B. in Paderborn, Frankfurt/M. und Hamburg nachweisbar [Schmidt, Zentrum oder CDU, S. 160–175 und Helmut Stubbe-da Luz, Von der „Arbeitsgemeinschaft“ zur Großstadtpartei – 40 Jahre Christlich-Demokratische Union in Hamburg (1945–1985), Hamburg o. J. (1986), S. 28–30].

Mit Baudirektor Dronke Auflockerung der Stadt, Sperrgebiete (Umgestaltungsgebiet), Bebauung von außen nach innen.¹¹¹ Abends dasselbe mit Arnold, der radikal die Frage aufwirft, ob wir noch eine Stadt im alten Sinne brauchen.

[...]

Freitag, 14. September 1945

Im Senat Vorlage der Beiräte in der Verwaltung genehmigt.¹¹² Kaisens Bericht über die Verhandlung mit den Amerikanern über die Entlassungen in Staat und Wirtschaft, Ausschuß mit amerikanischem Vorsitz und zwei deutschen Beisitzern zur Nachprüfung.¹¹³ Wenig Verständnis der Amerikaner für die Schwierigkeiten der Wirtschaft bei Entlassung der Betriebsführer. Versuch der Belegschaften, Betriebe in die Hand zu bekommen und Betriebsführer aus ihrer Mitte zu ernennen (angeblich auf Befehl der amerikanischen Offiziere).¹¹⁴ Auch nachmittags bei weiteren Verhandlungen.

¹¹¹ Vgl. Kap. 3, Anm. 104.

¹¹² Gemeint ist die Wiedererrichtung der Deputationen, die zunächst als „Beiräte“ der Behörden bezeichnet wurden, vgl. Kap. 2, Anm. 58 und Kap. 3, Anm. 559.

¹¹³ Am 11.9.1945 stimmte Captain Bard in einer Besprechung mit Kaisen der Bildung eines Ausschusses, bestehend aus zwei deutschen Beisitzern und einem Amerikaner als Leiter, zu, der die Einsprüche von angeblich zu Unrecht entlassenen Beamten prüfen sollte; bei unterschiedlichen Voten der beiden Deutschen hatte der Vors. zu entscheiden. (StAB: 3-R.1.m. Nr. 390). Der Ausschuß wurde durch Verfügung Kaisens vom 19.9.1945 errichtet. Im Jan. 1946 mußte er seine Tätigkeit erheblich einschränken, weil nun aufgrund einer Anordnung der Militärregierung vom 23.1.1946 Beamte und Staatsangestellte nur noch Widerspruch gegen ihre Entlassung einlegen durften, wenn ihre Wiedereinstellung im Interesse der Besatzungsmacht war (Bericht von Osterloh, Regierungskanzlei, 15.4.1946, StAB: 3-B.10.b. Nr. 4).

¹¹⁴ Aufgrund von Protesten und Eingaben der HK gegen die Entlassung von Betriebsführern (vgl. Kap. 3, Anm. 105) hatte sich Kaisen am 11.9.1945 bei der Militärregierung für die Ernennung eines Prüfungsausschusses auch für den Bereich der Wirtschaft eingesetzt. Bard lehnte den Vorschlag am 14.9. ab, da höchste Stellen der US-Militärregierung entschieden hätten, bei den Entlassungen aus der Industrie keine Ausnahmen zuzulassen, auch nicht für begrenzte Zeit: „Je länger man mit der Durchführung dieser Maßnahme zögere, je schwieriger werden die Lage. Die Arbeiter und Angestellten würden eine weitere Verzögerung auch nicht verstehen.“ Es solle lediglich ein Ausschuß ernannt werden, unter Hinzuziehung eines Vertreters des Senats und der HK, der den Firmeneigentümern bei der Auswahl geeigneter Nachfolger helfe. In welcher Form die gesäuberten Betriebe neu aufgebaut würden, sei Sache der Deutschen. Wenn keine andere Lösung gefunden werde, empfehle die Militärregierung, einen gemeinsamen Ausschuß von Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeber zur Leitung des Einzelbetriebes einzusetzen, „also eine Art Produktiv-Genossenschaft“ zu bilden, womit man in den USA in der Kriegswirtschaft gute Erfahrungen gemacht habe. Bei den ausgesprochenen Entlassungen müsse es aber bleiben. (StAB: 3-1.m. Nr. 390; Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 439–434). Dieser harte Kurs ging auf Anordnungen General Clays zurück, der im Hinblick auf die geplante teilweise Übertragung politischer Aufgaben

gen Kaisens mit den Amerikanern nicht erreicht, daß einzelne Entlassungen, wie die von Scipio,¹¹⁵ rückgängig gemacht werden.

Wie das höhere Amerikanische Gericht Kurz' Berufung stattgegeben und ihn nur zu 100 Dollar Strafe verurteilt hat, so ist jetzt *Wenhold aus der Haft* entlassen.¹¹⁶ Verfahren wegen seiner Auslandsreisen. Die beiden Vernehmungen hätten auch ohne Verhaftung vor sich gehen können. Die amerikanische Justiz kann etwas ihr Ansehen wiederherstellen, wenn sie nun das Urteil gegen Kurz in der Zeitung veröffentlicht, wie sie vorher die schwere Verurteilung Kurz' in häßlicher und entstellender Weise veröffentlicht hat. Übrigens sind die legal officers wütend über das Vorgehen von „CIC“ und über die vielen Verhaftungen.

[...]

Samstag, 15. September 1945

Gehetzte Amtsarbeit. Frage der Treuhänderbestellung bei den herrenlos oder führerlos gewordenen Betrieben.¹¹⁷

[...]

auf deutsche Stellen Kritik in den Vereinigten Staaten an ungenügender Entnazifizierung der deutschen Verwaltung und Wirtschaft unbedingt vermeiden wollte (vgl. Niethammer, Entnazifizierung, S. 229–240). Im Senat präziserte Kaisen, daß die deutschen Beisitzer der Berufungsausschüsse wie auch Senat und HK lediglich Vorschläge zu machen hätten, die Militärregierung aber weiterhin allein über die Entlassungen aus Verwaltung und Wirtschaft sowie die Berufungen von Nachfolgern für die ausgeschiedenen Betriebsführer entscheide. Nach Mitteilung von Harmssen hatten in Einzelfällen Betriebsvertretungen im Einvernehmen mit dem Landesarbeitsamt kommissarische Betriebsführer eingesetzt. Apelts heftigen Protest gegen die Unrechtmäßigkeit dieser Praxis erledigte Kaisen mit dem Hinweis, daß diese Zwischenlösungen mit der Ernennung von Treuhändern durch die Militärregierung ohnehin ihr Ende fänden (Senatsprotokoll 14.9.1945, StAB: 3/3).

¹¹⁵ Gustav Scipio, 1872–1949. Kaufmann, Mitinhaber der Fruchthandelsgesellschaft Scipio und Fischer. Nach Tätigkeit in mehreren Fabriken der Nahrungsmittel- und chemischen Industrie in Rheinland und Westfalen 1902 Mitbegründer eines Südfrüchteimportunternehmens in Bremen, das sich nach dem Ersten Weltkrieg zum größten des europäischen Kontinents entwickelte, Mitorganisator und bis 1919 Geschäftsf. Vors. der Reichsgetreidegesellschaft in Berlin, Md. der Waffenstillstandskommission in Spa, 1931–1933 Präses der HK Bremen, nach deren Neubildung im Juli 1933 Vizepräses, 1933 Md. des Deutschen Herrenklubs – Berlin, lebte während des Zweiten Weltkriegs zurückgezogen auf seinem Landgut, nach Kriegsende Wiederaufbau seines Unternehmens in Bremen, im Sept. 1945 entlassen und erst zum 1.6.1948 für die Firmenleitung wieder zugelassen. Vgl. Brem. Biogr., S. 480ff.

¹¹⁶ Vgl. die Eintragungen vom 31.7. und 12.9.1945.

¹¹⁷ Vgl. Kap. 3, Anm. 114.

Sonntag, 16. September 1945

[...]

Nachmittagstee mit elf Menschen: wir Eltern, die drei Schwestern: Marg[arete], Eva und Paula, Lotte, Onkel Walter, Frau Dr. Bücking, Klaus, Lutz, Christoph.¹¹⁸ Mancherlei über die intensive landwirtschaftliche und gärtnerische Bebauung Deutschlands und über die bremischen Siedlungspläne¹¹⁹ geredet. Frage, ob es einen Mittelweg oder dritten Weg zwischen Bolschewismus und Dollarkapitalismus, zwischen totalem Kollektivismus und freier kapitalistischer Privatwirtschaft, zwischen der Allgewalt des Staates und der Allgewalt des Individuums gibt. Gleichbedeutend mit der Frage, ob das „Abendland“ zwischen Rußland und Amerika gerettet werden kann. Deutschland, England, Frankreich und Italien in geistiger, religiöser und wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Es ist die Hoffnung, für deren Verwirklichung ich arbeite. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß auch in Amerika die abendländischen Kräfte einmal wieder mehr Gewicht bekommen.

[...]

Montag, 17. September 1945

[...]

Dienstag, 18. September 1945

Im *Senat* Nolting-Hauff über den bremischen Staatshaushalt. „Galoppierende Schwindsucht“, sagte Senator Harms[en]. Fehlbetrag etwa 32 bis 35 Millionen Reichsmark im Jahre 1945, die Amerikaner lehnen neue Steuern und Steuererhöhungen, sowie den Abbau der Ausgaben ab (ebenso die Engländer in Hamburg).¹²⁰ Bremen lebt von seinen Reserven und kann es etwa ein Jahr – bis 1946 – noch aushalten. Andere Städte, wie zum Beispiel Wesermünde, sind in wenigen Monaten zu Ende. Enormer Rückgang aller Steuern. Versuch, bei den Amerikanern eine Verdoppelung der bremischen Grundsteuer, die von 13 Millionen auf 6½ Millionen Reichsmark zurückgegangen ist, zu erreichen. – [Ehlers:] Frage des Wohlfahrtshaushaltes, insbesondere der Kosten der Arbeitslosen. Hamburg hat für Familien von zwei Eltern und zwei Kindern ein Existenzminimum von 168 Reichsmark im Monat ausgerechnet; volle Beschäftigung als Arbeiter kostet ungefähr dasselbe! Einsatz der Arbeitslosen für notwendige Arbeiten, die in

¹¹⁸ Bei den bisher nicht genannten Familienmitgliedern handelt es sich um: Margarete, geb. 1909, älteste Tochter Spittas, Psychagogin, verheiratet mit Hans Bücking. Lutz Bücking, 1917–1956, jüngster Sohn von Dr. Kurt Bücking, Bewährungshelfer, heiratete später Dr. Paula Spitta. Christoph, Enkel Spittas, Sohn von Walter und Lotte.

¹¹⁹ Vgl. Kap. 3, Anm. 61.

¹²⁰ Vgl. Scherpenberg, Öffentliche Finanzwirtschaft, S. 182–201.

Fülle da sind (Trümmerbeseitigung usw.). Wenhold gibt Zahlen über die Mittel- und Kleinindustrie Nordwestdeutschlands, die etwas ermutigender sind, als die Lage der Großindustrie. Von 930 Lieferanten seiner Firma sind 407 postalisch erreichbar; etwa 300 haben geantwortet; 264 in Ordnung und Betrieb; 101 beschäftigt.

Die russische Besatzungszone scheidet anscheinend aus dem Restdeutschland aus;¹²¹ nur die britisch-amerikanische Zone unter deutscher Zentralregierung zusammenzufassen. In Sachsen ebenso wie in Berlin alle Guthaben vor dem 8. Mai annulliert.¹²²

Mittwoch, 19. September 1945

[...]

Mittags 2 Uhr mit Margarete in der Aufführung von Goethes „Stella“ (mit dem tragischen Schluß von 1805 statt des „Gleichen“-Schlusses von 1776). Eindrucksvolle Darstellung (Stella: Ursula Burg, Caecilie: D.M. Fricken, Fernando: Kleinau). Der äußere Rahmen dürrig; der Raum in der Concordia ausgebombt,¹²³ harte Stühle. Aber das Äußere gleichgültig; die schauspielerische Leistung trat desto glänzender hervor. Muß man nicht auch beim Neubau der Theater auf äußerste Einfachheit und auf Gleichheit der Plätze zurückgehen? Nicht nur aus Gründen der Ersparnis, sondern auch aus inneren Gründen, um zu einer Vergeistigung und Verinnerlichung zu kommen, wie vielleicht auch die Zerstörung der großen Hallenkirchen die Neugeburt der evangelischen Kirche fördern kann.

Die Oper ist noch nicht wieder zu schaffen; es fehlt an den erforderlichen Räumen. Die Konzerte beginnen aber; freilich nicht in der Glocke, die von den Amerikanern als Kino benutzt und nicht einmal für einen Abend im Monat für ein philharm[onisches] Konzert freigegeben wird; man muß sich mit Kinoräumen behelfen. – Als erstes kamen natürlich einige Kinos in Gang.

So gibt es immerhin wieder einiges städtische[s] Leben. Auch die Straßenbahn dehnt ihren Betrieb aus. Das wirtschaftliche Leben ist aber traurig und wird durch die Entlassungen der Betriebsführer, die Pgs waren, noch schwieriger. Ein Fortschritt nur, daß die Weser wieder minenfrei ist und damit die stadtbremischen Häfen in Betrieb kommen. – Aber die Ernährung?!

¹²¹ Die Sowjetische Besatzungsmacht hatte in ihrer Zone seit dem 10.8.1945 mit dem Aufbau von elf zentralen deutschen Fachverwaltungen begonnen, deren Errichtung am 12.9. in der Presse bekanntgegeben wurde; vgl. Kap. 3, Anm. 75. Spitta gibt hier die Einschätzung Nolting-Haußs wieder.

¹²² Vgl. Kap. 2, Anm. 179.

¹²³ Es handelt sich um die Eröffnungsvorstellung des Bremer Künstlertheaters (bis August 1946 von Willy A. Kleinau geleitet), die im früheren Tanzsaal der Concordia-Gaststätte stattfand.

Nachmittags mehrstündige Sitzung über Zulassungsgesuche der Juristen.

Neue Zeitung „Weser-Kurier“, antifaschistisch, aber „überparteilich“, „vom demokratischen Bürgertum bis zu den Kommunisten“.¹²⁴

Sozialdemokrat Hackmack¹²⁵ Konzessionsinhaber. Zweimal wöchentlich. Fortschritt: Aufnahme von privaten Anzeigen, wenn auch nur in ganz geringem Umfange.

Donnerstag, 20. September 1945

[...]

Freitag, 21. September 1945

Im Senat wieder Entlassungsfragen der Wirtschaft,¹²⁶ Stellungnahme der Handelskammer von Kaisen kritisiert: „Die Handelsk[ammer] verliert ihren Ruf, und sie hat einen Ruf zu verlieren!“ Nach Kaisens Meinung alle Darlegungen der H[andels]k[ammer] zu allgemein; nichts Konkretes. Ausschuß gebildet.¹²⁷ – Brennholznot Bremens, weil die Engländer kein Holz aus Hannover herauslassen wollen. Die Amerikaner stumme Zeugen der Verhandlung mit den Engländern (Hillmanns fachkundige Bemühungen). – Erörterung über geplante Bedarfswirtschaft, die auch nach meiner Ansicht nötig.¹²⁸ – Müllverarbeitung zu Dünger. Gemüsekulturen für die Versorgung der Stadt.

Mit Margarete, Walter Lisco, Irmgard Pieschel¹²⁹ und Ehepaar Carstens im Dom: Brahms Requiem. 1868 Uraufführung im Dom in Bremen. Welch ein Zeitenwandel seitdem: die hoffnungsreichste Zeit Bismarcks und der Reichsgründung damals, und jetzt der tiefste Fall der deutschen Geschich-

¹²⁴ Vgl. Kap. 3, Anm. 32.

¹²⁵ Hans Hackmack, 1900–1970. Journalist und Schriftsteller, Sozialdemokrat, 1933–1945 Berufsverbot, in der NS-Zeit fünf Jahre Haft wegen illegaler sozialdemokratischer Betätigung, Sept. 1945–1960 Lizenzträger und Chefredakteur, bis 1970 Mithrsg. des Weser-Kurier, 1946–1948 MdBü.

¹²⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 114.

¹²⁷ Nachdem ein Berufungsausschuß für die entlassenen Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes bereits am 19.9. errichtet worden war, beschloß der Senat jetzt aufgrund einer Genehmigung der Militärregierung vom 17.9. die Bildung eines entsprechenden Ausschusses für die Wirtschaft. Er bestand aus acht von der HK nominierten Vertretern des Handels, der Industrie, der Banken und des Handwerks. Der Ausschuß kam am 2.10.1945 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen, konnte aber wegen des Inkrafttretens des US-Militärregierungsgesetzes Nr. 8 am 26.9. nicht mehr tätig werden. (Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 433f.). Vgl. Kap. 3, Anm. 114.

¹²⁸ Spitta stimmt hier einem Vorschlag Wolters' zu, der es im Senat als unerlässlich bezeichnet hatte, „die Arbeitskräfte, das Material und die Produktion von Staats wegen zu lenken, um die Zahl der Erwerbslosen des kommenden Winters auf ein Minimum herabzudrücken.“ (Senatsprotokoll 21.9.1945, StAB: 3/3).

¹²⁹ Wirtschaftsleiterin, kurze Zeit in Spittas Haushalt tätig.

te! Und doch – haben die siegreichen, optimistischen Deutschen damals das Requiem so gehört und aufgenommen wie die geschlagenen, leiderfüllten Deutschen heute? Das Äußere auch symbolisch: der Dom teilweise offen; Trümmer im Nordschiff; alle Fenster ohne Glas; der Wind fegte durch den Raum. Das Geräusch der Autos der Sieger schallte von der Straße in die Kirche. [...]

Samstag, 22. September 1945

Ahlers und ich bei Capt[ain] Bard und einem amerik[anischen] Major aus dem Hauptquartier; Besprechung der kirchlichen Verhältnisse der Enklave. Angenehmer Ton und freundliche Formen. Das ist leider nicht bei allen Amerikanern und Engländern so. Die Engländer, mit denen Hillmann über Brennholzlieferungen verhandelt, haben brutal verlangt, daß wir in der Enklave alle Bäume restlos schlügen. „Was lieben Sie mehr: den Bürgerpark oder die frierenden Kinder?“ – Zwar hat Eisenhower jetzt den Verkehr der Amerikaner mit deutschen Familien in ihren Häusern genehmigt.¹³⁰ Aber als der Vorstand der Philharmonischen Gesellschaft anregte, bei dem nur für die Amerikaner gegebenen ersten Philharmonischen Konzert in der Glocke den Senat einzuladen, haben die Amerikaner das abgelehnt. Und nächsten Dienstag kann keine Senatssitzung sein, da die Amerikaner unser Sitzungszimmer für eine Hochzeit benutzen wollen, obgleich ihnen alle Festräume des Rathauses zur Verfügung stehen.¹³¹

[...]

Artikel des Universitätsprofessors Thielicke für die amerikanische Presse über die religiöse Lage, Christentum, Säkularisation, Dämonien.¹³² Wo Gott vertrieben wird, dringen die Dämonen ein. Auch die anderen Länder in Gefahr dieser Dämonien. – Kein politisches System kann retten, wenn nicht der Mensch innerlich gewandelt wird. Das demokratische System in derselben Gefahr, wenn Gottlosigkeit herrscht.

¹³⁰ Nachdem der Kontrollrat in seiner 6. Sitzung die weitere Lockerung des Fraternisierungsverbots beschlossen hatte, erhielten die alliierten Soldaten nach einer Meldung von United Press vom 20.9.1945 Erlaubnis, in den Wohnungen der deutschen Bevölkerung zu verkehren. Nur für die Heirat einer deutschen Frau bedurften sie nach wie vor der Genehmigung des Zonenbefehlshabers. (Keesing's Archiv 1945, S. 442 D).

¹³¹ Ein Protest des Senats gegen die Inanspruchnahme seines Sitzungszimmers (Senatsprotokoll 21.9.1945, StAB: 3/3) hatte offenbar Erfolg; die Sitzung am 25.9. fand statt.

¹³² D. Dr. Helmut Thielicke, 1908–1986. Evangelischer Theologe, 1936 Dozent an der Univ. Erlangen, 1937–1940 kommiss. Prof. in Heidelberg, 1940 amtsenthoben, Rede-, Schreib- und Reiseverbot, 1940 Pfarrverweser in Ravensburg, 1942 Leiter des Theolog. Amtes der Württembergischen Landeskirche, Md. der Bekennenden Kirche und des Freiburger „Bonhoeffer-Kreises“, 1945 Professor f. Systematische Theologie in Tübingen, 1954–1974 in Hamburg, 1951 Präs. der Westdeutschen Rektorenkonferenz. – Der Artikel „Die Kirche inmitten des deutschen Zusammen-

Sonntag, 23. September 1945

[...]

Montag, 24. September 1945

[...]

Bei Kaisen Besprechung mit dem *Bischof von Osnabrück, Dr. Berning*.¹³³ Allgemeine Lage. Schulfragen; konfessionelle kathol[ische] Privatschulen auf Kosten der kathol[ischen] Gemeinde; kathol[ischer] Religionsunterricht. Auch Parteienbildung; Berning für große Partei des Wiederaufbaus von Sozialdemokraten über Zentrum, Demokraten, Deutsch-Hannoveraner bis zur gemäßigten Rechten; davon links Kommunisten, rechts Konservative. Der frühere preuß[ische] Ministerpräsident Otto

bruchs, ihre Beurteilung der Lage und ihre Ziele“ vom Frühsommer 1945 wurde laut Vorbemerkung „auf Aufforderung eines amerikanischen Presseoffiziers für amerikanische Zeitungen“ verfaßt und kursierte in verschiedenen Abschriften in Deutschland. Er wird ausführlich behandelt bei: Karl Herbert, *Kirche zwischen Aufbruch und Tradition. Entscheidungsjahre nach 1945*, Stuttgart 1989, S. 28–32 (mit Abdruck der Kernpassagen). Thielicke deutete den Nationalsozialismus als „das letzte und furchtbarste Produkt der Säkularisation ... Es ist das Geheimnis des entgotteten Menschen, das in Deutschland hervorgebrochen ist. Deutschland hat dieses Geheimnis allen Völkern vorleben und vorleiden müssen. Das könnte seine tragische Mission sein“; denn diese Entgottung warte „in allen Völkern als potentielle Energie auf ihren Losbruch“. Die Sieger dürften sich nicht dadurch, daß sie die Welt in Richter und Angeklagte aufteilen, um den Segen dieser Erkenntnis bringen.“ Würden England und die USA „der Krankheit des Säkularismus in zunehmenden Maße verfallen, so könnte das Ende der Demokratie schneller kommen“, als erwartet. Durch den Versailler Vertrag von 1919 seien die Westmächte mitverantwortlich für die Zerstörung der Demokratie in Deutschland. Am Schluß wird der Auftrag der deutschen Bekennenden Kirche, der Welt ihre Erfahrungen als Lehre mitzuteilen, begründet: „Und wahrlich, sie hat einige Geheimnisse zu verraten; denn sie hat den Dämonen ins Auge gesehen.“

¹³³ Dr. Wilhelm Berning, 1877–1955. 1914–1955 Bischof von Osnabrück, 1921–1955 Präs. des St. Raphaels-Vereins (Hilfsstelle für katholische Auswanderer), 1933 preußischer Staatsrat, 1949 Titular-Erzbischof. Berning hatte sich im Dritten Reich besonders nachdrücklich für ein Arrangement der katholischen Kirche mit dem Nationalsozialismus eingesetzt. Als Schulreferent der Fuldaer Bischofskonferenz trat er 1945 in Verhandlungen mit der britischen Militärregierung und deutschen Politikern für die Beseitigung der Gemeinschaftsschulen als Produkt der NS-Zeit und für die Wiedereinführung der Konfessionsschulen ein, die aus öffentlichen Mitteln gefördert werden sollten. Auch in dem Gespräch mit Kaisen und Spitta forderte er die Wiederherstellung des Zustandes von vor 1933 (Senatsprotokoll 25.9.1945, StAB: 3/3). (Vgl. *Akten deutscher Bischöfe*, Bd. 6). – Gemäß der Politik der katholischen Kirche befürwortet B. die Bildung einer überkonfessionellen christlichen Partei. (Vgl. Kap. 3, Anm. 106; außerdem: Burkhard van Schewick, *Die katholische Kirche und die Entstehung der Verfassungen in Westdeutschland 1945–1950*, Mainz 1980, S. 28f.).

Braun verhandelt mit Zentrumsleuten auf dieser Basis.¹³⁴ Berning sagt, das alte Zentrum komme nicht wieder. – Nachher ich allein mit B[erning] noch einige menschliche und religiöse Fragen berührt.

*Überraschendes Schreiben des oldenburg[ischen] Ministerpräsidenten Tantzen über die Enklave;*¹³⁵ danach soll die Wesermarsch mit Landes- und Reichsbehörden aus der Enklave-Verwaltung ausscheiden und dem oldenburg[ischen] Staatsministerium unterstellt werden; auch die Justiz von Brake und Nordenham, die mir von der amerik[anischen] Militärregierung ausdrücklich zugewiesen war. Die amerikan[ischen] Gerichtsoffiziere in Bremen wissen nichts davon und bezweifeln, daß der Governor Welker dazu seine Zustimmung gegeben hat, wie Tantzen in seinem Schreiben behauptet. Jedenfalls zunächst völlige Verwirrung. Das ist die Folge der Scheu vor durchgreifenden Verordnungen und des Arbeitens mit kleinen Briefen und Spezialanordnungen.

[...]

Dienstag, 25. September 1945

Im Senat Enklave-Frage: Tantzens Husarenritt. Die amerikanischen Generäle bei Kaisen sagen, im Hauptquartier sei man noch nicht klar; die Sache müsse verschoben werden.

Man hat den Eindruck, daß die Engländer in der deutschen Politik den Amerikanern überall überlegen sind. Sogar im Baumwollhandel: Die Engländer wollen Baumwolle an Deutschland für Veredelung liefern; als Bezahlung 20 Prozent der eingeführten Baumwolle. In der Brennholzlieferung hat Hillmann von den Engländern endlich erreicht, daß die Lieferungen für die Enklave freigegeben werden.

Am Schlusse der Senatssitzung erschütternde Minuten. Kaisen wollte von der Ansetzung und Ausgestaltung eines Volkstrauertages sprechen.

¹³⁴ Am 3./4.3.1945 hatte Otto Braun mit anderen sozialdemokratischen Exilpolitikern und Vertretern kleinerer sozialistischer Gruppen die „Union deutscher Sozialisten“ in der Schweiz gegründet, die sich am 12.4.1945 mit der „Gruppe Christlicher Demokraten“ um den früheren Reichskanzler und Exponenten des linken Zentrumsflügels, Joseph Wirth, zur Arbeitsgemeinschaft „Das Demokratische Deutschland“ (DD) zusammengeschlossen hatte. Vors. waren Braun und Wirth. Da Braun die Kollektivschuldthese und die Potsdamer Beschlüsse öffentlich bekämpfen wollte, was Wirth im Hinblick auf die Alliierten als nicht opportun ablehnte, kam es jedoch zum Bruch zwischen den beiden Politikern; am 21.9.1945 legte Braun sein Amt als Vors. des „Demokratischen Deutschland“ nieder und zog sich nach Ascona zurück. (Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt/M., Berlin/Wien 1977, S. 819–834).

¹³⁵ Erlaß des Ministerpräs. Tantzen sen. an Landrat Tantzen jr. vom 14.9.1945, von Spitta am 25.9.1945 im Senat verlesen. Danach sollte die gesamte Zivilverwaltung im Kreis Wesermarsch, einschließlich der Reichsverwaltung, z.B. der Finanz- und Wasserstraßenämter, mit Zustimmung von Governor Welker wieder dem oldenburgischen Staatsministerium unterstellt werden. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

Dabei versagte ihm die Stimme; offenbar im Gedenken an seinen gefallenen Sohn wurde er so bewegt, daß er nicht weitersprechen konnte. Dreimal setzte er an und sagte leise: „Ich bitte Herrn Bürgermeister Spitta“ – er brachte aber den Satz nicht zu Ende. Er wollte mich bitten, die Vorakten einzusehen und Vorschläge für eine würdige Ausgestaltung des Tages zu machen.

Nachher Besprechung mit der Handelskammer bei Kaisen. Außer Kaisen, Apelt, Harmssen und ich vom Senat, Wilkens, Glässel, Ulrich, Noltenius von der Handelskammer. Entlassungen von Nazis;¹³⁶ Vorbereitung in den Geschäften, ehe der Blitz einschlägt. Ausscheiden der Pgs aus der Kammer selbst (Erling, Brabant, Dettmar, Helms usw.).¹³⁷ Kaisen war zu bewundern, in größter Schlichtheit und Einfachheit beherrschte er die Verhandlung und zeigte sich den großen Kaufleuten und Industriellen nebst Syndikern weit überlegen. Wilkens mußte Kaisens Gründe anerkennen. Gegenüber einer Bemerkung Ulrichs sagte Kaisen: „Sie waren Volksparteiler, ich bin Sozialdemokrat. Aber was bedeutet das in einen Augenblick, in dem der Feind im Lande steht! Da haben wir alle dieselbe Aufgabe und müssen zusammenstehen.“ – Apelt sagte nachher von Kaisen: „Er ist ein ungewöhnlicher Mann!“

[...]

Mittwoch, 26. September 1945

Walter Lisco soll für die Handelskammer im Ausschuß, der die Berufungen der Entlassenen begutachtet, arbeiten.¹³⁸ – Auch die Anwälte werden aufs neue geprüft und gesiebt.¹³⁹ Gefährdung ganzer Anwaltsfirmen, so

¹³⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 114.

¹³⁷ Sieben Geschäftsführer und stellv. Geschäftsführer mußten aus der Verwaltung der HK ausscheiden, ebenso eine Reihe von Beiratsmitgliedern, weil sie von der Leitung ihrer Betriebe suspendiert worden waren. (Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 42).

¹³⁸ Am 26.9.1945 trat in der US-Zone einschließlich der Enklave das Gesetz Nr. 8 in Kraft. Danach durften alle ehemaligen Md. der NSDAP nur mit „gewöhnlicher Arbeit“ beschäftigt werden. Für alle Betriebsangehörigen, die nicht nur mit solchen untergeordneten Tätigkeiten beauftragt waren, mußten Fragebogen zur Prüfung eingereicht werden. Von der Entnazifizierung Betroffene hatten das Recht, Einspruch gegen ihre Entlassung oder Umsetzung auf einfache Arbeitsplätze einzulegen und ihn in einem „Vorstellungsverfahren“ vor einem Prüfungsausschuß zu begründen. Dieser unterbreitete sein Urteil der Militärregierung, die dann endgültig entschied. Walter Lisco wurde Geschäftsführer des 45köpfigen Prüfungsausschusses für die Wirtschaft, dem neben dem Einzelhändler Carl Hinrichs als Vors. und dem Vizepräs. der Handelskammer, Ernst Glässel, als stellv. Vors. 14 weitere Arbeitgebervertreter angehörten. (Niethammer, Entnazifizierung, S. 240–245; Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 435).

¹³⁹ Das Gesetz Nr. 8 bezog sich auch auf alle freiberuflich tätigen Rechtsanwälte, Ärzte und Ingenieure.

z[um] B[ei]spiel Kind, Otto Meyer, Schulze-Smidt.¹⁴⁰ Wie kann der Betrieb fortgeführt werden? Aufnahme eines unbelasteten Anwalts? Die Entlassenen als Mitarbeiter hinter den Kulissen ohne Verkehr mit dem Publikum?

Enklave-Brief Guthries an mich; Tantzen hat den Governor mißverstanden;¹⁴¹ die Justiz, auch in Brake und Nordenham bleibt in bremischer Hand. Der Governor hat gesagt, er werde Tantzen verhaften lassen, wenn er noch einmal derartiges mache. Guthrie will in einer großen amerikanischen Zeitung einen Aufsatz schreiben: „Atrocities in Germany“. Unter diesem täuschenden Titel will er nicht Grausamkeiten der Deutschen gegen Juden usw., sondern Grausamkeiten der Amerikaner (der CIC) gegen Deutsche behandeln (70 Tage Haft ohne Verhör usw.).

Juristen-Sitzung über Zulassungsgesuche. Eingabe an die Amerikaner zugunsten des [erstrebten] Oberlandesgerichts in Bremen durchgesprochen.

Donnerstag, 27. September 1945

Übliche Arbeit. – Senator Kruse¹⁴² aus Hamburg über Erfahrungen in der gerichtlichen Vertragshilfe.¹⁴³ – In Hamburg in Verwaltung und Wirtschaft viel mildere Praxis der Engländer bei Beseitigung der „Nazis“.

Karte an Pastor und „Bürgermeister“ Bultmann in Ganderkesee.

Abends Arnold über die merkwürdigen Ministeriumsreste in Hessisch-Lichtenau; Gutachten über deutsche Wirtschaft. Währungsfrage; Umstellung auf Gold und Rückführung der Papiermarknoten auf Sperrkonten, die unverzinslich sind und nur bei nachgewiesenem Bedürfnis ausgezahlt werden dürfen. Sperrmarkschulden nur gegen Sperrmark in Verrechnung.¹⁴⁴ Usw. – Die Hauptsache im Problem der Wirtschaft und Finanzen ist aber nicht das Geld, sondern die Erzeugung.

Freitag, 28. September 1945

Kaisers grundsätzliche Aussprache mit den Amerikanern. Schilderung des Elends 1931 bis 1933 nach Zurückziehung der Kredite durch Amerika; statt

¹⁴⁰ Dr. Friedrich Kind, 1878–1956, seit 1904 RA und Notar, seit 1.5.1933 Md. der NSDAP. – Dr. Otto Meyer, 1887–1967, seit 1915 RA und Notar in der 1858 gegründeten Anwaltsgemeinschaft von Dr. Stachow, in der Spitta von 1900–1911 tätig gewesen war, seit 1.5.1933 Md. der NSDAP. – Dr. Ernst Schulze-Smidt, 1903–1957, Rechtsanwalt, seit 15.12.1937 Md. der NSDAP.

¹⁴¹ Vgl. Kap. 3, Anm. 135.

¹⁴² Hans E. B. Kruse, 1891–1968. Kaufmann, Vorstandsmd. des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Überseehandels, 1935–1945 und 1957 Vizepräs. der Handelskammer, 15.5.–27.11.1945 ernannter Senator für Handel, Schifffahrt und Gewerbe in Hamburg.

¹⁴³ Vgl. Kap. 2, Anm. 208.

¹⁴⁴ Es handelt sich um Pläne, zur Eindämmung der Inflation den Überschuß an umlaufendem Papiergeld zu beseitigen.

acht bis neun Fürsorge-Unterstützte 1932 82 auf 1000 Einwohner.¹⁴⁵ Daher politische und soziale Spannungen und Revolution. „Soll sich das wiederholen? Was wollen Sie? Ein zerstörtes Europa?“ – Konkrete Beispiele für die Störung des Wiederaufbaus: Weigerung der Amerikaner, den Rennplatz für Gemüseanbau herzugeben; Rennpferde statt eine Million Kohlköpfe! – Der Governor beeindruckt, fragte, wie Kaisen sich den Wiederaufbau denke. Kaisen: Die früheren Nazis müßten für den Wiederaufbau herangezogen werden. Drei Gruppen: 1. die Jugendlichen, die 1933 unter 14 Jahren waren: unbegrenzte Öffnung einer Zukunft; 2. die älteren Jugendlichen: Mitarbeit auf Bewährung; 3. die Älteren: Heranziehung durch eine verantwortliche demokratische Regierung. – Bei den Amerikanern spielen die demokratischen Schlagworte und die Wahlen eine große Rolle. Im Januar Gemeindewahl der Landgemeinden, im März Kreistagswahlen, im Mai städtische Wahlen, im Oktober Landeswahlen.¹⁴⁶ In solchen Vorstellungen schwelgen sie. Die drei Lebensfragen unseres Volkes: Ernährung, Wohnung, Kleidung – berühren die Amerikaner weniger.

Im Senat Aussprache über die Enklave. Drei Möglichkeiten: 1. Bremen-Wesermünde amerikanisch, alles andere britisch. 2. Alles britisch, nur Häfen amerikanisch. 3. Vergrößerte Enklave (Delmenhorst, Verden, Hoya, Bremervörde, Rotenburg). Entscheidung soll in den nächsten Wochen in Berlin fallen.¹⁴⁷

[...]

Mit Otto Meyer Zukunft der Anwälte, die „Nazis“ waren, besprochen, auch das Schicksal meiner alten Anwaltsfirma, die äußerst gefährdet ist.¹⁴⁸ – Erling, Brabant und Düring als Pgs aus der Handelskammer ausgeschieden (Wirkung der Sitzung mit Kaisen).¹⁴⁹

¹⁴⁵ Beunruhigt durch Nachrichten über die schlechte Finanzlage in Deutschland, die angeblich bevorstehende Einstellung der Reparations- und Schuldentzahlungen sowie den Zusammenbruch bedeutender Großbanken, riefen amerikanische Gläubiger auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, im Sommer 1931, ihre kurzfristig vergebenen Kredite zurück, wodurch sie zur Verschärfung der Deflationskrise beitrugen. Dies führte zu zahlreichen weiteren Firmenschließungen und einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit. In der Stadt Bremen gab es im Juni 1930 mehr als 17000 Arbeitslose, darunter 4000 Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung, im Okt. 1932 42000 Arbeitslose, darunter 19000 Wohlfahrtsunterstützte; insgesamt waren 34000 Menschen auf Fürsorgeunterstützung angewiesen. (Schwarzwälder, Bremen III, S. 525, 546, 588).

¹⁴⁶ Dieser Zeitplan wurde am 28.9.1945 aufgrund einer Mitteilung von Captain Bard am 25.9.1945 im Senat bekanntgegeben. Die Militärregierung wünschte deshalb, bis zum 15.10. Vorschläge für ein neues Wahlgesetz zu erhalten. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3; Besprechungsniederschrift, ebenda: 3-R.1.m. Nr. 390). Vgl. Kap. 3, Anm. 81.

¹⁴⁷ Die zweite Lösung wurde am 10.12.1945 realisiert, vgl. Kap. 3, Anm. 279.

¹⁴⁸ Vgl. Kap. 3, Anm. 140.

¹⁴⁹ Vgl. Kap. 3, Anm. 114 und 137.

Samstag, 29. September 1945

Grundsätze für das Gemeinde-Wahlrecht (Landgemeinden, Kreis, Stadt) bearbeitet.¹⁵⁰

[...]

Sonntag, 30. September 1945

[...]

Nachmittags Paulas Lehrer Dr. Müller-Wille. [...] Müller-Willes Zahlen über die Universität Göttingen: etwa 5000 Studenten, $\frac{2}{3}$ Männer; vorher kaum Männer vorhanden. Von etwa 300 Professoren und Dozenten 53 entlassen; Nachprüfung der Eingaben; sechs wieder zugelassen. Der Rektor Plischke, Pg., ist geblieben. In der Theologie zuletzt vier Studenten, jetzt 160!¹⁵¹

Montag, 1. Oktober 1945

[...]

Nachmittags Besprechung von etwa 35 bis 40 Leuten über Parteigründung. Landrat Tantzen über Vereinigung aller „Bürgerlichen“ in der „Demokratischen Union Deutschland“. ¹⁵² Rede von über 1½ Stunden; Fragen

¹⁵⁰ Vgl. Kap. 3, Anm. 146.

¹⁵¹ Göttingen war die erste deutsche Universität, die schon im Sept. 1945 den Lehrbetrieb wieder aufnahm. Die Zahl der Studenten und Gasthörer stieg von 3594 (1944) auf 4485 (1945) und 5097 (1946). Die provisorische Entnazifizierung wurde rasch und nach relativ strengem Maßstab durchgeführt. Da in Göttingen infolge des Zuzugs von Flüchtlingen und Vertriebenen etwa doppelt so viele Hochschullehrer zur Verfügung standen wie im Herbst 1944, war es leicht, die belasteten durch andere zu ersetzen. Im endgültigen Verfahren wurden von 102 ordentlichen und außerordentlichen Professoren 16 entlassen, schließlich nur drei in die Kategorie III (Minderbelastete) und 5 in die Kategorie IV (Mitläufer) eingestuft. Prof. Dr. Hans Plischke, 1890–1972, seit 1929 Direktor des Instituts für Völkerkunde, 1933 „Führer“ des Wissenschaftsamtes im NS-Dozentenbund, war nur von Nov. 1941 bis Sept. 1943 Rektor. Da er 1944 auf eine Liste der dem Nationalsozialismus fernstehenden Hochschullehrer geraten war, wurde er 1945 schnell entlastet. Bereits seit dem 12.4.1945 amtierte der Staats- und Kirchenrechtler Rudolf Smend, 1882–1975, zunächst als Geschäftsführender Rektor, seit Juli 1945 als Rektor (bis März 1946). (Vgl. Hans-Joachim Dahms, Einleitung, in: Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. Das verdrängte Kapitel ihrer 250jährigen Geschichte, hrsg. v. Heinrich Becker, Hans-Joachim Dahms und Cornelia Wegeler, München/London/New York 1987, S. 15–60, speziell S. 46–48. Die Notlage der Universität Göttingen, Denkschrift, November 1949, S. 7).

¹⁵² Theodor Tantzen jr. betrieb seit Sept. 1945 in seinem Landkreis Wesermarsch den Aufbau der DUD, die sich bemühte, um einen Kern linksliberaler Politiker der früheren DDP herum weitere bürgerliche Kreise zu sammeln. Für einige Monate konnte sie sich in den protestantischen Gebieten Oldenburgs ohne Konkurrenz sehr erfolgreich entwickeln. Die amerikanischen Berichtersteller der Functional History 1945, S. 25, bezeichneten sie als die aktivste Partei in der Enklave. Im Jan. 1946 ging die DUD in der FDP auf. (Hein, Milieupartei, S. 77, 110, 255–257). – Die Bemü-

erörtert, die nicht oder zur Zeit nicht wesentlich sind. Richtige Gründe für Zusammenschluß und gegen Verhältniswahl. Ich spreche kurz in demselben Sinne. Schluß (den ich nicht abwarten konnte): ein Ausschuß aus sieben Mitgliedern.

[...]

Dienstag, 2. Oktober 1945

Ein Tag, an dem fast alles fehlschlug. Die zehn Richter und der Staatsanwalt, sowie eine Reihe von Justizbeamten, deren Wiederzulassung zum Amt wir mit Unterstützung der amerikan[ischen] Gerichtsoffiziere betrieben haben, sind trotz günstig verlaufener Prüfung noch nicht zugelassen; gestern nachmittag sollten sieben Richter und der Staatsanwalt von den Amerikanern vereidigt werden; im letzten Augenblick Vertagung; Welcher soll Furcht vor dem jetzt im Headquarter wehenden scharfen Winde haben.¹⁵³

Im *Senat* unglückliche Zufallsabstimmung – die erste Abstimmung, die überhaupt in diesem Senat stattfand; sonst immer Verständigung; mein Vorschlag, die *Verhältniswahl abzuschaffen*, mit fünf gegen fünf Stimmen abgelehnt, da Wenhold und Harmssen, die mit mir gestimmt hätten, nach draußen gerufen waren. Wahlalter 21 und 25 Jahre (mein Vorschlag 25 und 30 Jahre).¹⁵⁴ Apelts (von Maas¹⁵⁵ verfaßte) Denkschrift über Notstandsarbeiten zurückgewiesen (mit Recht, da sie in ihrer Allgemeinheit für die Amerikaner nicht geeignet war).

[...]

Verlangen eines amerikan[ischen] Offiziers, daß ich die Fragebogen der Gerichte prüfen und auch selbst einen neuen großen Fragebogen ausfüllen solle,¹⁵⁶ und sonstiges Ärgerliche. Erfreulich nur die Haltung der amerikan[ischen] Gerichtsoffiziere. Major Watson bespricht mit mir den Entwurf

hungen um die Bildung bürgerlicher politischer Parteien erhielten dadurch Auftrieb, daß die Militärregierung am 19.9.1945 die Zulassung angekündigt und dem Senat die Bedingungen mitgeteilt hatte (Schreiben an den Präs. des Senats, StAB: 3-V.2. Nr. 2750[1]).

¹⁵³ Vgl. Kap. 3, Anm. 114 und 138.

¹⁵⁴ Spitta war am 25.9.1945 mit der Erarbeitung des Wahlgesetzes für die geplanten Kommunalwahlen beauftragt worden. Apelts und sein Plädoyer für ein höheres Wahlalter wurde im Senat abgelehnt, weil es unververtretbar erschien, den jungen Kriegsteilnehmern das Wahlrecht vorzuenthalten. Auf Vorschlag Kaisens wurden ehemalige Nationalsozialisten nur vom passiven, nicht aber vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen. (Senatsprotokoll 2.10.1945, StAB: 3/3).

¹⁵⁵ Dr. Heinrich Maas, 1908–1981. ORR in der Wirtschaftsbehörde, 1973 als Senatsdirektor pensioniert.

¹⁵⁶ Diese Regelung entsprach dem Gesetz Nr. 8, das den Betriebs-/Behördenleitern die Verantwortung für die Entnazifizierung der Beschäftigten übertrug; vgl. Kap. 3, Anm. 138.

eines Schreibens, den der Governor an Kaisen richten soll: Ausdehnung der deutschen Justiz auf „curfew“-Fälle.¹⁵⁷

[...]

Mittwoch, 3. Oktober 1945

[...] Besprechung mit Kaisen über die Aufhebung der Beschwerdeentscheidung Mehnes. Neue Beschwerdestelle: Vereinigung des Wohnungsausschusses und der juristischen Beschwerdestelle; wenn der Richter die Entscheidung des Wohnungsamtes aufheben will, muß das Plenum des Wohnungsausschusses entscheiden, sonst der Richter allein.

Lange Verhandlung mit Lahusen über viele Fragen der Justiz, auch Personalien. An Lahusen habe ich eine große Hilfe; er genießt auch hohes Ansehen bei den Amerikanern. Immer wieder Besuche von entwurzelten, mittellosen Juristen, die Familienväter sind und eine Beschäftigung suchen. [...]

Fertigstellung der Vorschläge Bremens für das Wahlrecht in Land, Stadt, Landgemeinden und Kreis für die Amerikaner.

Donnerstag, 4. Oktober 1945

Knittermeyer gestern verhaftet, er soll an Sitzungen mit der SS oder Gestapo teilgenommen haben, in denen Berichte über Stimmung (oder Menschen) erstattet wurden, auch über Sachgebiete.¹⁵⁸ Dies offenbar bei Knittermeyer nicht der Fall; er hat mir vor ein bis zwei Jahren davon erzählt, daß das Ansinnen einer solchen Mitarbeit an ihn und Professor Waldmann gestellt, von beiden aber abgelehnt sei.

[...]

Nachmittags längeres Gespräch mit Kaisen. Er hat Vagts' Freund, Dr. Riedel,¹⁵⁹ aufgesucht und sich von ihm über Vagts' politische Haltung erzählen lassen; will dem Governor *Meservey*¹⁶⁰ das Material Riedels vorlegen. Wirtschaftliche Lage Bremens erörtert. Kaisen hat den Amerikanern aufs neue die Notlage geschildert. *Meservey will privat mit Kaisen verkehren, ihn und seine Frau zu sich einladen und Kaisen in Katrepel besuchen.*

¹⁵⁷ Übertretungen der Ausgangssperre.

¹⁵⁸ Es handelt sich um die SD-Berichte, für die Behörden und Einzelpersonlichkeiten in den verschiedenen Regionen des Reichs die Materialien lieferten. Sie sind veröffentlicht unter dem Titel: *Meldungen aus dem Reich 1938–1945*. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, hrsg. u. eingeleitet von Heinz Bobe-rach, 17 Bde, Herrsching 1984.

¹⁵⁹ Dr.med. Kurt Riedel, 1878–1951, Arzt.

¹⁶⁰ Douglas W. Meservey, Lieutenant Colonel, Stadtkommandant von Bremen und stellvertretender Militärgouverneur der Enklave, Mitte Okt. 1945 von diesen Ämtern entbunden und ausschließlich mit der Säuberung der Wirtschaft nach dem Gesetz Nr. 8 beauftragt.

Meservey hat zugesichert, mit Kaisen Rathaus und Domshofbunker¹⁶¹ zu versehen, um die Raumnot der Behörden kennenzulernen.

Morgen trifft sich Kaisen mit den ehemaligen preußischen Ministern Otto Braun und Severing.¹⁶² Parteibildung mit Kaisen erörtert. Er ist nicht für Fusion mit „Bürgerlichen“, aber für ein festes „Wiederaufbau-Kartell“, das schon beim Wahlkampf hervortreten müsse. Kaisen über „Bestandsaufnahme“ der bremischen Wirtschaft und planmäßige Lenkung. – Kaisens Ansicht über das Zusammengehen des Abendlandes und die Bedeutung der Sozialdemokratie in Frankreich und Holland und der Labour Party in England für die Behandlung Deutschlands.

Abends mit Margarete, Arnold, Walter L[isco] und Mutter lebhafte Aussprache über Schuld und Sühne in diesem Kriege, Mitverantwortung usw. – „metaphysische“ Mitschuld.¹⁶³ Fragen der wirtschaftlichen Neuordnung.

Freitag, 5. Oktober 1945

Vorsitz im Senat an Stelle von Kaisen, der in Hannover an sozialdemokratischen Parteibesprechungen teilnimmt (Otto Braun, Severing usw.).¹⁶⁴ Neuordnung der Beschwerde in Wohnungssachen; Ausschaltung des Richters. Wenig befriedigend.¹⁶⁵

[...]

Im Senat Wirtschaftliches von Bedeutung; Heraufsetzung der Preise für bestimmte Bedarfsartikel (Öfen usw.); Beschlagnahme bestimmter Geräte und Handwerkszeuge.¹⁶⁶

¹⁶¹ Der Senat plante, im Bunker Dienststellen und Wärmehallen für die Bevölkerung unterzubringen (Senatsprotokoll 5.10.1945, StAB: 3/3). Seit dem 12.10.1945 stand die nördliche Hälfte der Verwaltung zur Verfügung (Peters, Bremen 1945–1956, S. 34).

¹⁶² Diese Erwartung bezieht sich auf die sozialdemokratische Funktionärskonferenz in Wennigsen bei Hannover am 5./6.10.1945, an der Otto Braun und der frühere Reichs- und preußische Innenminister Carl Severing (1875–1952) aber nicht teilnahmen. Severing hatte wegen des Todes seiner Frau im letzten Augenblick absagen müssen. (Kaden, Einheit oder Freiheit, S. 150, Anm. 323).

¹⁶³ Dieser Begriff kam durch Karl Jaspers in die Diskussion, der vier Arten von Schuld unterschied: die kriminelle, die politische, die moralische und die metaphysische. Die politische Schuld bezieht sich auf das Handeln der Staatsmänner, die Staatsbürger tragen aber Mitverantwortung und sind zur Haftung und Wiedergutmachung verpflichtet. Moralische Schuld ergibt sich daraus, daß jeder Mensch für sein Handeln und Unterlassen die Verantwortung trägt, ohne sich vor seinem Gewissen auf Befehle berufen zu dürfen. Die metaphysische Schuld bezieht sich auf die Solidarität der Menschen als Menschen, die jeden einzelnen mitverantwortlich macht für das Unrecht in der Welt (Karl Jaspers, Die Schuldfrage, Heidelberg 1946).

¹⁶⁴ Vgl. Kap. 3, Anm. 162.

¹⁶⁵ Vgl. Kap. 3, Anm. 63.

¹⁶⁶ Der Senat ging davon aus, daß sich in privaten Haushalten noch in großer Zahl Schaufeln, Hacken u. a. zu Luftschutzzwecken angeschaffte Geräte befanden, die jetzt dringend für den Wiederaufbau benötigt wurden und aufgrund des Reichleistungsgesetzes beschlagnahmt werden sollten.

In Hamburg soll eine vom Senat ernannte Bürgerschaft zusammentreten (80 Vertreter).¹⁶⁷

Zins- und Tilgungsraten der bremischen Anleihen von den Amerikanern gesperrt.¹⁶⁸

Nachricht, daß nicht nur *die Weserwerft* der Deschimag mit Schwimmdock zur *Reparation abgewrackt* werden soll (die Weserhäfen dann ohne Schwimmdock), sondern auch unser ganzes städtisches *Elektrizitätswerk*.¹⁶⁹

[...]

Samstag, 6. Oktober 1945

[...]

Kaisens Bericht über den sozialdemokrat[ischen] Parteitag in Hannover. Die Russen haben die Beteiligung der Sozialdem[okraten] ihrer Zone gehindert; dann Verbot der Beteiligung anderer als Vertreter der englischen Zone. „Kaisen aus Hamburg“; seine Rede und verfrühte Abreise.¹⁷⁰

Die von den Siegern verkündete Einheit der deutschen Wirtschaft, des deutschen Verkehrs, der deutschen Finanzen, des deutschen Rechts usw.¹⁷¹ rückt in immer größere Ferne. Es bilden sich selbständige und viel-

¹⁶⁷ Die Hamburger Bürgerschaft wurde von der britischen Militärregierung ernannt und trat am 27.2.1946 zusammen. Sie bestand aus den 13 Senatoren und 68 Repräsentanten der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen.

¹⁶⁸ Aufgrund einer Anweisung des Frankfurter Hauptquartiers. Mit Rücksicht auf die Kreditwürdigkeit Bremens hatte es Nolting-Hauff am 28.9.1945 abgelehnt, den Schuldendienst ohne äußeren Zwang der Militärregierung einzustellen. Nach weiterem Drängen der Amerikaner entschloß sich der Senat am 23.10. dann doch zu diesem Schritt, da Bremen die einzige deutsche Stadt war, die noch Zinsen auf ihre Anleihen zahlte (bzw. bis zu einer gesetzlichen Regelung zahlen wollte).

¹⁶⁹ Vgl. Kap. 3, Anm. 83.

¹⁷⁰ Nach den Anweisungen der britischen Militärregierung mußten die SPD-Delegierten ihrer Zone am 5.10.1945 für sich, ohne Beteiligung von Delegierten oder Gästen aus anderen Zonen, tagen. Vertreter der SPD in der amerikanischen und französischen Zone sowie drei Abgesandte des Berliner Zentralausschusses konnten aber am 6.10.1945 auf getrennten Konferenzen zusammenkommen. Kaisen trat unter Bezug auf seinen Geburtsort Hamburg als angeblicher Vertreter der britischen Zone auf. Bei der Konferenz in Wennigsen kam es zu einer Vereinbarung zwischen Otto Grotewohl als dem Vors. des Berliner Zentralausschusses der SPD und Kurt Schumacher, durch die dieser für die Zeit bis zur Verwirklichung der Reichs- und Parteieinheit als der politische Beauftragte der Sozialdemokratie in den drei Westzonen anerkannt wurde, während der Zentralausschuß die Führung der SPD in der östlichen Besatzungszone übernehmen sollte. Nach einem Bericht der Hamburger SPD zeigte Kaisen in der Aussprache „die Möglichkeiten auf, über die Personalpolitik entscheidenden Einfluß auszuüben. Er wünscht[e] Wachsamkeit gegenüber den Genossen, die es nicht verstehen, sich von reaktionären Elementen in ihrer Umgebung freizumachen.“ (Mitteilungsblatt Nr. 6 v. 6.10.1945, S. 6, Archiv der Fst.: 834–50. Zur Konferenz allgemein: Kaden, *Einheit oder Freiheit*, S. 127–153).

¹⁷¹ Beschluß der Potsdamer Konferenz, vgl. Kap. 3, Anm. 7.

fach getrennte Besatzungszonen, die durch Sperren voneinander getrennt sind.

Heute im Rathause geheizt; die Benutzung des halben Rathauses durch die Amerikaner hat wenigstens diese gute Seite. Der Geschäftsbetrieb im Rathause jetzt derartig, daß man abends spät nach Hause kommt, zu Abend ißt, noch einiges mit der Familie redet und dann zu Bett geht; zum Lesen komme ich fast gar nicht. [...] Briefschreiben ist selten und meist in Hetze. Auch diese Notizen werden in Eile auf das Papier geworfen und sind vielfach unvollständig.

Auch zu Hause in den Abendstunden oder an Sonntagen keine Ruhe; immer wieder suchen mich Leute mit Beschwerden und Gesuchen in meiner Wohnung auf, so sehr Mutter als Cerberus abwehrend zu wirken sucht. [...]

Ein amerikanischer Offizier, der sich heute von Kaisen verabschiedete, da er nach Amerika zurückgeht, hat Kaisen gesagt, seine Ausführungen über die Behandlung der früheren Nazis (drei Gruppen: 1933 Kinder, 1933 Jugendliche, 1933 Reife) und die Notwendigkeit, der Jugend eine Hoffnung des Lebens zu lassen, hätten bei den Amerikanern starken Eindruck gemacht; er solle ebenso seine Ansichten über die Verhaftungen der politisch belasteten Leute und ihre Behandlung ([keine] Nachricht an die Familie über Verblieb, lange Haft ohne Vernehmung usw.) dem Governor äußern. [...]

Sonntag, 7. Oktober 1945

Einige Schreibereien. Dann Eva durch den Bürgerpark gebracht, der mit seinen Kriegsverwüstungen, seiner Ungepflegtheit und Verwilderung und in seiner bunten Laubpracht einen ungewohnten, aber eigenartig schönen Anblick gewährt.

[...]

Nachmittags in der Goethe-Gesellschaft im Saal der Kunsthalle, der in der sonst stark zertrümmerten Kunsthalle noch leidlich erhalten ist. Goethes „Iphigenie“, gesprochen (aus dem Gedächtnis) von Frau Maria Heide-Backhaus, die ihre gute Schulung in Dornach¹⁷² erhalten hat. Starker Eindruck und große Lebensnähe (Krieg und Kriegsschicksale usw.).

[...]

Montag, 8. Oktober 1945

Kaisen hat gestern auf seiner Siedlung den Besuch des Governors Meservey und des Capt[ains] Bard erhalten. Er hat sie in Hemdsärmeln und, wie der Dolmetscher sagt, unrasiert empfangen, ihnen seinen landwirtschaftlichen Betrieb gezeigt und sich in gewohnter Weise frei geäußert. Der Dol-

¹⁷² Freie Hochschule für Anthroposophie (Goetheanum).

metscher, Dr. Friese, erzählt, der Governor habe nachher voll Bewunderung zu Capt[ain] Bard gesagt: „Das ist ein Charakter.“

[...]

25 Rechtsanwälte, die schon zugelassen waren, von den Amerikanern wieder entlassen, darunter Kind und Dr. Otto Meyer.¹⁷³ Die Wirtschaft weiter bedroht durch das Gesetz Nr. 8 Eisenhowers, wonach alle Pgs aus leitenden Stellungen zu entfernen sind.¹⁷⁴ Mündliche Erklärung von mir über neun Richter und Staatsanwalt Albrecht¹⁷⁵ an amerik[anischen] Offizier.

[...]

Dienstag, 9. Oktober 1945

Weitere Beamtenentlassungen, darunter Oberregierungsrat Behrens, der menschlich und amtlich gleich hoch steht und stets Gegner der nationalsozialistischen Bewegung war, und der vorzügliche Leiter der Stadtwerke Dr. Dettmar. Bei Behrens hat der Governor selbst sein Bedauern ausgesprochen und gesagt, Behrens könne weiter als Beamter usw. beschäftigt werden.¹⁷⁶

Oberregierungsrat Ziese und Schramm vom Arbeitsamt nach sechs Wochen Haft und Ermittlungen heute vom amerikanischen Militärgericht freigesprochen.¹⁷⁷

[...]

Die CIC und die englischen Stellen haben großes Material über frühere Nazis; z.B. die Sammlung der Glückwunschtelegramme und Briefe an Hitler.¹⁷⁸

Ehlers berichtet im Senat über die Schwierigkeit, die bremischen Mütter und Kinder aus den russischen Gebieten herauszubekommen. Noch 550 bremische Kinder im russischen Gebiet.¹⁷⁹ Vergebliche Bemühung der

¹⁷³ Vgl. Kap. 3, Anm. 140.

¹⁷⁴ Vgl. Kap. 3, Anm. 138.

¹⁷⁵ Johann Albrecht, 1901–1966. Seit 1933 Staatsanwalt und Jugendstaatsanwalt, seit 1949 kommissarischer Leiter der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Bremen, 1950 Oberstaatsanwalt, 1961–1963 Ltd. Oberstaatsanwalt.

¹⁷⁶ Schon am 24.9.1945 waren Kaisen und Captain Bard übereingekommen, den Fall Behrens als ersten vor den Berufungsausschuß zu bringen und Behrens, wenn er nicht zu halten sei, mit Privatdienstvertrag bei der bremischen Verwaltung weiterzubeschäftigen. Bei der Übermittlung der Forderung nach Entlassung von Behrens stellte Bard am 9.10.1945 ausdrücklich fest, daß die Bremer Militärregierung auf höhere Weisung handle. B. solle aber nicht dem Arbeitsamt für einfache Arbeiten gemeldet werden, damit er dem Senat weiterhin zur Verfügung stehe und die geplante Geschichte der Bremer Verwaltung in der NS-Zeit schreiben könne. (Besprechung mit der Militärregierung, StAB: 3-R.1.m. Nr. 390).

¹⁷⁷ Vgl. Kap. 2, Anm. 263.

¹⁷⁸ Diese Unterlagen wurden im Berlin Document Center zentral gesammelt.

¹⁷⁹ Es handelt sich um die im Zuge der Kinderlandverschickung in die spätere sowjetische Besatzungszone gelangten Schüler und Schülerinnen, vgl. Kap. 1, Anm. 49.

amerikanischen und englischen Militärregierung mit den Russen eine geordnete Zurückführung zu erreichen. Teils Zurückhaltung, teils Anweisung.

Die Engländer haben jetzt die Ausfuhr aller Baustoffe nach der Enklave gesperrt.

[...]

Die Amerikaner verlangen mit Schreiben vom 8. Oktober bis zum 10. Oktober Gesetzesvorschläge für Wahlen, Verwaltung usw. aller Körperschaften unterhalb des Landes; unter den Grundsätzen und Richtlinien findet sich die erstaunliche Vorschrift, daß Bestimmungen vorgesehen werden müssen, „die es jedem Bürger gestatten, sich vor der gesetzgebenden Körperschaft oder ihren Fachausschüssen über jeden beliebigen Gegenstand zu äußern“. Behrens und ich haben die Sache heute sehr schlank erledigt, im wesentlichen durch Hinweise auf die Landgemeindeord[nung] und Kreisordnung (dagegen Stadt und Land Bremen ineinander fallend, daher nur einheitlich als Land zu behandeln.)¹⁸⁰

[...]

Abends ab 7 Uhr kein elektrisches Licht. – Besonders beschwerlich, da Kerzen knapp und Streichhölzer gar nicht mehr aufzutreiben sind.

Mittwoch, 10. Oktober 1945

Sperrstunden für elektr[ischen] Strom bekanntgemacht.

Eine Erschwerung nicht nur in der Beleuchtung, sondern vor allem im Kochen.

Der Mangel an Streichhölzern ist – wie so viele Übelstände in Bremen – auf Ausfuhrsperr der Engländer zurückzuführen. Auch die gesundheitlich dringend nötigen und von den Amerikanern verlangten Kanalisationsarbeiten unmöglich, da die Engländer die erforderlichen Steine nicht herauslassen.

Im übrigen wächst in Bremen die Stimmung gegen die Amerikaner, besonders wegen ihres harten und formalen Vorgehens bei der Entfernung der Nazis in Staat und Wirtschaft. Auch wird angesichts der Grenzsperrn,

¹⁸⁰ Das Frankfurter Hauptquartier (USFET) hatte bereits mit einer Direktive vom 15.9.1945 die deutschen Länderregierungen aufgefordert, demokratische Verfassungen für die Selbstverwaltungsorgane unterhalb der Landesebene zu entwerfen. Diese Verfassungsvorschläge, die insbesondere die Wahl und Tätigkeit parlamentarischer Vertretungen in allen Gemeinden, Stadt- und Landkreisen sicherstellen sollten, waren bis zum 15.10. über USFET bei der Berliner Spitze der US-Militärregierung (USGCC) einzureichen. Infolge der umständlichen Kommunikation zwischen den verschiedenen Dienststellen der Militärregierung konnte Captain Bard dem Senat am 9.10. erst den Entwurf eines Schreibens in dieser Angelegenheit überreichen – mit Fristsetzung zum 10.10. Er kam mit Kaisen überein, die alte Bremer Verfassung der Zeit vor 1933 wiederherzustellen und diesen Text mit evtl. kleinen Änderungen der Militärregierung vorzulegen. (Verhandlungen mit der Militärreg., 9.10.1945, StAB: 3-R.1.m. Nr. 390; vgl. Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 112).

die sich die Amerikaner gefallen lassen, das Verlangen größer, daß die Enklave beseitigt und Bremen der englischen Besatzungszone eingefügt werde. Inzwischen staatsrechtlicher Vertrag zwischen Hannover, Braunschweig, Lippe und Oldenburg über einen Staat (oder Bundesstaat?) *Niedersachsen*.¹⁸¹ *Zusammentreffen Kaisens mit dem neuen sozialdemokratischen Oberpräsidenten von Hannover*¹⁸² in Verden. Kaisen hat sich nicht ganz ablehnend verhalten gegenüber dem Vorschlage, daß Bremen sich Niedersachsen anschließen solle. Kaisens Bedingungen: Häfen bleiben bei der Stadt Bremen; Bremen wird Sitz eines Regierungspräsidenten; vielleicht Vergrößerung des Regierungsbezirks Stade um die Wesermarsch; dafür Aurich an Oldenburg.

Es müßte auch festgelegt werden:

1. daß der [Weser-] Strom einheitlich von Bremen aus verwaltet wird,
2. daß Bremen für seine Häfen ein finanzielles Voraus erhält.

Dann wäre, angesichts der schwierigen Lage Bremens, dieser Weg gangbar. Aber wie wird es dann mit der amerikanischen Besatzung? Und wie stellen sich die Amerikaner zu diesem Plan, der sie auf die Häfen beschränken würde?

[...]

¹⁸¹ Am 17.9.1945 war von der britischen Militärregierung eine verwaltungsmäßige Zusammenarbeit zwischen den Ländern Oldenburg und Braunschweig sowie der Provinz Hannover eingeleitet worden. Die deutschen Stellen setzten daraufhin ihre seit Mai 1945 laufenden Beratungen zur Schaffung eines Landes Niedersachsen fort und unterzeichneten am 29.9.1945 einen Staatsvertrag über die „Länderregierung für Reichsaufgaben in Niedersachsen“, auf den Spitta hier Bezug nimmt. Die beiden Länder Lippe waren an diesem Vertrag noch nicht direkt beteiligt. Nach langwierigen Verhandlungen wurden sie später Niedersachsen (Schaumburg-Lippe) und Nordrhein-Westfalen (Lippe-Detmold) eingegliedert. Einen Tag nach dieser Eintragung – am 11.10.1945 – lehnte die britische Militärregierung den Staatsvertrag der deutschen Stellen ab und erließ einen Befehl zur Schaffung eines Gebietsrates, der sich endgültig am 15.11.1945 als „Gebietsrat Hannover-Oldenburg-Braunschweig“ (ab Jan. 1946 „Gebietsrat Niedersachsen“) konstituierte. Bremen, d.h. die nach dem amerikanisch-britischen Vertrag vom 10.12.1945 (vgl. Kap. 3, Anm. 279) verbliebene Restenklave, bestehend aus den Städten Bremen mit den Überseehäfen und Wesermünde, trat am 20.12.1945 dem Gebietsrat bei. Zwar überwog bei den maßgeblichen Bremer Politikern das Bestreben, den Stadtstaat als eigenständiges Land wiederherzustellen, wegen der schwierigen Versorgungs- und Wirtschaftslage kamen aber auch immer wieder Überlegungen auf, Bremen dem entstehenden Land Niedersachsen anzuschließen. (Vgl. Schneider, Niedersachsen 1945; Storbeck, Regierungen, S. 224–227).

¹⁸² Hinrich Wilhelm Kopf, 1893–1961. Jurist, 1921 Regierungsrat im Preußischen und Thüringischen Innenministerium, 1923–1928 Bank- und Versicherungskaufmann; 1928–1934 Landrat im Kreis Land Hadeln und Oppeln, 1934 entlassen, bis 1943 Immobilien- und Finanzmakler, 1943–1945 Bewirtschaftung eines Rittergutes in Oberschlesien, nach der Flucht 1945 Regierungs-, dann Oberpräs. der Provinz Hannover; 1946–1955 Ministerpräs. des Landes Hannover, dann des Landes Niedersachsen, seit 1946 MdL (SPD), 1957–1959 Innenminister, 1959–1961 Ministerpräs. des Landes Niedersachsen.

Donnerstag, 11. Oktober 1945

[...]

Mit Theil, der immer sehr sachlich und persönlich entgegenkommend ist, Verständigung über die Straßennamen.¹⁸³ Ich rette die Hindenburg-Allee. Wolters, der mit dem Ausschuß angehört, nicht erschienen. Mit Behrens (der hinter den Kulissen Beamter Kaisens bleibt¹⁸⁴ und mit ihm in Verdien war) Frage Niedersachsen besprochen. Wir sind derselben Ansicht.

Freitag, 12. Oktober 1945

*Vertrauliche Besprechung im Senat über Niedersachsen.*¹⁸⁵ Ist nur verwaltungsmäßige Einigung beabsichtigt oder auch politische mit Aufhebung der einzelnen Länder? Sollen nur die Funktionen der fehlenden Reichsinstanz übernommen werden, als Vorstufe späterer Reichs- oder Zentralinstanz? Ausgangspunkt war der Wunsch des britischen Generals, nur mit *einer* Stelle zu tun zu haben und nicht mit Hannover, Braunschweig, Oldenburg.

Bremens Bedingungen:

1. Häfen einschl[ießlich] Bremerhaven bremische Stadtsache;
2. Einheitliche Stromverwaltung in Bremen;
3. Finanzausgleich wie bisher;
4. Bremen Sitz von Behörden eines größeren Bezirks (mindestens Regierungspräsident). Beide Weserufer in diesem Bezirk. Eingemeindung der Landgemeinden. Ich für diesen Weg, frage aber: Was wird aus Hamburg und Schleswig-Holstein?

Wenhold hält den Anschluß von Westfalen für nötig. Nolting-Hauff hat Finanzsorge dabei; werden wir die 27 Millionen Zuschuß behalten? Wesermünde nur 1½ Millionen RM Zuschuß. Wolters für *verwaltungsmäßige* Einheit, besonders in Ernährung; gegen *politische* Einheit. Ich habe u.a. betont, daß Bremens Schifffahrt, Handel und Industrie gegen früher sehr zurückgehen würden und wir ein Gegengewicht als Verwaltungszentrale eines größeren Gebietes haben müßten. Bremen allein kann die Last des Wiederaufbaus der zerstörten Häuser und die Last der drohenden Arbeitslosigkeit nicht tragen; nur ein größeres Gebiet kann einen erträglichen Ausgleich bringen. Ebenso in Ernährung Abhängigkeit von Niedersachsen. Dann auch Fallen der Wirtschaftssperren.

Entscheidung ausgesetzt, bis Näheres vorliegt, insbesondere der abgeschlossene Staatsvertrag über Niedersachsen.¹⁸⁶ Alle diese Verhandlungen ganz von den Besatzungsmächten abhängig. Was wollen die Amerikaner?

¹⁸³ Vgl. Kap. 3, Anm. 90.

¹⁸⁴ Vgl. Kap. 3, Anm. 176.

¹⁸⁵ Über diese vertrauliche Besprechung findet sich keine Aufzeichnung in den Akten.

¹⁸⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 181.

Wenn sie die Enklave aufgeben, aber nicht nur in den Häfen, sondern in der Stadt Bremen bleiben, die bremische Lage schwieriger als je; Abschnürung dann noch empfindlicher. Nur die eigentlichen Häfen oder ein Teil von ihnen dürften in amerikanischer Hand bleiben.

Seltsam: In demselben Augenblick, in dem allseitig die Enklave als eine Fehlentwicklung, die unsere anfänglichen Hoffnungen stark enttäuscht hat, empfunden wird, fällt uns der erste größere Erfolg in der Enklave-Politik zu. Major Guthrie bittet mich zu sich und unterbreitet mir und Lahren den *amerikanischen Plan für die Justiz der gesamten amerikanischen Besatzungszone*. Unter den aufgeführten Oberlandesgerichten ist das Oberlandesgericht Bremen für die Enklave.¹⁸⁷ Die Justizverwaltung wird in Bayern, Baden-Württemberg und Großhessen je einem Justizminister, in der Enklave dem Senator für Justiz übertragen. Ich soll also den Justizministern der Länder für die Enklave gleichgestellt werden. Guthrie sagte, wir hätten erreicht „*all you want*“. – Damit beginnt eine große – und angesichts des Abbaus der Juristen – schwere Aufgabe: die Schaffung eines Oberlandesgerichts bei allseitig verminderten Kräften. Sie muß so schnell wie möglich durchgeführt werden, damit die Justiz in dem neuen Oberlandesgerichtsbezirk dasteht und arbeitet, auch wenn einmal die Enklave aufgegeben werden sollte; die Justiz mit Oberlandesgericht in Bremen wäre dann der erste Schritt, Bremen zum Mittelpunkt eines Unterweser-Verwaltungsbezirkes zu machen. Das OL-Gericht könnte und müßte bestehen bleiben, auch wenn ein Niedersachsen käme.

[...]

Samstag, 13. Oktober 1945

Attlee hat die *deutschen Wehrmachtverluste* auf 7 400 000 Tote und *Schwerkriegsverletzte* angegeben.¹⁸⁸ Dazu kommen noch die Verluste der Zivilbevölkerung durch den Luftkrieg. Rechnet man die in Rußland zurückgehaltenen deutschen Gefangenen dazu, so fehlen uns wohl etwa 10 Millionen Männer.¹⁸⁹ Derartiges ist beispiellos in der Geschichte. Dagegen die ameri-

¹⁸⁷ Die Errichtung eines OLG in Bremen wurde am 16.10.1945 von der Militärregierung genehmigt. (Peters, Bremen 1945–1956, S. 34).

¹⁸⁸ Rede des britischen Premierministers im Unterhaus am 11.10.1945; seine Zahlenangaben sind abgedruckt im *Weser-Kurier* v. 13.10.1945: „Deutschlands Blutopfer“.

¹⁸⁹ Genaue Zahlen liegen bis heute wegen der Schwierigkeiten der statistischen Erhebung und Definition nicht vor. Die Angaben für die deutschen Gesamtverluste schwanken zwischen 3,35 und 9,4 Mio. Menschen. Spittas Schätzungen sind auf jeden Fall wesentlich zu hoch. Die zuverlässigste Erhebung von 1949 (Müller-Hillebrand) gibt die Verluste der Wehrmacht mit 2,23 Mio. Toten und 1 bis 2 Mio. Vermissten an. Dazu kommen nach Ermittlungen des Statistischen Bundesamts von 1956 0,43 Mio. zivile Opfer des Luft- und Landkrieges, 0,2 Mio. Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung und 1,26 Mio. Opfer der Vertreibung (in allen diesen Fällen: Männer und Frauen!). Vgl. Rüdiger Overmans, Die Toten des Zweiten Weltkriegs

kanischen Verluste: 943 222 Mann Tote und Verwundete und Gefangene zusammen. Tote „nur“ 201 367, verwundet (leicht und schwer) 570 783, vermißt 56 876, Gefangene 114 205.¹⁹⁰ Unheimlich, was der amerikanische General Marshall über die Entwicklung der Kriegstechnik mitteilt; danach könnte ein neuer Krieg innerhalb der weißen Rasse die ganze Rasse im wesentlichen auslöschen (gleichzeitige Anwendung der Atombomben von beiden Seiten usw.).¹⁹¹

Bei Kaisen Besprechung mit Herren der Handelskammer über die neuen Bestimmungen der Amerikaner für die „Reinigung“ der Wirtschaft von früheren „Nazis“. Auch Walter Lisco, der diese Sachen bei der Handelskammer bearbeitet, nahm teil.¹⁹² *Radikale Ausmerzung aller Nazis und aller Mitglieder der angeschlossenen Organisationen, soweit sie nicht „gewöhnliche“ („ordinary“) Arbeiter waren.* In der Wirtschaft bis herab zum kleinsten Ladenbesitzer, außerdem Ärzte und – nach ausdrücklicher Erklärung des Governors Meservey – Rechtsanwälte. Frage des *Beschwerdeausschusses*, bei dem Walter arbeitet. Beteiligung der Angestellten und Arbeiter, der Ärzte und Rechtsanwälte. Übereinstimmung, daß streng verfahren und nur wenige, ganz besonders liegende Fälle an die Amerikaner weitergegeben werden sollen. Kaisen wieder ausgezeichnet – in der Abfertigung des bedenkenreichen und umständlichen Syndikus Ulrich ganz überlegen. Auch Walter Lisco, der zum ersten Mal mit Kaisen zusammen war, hatte diesen Eindruck.

[...]

Sonntag, 14. Oktober 1945

[...]

Rich[ard] Duckwitz möchte „gewöhnlicher Arbeiter“ in der kaufmännischen Abteilung der Stadtwerke werden.¹⁹³ Walter L[isco] hat 58jährigen Landrat besucht, der Frau und drei Kinder von 16, 13 und 9 Jahren hat und nun wegen seiner Pg-Eigenschaft mittellos dasteht.

[...]

in Deutschland. Bilanz der Forschung unter besonderer Berücksichtigung der Wehrmacht- und Vertreibungsverluste, in: *Der Zweite Weltkrieg*, hrsg. v. Wolfgang Michalka, München 1989, S. 858–873.

¹⁹⁰ Angaben im Bericht Marshalls (vgl. Kap. 3, Anm. 191), abgedruckt im *Weser-Kurier* v. 13.10.1945: „Der Preis des Sieges“. Am 3.11.1945 wurden als amerikanische Verluste 273 830 Gefallene, 651 702 Verwundete und 27 299 Vermißte genannt (Keesing's Archiv 1945, S. 507 B.)

¹⁹¹ Rechenschaftsbericht des Generalstabschefs der US-Armee, General George C. Marshall (1880–1959, 1947–1949 amerikanischer Außenminister), für den Kriegsminister und den Kongreß, veröffentlicht u.a. am 9.10.1945 in der *Neuen Zürcher Zeitung* (Keesing's Archiv 1945, S. 469 F), am 13.10.1945 im *Weser-Kurier* auf der Titelseite: „Der Preis des Sieges“.

¹⁹² Die Angaben beziehen sich auf das Gesetz Nr. 8, vgl. Kap. 3, Anm. 138.

¹⁹³ Vgl. Kap. 1, Anm. 20 und 188; Eintragung vom 8.5.1945.

Montag, 15. Oktober 1945

Im Rathause wilder Betrieb wegen des Gesetzes Nr. 8.¹⁹⁴ Die legal officers bestreiten, daß die Anwälte darunter fallen. Guthrie sagte, es sei „a complete change“ zu erwarten.

Kaisen fährt nachmittags mit Apelt nach Stuttgart zu einer Konferenz aller „Staatsoberhäupter“ der Länder amerikanischer Zone.¹⁹⁵ Keine Tagesordnung. Entlassungen der Nazis und wirtschaftliche Fragen werden sicher erörtert werden.

Ich werde in Vertretung Kaisens mit Entlassungsfragen bestürmt. Unmögliche Lage der kleinen Läden und Betriebe, in denen nur der Inhaber arbeitet (Wolters setzt sich für sie ein). Frage der Rolandmühle, der Jutespinnerei, die die Säcke herstellt, und anderer Betriebe der Ernährungswirtschaft. Was aber steht hinter dieser brutalen „Denazifizierung“? Ist auch an eine Beschlagnahme und Einziehung der Vermögen der Nazis gedacht? Etwa zugunsten der Juden? Wie werden die Ausschüsse arbeiten?¹⁹⁶ In welchen Fällen kann und wird die vorläufige Zulassung eines „Fachmannes“ erfolgen? Festsetzung des Honorars durch den Bürgermeister und sonstige Schwierigkeiten.

[...]

¹⁹⁴ Vgl. Kap. 3, Anm. 138 und 139.

¹⁹⁵ Da die Bildung der in Potsdam beschlossenen deutschen Zentralverwaltungen am Widerstand Frankreichs scheiterte, bemühte sich General Clay seit Sept. 1945, durch überregionale Einrichtungen in der US-Zone Ersatz zu schaffen. Mit einer von ihm veranlaßten Direktive ordnete der Oberbefehlshaber Eisenhower am 5.10. die Gründung eines regelmäßig tagenden „Rats“ der Ministerpräs. der US-Zone an, durch den sie Entscheidungen von überregionaler Bedeutung und insbesondere die ihnen einstweilen übertragenen Aufgaben der Reichssonderverwaltungen koordinieren sollten. Gleichzeitig erging an die drei Ministerpräs. und den Präs. des Bremer Senats eine Einladung zu einer Konferenz mit dem Stellvertretenden Militärgouverneur, Clay, in Stuttgart am 17.10.1945. Nach einer Ansprache Clays über die nächsten Ziele seiner Politik konstituierte sich bei dieser Sitzung der „Länderrat“ und erarbeitete auftragsgemäß eine vorläufige Geschäftsordnung. Das endgültige Statut, beschlossen in der 2. Sitzung am 6.11., sah allmonatliche Zusammenkünfte, die Errichtung eines gemeinsamen Generalsekretariats und die Abordnung von Bevollmächtigten der Länder zu dieser Stuttgarter Geschäftsstelle vor. Außerdem wurden vier ständige Ausschüsse aus Beamten der Länderfachministerien gebildet: für Ernährung, Elektrizitätsversorgung, Verkehr und Post sowie die Eingliederung von Vertriebenen und Flüchtlingen. Am 4.12. kamen Ausschüsse für Wirtschaft, Industrie und Handel sowie für Finanzen und mehrere Unterausschüsse hinzu. Zum Generalsekretär wurde der Sozialdemokrat Erich Roßmann ernannt. Im April 1946 hatte der Stuttgarter Länderrat 14 Ausschüsse und 48 Unterausschüsse, die die Aufgaben von Zentralbehörden in der US-Zone wahrnahmen. (Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 121–124; Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 31–43, 59f.; Lia Härtel, Der Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, Stuttgart 1951).

¹⁹⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 138.

Dienstag, 16. Oktober 1945

Im Rathaus Drang der Geschäfte, hauptsächlich durch die „Denazifizierung“ und die Vertretung Kaisens. – Im *Senat* längere Erörterung über die Maßnahmen zur „Reinigung“ der Wirtschaft. Notwendigkeit, die Schließung der meisten Lebensmittelgeschäfte und den Stillstand der Ernährung der Bevölkerung zu verhindern. Erschwerung durch die kurzen Fristen.¹⁹⁷

Bestimmt auftretende Behauptungen, auch von amerikan[ischen] Offizieren, daß die Enklave wegfallen und Bremen zur britischen Zone kommen würde. Damit im Widerspruch Guthries Mitteilungen über die Justiz und der heute eingetroffene „Plan“, der die Enklave und das Oberlandesgericht Bremen umfaßt und den Justizsenator der Enklave den Justizministern der Länder gleichstellt.¹⁹⁸

Besprechung mit den Rechtsanwälten Strohmeier und Janssen über die „Denazifizierung“ der Rechtsanwälte; das Hauptquartier hat entschieden, daß die Anwälte unter das Gesetz Nr. 8 fallen.¹⁹⁹ Mitarbeit der Anwälte, auch bei der Organisation des Büros für die Beschwerdefälle, deren Zahl wohl über 1000 hinausgehen wird. Guthrie fragt mich telephonisch, ob ich gegen die Veröffentlichung (Aushängung) der Listen etwas einzuwenden hätte. Ich wende mich gegen die Veröffentlichung der Gehaltssätze und der noch nicht rechtskräftigen Entlassungen.

[...]

Mittwoch, 17. Oktober 1945

Geschäftsbelastung bis zum Äußersten; andauernde Telefonanrufe und verantwortliche Auskünfte und Entscheidungen, besonders in Entlassungsfragen. Wechselnde und widerspruchsvolle Stellungnahme der Amerikaner zu den Entlassungsfragen. [...]

Nachmittags Juristensitzung; Entlassungen, Besetzung der Gerichte usw.

¹⁹⁷ Der im Gesetz Nr. 8 vorgesehene Prüfungsausschuß (vgl. Kap. 3, Anm. 138) mit seinen zur Durchführung der Arbeit gebildeten Unterausschüssen sollte zunächst in einem Schnellverfahren bis zum 20.10.1945 über die Notwendigkeit entscheiden, Betriebe wegen ihrer Bedeutung für die Lebensmittelversorgung fortzuführen. Im endgültigen Verfahren war dann über die Schließung von Firmen und die Absetzung der leitenden Persönlichkeiten zu befinden (Senatsprotokolle 16. und 19.10.1945, StAB: 3/3).

¹⁹⁸ Plan für die Organisation der Justizverwaltung in der US-Zone. Danach beabsichtigten die Amerikaner, innerhalb der früheren Länder sogenannte Rechtsdistrikte zu bilden, deren Leiter die Dienstbezeichnung „Justizminister“ und die Befugnisse des Reichsjustizministers erhalten sollten. Das OLG Bremen mit den Landgerichten Bremen und Wesermünde war nach diesem Plan genehmigt. (Senatsprotokoll 16.10.1945, StAB: 3/3).

¹⁹⁹ Vgl. Kap. 3, Anm. 139.

Abends Bericht von General Thomas, dem Leiter des Wehrwirtschaftsamtes bis 1942; über die Vorgänge, die zum 20.7.[19]44 geführt haben.²⁰⁰ Seit 1939 Verschwörungsbesprechungen und Widerstand gegen den Krieg, den Thomas als verloren ansah. Kein großer Zug in der Verschwörung, keine Zukunftsidee; gute Absicht für Deutschland, aber nur die negative: Beseitigung Hitlers. Auch keine große, überlegene Persönlichkeit unter den Verschwörern, ganz kluge und tüchtige Männer wie Goerdeler und Popitz,²⁰¹ aber nicht einer mit wahren Führeigenschaften. – Dazu peinlicher Nebengeschmack beim Lesen: Schon bei Beginn des Krieges Fühlung mit den Feinden und mit dem Vatikan (Frieden mit England, Erfüllung der deutschen Wünsche im Osten, Bedingung: Beseitigung Hitlers).

Donnerstag, 18. Oktober 1945

Angespanntes Arbeiten in großer Hetze.

Abends von 9 bis 11 Uhr Fragebogen von 131 Fragen bearbeitet, den die Amerikaner in Bremen von den Senatsmitgliedern und demnächst die Amerikaner im Frankfurter Hauptquartier von mir als Enklave-Justizminister haben wollen; die Fragen beginnen mit Größe, Gewicht und Farbe von Haar und Augen und ergreifen alle Gebiete des Lebens.

²⁰⁰ Georg Thomas, 1890–1946. Nach dem Abitur 1908 Beginn der Offizierslaufbahn, 1924 Generalstabsoffizier der 4. Division in Dresden unter Oberst Ludwig Beck, 1928 Major im Reichswehrministerium (Heereswaffenamt), seit 1934 Leiter des Wehrwirtschaftsamtes (1938 Generalmajor, Aug. 1940 General der Infanterie); seit Sommer 1939 in Verbindung mit dem Widerstandskreis um Carl Goerdeler und Ludwig Beck, suchte in Denkschriften für Hitler und durch Beeinflussung militärischer Führungsstellen die Chancenlosigkeit Deutschlands in einem Weltkrieg nachzuweisen und seine Auslösung zu verhindern, Ende 1942 aus seinem Amt entfernt, wegen seiner Beziehung zum militärischen Verschwörerkreis um Generalmajor Hans Oster am 11.10.1944 festgenommen, nach Haft im Gestapo-Gefängnis in der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin, in den Konzentrationslagern Flossenbürg und Dachau Ende April 1945 in Südtirol befreit, anschließend bis zu seinem Tod am 29.12.1946 in amerikanischer Gefangenschaft. (Wolfgang Birkenfeld, Einleitung zu: Georg Thomas, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft 1918–1943/45, Boppard 1966, S. 1–25), Thomas' unveröffentlichte Aufzeichnungen vom 20.7.1945, dem ersten Jahrestag des Attentats gegen Hitler, kursierten damals offenbar in zahlreichen Abschriften. In der Fst. finden sie sich in den Nachlässen Alfred Diller und Rudolf Beissel (Archiv: 11/D1 und 11/B24). Im Druck erschienen sie im Dezember 1945 in den „Schweizer Monatsheften“, S. 537–559.

²⁰¹ Über die am Attentat des 20. Juli 1944 beteiligte Verschwörergruppe, darunter an erster Stelle Dr. jur. Carl Goerdeler, 1884–1945, bis 1937 Oberbgm. von Leipzig, und Johannes Popitz, 1884–1945, bis 1929 Staatssekretär im preußischen Finanzministerium, 1933–1944 preußischer Finanzminister, wie Goerdeler am 2.2.1945 in Berlin hingerichtet, gibt es eine umfangreiche Literatur. Zur schnellen Information vgl.: Rudolf Lill und Heinrich Oberreuter (Hrsg.), 20. Juli. Portraits des Widerstands, Düsseldorf/Wien 1984, S. 111–133 (Goerdeler) und S. 237–251 (Popitz); für Goerdeler ferner insbes.: Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954.

Freitag, 19. Oktober 1945

Kaisen und Apelt sind morgens um 4 Uhr von Stuttgart zurückgekommen. Anstrengende Reise. Gutes Quartier im „Zeppelin-Hotel“ in Stuttgart. Vertrag der vier „amerikanischen“ Staaten über gemeinsames Generalsekretariat in Stuttgart und regelmäßige Konferenzen. Bayerischer Partikularismus.²⁰² – General Clay klug und angenehm; *bespricht mit Kaisen die Enklavefrage*, stellt in Aussicht, daß die Enklave aufgehoben und *Bremen von den Briten besetzt werde*; nur Häfen für die Amerikaner. Dorn sagt, die Sache sei *zugunsten der Engländer entschieden*.²⁰³ Nun kommt alles auf die Regelung im einzelnen und auf die Gestaltung unseres Verhältnisses zu Hannover und Oldenburg an. Schwierigkeiten mit zwei fremden Mächten in Bremen.

Kaisen und Apelt im Gottesdienst in Stuttg[art] in der Markuskirche. Wurm, Niemöller und Dibelius. Kaisen tief erschüttert durch Dibelius' Ausführungen über die Not und das Sterben in der russischen Zone; „es gibt keine Kinder unter zwei Jahren mehr.“ – Ausländische Kirchen dort.²⁰⁴

²⁰² Vgl. Kap. 3, Anm. 195. Der bayerische Ministerpräs., Wilhelm Hoegner, brachte in Stuttgart am deutlichsten die Befürchtung zum Ausdruck, daß sich das Generalsekretariat des Länderrats zu einer Zonenzentralbehörde entwickeln könnte, der die Landesregierungen einen Teil ihrer Kompetenzen, insbesondere die zwischenzeitlich übertragenen Reichskompetenzen, wieder abtreten müßten. Er suchte das Sekretariat deshalb möglichst klein zu halten und nutzte die Tatsache, daß die Ministerpräs. alle Beschlüsse einstimmig und persönlich fassen mußten, um eine Begrenzung der Souveränität und Autonomie Bayerns zu verhindern. Am 17.10.1945 wandte sich Hoegner z.B. gegen die Befugnis des Generalsekretärs, seine Mitarbeiter selbst auszuwählen: „Damit würden wir die Zuständigkeit der Länder aushöhlen. Bayern führt einen jahrhundertelangen Kampf gegen die Zentralgewalt des Reichs. Ich muß als Bayer gegen die Schaffung einer neuen Zentralgewalt scharf Stellung nehmen.“ (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 129).

²⁰³ Dorn gehörte zum Beraterstab Clays in Stuttgart. General Lucius D. Clay, 1897–1978, von 1945 bis 1947 als stellv. Militärgouverneur, dann bis 1949 als Militärgouverneur Vertreter der USA im Alliierten Kontrollrat und (bis 1947: de facto) Chef der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, nach der Rückkehr ins Zivilleben in führenden Wirtschaftspositionen und 1961/62 persönlicher Berlin-Beauftragter Präs. Kennedys, hatte Kaisen in einer gesonderten Besprechung am Rande der Stuttgarter Konferenz darüber informiert, daß Bremen verwaltungsmäßig der Britischen Zone angegliedert und nur militärisch bei der US-Zone bleiben solle. Die genaue Regelung werde in der nächsten Woche von einer amerikanischen Kommission in Bremen getroffen werden. Dorn teilte streng vertraulich mit, daß die Entscheidung bereits getroffen sei: Nur die Häfen blieben amerikanisch, die Enklave selbst komme zur Britischen Zone. (Aufzeichnung Frieses über die Stuttgarter Konferenz, StAB: 3-R.1.m. Nr. 390).

²⁰⁴ Nachdem sich die EKD bei der Konferenz in Treysa vom 27. bis 31.8.1945 konstituiert hatte, fand am 18./19.10.1945 ihre erste Ratssitzung in Stuttgart statt, bei der es erstmals seit Kriegsende und für viele Teilnehmer überraschend zur Begegnung mit führenden Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen kam. Als Resultat der Gespräche wurde die „Stuttgarter Erklärung“ über das Verhalten der

Um 3 Uhr Sitzung bei Colonel Meservey mit Herren der Handelskammer, Walter Lisco usw. Frage der Reinigung der Wirtschaft. Anwendungsbereich des Gesetzes Nr. 8 und Verfahren.²⁰⁵ Fortsetzung der Lebensmittelgeschäfte, der Rolandmühle usw.; Stadtwerke und Straßenbahn; Ärzte und Rechtsanwälte. Angenehme Formen der Verhandlung, aber wenig Aussicht, die großen Betriebe wie die Rolandmühle vor der Entlassung der Leiter durch vorläufige Entscheidung zu bewahren.

[...]

Samstag, 20. Oktober 1945

Die Reinigung der Wirtschaft nimmt weiter telephonisch, durch Besucher und durch Schriftstücke stark in Anspruch. Entgegenkommende Übergangsbestimmung Meserveys; Frist bis 9. November.²⁰⁶ Immer noch viele Unklarheiten. Eine strenge Durchführung des Gesetzes Nr. 8 und derselben Grundsätze im Verwaltungskörper muß Wirtschaft und Verwaltung, sowie die Rechtspflege zerschlagen und zum Chaos führen, besonders,

Deutschen und der evangelischen Christen im Dritten Reich veröffentlicht. Am Vorabend, dem 17.10., fanden zwei Veranstaltungen in der Markuskirche und im Furtbachsaal statt, bei denen neben Repräsentanten der Ökumene Bischof Theophil Wurm, Pastor Martin Niemöller und Bischof Otto Dibelius spachen, letzterer als Vertreter der Kirche im Osten und Nordosten Deutschlands. Er beschrieb die Zerstörungen, den Hunger in der SBZ und das Elend der Flüchtlinge. U.a. gab er an, daß in den vergangenen sechs Monaten und, soweit voraussehbar, in den bevorstehenden sechs Monaten im Osten der Provinz Brandenburg fünfmal so viele Menschen sterben würden wie während des ganzen Krieges. Ein Pastor aus einer kleinen Stadt des Ostens habe ihm auf die Frage nach der Kindersterblichkeit mit den Worten der biblischen Geschichte vom Kindermord in Bethlehem geantwortet: „Die Kinder, die da zwei Jahre und darunter waren, die gibt es bei uns ja nicht mehr, die sind schon alle tot. Wir wollen davon nicht viel Wesens machen ... Das ist ja nicht das Schwerste ... Sterben ist leicht, Leben ist schwer. Das gilt nicht immer, aber jetzt gilt es, jedenfalls bei uns.“ (Abgedruckt bei: Gerhard Besier und Gerhard Sauter, *Wie Christen ihre Schuld bekennen. Die Stuttgarter Erklärung 1945*, Göttingen 1985, S. 139–143).

Otto Dibelius, 1880–1967, war seit 1925 Generalsuperintendent der Kurmark gewesen, 1933 aus politischen Gründen entlassen, führendes Md. der Bekennenden Kirche, 1945–1966 Bischof von Berlin-Brandenburg, 1949–1961 Vors. des Rates der EKD, 1954–1961 einer der Präs. des Ökumenischen Rates der Kirchen.

Theophil Wurm, 1868–1953, war von 1929 bis 1933 Präs. der Württembergischen Landeskirche, einer der sog. „unzerstörten“ Kirchen im Dritten Reich, 1933–1953 ihr Landesbischof, 1945–1949 Vors. des Rates der EKD.

Martin Niemöller, 1892–1984, Pastorensohn, Marineoffizier, Pastor in Berlin-Dahlem, Initiator des Pfarrernotbundes, 1937 verhaftet und bis Kriegsende in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau, galt als *der* Exponent des protestantischen kirchlichen Widerstandes; 1947–1964 war er Präs. der hessisch-nassauischen Kirche, 1961–1968 einer der Präs. des Ökumenischen Rates der Kirchen.

²⁰⁵ Vgl. Kap. 3, Anm. 138.

²⁰⁶ Die ursprüngliche Frist für die Benennung der für die Lebensmittelversorgung unentbehrlichen Betriebe lief am 20.10. ab, vgl. Kap. 3, Anm. 197.

wenn gleichzeitig alle Anforderungen gesteigert werden und die Not des Winters vor der Tür steht, auch ein erheblicher Teil der Wirtschaft bewußt vernichtet wird. (Schwerindustrie und Seeschifffahrt).²⁰⁷ Was wird aus den Millionen, die entlassen sind und nur als „gewöhnliche“ Arbeiter beschäftigt werden dürfen? Diese, aus der Bahn Geworfenen, zusammen mit den sonst Entwurzelten, bilden eine Gefahr für Staat und Wirtschaft, wie 1918/1919 und in der Inflationszeit die damals Entgleisten und aus dem Heer und der Wirtschaft Ausgeschiedenen. Das war nach dem ersten Weltkriege der gute Nährboden für den Nationalsozialismus. Soll sich Ähnliches unter anderem Zeichen wiederholen?

Sorge um Kaisens Gesundheit; er hat in Stuttgart einen Ohnmachtsanfall gehabt, einmal beim Tee mit Welker, einmal nach der Erregung, die durch den Gottesdienst in der Markuskirche ausgelöst war.²⁰⁸ Ich bestimme Kaisen, eine Hilfskraft anzunehmen, zunächst für die Entlassungseinsprüche, vielleicht für immer. [...]

Nachmittags zu Hause einige größere Sachen durchgearbeitet, zu denen im Rathaus keine Ruhe. Niedersachsen-Frage, wenn Bremen britisch wird.²⁰⁹ Denkschrift Kaisens über Wiederaufbau von Verwaltung und Wirtschaft und Zulassung von „Nazis“ (Einleitung von Behrens anfechtbar). Protokoll über die Stuttgarter Konferenz (Dr. Friese).²¹⁰

[...]

Sonntag, 21. Oktober 1945

[...]

„Freimarktbesuch“ von Christoph und Jan.²¹¹ Mit sehr gemischten Gefühlen sehen wir Alten auf dies „Volksfest“, aber die Kinder wollen ihr Recht. [...]

Arnold war bei der politischen Kundgebung der SPD und KPD vor dem Parkhause;²¹² Reden von Kaisen, Wolters und Theil. Geringe Beteiligung. Kaisen selbst hat mir wiederholt gesagt, die Bevölkerung habe noch kein

²⁰⁷ Punkt III/11 des Potsdamer Abkommens.

²⁰⁸ Vgl. Kap. 3, Anm. 204.

²⁰⁹ Vgl. Kap. 3, Anm. 181.

²¹⁰ Die Aufzeichnung befindet sich im StAB: 3-R.1.m. Nr. 390.

²¹¹ Sohn von Klaus Bücking aus erster Ehe mit Maria Fraedrich.

²¹² An der zentralen Kundgebung der SPD und KPD aus Anlaß ihrer Wiederzulassung in Bremen nahmen etwa 6000 Menschen teil. Wolters trat dafür ein, nach der Schaffung gemeinsamer Gewerkschaften, Wohlfahrts-, Sport- und Kulturorganisationen auch zur politischen Einheit der Arbeiterbewegung in Gestalt einer „einheitlichen sozialistischen Arbeiterpartei“ zu gelangen. Kaisen distanzierte sich vorsichtig, indem er für die Demokratie als Voraussetzung für die gesellschaftliche Weiterentwicklung der Arbeiterschaft, für Gemeinwirtschaft und gemeinsames Vorgehen der beiden Parteien plädierte. (Brandt, Antifaschismus, S. 188).

politisches Interesse, die Wahlen kämen zu früh, die Partei der Nichtwähler werde die stärkste sein.

[...]

Montag, 22. Oktober 1945

In unserer Arbeit ist erschwerend, daß die Amerikaner vielfach nur mündlich oder telephonisch Anweisungen und Gesetzesauslegungen geben, was bei der Sprachverschiedenheit und Dolmetscherei zu Mißverständnissen führt. Dazu verschiedene Auskünfte der verschiedenen amerik[anischen] Stellen und oft auch ein Gegeneinanderarbeiten. Das jetzt besonders verwirrend bei Gesetz Nr. 8. Es ist ein völliges Durcheinander entstanden; Sinn und Umfang der Befristung bis 9. November zweifelhaft.²¹³

Auch der große Justizplan der Amerikaner gibt zu vielen Zweifeln Anlaß. Nicht einmal klar, ob er jetzt schon in Kraft ist,²¹⁴ wie man zuerst in Wesermünde annahm. Wir vertreten die Ansicht, daß der Plan erst in Kraft gesetzt werden soll. Verhandlung mit dem Landgerichts-Präsidenten Heimann-Trosien (Wesermünde)²¹⁵ und anderen Wesermünder Juristen über Justizfragen. Dabei störend die Unsicherheit, die durch die Aussicht, daß die Enklave fortfallen und dies Gebiet in die englische Besatzungszone kommen wird, entstanden ist.²¹⁶

Den ganzen Tag und die Nacht bei uns kein elektrischer Strom. Bei dem Kerzenmangel und der Streichholznot recht lästig.

Dienstag, 23. Oktober 1945

Im *Senat Staatsvertrag Hannovers, Braunschweigs und Oldenburgs*: Zweckverband Niedersachsen zur Ausübung der Reichsbefugnisse.²¹⁷ Der Vertrag ist nach London gegangen. Die Engländer wollen nicht „genehmigen“, sondern „anordnen“.

Nolting-Hauff über Reichs- und Länderfinanzen. Die Reichsmittel des Oberfinanzpräsidenten nahezu erschöpft. Besatzungskosten Bremens in fünf Monaten ohne Gehälter und Mannschaftslöhne 19 Millionen RM. Bremens Reserven so erheblich, daß wir noch einige Zeit (ein Jahr?) so weiter wirtschaften können. – Erhöhung der Lohn- und Einkommensteuer durch die Siegermächte.

²¹³ Vgl. Kap. 3, Anm. 206.

²¹⁴ Vgl. Kap. 3, Anm. 198.

²¹⁵ Dr. Georg Heimann-Trosien, geb. 1900, 1946–1949 Landgerichtsdirektor in Bremen, 1949–1952 Senatspräsi. beim OLG Bremen, 1952–1968 Bundesrichter in Karlsruhe.

²¹⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 203.

²¹⁷ Vgl. Kap. 3, Anm. 181.

Nachmittags Prof. Jellinek²¹⁸ aus Heidelberg im Auftrage der amerik[anischen] M[ilitär]regierung mit Entwurf eines Gesetzes über *Verwaltungsgerichtsbarkeit*. Entwurf unter Zugrundelegung des bremischen Gesetzes von 1924 hergestellt. Die Enklave soll ihn einführen und so den anderen amerikanischen Zonen [gemeint: Ländern] vorangehen. Wieder wie beim Oberlandesgericht reifen unsere Enklavebemühungen in dem Augenblick, in dem die Enklave aufgegeben wird.

Zu Hause elektrischer Strom wieder da, aber so schwach, daß man damit nicht kochen kann und Lesen und Schreiben unmöglich sind. Hängt das auch mit dem Licht- und Kraftverbrauch auf dem Freimarkt zusammen? Der Andrang ist dort tags und abends ungeheuer, auch von Erwachsenen; psychologisch nach den sechs Kriegsjahren natürlich, aber doch in dieser äußeren und inneren Not unseres Volkes unwürdig und beschämend.

Mittwoch, 24. Oktober 1945

[...]

Nachmittags Sitzung mit den Juristen. Oberst Wisnioski hat sich von Lahusen mit warmen Worten verabschiedet; er werde in Amerika Bremen und Deutschland nützlicher sein; er werde dort von Bremen und seiner guten Zusammenarbeit mit den bremischen Juristen erzählen und für eine andere Vorstellung über die Deutschen eintreten. Scharfe Kritik der „Dena-zifizierung“; er hat geäußert: „I am disgusted.“

[...]

Donnerstag, 25. Oktober 1945

[...]

Freitag, 26. Oktober 1945

Major Guthrie, der die Justiz der Enklave unter sich hat, und Major Conbill,²¹⁹ der neu gekommen ist, um die Verwaltung der Enklave zu betreuen, sind der Ansicht, daß die Enklave bleiben müsse und bleiben werde. Eine Beschränkung der Amerikaner auf die Häfen sei unmöglich; Arbeitseinsatz zum Entlöschen der Schiffe, Kraftwagenpark der Amerikaner in Nordenham usw. Jellinek hält die Zusammenfassung der Verwaltung in

²¹⁸ Dr. jur. Walter Jellinek, 1885–1955, 1913–1935 Professor für öffentl. Recht an den Universitäten Kiel und Heidelberg. Spezialist für Verwaltungsrecht (1966 Neu-druck seines Standardwerks von 1929), 1935 zwangsemeritiert, 1945 erneut Profes-sor in Heidelberg, seit 1947 Richter am Baden-Württembergischen Verwaltungsge-richt.

²¹⁹ richtig: Harold H. Crabill, 1945 Major, zuständig für die Kontrolle der Zivilver-waltung in der Enklave außer Bremen-Stadt und -Land und für die Beziehungen zu den höheren amerikanischen Dienststellen. (Functional History 1945/46, S. 51); 1946 Oberstleutnant, Chef der Civil Government Division.

der Enklave für leicht und sagt das den Amerikanern. Dagegen Radiomeldung, daß die Briten am 1. November die Amerikaner in der Enklave ablösen würden und Nachricht von Wilhelm Kiesselbach, er habe jetzt auch amtlich erfahren, daß Bremen in der Justiz wieder zu Hamburg käme und in der Verwaltung unter Hannover (d.h. wohl unter die englische Militärregierung) in Hannover).²²⁰

Größte Gefahr, daß Bremen amerikanisch bleibt und im übrigen die Enklave aufgelöst wird; dann völlige Einkapselung Bremens. Schwierigkeiten, wenn in Bremen nicht Sitz einer vollgültigen englischen Militärregierung, sondern nur englische Verbindungsoffiziere. Reibungswiderstand durch Verhandlungen mit den englischen und amerikanischen Stellen. Die Besprechung, die amerikanische hohe Offiziere mit Kaisen haben wollten, scheint wegzufallen.²²¹ Wir scheinen nur Objekt der Verhandlungen der beiden angelsächsischen Mächte zu sein. Wenn wir englisch werden, manche wirtschaftliche Schwierigkeiten beseitigt, aber drohende Bevorzugung Hamburgs und seiner Häfen. Davor könnte uns vielleicht eine Flucht in die Arme Niedersachsens oder gar Hannovers bewahren.

Im Senat Nolting-Hauff über Finanzen und über die vorläufige Verständigung mit Oberfinanzprä[sident], Wesermarsch und Wesermünde in Brake.²²² Aus den Reichseinnahmen werden gedeckt: 1. Kosten der Reichsbehörden (Strombau, Justiz, Landeswirtschaftsamt usw.), 2. eigene Bedürfnisse der Gemeinden, 3. Besatzungskosten. Die Reichskasse leer, hilft sich mit grünen (ungedeckten) Schecks auf die Reichsbank. Bremen erhält etwa die Hälfte des früheren „Voraus“. Das ganze Verfahren muß sich totlaufen, wenn auch im Augenblick kaum ein anderer Weg da ist.

Abends inoffizielle Mitteilung der Amerikaner an Kaisen: *Die Enklave fällt; Bremen bleibt in amerikanischer Verwaltung unter englischer Oberhoheit. Wesermünde wird von den Engländern besetzt; die Häfen in amerikanischer Hand.* Die Abgrenzung der Zuständigkeiten noch unklar.²²³ Das wird notwendig zu den größten Schwierigkeiten und Reibungen führen. Die hiesigen amerikan[ischen] Offiziere wenig erfreut, *unter* den Engländern zu arbeiten. Es kann sich dabei wohl nur um eine vorübergehende Zwischenlösung handeln.

²²⁰ Diese Neuregelung trat zum 10.12.1945 in Kraft, vgl. Kap. 3, Anm. 279.

²²¹ In Stuttgart hatte Clay Bgm. Kaisen die Entsendung einer amerikanischen Kommission angekündigt, vgl. Kap. 3, Anm. 203.

²²² Die Konferenz hatte auf Wunsch des Oberfinanzprä[s. mit Oberbgm. Koch (Wesermünde), Landrat Tantzen (Wesermarsch), Vertretern des Oberfinanzpräsidiums und dem zuständigen Reichsbankdirektor unter Vorsitz Nolting-Hauffs wegen der Deckung eines Fehlbetrags von 200000 RM in der Oberfinanzkasse stattgefunden und die im folgenden skizzierte Einigung erzielt.

²²³ Vgl. Kap. 3, Anm. 279.

Samstag, 27. Oktober 1945

[...] Mittags kommt *Paula aus Göttingen* wieder. [...] Paula erzählt in gewohnter Lebhaftigkeit von der Universität und den verschiedenen Strömungen unter den Studenten, von Kaehlers²²⁴ Vorlesung über die Zeit von 1919 bis 1939, über Nebels Vortrag, der von den Studenten gestört und gesprengt ist, über ihr Philosophieseminar bei König,²²⁵ über Kant usw. Aussprache über die Fragen der Jugend.

[...]

Sonntag, 28. Oktober 1945

[... Paula berichtet u.a. über:] Euthanasie-Vortrag eines evangel[ischen] Geistlichen und anschließende Aussprache in Göttingen. (Vier Fälle: Erleichterung und Abkürzung qualvollen Sterbens, Abkürzung eines schweren tödlichen Leidens, Vernichtung eines „unwerten“ Lebens, Bedrohung durch nahende, barbarische Horden.)

Besuch von Rich[ard] Duckwitz (Anstellungsmöglichkeit). Frau Knittermeyer Bescheinigung über ihren Mann gegeben (Ablehnung der Berichterstattung für SD²²⁶ und allgemeine Äußerung über Knittermeyers politische Einstellung).

Montag, 29. Oktober 1945

[...]

Dienstag, 30. Oktober 1945

Schwierigkeiten im Berufungsausschuß der Wirtschaft durch die Arbeitnehmer; „Diktatur“; „Dann lieber Hitler!“ usw. Kaisen sucht die Sache einzurenken. Da der Ausschuß in den Räumen der Handelskammer tagt, Anschein, als wenn es Veranstaltung der Handelskammer wäre. Abneigung der Arbeitnehmer gegen die Juristen, insbes[ondere] ihren Vorsitz in den Unterausschüssen.²²⁷

²²⁴ Dr. Siegfried August Kaehler, 1885–1963. Seit 1927 Professor für Neuere Geschichte an den Universitäten Marburg, Breslau, Halle, Jena und Göttingen (seit 1936).

²²⁵ Dr. Josef König, 1893–1974. Seit 1935 Universitätsdozent, Professor für Philosophie in Hamburg und Göttingen.

²²⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 158.

²²⁷ Vgl. Kap. 3, Anm. 138. Die Unterausschüsse des Prüfungsausschusses, die die Einsprüche aus der gewerblichen Wirtschaft gegen Entnazifizierungsbescheide bearbeiteten, bestanden aus je zwei Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern. Die Vors. sollten nach Vorstellung der HK Juristen sein. Sie konnte diese Forderung jedoch nicht durchsetzen. (Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 437). Der Unmut der Arbeitnehmer über die angeblichen Bemühungen der HK, die vorgeschriebene Säuberung der Betriebe durch juristische Ausflüchte zu verhindern, äußerte sich am 31.10.1945 bei einer Betriebsräte-Vollversammlung (Brandt, Antifaschismus, S. 217); vgl. Kap. 3, Anm. 231.

Die künftige Ernährungslage und Brennstoffversorgung Deutschlands äußerst ernst. Schon jetzt nach Hamburger Zahlen etwa Verdreifachung der Sterblichkeit bei Säuglingen und bei Tuberkulosen.²²⁸ Die Engländer dogmatisch und theoretisch in ihren Forderungen des Raumes für eine Person und der Ernährungswirtschaft. In Bremen geht eine Person auf 7 qm Raum; englische Forderung 4 bis 4,2 qm.²²⁹ Die Engländer verlangen Abschachtung des Viehs, besonders der Schweine.

Bedenkliche Entwicklung des Schwarzmarktes. In Bremen 450 RM für 1 Pfd. Kakao, 120 RM für 1 Pfd. Butter; 850 RM für einen Ausweis des Konzentrationslagers. (In Hamburg 2000 RM!). Ehlers drängt auf scharfe Scheidung der politischen und der kriminellen KZ-Häftlinge; nur die politischen sollen Ausweise bekommen. In Bremen etwa 1 200 KZ-Leute (840 politische, 230 Juden usw.), in Hamburg etwa 10000!²³⁰

Die Berichte aller Behörden wenig günstig; auch die Wirtschaft noch gelähmt, verschlimmert durch die Entlassungen und durch die Treibereien der Betriebsräte und Antifaschisten.

Kleiner Lichtpunkt die Lieferung von 2[000] bis 3000 Ballen Rohjute nach Delmenhorst für die Jutespinnerei. Ist das ein Symptom, daß die Engländer einige deutsche Industrien wieder in Gang setzen wollen?

Äußerlich einige Fortschritte in Bremen: An einzelnen Stellen wird der Schutt beseitigt: auf dem Domshof, unter den Eisenbahntunneln usw. Abends Straßenbeleuchtung. Der Roland ist wieder freigelegt; für alte Bremer zugleich ein wehmütiger Anblick. Bedeutsamer ist *die Eröffnung der Post für ganz Deutschland* einschl[ießlich] die russisch besetzte Zone. Wieweit diese Ankündigung in die Tat umgesetzt wird, muß sich finden. Immerhin schon eine große Erleichterung, wenn man in den nicht-russischen Zonen Briefe wechseln kann, sei es auch mit langer Dauer der Briefbeförderung.

Zu Hause abends wieder kein Licht.

Mittwoch, 31. Oktober 1945

Entschließung der Betriebsräte gegen Apelt und Harmssen in der Zeitung veröffentlicht;²³¹ Kaisen hatte diese erste Sitzung der Betriebsräte mit ei-

²²⁸ Spitta faßt einen Bericht zusammen, den Senator Ehlers am 30.10. im Senat über eine Wohlfahrtskonferenz in Hamburg erstattete. Nach den dort mitgeteilten Zahlen war die Säuglingssterblichkeit an Tuberkulose von 4,6% auf 13,1% angewachsen. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

²²⁹ Die Zahlen entstammen weiterhin dem Bericht von Ehlers, vgl. Kap. 3, Anm. 228.

²³⁰ Von Ehlers im Senat mitgeteilte Zahlen, vgl. ebenda.

²³¹ Nach dem Abschluß der Wahlen waren die Betriebsräte Bremens am 28.10.1945 zu ihrer ersten Konferenz nach dem Ende des Dritten Reichs zusammengekommen und aus diesem Anlaß von Bgm. Kaisen namens des Senats, Oberst Mursell namens der Militärregierung, Senator Wolters und Senator Ehlers feierlich be-

ner Ansprache begrüßt; wird er von dieser EntschlieÙung abrücken? Im übrigen sind wir von dem groben Volksversammlungston der politischen Parteien durch den politischen Kirchhofsfrieden der Nazizeit entwöhnt; man darf politische Anpöbelungen nicht zu schwer nehmen. Nachträglich festgestellt, daß Kaisen die Versammlung gleich nach seiner Ansprache verlassen hat und die EntschlieÙung keineswegs einstimmig gefaßt ist. Damit ist die drohende Senatskrise erledigt.

[...]

Donnerstag, 1. November 1945

[...]

Neue Beamtenentlassung; Apelt ohne Mitarbeiter (auch Maas entlassen). In der Gewerbepolizei von 26 Beamten nur drei übriggeblieben.

Freitag, 2. November 1945

Keine Senatssitzung, weil die Amerikaner, die schon alle Festräume des Rathauses in Händen haben, auch noch unseren Sitzungssaal zu einer Festlichkeit benutzen wollen!

[...]

Samstag, 3. November 1945

Kaisen gestern bei Ministerprä[sident] Tantzen in Oldenburg; Tantzens Plan einer Vermögensabgabe, „daß wir nur behalten, was wir auf dem Leibe haben“ (zur Sanierung der Währung und Entschädigung). Kaisen sagt, das sei kommunistisch. – Ich habe bei solchen Plänen (Vermögensabgabe von 50 oder 70%) das Bedenken, daß die Gesundung von der Geld- und Steuerseite und nicht von der Produktions- und Warensseite versucht wird. Und schafft man damit nicht die Grundlage für tiefe Eingriffe der Sieger?

Grobler²³² als Bürgermeister für Delmenhorst vorgeschlagen. Volkstrauertag am 25. Nov[ember] mit Kaisen besprochen. – Berufungsaus-schuß für die entlassenen Anwälte.

grüßt worden. In drei EntschlieÙungen wurden die schleppende und unzureichende Entnazifizierung der Wirtschaft und die Zunahme des Schleichhandels scharf kritisiert, wofür Apelt und Harmssen die Verantwortung trügen. Die Betriebsräte forderten ihre Ablösung durch den Gewerkschaften nahestehende Persönlichkeiten und den Aufbau einer Planwirtschaft. (Weser-Kurier Nr. 13 v. 31.10.1945: Bremer Betriebsräte-Konferenz).

²³² Dr. Franz Grobler, geb. 1882. Rechtsanwalt, seit 27.6.1945 Hilfsrichter in Bremen. Am 17.10.1945 war der Oberbgm. von Delmenhorst zurückgetreten. Für die vakante Stelle gab es mehrere Interessenten, eine Bewerbung Groblers ließ sich nicht nachweisen. Vgl. Norbert Baha, Die Rückkehr zur Demokratie. Delmenhorster Kommunalpolitik unter britischer Besatzung 1945/46, Delmenhorst 1987, S. 89f., 133.

Bezeichnend für die bremische Lage, daß Kaisen gleichzeitig zu der Konferenz der Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone nach Stuttgart²³³ und zu der Konferenz der „Staatsoberhäupter“ der englischen Zone nach Oldenburg²³⁴ eingeladen ist. Klärung der Enklavefrage dringend.

Verwirrung der Begriffe auch in „biederen“ bürgerlichen Kreisen. Die Fuhrunternehmer beantragen, daß aufgrund des Reichsleistungsgesetzes die Lastautos der Weser-Transportgesellschaft beschlagnahmt und ihnen übergeben werden möchten. Die Antragsteller würden wahrscheinlich übel nehmen, wenn man sie als kollektivistisch bezeichnete. Merkwürdiger Bedeutungs- und Anwendungswandel des Reichsleistungsgesetzes.²³⁵

[...]

Sonntag, 4. November 1945

[...]

Montag, 5. November 1945

Kaisen hat von den Amerikanern keine Klarheit über die künftige Verwaltung Bremens bekommen. Die englische Oberhoheit scheint sicher zu sein. Ich bin in diesem Falle für entschiedenen hannoverschen Kurs Bremens, selbst mit dem Opfer unserer Landeigenschaft; sonst werden wir zwischen Oldenburg, Hannover und Hamburg erdrückt.

Plan über Neueinteilung der Oberlandesgerichts-Bezirke, da der amerikanische Plan bei Aufhebung der Enklave hinfällig wird:²³⁶ OLG Bremen als Mittelpunkt des Bezirks Oldenburg, Ostfriesland, Reg[ierungs]-Bez[irk] Stade, Osnabrück. – Hamburg mit Schleswig-Holstein, Celle mit Braunschweig. – Aufgabe: Allgemein Mittelbehörden nach Bremen zu bekommen. Oberpostdirektion, Oberfinanzpräsid[ium], Landesarbeits- und Landeswirtschaftsamt usw. Besprechung darüber mit Kaisen und Behrens.

[...]

Dienstag, 6. November 1945

Die Entlassungen wirken sich verhängnisvoll aus. Im Elektrizitätswerk von etwa 400 Beamten und Angestellten etwa 200 entlassen, darunter die Ka-

²³³ 2. Tagung des Länderrats der amerikanischen Besatzungszone am 6.11.1945, vgl. Kap. 3, Anm. 195.

²³⁴ Die Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen der britischen Zone fand am 19./20.11.1945 in Detmold statt.

²³⁵ Gesetz über Sachleistungen für Reichsaufgaben (Reichsleistungsgesetz) vom 1.9.1939, RGBl. 1939 I, S. 1945ff. Das Gesetz ermöglichte Dienststellen der Wehrmacht und des Staates, Besitz und Rechte von Privatpersonen vor allem zur Unterbringung, Verpflegung und Versorgung der Truppen und Bombengeschädigten in Anspruch zu nehmen.

²³⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 198.

belleger usw. In der Gewerbepolizei von 26 Beamten drei übriggeblieben;²³⁷ in der Medizinalpolizei können die Untersuchungen nicht mehr durchgeführt werden. Als Kaisen die Amerikaner auf die Seuchengefahr hinwies, Antwort: „Dann sind wir noch da!“ (Wenn es zu spät ist!) Apelt hat alle höheren Beamten seines Arbeitsbereiches verloren. Bei Gericht immer schwierigere Lage durch die Entlassungen der mittleren Justizbeamten. Die Polizei völlig geschwächt und von weiteren Entlassungen bedroht; im Frieden 175 Kriminalbeamte; jetzt von 55 etwa 40 entlassen; im ganzen von 2400 Polizisten 600 geblieben.²³⁸ Kaisen hat den Amerikanern gesagt, er werde den Konkurs der bremischen Verwaltung anmelden.

Daneben nur geringe Lichtpunkte. Das Gaswerk hat jetzt soviel Kohlen, daß es langsam mit [der] Gasabgabe anfangen kann; in der Neustadt schon etwas Gas; die Röhren noch von Wasser und Luft zu befreien. – Unsere Straßennamen von den Amerikanern genehmigt.²³⁹ Kaisen hat ihnen vor kurzem auf Befragen gesagt: Mit dem Roosevelt-Boulevard hätten die Amerikaner es nicht anders gemacht, als Hitler in Böhmen, Polen usw.; anders wäre es, wenn Bremen nach Jahren, nachdem es von den Amerikanern wieder aufgerichtet sei, aus Dankbarkeit von sich aus eine Straße nach einem Amerikaner benennen würde. Darauf jetzt die überraschende Meldung, daß wir den Roosevelt-Boulevard wieder Parkallee nennen könnten!

Schlimm, die gehässige Einstellung von „Nazis“ zur körperlichen Arbeit (Schutt wegräumen). Capt[ain] Williams (beim Arbeitsamt) zieht jetzt auch die körperlich Behinderten zur Außenarbeit heran: R[ichard] Duckwitz (herzleidend), Hagens (kriegsbeschädigt) usw. Kaisen berichtete im *Senat* über die politischen Versuche einer Einigung in Deutschland. In *Stuttgart* für amerikanische Zone schon Annäherung an juristische Person.²⁴⁰ Clay erstrebt zentrales Kabinett für ganz Deutschland; Frankreich dagegen.²⁴¹

Besprechung in *Brake* und *Oldenburg* mit Tantzen Vater und Sohn. Tantzen sen. über Vorgeschichte des niedersächsischen Staatsvertrages: Ursprünglicher Plan: 1. Stade – Lüneburg – Wesermarsch – Bremen, 2. Oldenburg – Ostfriesland, 3. Hannover – Braunschweig; alles ein einheitli-

²³⁷ Spitta bezieht sich auf die im Senat genannten Zahlen. Im Außendienst der Gewerbeaufsicht waren bei 31 Planstellen noch elf Beamte tätig, davon drei bei der Preisüberwachung. (StAB: 3/3).

²³⁸ Die ursprüngliche Angabe im Senatsprotokoll, daß von 2400 Polizeibeamten 500 bis 600 geblieben seien, wurde nachträglich in 800 korrigiert. (StAB: 3/3). – Trotz der alarmierenden Angaben der verschiedenen Ressorts über die Auswirkungen der Entnazifizierung teilte Finanzsenator Nolting-Hauff in der Senatsitzung am 6.11. mit, daß die Planstellen der Beamten zu 50–75%, die der Angestellten zu ca. 80% besetzt seien; er forderte die Sperrung von Planstellen zur Einsparung von Personalausgaben.

²³⁹ Die Umbenennung wurde am 17.12.1945 wirksam, vgl. Kap. 3, Anm. 90.

²⁴⁰ Vgl. Kap. 3, Anm. 195.

²⁴¹ Vgl. Krieger, General Clay, insbes. S. 104–109.

ches Niedersachsen. Oldenburg dagegen. Dann Staatsvertrag in loserer Form. Oldenburg noch gegen §5 und die gehobene Stellung des Oberprä[sidenten] von Hannover. London lehnt Vertrag ab und befiehlt Zusammenschluß. Bildung eines Rats. O[ber]p[räsident] Hannover Vorsitz; alle gleiche Rechte. Kein Eingriff in Reichs- und Länderverwaltungen. Rat nur beratend; keine Exekutive oder Gesetzgebung; keine juristische Person.²⁴² *Tagung in Hamburg*. Alle Staaten der britischen Zone. Vorsitz Minister Severing. Gemeinsames Sekretariat.²⁴³

*Rittershausen*²⁴⁴ Leiter des Wirtschaftsamts der britischen Zone; sieht sich als Vorgesetzter der Landeswirtschaftsämter an.²⁴⁵ *Behrens* berichtet über seine Besprechung mit Rittershausen. Problem der Mittelbehörden für Bremen.

Mit Wenhold Stiftung für Kriegswaisen am Volkstrauertag besprochen (Patenschaften weltlicher Art).

Abends zu Hause wieder kein Licht.

Mittwoch, 7. November 1945

Capt[ain] Bard hat Kaisen mitgeteilt, die Enklavefrage sei noch nicht entschieden; höchste Stellen verhandelten darüber.²⁴⁶ Kaisen solle mit beiden

²⁴² Vgl. Kap. 3, Anm. 181.

²⁴³ Bei einer Konferenz in Hamburg am 29.10.1945 hatten die „Chefs der Länder und Provinzen der britischen Zone“ beschlossen, künftig regelmäßig zusammenzukommen, um Verwaltungsfragen von überregionaler Bedeutung zu besprechen. Severing, der bei diesem ersten Treffen präsiidiert hatte, sollte der ständige Vors. dieser Konferenzen werden, was aber von der Militärregierung am 6.11.1945 untersagt wurde. Sie wünschte stattdessen von Fall zu Fall ernannte, wechselnde Vorsitzende. Die Länderchefs beschlossen außerdem, in der Nähe des Britischen Hauptquartiers ein gemeinsames Sekretariat mit einem Generalsekretär an der Spitze als Verbindungsstelle zur Militärregierung zu errichten und es der Aufsicht Severings zu unterstellen. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 133f.).

²⁴⁴ Dr. Heinrich Rittershausen, 1898–1984. Wirtschaftswissenschaftler, Universitätsprofessor, 1945–1948 Hauptabteilungsleiter der Preisüberwachungsstelle im Zentralamt bzw. (seit 1.1.1947) Verwaltungsamt für Wirtschaft in Minden.

²⁴⁵ Mit der Technischen Instruktion Nr. 8 der Wirtschaftsabtlg. der Kontrollkommission – CCG (BE), Economic Division – vom 20.10.1945 war die Errichtung eines German Economic Advisory Board (GEAB), bestehend aus Verwaltungsexperten, Unternehmer- und Arbeitnehmervertretern, genehmigt worden, das die Militärregierung bei ihren Beschlüssen beraten sollte. Außerdem wurde die Existenz regionaler Wirtschaftsämter gebilligt, deren sich der Wirtschaftsrat bei seiner Arbeit bedienen sollte. Aus dem Generalsekretariat des Wirtschaftsrats ging im März 1946 das Zentralamt für Wirtschaft in der britischen Zone hervor, das anfangs ebenfalls nur mit der Beratung der Militärregierung beauftragt war, mit Wirkung vom 18.9.1946 aber ein eigenes Gesetzgebungs- und Verordnungsrecht erhielt. Den Aufbau des GEAB leitete seit Herbst 1945 Dr. Karl Werkmeister, der am 11.12.1945 rückwirkend zum 1.10.1945 zum „vorläufigen stellvertretenden Geschäftsführer“ ernannt wurde. Generalsekretär war seit Febr. 1946 Dr. Viktor Agartz (vgl. Vogel, Westdeutschland, Bd. 2, S. 7–9, 97–112, 338–340).

²⁴⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 203 und Eintragung vom 26.10.1945.

Zonen – der amerikan[ischen] und britischen – Fühlung halten; Bard bedauert, daß Kaisen nicht in Stuttgart war.²⁴⁷

Dieser Schwebezustand für Bremen höchst nachteilig; wir können mit keiner Seite Endgültiges verhandeln; inzwischen geht die Entwicklung hüben und drüben ohne uns weiter; die Mittelbehörden, die in Bremen sind, sind in ihrer Existenz bedroht oder verlieren ihren Wirkungskreis. So hatte das Landeswirtschaftsamt früher alle 28 Wirtschaftsämter des Gaues Weser-Ems unter sich, jetzt hat es nur noch die Wirtschaftsämter der Enklave, und wie lange noch? Das Oberfinanzpräsidium in Bremen hatte einen großen Küstenbezirk (Landesfinanzamt Unterweser), jetzt nur noch die Finanzämter der Enklave. Es geht überall von der Weite in die Enge.

[...]

Abends anregende Aussprache über geschichtliche Betrachtung, Spielraum der menschlichen Einwirkung, Zwangsläufigkeit, Schicksal und Gott usw. [...] Deutsche und Engländer; politische Begabung und Wirklichkeitssinn der Engländer; theoretische Betrachtungsweise und Eigenbrötlei der Deutschen, aber auch Reichtum an Begabung.

Donnerstag, 8. November 1945

[...]

Freitag, 9. November 1945

Englands und Amerikas Plan, die Wirtschaftseinheit Deutschlands herzustellen. Fünf Staatssekretäre für Wirtschaft, Finanzen, Verkehr, Ernährung und Außenhandel. Die Hansestädte sollen Staatssekretär für Außenhandel stellen. Staatliche Regelung des Außenhandels: 1. Lebensnotwendiger Import für Deutschland; Bezahlung zunächst in RM [Reichsmark]; später Kredit. 2. Rohstoffimport für deutsche Industrie. Zu decken durch spätere Exporte. Zahlungsvermittlung durch internationale Bank. Kein Wechselkurs der RM. Frankreich gegen wirtschaftl[iche] Einheit Deutschlands; es hat die Potsdamer Erklärung nicht unterschrieben.²⁴⁸

²⁴⁷ Bei der 2. Sitzung des Länderrats am 6.11.1945, vgl. Kap. 3, Anm. 195.

²⁴⁸ Ende Okt./Anfang Nov. 1945 lagen dem Kontrollrat konkrete Vorschläge zur Bildung der im Potsdamer Abkommen vorgesehenen fünf deutschen Zentralbehörden vor; die Realisierung scheiterte am Widerspruch Frankreichs, das in Potsdam nicht vertreten gewesen war und sich an die dort gefaßten Beschlüsse nicht gebunden fühlte. Durch Obstruktion im Kontrollrat suchte es alle Maßnahmen zu verhindern, die die wirtschaftliche oder gar staatliche Einheit Deutschlands zu fördern geeignet waren. Die Gegensätze zwischen den USA und Frankreich wurden u. a. in einem von United Press am 31.10.1945 veröffentlichten Bericht Eisenhowers für die amerikanische Regierung deutlich. Vgl. Michael Balfour, Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945–1946, Düsseldorf 1959, S. 190–194. Raymond Poidevin, Die französische Deutschlandpolitik 1943–1949, in: Scharf/Schröder (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs, S. 15–25. Keesing's Archiv 1945, S. 502 D.

Spannungen zwischen Russen und Angelsachsen. Reden im englischen Unterhaus über die Meinungsverschiedenheiten mit Rußland „vielleicht auch moralischer Art“ (Churchill); Rußland verlangt vergebens Mitteilung des Geheimnisses der Atombombe. – England behält sich das Recht vor, mit Frankreich, Belgien, Schweden, Norwegen usw. in ein näheres Verhältnis zu treten.²⁴⁹

Merkwürdig, daß manche Deutsche auf einen Krieg zwischen Russen und Angelsachsen hoffen und darin die Rettung Deutschlands sehen. Deutschland würde das Schlachtfeld werden oder vom Bürgerkrieg zerrissen, unser Volk an Hungersnot und Bombenkrieg zugrundegehen, selbst wenn die Atombombe nicht angewendet werden würde.

Richard Duckwitz in körperlicher Außenarbeit (Steine hauen und putzen) eingesetzt; 8 Uhr morgens bis 4½ Uhr nachmittags. Nette Kameradschaft Gleichgesinnter. Aber ist das der richtige Weg, den Nationalsozialismus auszurotten? Auch Schikanen (Nachtwachen?) [...]

Samstag, 10. November 1945

Abschied von Major Guthrie, dem ich geschrieben und für seine Freundlichkeit und s[ein] Vertrauen gedankt hatte.²⁵⁰ Er sagt, er werde meinen Brief als Kriegererinnerung aufbewahren. Beitrag zum „Juden-Schoß“ (zum Wiederaufbau der am 10. Nov[ember] 1938 zerstörten Synagoge).²⁵¹

²⁴⁹ In der Unterhausdebatte über das Verhältnis zwischen Großbritannien und der Sowjetunion am 7.11.1945 hatte Churchill dafür plädiert, es trotz der Differenzen in politischen, sozialen und moralischen Fragen auf keinen Fall zu einem Bruch mit dem Verbündeten des Krieges kommen zu lassen. Außenminister Bevin hatte mit Bezug auf eine Rede seines sowjetischen Kollegen vom Vortag die Forderung nach Mitteilung des Atombomben-Geheimnisses und den Vorwurf der „Westblockbildung“ mit den genannten Staaten zurückgewiesen. (Keesing's Archiv 1945, S. 511 K und 513 J).

²⁵⁰ In dem Dankschreiben aus Anlaß der Versetzung Guthries ins Frankfurter Hauptquartier äußerte Spitta u.a., der Offizier habe den am Wiederaufbau der Bremer Justiz Beteiligten durch sein Vertrauen und seine menschliche Anteilnahme nicht nur die Arbeit erleichtert, sondern sie „auch innerlich gestärkt in einer Zeit, in der wir Deutsche äußerlich und seelisch Schweres zu tragen haben“. (Schreiben vom 6.11.1945, in StAB: 3-R.1.m. Nr. 117 [2]).

²⁵¹ Auf Anregung des Präs. der BEK, Dr. Ahlers, beschloß der Senat in seiner Sitzung vom 9.10.1945, sich mit einem Spendenaufruf zum Wiederaufbau der Synagoge an die Bevölkerung zu wenden. Kaiser bat Captain Bard am folgenden Tag um die Genehmigung, die am 31.10. erteilt wurde, so daß der Aufruf am 3.11. erscheinen konnte. – Anstelle der zerstörten Synagoge in der Gartenstraße (Hemelingen) wurde 1961 eine neue in der Schwachhauser Heerstraße errichtet und eingeweiht. Der Ausdruck „Schoß“ bezeichnet eine Sondersteuer, die bei besonderen Anlässen von Bremer Bürgern erhoben wurde; in der Höhe war sie nach dem Vermögen bemessen, wurde jedoch nach individueller Selbsteinschätzung entrichtet. (StAB: 3/3 und 3-R.1.m. Nr. 390).

Meine Besprechung mit Haider²⁵² (Arbeitsamt) über Einsatz der Nazis. Vielleicht als Folge davon Besuch von Senator Wolters bei Duckwitz auf dem Arbeitsplatz; entgegenkommende Erklärungen von Wolters, wie er sich jetzt auch im Senat gegen den scharfen Kurs des Arbeitsamtes bei Gesetz Nr. 8 ausgesprochen hat. Hat darauf der geringe Wahlerfolg der Kommunisten bei außerdeutschen Wahlen Einfluß gehabt?²⁵³

[...]

Sonntag, 11. November 1945

[...]

Montag, 12. November 1945

[...]

Ohne Carstens und Lahusen [beide krank] gehetzte Arbeiterei. Zu Hause überwiegen abends die Besprechungen über die unglückliche Anwendung des Gesetzes Nr. 8. In den Prüfungsausschüssen²⁵⁴ parteiische und antikapitalistische Einstellung bei manchen Mitgliedern, überdies Indiskretionen der schlimmsten Art. Auch das ein Zeichen der politischen und sozialen Spannung, in der wir leben. Dazu die außenpolitischen Gegensätze, die das Gespenst eines dritten Weltkrieges auf deutschem Boden an die Wand malen. Aber durfte man nach diesem Krieg und dieser Niederlage Deutschlands Besseres erhoffen? Ich habe die Katastrophe – auch die sittliche und geistige – im Falle einer Niederlage immer als verhängnisvoll angesehen und kann nicht sagen, daß sie schlimmer ist, als ich angenommen habe, im Gegenteil. Aber wir sind noch nicht am Ende der Leiden und des Abstiegs.

Dienstag, 13. November 1945

[...]

²⁵² Georg Haider, geb. 1902. Bis 1945 als Prokurist und Geschäftsführer in der Verkehrswirtschaft tätig. Ende Juli 1945 mit der Leitung des Arbeitsamtes der amerikanischen Enklave Bremen (später: Landesarbeitsamt) betraut, am 31.8.1945 zum Präs. ernannt, Dez. 1951 auf eigenen Antrag ausgeschieden, 1950–1972 Vorstandsmd. und Direktor der Bremer Stadtwerke.

²⁵³ Am 9.11.1945 hatte Wolters im Senat die Auffassung vertreten, daß von der Entnazifizierung Betroffene bis zur Entscheidung in den bisherigen Stellungen bleiben und auch „Aktivisten“ als „gewöhnliche Arbeiter“ im selben Betrieb weiterbeschäftigt werden könnten. Diese Möglichkeit wurde oft genutzt, um die Vorschriften des Gesetzes Nr. 8 zu umgehen und leitende Persönlichkeiten nur scheinbar zu „gewöhnlicher Arbeit“ zu versetzen.

²⁵⁴ Vgl. Kap. 3, Anm. 138 und 227.

Mittwoch, 14. November 1945

[...]

Mittags kommt Theodor²⁵⁵ aus Häusern. Über ein Jahr haben wir uns nicht gesehen, und was für ein Jahr! Seit unserem letzten Zusammensein Friedel und Walter gefallen. Hans Bücking vermißt, von Jochen und Wolfgang Delhaes²⁵⁶ keine Nachricht, von Hans David Fischer²⁵⁷ besorgniserregende, und Deutschland zusammengebrochen!

[...]

Donnerstag, 15. November 1945

[...]

Freitag, 16. November 1945

Im Senat Stiftung: „Heimatdank, Patenschaften für Kriegswaisen“ erledigt.²⁵⁸ Hauptschwierigkeit, die rechten Menschen für den Vorstand zu finden. – Beratung über neue Steuern. Gerech abgestufte Steuern können nicht erhoben werden, weil die Beamten von den Amerikanern entlassen sind, daher der Steuerapparat fehlt. Nur grobe, technisch einfache Steuer möglich (Bürgersteuer nach Köpfen im Anschluß an die Lebensmittelkarten? Lohnsteuer mit Ausgleich für die Selbständigen?)²⁵⁹ Sanierung der Stadtwerke. Die *Engländer sollen in Brake eingerückt sein*.²⁶⁰ Die Amerikaner in Bremen wissen nichts davon!

Kaisens Besuch in der Bremer Wollkämmerei. 2 1/2 Mill[ionen] Kilo liegen zur Verarbeitung bereit. Außerdem in Australien fünf- bis sechsmal soviel Wolle als in normalen Friedensjahren. Einsatz der deutschen Kämmereien für Lohnkämmen, da in England Löhne zu hoch. Schwierigkeit der Mangel an Arbeitern.²⁶¹ – In England manche Waren noch Mangelware, weil Einfuhr nach England durch das Stocken der Kreditverhandlungen

²⁵⁵ Dr. Theodor Spitta, geb. 1905, drittältester Sohn Spittas, Lehrer, seit 1946 Leiter des Jugendamtes in Oldenburg, später Ministerialdirigent in Niedersachsen.

²⁵⁶ Wolfgang Delhaes, 1914-1945, ein Neffe Spittas.

²⁵⁷ Hans David Fischer, 1915–1945, ein Neffe Spittas.

²⁵⁸ Spittas Satzungsentwurf wurde genehmigt (StAB: 3/3).

²⁵⁹ Gegen die Argumentation Nolting-Hauuffs, daß wegen fehlenden Personals nur technisch einfache Steuererhebungen durchzuführen seien, vertrat Kaisen im Senat die Forderung nach der sozial gerechtesten Steuer. Die pro Kopf mit gleichen Sätzen erhobene „Bürgersteuer“ war wegen der völligen Mißachtung sozialer Kriterien seit ihrer Einführung im Sommer 1930 von der SPD heftig bekämpft, von rechtsliberalen bürgerlichen Kreisen dagegen nachdrücklich befürwortet worden. Der Senat lehnte sie bei dieser Sitzung ab.

²⁶⁰ Nach Mitteilung Kaisens im Senat hatte Brake englische Besatzung erhalten.

²⁶¹ Wie Kaisen im Senat berichtete, verfügte die Firma über 1 200 der 1 700 noch in Deutschland vorhandenen intakten Spezialmaschinen für die Wollkämmerei. Sie stand mit englischen Fabriken in Verbindung, die die Verlagerung der Produktion nach Deutschland erwogen.

in Amerika gedrosselt ist. Amerikaner: „We don't like the present British government.“²⁶²

Amerikaner zu Kaisen: „Wir haben Bremen zerbombt und bauen es nun wieder auf!“ (??) Kaisens beide Großväter über 1864. Der Däne sagte: „Was wir außen verloren, wollen wir innen gewinnen.“

In Schweden Abstimmung: 68% dafür, daß Deutschland so ernährt wird wie die anderen Länder (England, Skandinavien). Beginn des Umschwungs der Stimmung in Skandinavien. Dabei wirken die Nachrichten über die Verhältnisse im russisch besetzten Gebiet und in Polen (Danzig!) mit.²⁶³

Abschiedsunterhaltung Guthrie-Dr. Janssen. Janssens Aufzeichnung darüber an Guthrie gegeben. „Communist party – backed up by Mil[itary] Government.“ – „American occupation policy is [a] personal and economical warfare aimed to annihilate German intelligence, frustrate efforts of reconstruction and thereby driving German people into Soviet Russian arms. Entire Europe will become communistic and part of [the] Soviet Union which will then form [the] largest and strongest military and economic block in the world. Great Britain will no longer remain independent. U.S.A. will not be able to check such [a] power.“

Englische Zeitung Economist: Rußland verwandelt Gebiet zwischen Oder und Elbe in eine Wüste; Amerika [verfolgt] mit anderer Methode wirtschaftlich in Deutschland dasselbe Ziel; Englands Interesse verlangt ein gesundes, lebensfähiges Europa einschl[ießlich] Deutschlands.²⁶⁴

[...]

²⁶² Nach dem Sieg der Labour Party bei den Unterhauswahlen am 26.7.1945 hatte eine von ihr gebildete Regierung das Kriegskabinett unter dem konservativen Premierminister Winston S. Churchill abgelöst. Sie hielt zur Durchsetzung weitreichender sozialer Reformen an den im Krieg eingeführten wirtschaftlichen Reglementierungen und an der hohen Besteuerung fest, was dem amerikanischen Interesse am Wiederaufbau einer freien Weltwirtschaft widersprach. Nachdem England Kriegsgüter im Wert von fast 30 Mrd. Dollar mit Hilfe zinsloser Kredite aus den USA importiert hatte, war es nach dem Auslaufen dieser „Leih-/Pachtverträge“ beim Ende des Krieges gegen Japan auf die Bewilligung eines großen langfristigen Dollar-Darlehens angewiesen. Die Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung über diesen Kredit zogen sich bis zum Dez. 1945 hin.

²⁶³ In Danzig begann die Austreibung der Deutschen bereits vor Abschluß der Potsdamer Konferenz und wurde während des ganzen Jahres 1945 systematisch fortgesetzt. Die brutalen Methoden führten dazu, daß schon Ende 1945 von den mehr als 100000 deutschen Einwohnern Danzigs nur noch wenige Zehntausende in der Stadt lebten. (Schieder, Die Vertreibung, Bd. I/1, S. 140 E–141 E).

²⁶⁴ Unter der Überschrift „German Politics“ behandelte der Economist am 13.10.1945 (S. 514–516) die Politik der Besatzungsmächte in Deutschland. Ausgehend von dem Interesse Großbritanniens, das anders als die Sowjetunion oder die USA von einer florierenden europäischen Wirtschaft abhängig sei und unter der drohenden Aufspaltung und Polarisierung in Zentraleuropa leiden würde, forderte er eine langfristige Konzeption für die britische Deutschlandpolitik: Der Wiederaufbau solle als Grundlage für eine Demokratisierung verstanden und, gestützt auf die

Samstag, 17. November 1945

Frl. Dr. Forck²⁶⁵ teilt mit, daß sechs Studienrätinnen, darunter A.L., verhaftet seien. Eingabe der Kirche? Kaisen hat den Amerikanern gesagt, als sie 2000 Polizeibeamte verlangten: „Wenn Ihr einige Lebensmittelschiffe nach Bremen schickt, komme ich mit 800 Mann aus.“

Brake soll von den Engländern wieder geräumt sein.²⁶⁶

[...]

Abends mit Walter Lisco, Arnold und Theodor Frage, ob und wie es möglich sein wird, die zwischen Elbe und Rhein zusammengedrückte Masse der Deutschen zu ernähren (Veredelung in Landwirtschaft und Industrie, Lohnarbeit für das Ausland?), usw.

Sonntag, 18. November 1945

[...]

Um 12³/₄ Uhr zu den Amerikanern gerufen (Capt[ain] Forrester und Bard). Sicherung der Legalität der Durchsuchung verschlossener Häuser. Große „Razzia“ in Bremen durch Polizei und Militär, auch bei uns in der Händelstraße (Waffen und Schwarzmarktwaren).²⁶⁷ Tee mit Kindern und Enkeln. Arnold rät Theodor, an einem Handwerksbetrieb teilzunehmen; jeder Staatsdienst sei unsicher, da die politische Lage schwankend. – Abends Aussprache über Hitler und Nationalsozialismus. Geschicht[liche] Notwendigkeit.

Montag, 19. November 1945

Auch Apelt klagt stets, daß er zu gründlicher Arbeit und zu ruhiger Überlegung wichtiger Entscheidungen keine Zeit habe. Walter Lisco ist ebenso gehetzt. Doch haben wir es im Rathause noch gut, weil infolge der mit dort hausenden Amerikaner geheizt wird. Walters Schütting²⁶⁸ und die meisten

Sozialdemokratie, eine zuverlässige deutsche Verwaltung geschaffen werden. Dabei sei Eile geboten, da nach dem zu erwartenden amerikanischen und sowjetischen Truppenrückzug in ein bis zwei Jahren auch eine britische Besatzung nicht mehr vertretbar wäre.

²⁶⁵ Elisabeth Forck, 1900–1988. Seit 1928 Studienrätin, 1949–1963 Leiterin der Oberschule für Mädchen an der Kleinen Helle und Oberstudiendirektorin. In der NS-Zeit Md. der Bekennenden Kirche, mußte 1941 aus der Gemeindeleitung von St. Stephani-Süd ausscheiden, lehnte 1965 aus Gewissensgründen das Bundesverdienstkreuz ab, das ihr in Anerkennung ihrer Hilfe für verfolgte Juden verliehen werden sollte, da dieser Einsatz selbstverständlich Pflicht gewesen sei.

²⁶⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 260.

²⁶⁷ Captain Ellis L. Forrester, als Nachfolger Kennedys seit Anfang Okt. 1945 Leiter der Polizeiabteilung der amerikanischen Militärregierung in Bremen. Bei dieser Aktion wurden 33 000 Personen überprüft; elf konnten keine Ausweise vorlegen, bei einer wurde eine Waffe gefunden. (Functional History 1945/46, S. 95).

²⁶⁸ Haus Schütting, Sitz der Handelskammer.

Geschäftshäuser, Anwaltsbüros usw. sind ungeheizt und jetzt bei der zunehmenden Kälte eigentlich unbenutzbar.

Dienstag, 20. November 1945

Kaisen über Tantzen jun. und sein früheres Eintreten für die Koalition Deutschnationale und Nationalsozialisten.²⁶⁹ Kaisens Bemerkungen über Jugend und Alter; die Irrtümer der Jugend und ihre Unterschätzung des Alters werden sich immer wiederholen; die Jugend muß selbst die Erfahrungen machen usw.

Im *Senat* Steuervorschläge für Militärreg[ierung] (Bürgersteuer mit sechs Stufen, Ergebnis 6 Millionen RM; Lohnsteuer von 25% nach bayer[ischem] Muster, Ergebnis 9 Mill[ionen] RM, Verdoppelung der Grundsteuer 3 Mill[ionen] RM).²⁷⁰

Harmssen über Wirtschaftslage, insbes[ondere] über Erz- und Stahlerzeugung. Nur Ruhrgebiet im Frieden 10,8 Mill[ionen] Tonnen Stahl; großer Erzimport aus Schweden usw. Kapazität Deutschlands jetzt 1 Mill[ion] Tonnen Stahl im Monat.²⁷¹ Etwa 100[000] bis 172 000 zugelassen; nur ein Teil davon hergestellt. Ausfuhr Deutschlands mit Dollar-Gutschrift; dagegen Import. Aber zonenweise! Amerikan[ische] und englische Zone für sich! Einfuhrbedarf Englands 1 300 Mill[ionen] £, Deckung durch Ausfuhr 550 Mill[ionen] £.

Antisemitische Welle in Polen; Flucht von polnischen Juden nach Deutschland und Bremen. Anmaßendes Benehmen der polnischen Juden in Bremen von Senator Ehlers zurückgewiesen.²⁷² Aufnahme von weißrussischen Bauarbeitern in Bremen beschlossen (Unterbringung im Lager).

²⁶⁹ Diese Bemerkung bezieht sich wahrscheinlich auf Bemühungen im Jahr 1931, in Oldenburg eine von der DStP, DVP, DNVP und NSDAP getragene „bürgerliche“ Koalitionsregierung zu bilden. Sie kam wegen des Widerstands der Staatspartei, der Tantzen angehörte, aber nicht zustande. T. geriet im Frühjahr 1946 ins Gerede, weil er den ehemaligen Geschäftsführer der Staatspartei, Werner Stephan, der in der NS-Zeit als Ministerialdirigent im Reichspropagandaministerium gearbeitet hatte, ein besoldetes Amt in der DUD anbot (Weser-Kurier v. 16.3.1946).

²⁷⁰ Spittas Zahlen werden durch das Senatsprotokoll vom 20.11.1945 nicht bestätigt. Dort ist lediglich von Mehreinnahmen in Höhe von 6 Mio. RM durch Erhöhung der Einkommensteuer die Rede. (StAB: 3/3).

²⁷¹ Die deutsche Stahlproduktion belief sich nach den Angaben Harmssens zu der Zeit lediglich auf 165 000 t (Senatsprotokoll 20.11.1945, StAB: 3/3). Die deutsche industrielle Produktion sollte nach dem Potsdamer Abkommen drastisch reduziert werden. Von Sept. 1945 bis März 1946 verhandelte der Alliierte Kontrollrat deshalb über den „Industrieniveauplan“, in dem die Kapazität der deutschen Stahlindustrie schließlich auf 7,5 Mio. t, die tatsächliche jährliche Stahlproduktion auf 5,8 Mio. t begrenzt wurde (Jerchow, Deutschland in der Weltwirtschaft, S. 197–199).

²⁷² In dem durch Kriegsverwüstungen und nationalsozialistische Verfolgungen schwer getroffenen, dazu noch durch die territoriale Verschiebung erschütterten Polen stießen die aus den Lagern oder aus dem Exil in der Sowjetunion zurückkehrenden überlebenden Juden oft auf Ablehnung und Feindschaft, wenn sie ihre früheren

Abends Aussprache über die Grenzen des militärischen Gehorsams. Ausnahme: Befehl zu strafbarer Handlung; Befehl zu unsinnigem Zweck; nutzlose Zerstörung? Nutzlose Verlängerung des Krieges? Wie weit herunter geht die Verantwortlichkeit?

[...]

Mittwoch, 21. November 1945

Abends Aufsatz [von] de Broglie über Zeit und Raum in der neueren Physik²⁷³ (atomare Vorgänge. Die klassische Physik nur Unterfall der neueren „statistischen“ Physik). Aussprache, auch über Kants Zeit und Raum.

Donnerstag, 22. November 1945

Mit Kaisen über die neuen Gewalt- und Mordtaten der Polen. Überfall auf den Bauernhof Flothmeier, Abschachtung der ganzen Familie in drei Generationen.²⁷⁴ Kaisens Empörung über unsere Ohnmacht; Tränen kamen ihm in die Augen. Er will aufs neue energische Vorstellungen bei den Amerikanern erheben, die durch Duldung dieser Polenverbrechen ihre eigene

Wohnungen oder sonstiges Eigentum wieder in Besitz nehmen und in frühere berufliche Positionen zurückkehren wollten. Schon 1945 setzte deshalb eine massenhafte Abwanderung in das besetzte Deutschland ein, die sich 1946 verstärkt fortsetzte. Ziel war hauptsächlich die US-Zone, die 1946 105 833 jüdische „Displaced Persons“, überwiegend aus Polen, aufnahm. Für 1945 gibt es nur Schätzungen, die aber ebenso wie einzelne Berichte zeigen, daß Flucht und Austreibung aus Polen schon begonnen hatten. (Vgl. Wolfgang Jacobmeyer, Jüdische Überlebende als „Displaced Persons“, in: Geschichte und Gesellschaft 9/1983, S. 421–452).

²⁷³ Louis de Broglie (1892–1987) befaßte sich hauptsächlich mit der Quantentheorie der Elementarteilchen; für seine grundlegenden Forschungen erhielt er 1929 den Nobelpreis der Physik.

²⁷⁴ In dem einsam gelegenen Hof wurden elf Menschen von einer plündernden Bande ermordet; der einzige Überlebende konnte die Täter identifizieren, so daß sie nach wenigen Tagen verhaftet wurden. Ein Gericht der amerikanischen Militärregierung verurteilte vier von ihnen zum Tode, drei zu lebenslänglicher und einen wegen seiner Jugend „nur“ zu vierzigjähriger Haft. Gnadengesuche der polnischen Regierung, die auf die demoralisierenden Folgen des Kriegs für die jungen Polen hinwies, wurden von der Militärregierung abgelehnt und die Todesurteile im Jahr 1946 vollstreckt. Vgl. Wolfgang Jacobmeyer, Die ‚Displaced Persons‘ in Deutschland 1945–1952, in: Bremisches Jahrbuch 59 (1981), S. 85–108, insbes. den amerikanischen Bericht auf S. 105–107. – Eine Statistik der Amerikaner über Verbrechen von DP in der Enklave verzeichnete für die Zeit vom 1.5. bis zum 15.11.1945 23 Fälle von Mord und Totschlag sowie 268 bewaffnete Raubüberfälle, darunter 45 mit Todesfolge. Die deutsche Polizei war in der Abwehr behindert, weil sie die DP-Lager nicht betreten durfte; wiederholte Razzien der Amerikaner, u.a. unmittelbar nach dem Verbrechen am 21.11.1945, hatten nur begrenzten Erfolg. Die Hoffnung, daß das Problem im Herbst 1945 durch Repatriierung gelöst würde, zerschlug sich, weil nur 1 544 von ca. 6 000 Polen das Angebot annahmen. Eine Wende trat erst nach der Auflösung der DP-Lager in der Enklave im Febr. 1946 ein. (Functional History 1945/46, S. 95–99).

Ehre beschmutzten. Kaisen verwies auf Grimmelshausen[s] „Simplizissimus“.

Marie J. bei mir. Nach dem Tod ihres Mannes hat sie ihre beiden Kinder verloren. Den 22jährigen Sohn im Felde, die geistig erkrankte Tochter durch nationalsozialistische Spritze in der Heilanstalt.

[...]

Freitag, 23. November 1945

Im *Senat* Aussprache über die *Polenplage* und die Mord- und Raubtaten der Polen. Die deutsche Kriminalpolizei darf ihre Lager nicht betreten; bisher keine Entwaffnung. Keine Durchführung der nächtlichen Sperrstunden. Von den 15 Mordtaten in keinem Fall der Täter entdeckt.²⁷⁵

[...]

In den Unterausschüssen zur Prüfung der Fälle des Gesetzes Nr. 8²⁷⁶ spielt jetzt auch der sog[enannte] „Militarismus“ eine verhängnisvolle Rolle. Ein Kaufmann, der als Reserveoffizier ins Feld kam, und das EK I und Ritterkreuz erhielt, ist als „Militarist“ aus seinem Geschäft entlassen; „er hätte zum Feinde übergehen sollen!“ Walter Lisco sucht solche Mißentcheidungen zur erneuten Prüfung zu bringen.

[...]

Samstag, 24. November 1945

[...]

Der Governor fliegt nach Frankfurt, um in der Polenfrage neue Ermächtigungen zu bekommen.

[...]

Totensonntag, 25. November 1945

Um 12 Uhr Trauergottesdienst für die Gefallenen im Dom. Der Senat nimmt geschlossen teil (nur Wolters fehlt.) Gesang des Domchors. Eindrucksvolle Predigt von Wilken. Die Fenster des Doms mit Aluminium-Metall geschlossen; trotzdem große Kälte, da Dach, Chor und Westrosette noch offen sind.

Nachmittags und abends lebhaftes Erörterungen zu Hause über Königtum und Republik („Dies ist die Zeit der Könige nicht mehr!“); die engli-

²⁷⁵ Polizeipräs. Yström berichtete im Senat über neun Fälle.

²⁷⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 227.

sche konstitutionelle Monarchie und die in Hamburg gegründete konservative, monarchische Partei;²⁷⁷ [...]

Montag, 26. November 1945

[...]

Dienstag, 27. November 1945

Auffallend die *Niederlage der Kommunisten in Österreich*, nur drei Parlamentssitze gegen 80 der Volkspartei und 72 der Sozialdemokraten. Auch in Ungarn hatten die Kommunisten schlecht abgeschnitten.²⁷⁸ Gilt der Satz: Je näher die Berührung mit den Russen, desto weniger kommunistische Stimmen?

Kaisen hat bei den Amerikanern die Frage geklärt, wer als Militarist anzusehen ist. Die Ausschüsse, die den, der sich an der Front ausgezeichnet hat, als Militaristen entlassen haben, sollen die Fälle noch einmal prüfen. Kaisen bezeichnete die Fälle und ihre Entscheidung „als unter jeder Kritik“.

Im Senat Mitteilung Kaisens, daß die *Enklave* in etwa 14 Tagen, am 10. Dez[ember], *aufgehoben werde*.²⁷⁹ Bremen kommt zur englischen Zone, behält mit Wesermünde amerikanische Militärverwaltung unter englischer Oberhoheit. Amerikanische Verbindungsoffiziere in Hannover, Olden-

²⁷⁷ Hamburger Rechte, gegr. von führenden Politikern der DNVP, des rechten Flügels der DVP und der Völkischen Bewegung, schloß sich im März 1946 als Landesverband Hamburg der Deutschen Konservativen Partei an, erstrebte die konstitutionelle Monarchie „auf der Basis der christlichen Religion“. (Helmut Stubbe-da Luz, Union der Christen – Splittergruppe – Integrationspartei. Wurzeln und Anfänge der Hamburger CDU bis Ende 1946. Phil. Diss. Hamburg 1989, S. 303f.)

²⁷⁸ In Österreich und Ungarn wurde am 25.11.1945 gewählt. In Österreich erhielt die Österreichische Volkspartei (ÖVP) 49,8% der Stimmen (85 Mandate), die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) 44,6% (76 Mandate), die KPÖ 5,4% (4 Mandate). In Ungarn gewannen die Kommunisten 16% der Stimmen gegen 57% der Kleinlandwirtepartei.

²⁷⁹ Aufgrund eines Abkommens zwischen Großbritannien und den USA wurde die gesamte Enklave mit Ausnahme von Bremen, dem eingemeindeten Überseehafen und der Stadt Wesermünde (ab 7.2.1947 Bremerhaven) der Britischen Besatzungszone eingegliedert; die Amerikaner blieben aber für die militärische Sicherheit, die Weserhäfen, das Verkehrswesen und die Fischerei zuständig. In der Restenklave übten weiterhin die Amerikaner die Militärregierung aus, wobei sie jedoch, soweit es nicht um Belange des Hafenbetriebs ging, britischer Oberhoheit unterstanden und an britische Verordnungen und Weisungen gebunden waren. Da sich diese Doppelherrschaft mit ihren unklaren Strukturen und Kompetenzregelungen nicht bewährte, wurde Bremen mit der Restenklave am 1.1.1947 als viertes Land der Amerikanischen Besatzungszone angeschlossen. Vgl. Röpcke, Entstehung der amerikanischen Enklave Bremen.

burg und Stade. Viele schwierige Fragen (Mittelbehörden, Oberlandesgericht).

[...]

Mittwoch, 28. November 1945

[...]

Nachmittags lange Sitzung mit den Juristen. Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Bremen. Justiz und Oberlandesgericht unter englischer Oberhoheit?

Donnerstag, 29. November 1945

[...]

Die Amerikaner wollen Montag mit den Engländern in Hannover über die Gestaltung der bremischen Verhältnisse, vor allem über die Mittelbehörden verhandeln. Besprechung darüber mit Apelt, der die Stichworte für die Amerikaner vorbereitet (Umfang des Oberfinanzpräsidiums)-Bezirks, des Landesarbeitsamtes, des Landeswirtschaftsamtes, des Landesernährungsamtes, des Landesplanungsamtes usw.;²⁸⁰ Oberlandesgericht und Gefängniswesen demgegenüber keine Lebensfrage Bremens).

Freitag, 30. November 1945

Eva in das Gefängnis des CIC auf 9 Uhr morgens geladen. Sie meinte, sie solle Zeugin für A.L. sein, wurde aber selbst vernommen. Mit ihr etwa 300 Leute (von Freeden,²⁸¹ Johanna Lürßen usw.), sie kam als Dritte an die Reihe; trotzdem dauerte es zwei Stunden mit drei ganz kurzen Vernehmungen; die übrige Zeit ging mit Warten hin; von Freeden kam um 12 Uhr dran.

Im *Senat* Enklavefrage. Die beteiligten Ressorts stellen kurze Berichte zusammen, ich für Justiz und Gefängniswesen. – Theils Bericht über die

²⁸⁰ In einer Aufzeichnung „Politische Verhältnisse im Raume Niedersachsen“ für die US-Militärregierung vom 29.11.1945 forderte Kaisen, die Verwaltungsorganisation der Zeit vor der Bildung der Enklave wiederherzustellen. Die wichtigsten Mittelbehörden Bremens, nämlich das Landesarbeitsamt, das Landeswirtschaftsamt, das Oberfinanzpräsidium und das Landesernährungsamt, würden sonst die meisten der ihnen unterstellten Behörden verlieren, da sich ihr Zuständigkeitsbereich auf weite Gebiete Oldenburgs und Hannovers und auf die nun der Britischen Besatzungszone zugeschlagenen Teile der Enklave erstreckt habe. Die Errichtung von Zweigstellen des Landeswirtschaftsamts Hannover im ehemaligen Zuständigkeitsbereich der Bremer Mittelbehörde habe schon begonnen. Ein solcher Kompetenzverlust und die damit drohende Auflösung seiner Mittelbehörden seien für Bremen untragbar. (StAB: 3-B.10.a. Nr. 2[1], Akte 1).

²⁸¹ Dr. Erich von Freeden, geb. 1901, Studienrat, Md. der NSDAP seit 1937, im Dez. 1945 aus dem Schuldienst entlassen, im Jan. 1949 wieder angestellt, bis 1966 als Studien- und Oberstudienrat tätig.

Hamburger Tagung (Wiederaufbau der Stadt).²⁸² – Verwaltungsgerichtsbarkeit im Senat beschlossen.²⁸³

Kaisen über seinen Besuch bei Gorsemann; seit Monaten habe er nicht so viel von einer Aussprache gehabt und sich so aufgerichtet. Wir müßten Männer von Geist und Ideen um uns versammeln. In der Jugend seien gewiß noch begabte Kräfte. Alles unabhängig von der Parteizugehörigkeit.

[...]

Samstag, 1. Dezember 1945

Gehetzte Vorbereitung für die Verhandlungen der Amerikaner und Engländer über Bremen. Bei solchem Hochbetrieb reichen die Dolmetscher und Übersetzer nicht. – Nachmittags Rich[ard] Duckwitz, der durch Wolters und Huston von der Steinklopfe-Arbeit befreit ist.

[...]

Sonntag, 2. Dezember 1945

[...]

Montag, 3. Dezember 1945

Freudiges Ereignis: Knittermeyer besucht mich im Rathause. Er ist Sonnabend vom CIC freigelassen. Bescheinigung, daß er „freigesprochen“ sei. Er sieht mager und mitgenommen aus.

[... Knittermeyers Haftzeit]

Dienstag, 4. Dezember 1945

Kaisen berichtet im *Senat* über seine Besprechung mit dem Oberpräsidenten von Hannover, Kopf. Verständigung über die Grundlage künftiger Politik im Gegensatz zum partikularistischen Oldenburg.²⁸⁴ 1. Wiederherstellung des Zustandes vor der Begründung der Enklave. Alle Mittelbehörden (Reichsstellen) erhalten ihre alten Zuständigkeiten.²⁸⁵ 2. Für die Zukunft anzustreben ein Nord-Niedersachsen mit Bremen als Mittelpunkt. Es soll den *ganzen* Regierungsbezirk Stade umfassen (Wesermünde und Cuxha-

²⁸² Tagung von Bausachverständigen aus Hamburg, Bremen, Kiel, Lübeck, Hannover, Hildesheim und Oldenburg über „Wiederaufbau der Städte unter besonderer Berücksichtigung von Planungs- und Finanzierungsfragen“. Alle Bauvorhaben, auch reine Instandsetzungsarbeiten, sollten nach Meinung der Konferenzteilnehmer genehmigungspflichtig sein.

²⁸³ Der Senat beschloß die Wiedererrichtung der Verwaltungsgerichte aufgrund des bremischen Gesetzes von 1924, das von der Heidelberger Expertenkommission unter Jellinek als das beste deutsche Gesetz bezeichnet und den Amerikanern als Grundlage für die weiteren Beratungen empfohlen worden sei. (Senatsprotokoll 30.11.1945, StAB: 3/3).

²⁸⁴ Über diesen Bericht ist im Senatsprotokoll nichts verzeichnet.

²⁸⁵ Vgl. Kap. 3, Anm. 280.

ven in einer Hand), kann auf Osnabrück und Diepholz-Walsrode, auch auf Vechta verzichten (Vechta und Osnabrück an Westfalen).

[...]

Mittwoch, 5. Dezember 1945

Mit Kaisen bremische Zukunftsfragen, Teilnahme am Rat Niedersachsens (Hannover, Braunschweig, Oldenburg).²⁸⁶ – Nachmittags Juristenausschuß, Gefängniswesen und Justiz in Bremen-Wesermünde. [...]

Donnerstag, 6. Dezember 1945

[...]

Nachmittags Juristensitzung bei Oberst Hicks,²⁸⁷ einem jovialen und humorvollen Manne, echt amerikanisch, aber mit sachlicher Anteilnahme. Gefängnisverwaltung soll bei Bremen bleiben, alles andere zweifelhaft, besonders das Oberlandesgericht. Einstellung von 20 Richtern und Justizpersonal auf unsere Verantwortung für drei Monate, damit aufgearbeitet wird. Etwa 2500 Sachen rückständig, wegen der Entlassungen.

Freitag, 7. Dezember 1945

Im Senat Mitteilung über die Lage in England. Maschinenfabrikant aus Belfast: England hat zwar den Krieg gewonnen, aber um welchen Preis! Keine Auslandsguthaben. Verschuldung an Amerika, Canada, Australien. Industrielle Maschinen heruntergewirtschaftet. Allgemeine Verarmung.²⁸⁸ Rationierung auch in Textilien, Schuhen usw. Fabrikant mit 15000 Arbeitern kein Auto zu Verfügung, keine Hausangestellten, nur ein Zivilanzug und ein Paar Zivilstiefel. Der Rasen seines Landsitzes ungemäht. In der Küche gegessen und gewohnt. Zu Kaisen gesagt: Dies Wirtschaftssystem verträgt keinen Krieg mehr. – Die englischen Kinder ohne Spielzeug zu Weihnachten, da deutscher Spielzeugimport fehlt!

[...]

Samstag, 8. Dezember 1945

Wertvolle Unterhaltung mit Studienrat Alfken,²⁸⁹ jetzt Leiter des Arbeitsamtes, der von Kaisen für die Beamtenausbildung in Aussicht genommen

²⁸⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 181.

²⁸⁷ Lieutenant Colonel Ernest H. Hicks, Direktor der US-Militärregierung in der Enklave Bremen (Detachment E2C2).

²⁸⁸ Dies ist eine gute Schilderung der Lage, vgl. u.a. Derek H. Aldcroft, *The European Economy 1914–1970*, London 1978; van der Wee, *Der gebremste Wohlstand; Jerchow, Deutschland in der Weltwirtschaft*, S. 46–50.

²⁸⁹ Hans Alfken, geb. 1899. Studienrat, seit Okt. 1945 Leiter des Arbeitsamtes in Bremen, am 7.12. vom Senat als Leiter des Hauptpersonalamts vorgesehen; A. kam aus der SAP, 1945 Md. der KPD, aus der er am 17.5.1946 austrat.

ist (Wandervogelbewegung; mit Walter in Marburg); politisch Kommunist.

[...]

Telegramm von Paula: „Examen gut bestanden, selig!“ Ein schöner Abschluß ihrer Studienzeit, die im letzten Jahre wahrlich nicht leicht war.

Abends Karl Barths Vortrag „Die Deutschen und wir“; ein bedeutungsvolles Wort, wenn auch einzelner Widerspruch erregt.²⁹⁰ Aussprache darüber; Frage: Was ist der „Nullpunkt“, auf dem wir Deutsche jetzt stehen? Sicher nicht nur ein politischer und wirtschaftlicher, sondern auch ein geistiger, sittlicher und religiöser. Not und Segen eines völligen „Neuanfangs“. Grundsätzliche Wende in Grundlage und Zielsetzung.

Sonntag, 9. Dezember 1945, 2. Advent

Scharfer Frost bei klarem Himmel. Eben 8 Grad unter Null. Kältenot in allen Häusern, Flüchtlingselend.

[...]

Abends Karl Barth: „Wie können die Deutschen gesund werden?“ Aussprache darüber (Kollektiv-Schuld? Verantwortung für den Kausalablauf? „Ausscheiden aus der Weltgeschichte?“).²⁹¹

Montag, 10. Dezember 1945

*Englische Oberhoheit in Bremen; Auflösung der Enklave.*²⁹² Äußerlich bleibt zunächst alles beim Alten: amerikanische Besatzung und Verwal-

²⁹⁰ Karl Barth, *Die Deutschen und wir*, Zollikon-Zürich 1945. Der Schweizer evangelische Theologe, der 1934 wegen seiner Weigerung, den Beamteneid auf Hitler zu leisten, seinen Bonner Lehrstuhl verloren hatte und seither an der Universität Basel lehrte, plädierte in diesem im Jan. und Febr. 1945 gehaltenen Vortrag dafür, den Deutschen trotz ihrer Verstrickung in die nationalsozialistischen Verbrechen kritische Freundschaft entgegenzubringen. Sie seien radikal auf den „Nullpunkt“ zurückgeworfen: inmitten furchtbarer Zerstörung ohne Hoffnung und Zukunftsperspektiven, ohne die Möglichkeit, in den schweren Kriegsoptionen einen positiven Sinn zu finden. Einem ganzen Volk werde durch „diese heillose, aber auch unerhört fruchtbare Situation“ die Gelegenheit geben, „noch einmal von vorn anzufangen“. (S. 21).

²⁹¹ Karl Barth, *Wie können die Deutschen gesund werden?* Zollikon-Zürich 1945. In dieser im April 1945 abgeschlossenen Schrift setzt sich Barth mit Reaktionen auf seinen Vortrag „Die Deutschen und wir“ auseinander. Der Argumentation eines Deutschen gegen die „Kollektivschuld“ stellt er die Forderung entgegen, *alle* Gruppen in Deutschland sollten die eigene Verantwortung für das Geschehen seit 1933 erkennen, statt auf die Schuld der anderen zu weisen. Generell habe es an „ziviler Gesundheit und Mündigkeit“ gefehlt.

²⁹² Vgl. Kap. 3, Anm. 279.

tung. Auf allen Gebieten größte Unklarheit (Zuständigkeiten in der Justiz, Richtlinien bei der „Denazifikation“ usw.). Kaisen in Düsseldorf.²⁹³

[...]

Dienstag, 11. Dezember 1945

Senat unter meinem Vorsitz. Warenlager in der Bremer Wollkämmerei. Ein Teil für die bremische Zivilbevölkerung abgefahren. 100000 Paar Stiefel noch gesperrt. – Allgemeine Unklarheit über die Lage Bremens und der Enklave; widersprechende Erklärungen der Amerikaner. Nicht einmal der geographische Umfang der amerikan[ischen] Verwaltung steht fest.

[...]

Mittwoch, 12. Dezember 1945

Die Mühen und Laufereien zur Vorbereitung des Weihnachtsfestes sind groß, das Ergebnis ist gleich Null. Läuft man in den Trümmern der Stadt herum, findet man fast nirgends einen Laden, und hat man einen gefunden, ist nichts drin. Auch in den Buchhandlungen ist nichts; ich wurde bei Geist²⁹⁴ in die „Katakomben“ gebracht und bekam durch Freundlichkeit des Treuhänders von dem wenigen, das dort lag, einiges (hauptsächlich Kinderbücher).

Zwei amerikanische Marineoffiziere, Taylor und Leary bei mir; sie wollen Sonntag, d[en] 23. Dez[ember] 100 arme Bremer Kinder zwischen sechs und elf Jahren zu Schokolade und Kuchen einladen (Marcusallee 35); nichts davon soll in die Zeitung.

Nachmittags Juristenausschuß. Frage der Entschädigungen für die Gebäude (Möglichkeit der Abtretungen).²⁹⁵ In der Bevölkerung immer noch Illusionen über die Möglichkeit des Ersatzes der Kriegsschäden. In Deutschland 5 bis 6 Millionen Wohnungen völlig zerstört. Wiederaufbau 33 Milliarden, Ausbesserung 8 Milliarden, gleich 41 Milliarden [RM].

In Bremen	50000 Wohnungen ganz zerstört	= 275 Mill[ionen]
	+ 30000 [Wohnungen] beschädigt	= 45 Millionen
	80000 [Wohnungen] Schaden zusammen	= 320 Mill[ionen] ²⁹⁶

[...]

²⁹³ Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen am 11.12.1945, vgl.: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 199–214.

²⁹⁴ Bremer Buchhandlung, in der Spittas Sohn Friedel als Buchhändler tätig war.

²⁹⁵ Es handelt sich um die Materialverwertung bei total zerstörten Häusern.

²⁹⁶ Die Angaben entsprechen in etwa den in der Literatur anerkannten Zahlen, vgl.: Brandt, Antifaschismus, S. 88f.; für Deutschland: van der Wee, Der gebremste Wohlstand, S. 16.

Donnerstag, 13. Dezember 1945

Große Vorstellung bei den Amerikanern, die nötigen Richter, Staatsanwälte, Anwälte und Justizbeamten zuzulassen, wenigstens auf Zeit, das ganze auf meine Verantwortung.

[...]

Freitag, 14. Dezember 1945

Endgültige Abreise von Walter L[isco]s Freund, Dr. Schmidt. Er fährt über Hannover nach Hamburg. Zugverbindung bis Hannover; von da bis Hamburg nur offene Kohlenwagen. Von Bremen nach Hamburg Zugverbindung nur bis Buchholz; dort stundenlanger Aufenthalt und Weiterfahrt in offenen Kohlenwagen. Der Eisenbahnverkehr wird infolge der Kohlennot fortgesetzt schlechter.

Im Senat Bericht Kaisens über die Düsseldorfer Konferenz der Staatshäupter der britischen Zone.²⁹⁷ Verwickelter Aufbau der Regierung und Verwaltung: 1. Land oder Provinz; 2. Gebietsrat in Hannover (Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen);²⁹⁸ 3. Konferenz der Häupter der britischen Zone;²⁹⁹ 4. Gebietsrat der Zonenverwaltung mit Sekretariat;³⁰⁰ 5. Interzonaler Wirtschaftsrat (für britische und amerikan[ische] Zone).³⁰¹

²⁹⁷ Vgl. Kap. 3, Anm. 293.

²⁹⁸ Nach Mitteilung Kaisens im Senat am 14.12.1945 sollten Braunschweig, Oldenburg, Bremen und Lippe nach dem Willen der britischen Besatzungsmacht selbständige Länder bleiben; zum Gebietsrat vgl. Kap. 3, Anm. 181.

²⁹⁹ Vgl. Kap. 3, Anm. 243.

³⁰⁰ Bei der Konferenz gab Captain Michael A. Thomas die Pläne des britischen Hauptquartiers zur Bildung des Zonenbeirats (Zonal Advisory Council, ZAC) in Hamburg bekannt, wohin – nach einem später nicht ausgeführten Projekt – der Sitz der Militärregierung verlegt werden sollte. Dem Gremium war lediglich die Funktion eines beratenden Organs der Militärregierung zugedacht. Es sollte sich folgendermaßen zusammensetzen: zehn von den zuständigen Abteilungen der Kontrollkommission ernannte deutsche Fachvertreter für Wirtschaft, Finanzen, Ernährung und Landwirtschaft, Justiz, Post und Telegrafendienst, Arbeit, Öffentliche Sicherheit, Erziehung, Verkehr, Gesundheit; die vier Oberpräsidenten der Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und der Nord-Rheinprovinz, der Bürgermeister von Hamburg und ein gemeinsamer Vertreter der Länder Braunschweig, Oldenburg, Lippe und Bremen; drei Vertreter von CDU, SPD und KPD. Der Zonenbeirat trat am 6.3.1946 zu seiner ersten Sitzung zusammen.

³⁰¹ Gemeint ist der Wirtschaftsrat in Minden, aus dem sich das Zentralamt für Wirtschaft und später der bizonale Verwaltungsrat für Wirtschaft entwickelten (vgl. Kap. 3, Anm. 245).

Der Gebietsrat, Ziffer 4, setzt sich zusammen aus:

a) den vier Oberpräsidenten,	4	
dem Vertreter Hamburgs,	1	
einem Vertreter Bremens, Oldenburgs,		
Braunschweigs und Lippes	1	6
b) Fachvertretern für Wirtschaft,		
Erziehung, Justiz usw.	10	
einem – drei Generalsekr[etären]	3	13
c) Vertretern der drei Parteien		
(Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten)		3
	20	– 22

Unter den Fach[be]arbeitern wird Bremen vielleicht das Fach „Binnenwasserstraßen und Verkehr“, ev[entuell] auch „Außenhandel“ besetzen.³⁰²

Viele Fragen erörtert, darunter Gemeindeverfassung und Gesetzgebung durch Präsidenten der Oberlandesgerichte (Entpolitisierung der Gesetzgebung oder Politisierung der Gerichte?).³⁰³ Verbot, daß Beamte am Parteilieben teilnehmen.³⁰⁴

Kaisen schildert die Zerstörungen im Ruhrgebiet und die industriellen und ernährungsmäßigen Schwierigkeiten, unter denen die Arbeiter dort

³⁰² Diese Hoffnung wurde nicht verwirklicht, vgl. die Teilnehmerliste der 1. Sitzung am 6.3.1946, Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 338.

³⁰³ Durch eine Anweisung Nr. 4 der britischen Militärregierung hatten die acht Oberlandesgerichtspräsidenten der Zone den Auftrag erhalten, sich zu einem „juristischen Zentralausschuß“ zusammenzuschließen, der zur Durchführung der praktischen Arbeit einen „juristischen Unterausschuß“ ernennen und diesen überwachen sollte. Der Unterausschuß war als ein „Dauerorgan der Rechtspflege“ konzipiert mit der Aufgabe, alle die Rechtentwicklung in der gesamten Zone betreffenden Vorschläge einschließlich der Gesetzentwürfe zu prüfen und miteinander in Einklang zu bringen. Gegen diese Übertragung von gesetzgebender Gewalt und Verwaltungskompetenzen auf die Gerichte meldeten die Länderchefs bei ihrer Tagung am 11.12.1945 Bedenken an und baten, die Trennung von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung als ein Grundelement der Demokratie durch Rücknahme dieser Anordnung wiederherzustellen. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 205).

³⁰⁴ Bei den Planungen zur Reform des deutschen Beamtenrechts beabsichtigten die zuständigen Offiziere der Kontrollkommission, in Anlehnung an die englischen Verhältnisse eine weitgehende Beschränkung der politischen Betätigung für Beamte durchzusetzen. Ihnen sollten lediglich der Besuch politischer Versammlungen und die Ausübung des aktiven Wahlrechts gestattet sein, Landes- und Kommunalbeamte sich außerdem außerhalb des eigenen Bezirks politisch betätigen dürfen. Gegen diese „Entpolitisierung des Beamtentums“ gab es auf deutscher Seite, aber auch in England viel Protest. U.a. übten die Länderchefs bei ihrer Tagung am 11.12.1945 Kritik an der geplanten Neuregelung, die trotzdem in die britische „Beamtendirektive“ vom Juli 1946 einging. Da es jedoch nicht zu entsprechenden Gesetzen kam, blieb sie letztlich weitgehend wirkungslos. (Vgl. Reusch, Deutsches Berufsbeamtentum, für die Dez.-Konferenz insbes. S. 243f.).

arbeiten. Fünf bis sechs Millionen Tonnen Kohlen auf den Halden, die aus Mangel an Transportmitteln nicht weggeschafft werden.

[...]

Samstag, 15. Dezember 1945

[...]

Sonntag, 16. Dezember 1945

[...]

Abends Aufsatz aus d[em] „Economist“³⁰⁵ über russ[ische], amerik[anische] und britische Politik in Deutschland; England wolle wirtschaftl[ichen] Wiederaufbau Deutschlands, Rußland baldige Räumung des „impotent“ gemachten deutschen Gebietes, Amerika habe mit anderen Methoden das gleiche Ziel wie Rußland, England habe keine Zeit zu verlieren. Ich sehe im politischen und wirtschaftl[ichen] Zusammengehen Deutschlands mit England die einzige Möglichkeit unserer Rettung! Vereinigte Staaten Westeuropas unter Englands Führung. Kulturelle Zusammenarbeit Englands, Frankreichs und Deutschlands.

Montag, 17. Dezember 1945

Der Nürnberger Prozeß gegen die Naziführer für uns Deutsche erschütternd; von so verbrecherischen und so unfähigen Männern (Ribbentrop!) sind wir regiert!³⁰⁶ Mag das Recht der Feinde, als Sieger über die Besiegten Recht zu sprechen, sehr zweifelhaft sein – der Prozeß wird sachlich und würdig geführt und geleitet.

Programm der britischen Militärregierung über „Local Government“ und „Regional Government“ in Deutschland.³⁰⁷ In Zukunft Wegfall der Regierungsbezirke und Verkleinerung der Provinzen. Dies eine Gelegen-

³⁰⁵ Spitta bezieht sich hier auf den Artikel „German Politics“ vom 13.10.1945, vgl. Kap. 3, Anm. 264.

³⁰⁶ Vgl. u.a. Gründler/Manikowsky, Das Gericht der Sieger. Smith, Der Jahrhundert-Prozeß.

³⁰⁷ Eine Direktive der britischen Militärregierung vom Sept. 1945 für die Reform der deutschen Kommunalverfassungen sah die konsequente Trennung von politischen und administrativen Aufgaben in den Gemeinden vor. Die politische Führung sollte ausschließlich bei den parlamentarischen Gremien mit einem ehrenamtlichen „Bürgermeister“ oder „Landrat“ als höchstem Repräsentanten liegen, die verwaltungstechnische Umsetzung einer „unpolitischen“ Beamtenschaft mit einem „Gemeinde-“, „Oberstadt-“ oder „Oberkreisdirektor“ an der Spitze anvertraut sein. Diese Zweiteilung wurde bis Ende 1945 in den meisten Gemeinden der britischen Besatzungszone durchgeführt. Die gleiche Struktur wollten die Engländer darüber hinaus auf regionaler Ebene, in den Provinzen und verkleinerten Ländern, realisieren und dabei den „Dualismus“ zwischen Staat und Selbstverwaltung sowie das „verschwenderische“ Nebeneinander von Provinz und Regierungsbezirk beseitigen.

heit für Bremen und Nord-Niedersachsen mit Bremen als Hauptstadt. – Doktrinäres über politische Ehrenämter und unpolitische Beamte; vielleicht läßt sich daraus etwas machen.

[...]

Dienstag, 18. Dezember 1945

Im *Senat* Steuerfragen, Brem[ische] Evang[elische] Kirche³⁰⁸ usw.

Die Engländer wollen 4½ kg Textilien auf den Kopf nach der britischen Zone einführen. Überall zeigt sich wirtschaftlich eine günstigere Haltung Englands. – Weihnachtsgaben der Amerikaner für die bremischen Kinder.

Mit Wenhold andere Organisation der Senatsverwaltung (Landeswirtschaftsamt und andere Ämterstellen durch Senatskommissionen).

[...]

Mittwoch, 19. Dezember 1945

Satzung der Land[es]wirtschaftsämer Nordwestdeutschlands.³⁰⁹ Referat von Prof. Rittershausen über die beabsichtigte Organisation in der englischen Zone. Die Engländer wollen keine Planung und Steuerung der Wirtschaft durch Wirtschaftsverbände (associations), sondern durch behördliche Ämterstellen.³¹⁰

Besprechung mit Kaisen und Wenhold über besonderes Jugenddezernat. Kaisen will die Sache nicht allein bei der Unterrichtsverwaltung haben (religiöse Verbände usw.!). Geeigneter Mann? B[...]?³¹¹ Theodor [Spitta]?

Kaisen mit Amerikanern; über Landeswirtschaftsämer und Landesarbeitsämter (Umfang; Frage der Mittelbehörden) nach Verhandlungen zwischen Engländern und Amerikanern. *Dagegen wird Wesermünde wahrscheinlich zu Bremen kommen.*³¹² Damit schwieriges Problem für Bremen, dessen Land lediglich aus zwei Großstädten bestehen würde.

Diese Ansätze für strukturelle Neuordnungen oberhalb der Kreisebene wurden bis Ende 1946 wieder aufgegeben. (Vgl. Wolfgang Rudzio, Die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone, Stuttgart 1968, S. 42–70 und Glaue, Reform des Öffentlichen Dienstes, S. 207ff.).

³⁰⁸ Der Senat verabschiedete die „Verordnung über die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in der Bremischen Evangelischen Kirche“, vgl. Kap. 2, Anm. 91.

³⁰⁹ Vom 18. bis 20.12.1945 fand in Bremen eine Tagung der nordwestdeutschen Landeswirtschaftsämer statt, bei der es u.a. um die Neuorganisation des Behördenaufbaus, die Definition der Aufgaben und die Abgrenzung der regionalen Zuständigkeitsbereiche ging.

³¹⁰ In der NS-Zeit waren in der letzten Phase des Krieges die gleichgeschalteten Selbstverwaltungsorgane der gewerblichen Wirtschaft, die Gauwirtschaftskammern und die angeschlossenen Fachverbände in immer stärkerem Maß zur Lenkung des Rohstoff-, Energie- und Arbeitskräfteeinsatzes herangezogen worden.

³¹¹ Schwer lesbar.

³¹² Vgl. Kap. 3, Anm. 279.

Krach der Amerikaner und Engländer über den bremischen Rundfunk, dessen Eröffnung die Engländer untersagt haben.³¹³ – Die Engländer verlangen die Gelder des Oberfinanzpräsidenten in Bremen; die Amerikaner sperren die Überweisung!

Nachmittags Juristensitzung. Die vorläufige Tätigkeit der entlassenen Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte usw. bis 15. März genehmigt. – Ausschuß für politische Häftlinge. – Kaisen einigt sich unter Wenholds Mitwirkung mit Tantzen: Oberfinanzpräs[idium] nach Oldenburg, L[andes]wirtsch[afts]a[mt] und L[andes]arb[eits]a[mt] Bremen.

[...]

Donnerstag, 20. Dezember 1945

[...]

Freitag, 21. Dezember 1945

Im Senat mancherlei Wichtiges über die Mittelbehörden, die Verbindung Bremens und Wesermündes und über den Gebietsrat Hannover, über den Kaisen und Wenhold berichteten. Kaisens fast zweistündige Unterredung mit dem englischen General Lingham;³¹⁴ Kaisens Explosion wegen der Landesarbeits- und Landeswirtschaftsämter. Offenbar ein persönlicher Erfolg Kaisens.

Ausschuß für politische Häftlinge gebildet; Arnold stellvertretendes Mitglied.

[...]

Samstag, 22. Dezember 1945

Die Reibungen zwischen Amerikanern und Engländern um Bremen setzen sich fort. Außer Wesermünde-Stadt sollen alle Gerichte der außerbremschen Enklave an ihre früheren Bezirke zurückfallen. Frage des Oberlandesgerichts noch offen.³¹⁵

[...]

³¹³ Seit dem 4.10.1945 arbeitete eine kleine Gruppe amerikanischer Spezialisten daran, „Radio Bremen“ als deutschsprachige Rundfunkstation der Militärregierung aufzubauen. Der Sendebeginn war für den 16.12.1945 geplant, mußte aber verschoben werden, um Anweisungen höherer Stellen abzuwarten. Am 23.12. nahm Radio Bremen seine Arbeit auf mit täglich zwei Sendestunden, von 19.00 bis 21.00 Uhr (Functional History 1945/46, S. 252); Reinken, Rundfunk in Bremen, S. 50–81; Peter Dahl, Radio Bremen, in: Sommer [Hrsg.], Bremen in den fünfziger Jahren, S. 114–123).

³¹⁴ John Lingham, 1897–1976, englischer General, 1945–1948 Militärgouverneur der Provinz Hannover, 1948 Land Commissioner für Niedersachsen, 1951 Land Commissioner für Nordrhein-Westfalen.

³¹⁵ Ein OLG Bremen wurde erst nach der Eingliederung des Landes Bremen in die US-Zone am 15.7.1947 eröffnet, vgl. Kap. 4, Anm. 328.

Sonntag, 23. Dezember 1945

[...]

Nachmittags 3 Uhr von den Amerikanern angeregte Friedens- und Weihnachtsfeier auf dem Markt.³¹⁶ Warme Rede Kaisens vom Balkon des Rathauses. Rede des amerikan[ischen] Generals Vaughan. Gemeinsames Singen von Weihnachtsliedern. Einzige technische Panne mit dem Lautsprecher. Für uns, die wir auf dem Balkon neben den Rednern standen, eindrucksvolle Veranstaltung. Widersprechende Erinnerungen und Gefühle. Frühere Erlebnisse auf dem Rathausbalkon (Zeppelins Besuch bei der Heimkehr des Handels-U-Bootes „Deutschland“,³¹⁷ Revolution 1.1.[19]19, Entwaffnung des heimkehrenden Regiments usw.).³¹⁸ Die Trümmerwelt um uns. Die dichte Menschenmasse mit den amerikan[i-schen] Soldaten, die gemeinsam gesungenen Weihnachtslieder, das in der ganzen Welt gesungene Weihnachtslied „Stille Nacht“.

Montag/Dienstag, 24./25. Dezember 1945

[...]

Mittwoch, 26. Dezember 1945

[...]

Nachmittags Mutter, Paula und ich bei Bückings. Grundsätzliches über den 20. Juli 1944 und die Berechtigung zum Tyrannenmord; „Staatsnotstand“. – Seit wann sind Kriege nach außen auch Kriege im Innern?

[...]

Donnerstag, 27. Dezember 1945

[...]

³¹⁶ Programm und Bericht im Weser-Kurier vom 22. und 24.12.1945. Auch Radio Bremen übertrug die Feier in einer Sondersendung am 23.12.

³¹⁷ Anlässlich der Rückkehr des Handels-U-Bootes „Deutschland“, dem es bei seiner ersten Amerikafahrt gelungen war, die englische Blockade zu durchbrechen, hatte am 25.8.1916 in Bremen ein großer Empfang stattgefunden. Am Vortag hatten sechs deutsche Luftschiffe einen Bombenangriff auf London geflogen. Neben dem Kapitän der „Deutschland“ hatte deshalb Graf Zeppelin im Mittelpunkt der Feier gestanden. Schwarzwälder, Bremen II, S. 620f.

³¹⁸ Das aus dem Krieg heimkehrende Infanterieregiment 75 wurde am 1.1.1919 vom Rathausbalkon aus von Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats und des alten Senats begrüßt. Um blutige Auseinandersetzungen mit den einrückenden Truppen zu vermeiden, hatte der A.- und S.-Rat am Vortag der Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft zugestimmt, sich selbst aber ein Vetorecht vorbehalten. Genauer dazu und zur Revolution in Bremen: Schwarzwälder, Bremen III, S. 46–51.

Freitag, 28. Dezember 1945

Unklarheit der Zuständigkeiten. Die hiesige amerik[anische] Militärregierung bekommt keine Anweisungen von Frankfurt; sie „hängt in der Luft“. Gleichzeitig Kampf um die Mittelbehörden. Die Amerikaner unterstützen Bremen. Kaisen rühmt Oberst Shamel.³¹⁹

Im *Senat* mehr als einstündige Aussprache über die Jugend; politische, pädagogische und wirtschaftliche Fragen. Kaisen gegen schematischen Zwang; man müsse an den einzelnen Menschen heran, den Charakter bilden; Kräfte von unten her entwickeln; die Jugend habe über die Weltpolitik die Heimat verloren.³²⁰ Ich trete für kleine, freiwillige Gruppen ein; weniger Massen; reifen lassen; das ganze eine Frage, die richtigen Menschen [für die Jugendarbeit] zu finden. Ehlers über Verwahrlosung und Landsknechtswesen.

[...]

Samstag/Sonntag, 29./30. Dezember 1945

[...]

Montag, 31. Dezember 1945

Vormittags Rathaus. Beratung der Wesermünder Frage.³²¹

[...] Nach Mitternacht einige Minuten im Freien; nur wenige Sterne. – Erinnerungen und Gedanken. Welch ein Jahr liegt hinter uns! Ich habe im Ganzen resigniert und auf alles, was mir früher im persönlichen und im allgemeinen deutschen Leben wertvoll war, innerlich verzichtet; nur so kann

³¹⁹ Joseph W. Shamel, im Juni 1945 Leiter der Exekutive der US-Militärregierung in der Enklave Bremen (Detachment E2C2) im Range eines Majors, im Dez. 1945 Lieutenant Colonel und Chef des dem Detachment gleichgeordneten Bremen Port Commands.

³²⁰ Die eingehende Erörterung aufgrund eines schriftlichen Berichts von Senator Paulmann faßte Kaisen zusammen: Es gehe um die wirtschaftliche und soziale Betreuung der Jugend, insbesondere ihre Eingliederung in den Arbeitsprozeß, noch mehr aber um geistig-seelische Beeinflussung. „Man müsse berücksichtigen, daß nicht eine Weltanschauung die andere durch ihr Obsiegen abgelöst habe, sondern daß erst der Zusammenbruch den neuen Ideen den Durchbruch ermöglicht habe. Besonders die Jugend habe daher keine Möglichkeit gehabt, sich auf diesen geistigen Umbruch vorzubereiten, sondern sie stehe vor sie überraschenden Tatsachen. Unter diesen Umständen sei Zwang zu vermeiden. Der Jugend müssen Ideale gezeigt werden, denen nachzustreben sie als lohnend ansieht.“ (Senatsprotokoll 28.12.1945, StAB: 3/3).

³²¹ Einbeziehung Wesermündes neben Bremen in die „Restenklave“, vgl. Kap. 3, Anm. 279. An der Besprechung im Rathaus nahmen die Senatoren Spitta, Apelt, Nolting-Hauff und Wenhold sowie ORR Behrens und Dr. Friese teil. Sie gelangten überwiegend zu der Auffassung, daß erhebliche Bedenken gegen „eine völlige staatsrechtliche Eingliederung Wesermündes“ sprächen. (Notiz Spittas vom 2.1.1946, in StAB: 3-B.10. a. Nr. 2[1]).

ich die Gegenwart und die Arbeit für den Staat tragen. Ich habe die Hoffnung, daß unser Volk am Leben bleiben wird, – nicht nur physisch als Fellachenvolk, sondern als ein Volk im geschichtlichen und geistigen Dasein. – Ich glaube auch, daß in unserem Volk, so viel Schmutz, Selbstsucht, Haß, Denunziantentum, Würdelosigkeit und Verbrechertum an die Oberfläche kommen, in der Stille und Tiefe sittliche Kräfte lebendig sind; überall sieht man in den Familien, besonders bei den Frauen, Fleiß, Dulden, Tragen des Leids, tapferes Bekämpfen der Not. Es hängt von uns selbst ab, was aus unserem darbenden, leidgeschlagenen Volk werden wird.

Dienstag, 1. Januar 1946

[...]

Nachmittags Eva, Klaus, Frau Dr. B[ücking] und Lutz. Lebhaftes Gespräch über Völkerversöhnung und Vermeidung künftiger Kriege. Einigung Europas (ohne Rußland). Freier Zuzug der Arbeiter in andere Staaten?

[...]

Mittwoch, 2. Januar 1946

[...]

Donnerstag, 3. Januar 1946

[...]

Nachmittags die übliche lange Beratung mit den Juristen. Befriedigend, wie die sechs Juristen nicht nur juristisch und fachlich hervorragend arbeiten, sondern auch die menschlichen Seiten der Angelegenheiten mit hohem Verständnis und Verantwortungsgefühl behandeln. [...]

Freitag, 4. Januar 1946

Im Senat Schwierigkeiten der Lage Bremens zwischen Amerikanern und Engländern; Anordnungen und Genehmigungen für Bremen nur durch die amerikanische Militärregierung. Die Fragen der Einrichtung einer Bürgerschaft³²² und der Eingliederung Wesermündes. – Zum Ausschuß für die Häftlinge wird von den kommunistisch-sozialistischen Mitgliedern des

³²² Wie Kaisen im Senat mitteilte, war er am Vortag von der amerikanischen Militärregierung über die Pläne der Briten informiert worden, in Hamburg und Bremen eine Bürgerschaft aus Vertretern der Parteien, gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen zu ernennen. Sein Vorschlag, zunächst die Regelung für Hamburg abzuwarten, wurde von den Amerikanern nicht akzeptiert. Der Senat setzte deshalb einen Ausschuß unter Leitung Spittas ein, der die Frage weiterbehandeln sollte. (StAB: 3/3).

Senats ein Vertreter der Betriebsräte verlangt. Deutschland soll ein Außenhandelsmonopol erhalten.

Einschränkung des Treibstoffs durch die Engländer.

Nachm[ittags] mit Kaisen und einem Mitgliede des Magistrats Wesermünde Anschluß Wesermündes besprochen.³²³

[...]

Samstag, 5. Januar 1946

[...]

Im Rathause durch die unklaren und sich widersprechenden Entscheidungen der Besatzungsmächte viel Schwierigkeiten. Frage der Mittelbehörden in Bremen entwickelt sich ungünstig; der englische General [Lingham] hat, ohne Bremen zu hören, entschieden, daß das Landeswirtschaftsamt in Bremen aufgehoben und Bremen dem Landesw[irtschafts]a[mt] Hannover unterstellt werde. Angliederung Wesermündes beraten; meine Ansicht, daß eine staatsrechtliche Einverleibung Wesermündes für Bremen eine finanzielle und politische Belastung bedeuten würde, setzt sich immer mehr durch. Häftlingsausschuß in seiner Zusammensetzung nun wieder von den Amerikanern anders geregelt, alles, was der Governor mit Kaisen verabredet [hat], über den Haufen geworfen.

[...]

Sonntag, 6. Januar 1946

[...]

Montag, 7. Januar 1946

Anhaltender Wirrwarr infolge der unklaren und nicht abgegrenzten Doppelherrschaft Englands und Amerikas?

Dienstag, 8. Januar 1946

In der „New York Times“ vom 16.12.[19]45 Kritik an der amerik[anischen] Besatzungsarmee in Deutschland. „Homesick Americans“. Karikatur: Der Hunger säubert einen Weg: „Hunger, clearing the path for another Hitler“. Andere Karikatur: „Want, Hunger, Cold, Despair“.

³²³ Vgl. Kap. 2, Anm. 104 und Kap. 3, Anm. 279. Aufgrund der Besprechung am 31.12.1945 (vgl. Kap. 3, Anm. 321) setzte sich Spitta in einer Denkschrift vom 2.1.1946 für einen losen Anschluß Wesermündes an Bremen ein, wobei an der staatsrechtlichen Zugehörigkeit der Stadt zur Provinz Hannover nichts geändert werden, die Leitung der wichtigsten Verwaltungszweige aber durch Bremer Mittelbehörden erfolgen sollte, so weiterhin durch das Landesarbeitsamt, das Landeswirtschaftsamt und das Oberfinanzpräsidium, bei der Polizei und beim Justiz- und Gefängniswesen. Außerdem sah Spittas Plan vor, Bremen und Wesermünde demselben Landesernährungsamt zu unterstellen. (StAB: 3-B.10.a. Nr. 2[2]a).

Kampf um die Mittelbehörden in Bremen. Die Deutschen, besonders die Hannoveraner, benutzen die Engländer, um sich auf unsere Kosten zu bereichern. Die Engländer einseitig von den Hannoveranern unterrichtet, da wir auf Befehl der Amerikaner nur mit den Amerikanern verkehren dürfen.³²⁴ Der englische General Lingham in Hannover hat angeordnet, daß das brem[ische] Landeswirtschaftsamt aufgehoben und Bremen dem hannov[erschen] L[andes]w[irtschafts]a[mt] unterstellt wird, dasselbe droht beim Landesarbeitsamt und Oberfinanzpräsidenten.³²⁵ Kaisen verhandelt mit den Amerikanern, während ich die Senatssitzung leite. Nachmittags teilt Oberst Shamel Kaisen mit, daß die Landeseigenschaft Bremens gefährdet sei. Ich entwerfe spät abends Schreiben an Shamel über diese Fragen.

[...]

Theodor hat sich in *Oldenburg* dem englischen Offizier und dem Ministerpräsidenten Tantzen vorgestellt; guter Eindruck von Tantzen, mit dem er Jugendfragen besprochen hat. *Zum 10. Januar* tritt er sein Amt *als Leiter des Jugendamtes in Oldenburg* an. Es kann unter s[einem] Vorgesetzten Kaestner³²⁶ eine fruchtbare und befriedigende Arbeit werden. Ich freue mich auch um Lottes willen, die so einsam lebt.

³²⁴ Die entsprechenden Weisungen an die alliierten Streitkräfte und den Präs. des Bremer Senats vom 10.1.1946 (StAB: 3-R.1.m. Nr. 117[2]) wurden auf Drängen Kaisens erlassen, der dadurch sicherstellen wollte, daß die US-Militärregierung als einzige in Bremen zu Entscheidungen und Anordnungen befugte Instanz von den Briten nicht übergangen werden konnte. (So seine Begründung in der Senatssitzung am 8.1.1946, StAB: 3/3).

³²⁵ Vgl. Kap. 3, Anm. 323. Im Senat teilte Kaisen am 8.1.1946 mit, daß nach einer Entscheidung der britischen Militärregierung das Landeswirtschaftsamt, das Landesarbeitsamt, das Landesernährungsamt und das Oberfinanzpräsidium nach Hannover verlegt werden sollten. Für die Polizei, die Verkehrs- und Wohnungsverwaltung seien entsprechende Entscheidungen vorgesehen. Die Amerikaner wollten dem britischen Plan nicht grundsätzlich die Zustimmung verweigern. Seine Intervention bei dem Chef der US-Militärregierung, Oberst Welker, habe lediglich die Zusage erbracht, daß die Bremer Mittelbehörden auch als Zweigstellen der Hannoveraner Verwaltungen ihre bisherigen Befugnisse behalten sollten. Es komme nun darauf an zu gewährleisten, daß die Bremer Behörden nicht schlechter gestellt würden als die oldenburgischen. Als Erfolg weiterer Bemühungen konnte Kaisen dem Senat am 22.1.1946 berichten, daß nach einer vorläufigen Entscheidung der Militärregierung Bremen ein selbständiges Landeswirtschafts- und Landesarbeitsamt behalten und auch für die Landesplanung weiterhin zuständig sein solle. Das LWA Hannover habe Bremen nach Maßgabe seiner Bedarfsanforderungen zu versorgen und bisher zurückgehaltene Güter nachzuliefern, ohne daß damit eine Überordnung verbunden sei (StAB: 3/3).

³²⁶ Dr. Fritz Kaestner, geb. 1905. 1946 oldenburgischer Minister mit dem Ressort Kirchen und Schulen, Dez. 1946–1954 Ministeraldirektor, 1954–1962 Vizepräs., 1962–1970 Regierungspräs. in Lüneburg, seit 1971 als Rechtsanwalt in Lüneburg tätig.

Mittwoch, 9. Januar 1946

[...]

Donnerstag, 10. Januar 1946

Bewegter Vormittag durch Besprechungen über die Mittelbehörden bei Kaisen. Gemeinsame Vorstellung der drei Kammern verabredet. Frau Stiegler,³²⁷ die alte Mehrheitssozialistin und Mitarbeiterin im Wohlfahrtswesen, bei Kaisen getroffen. Sie war durch die Nazis über elf Jahre im Zuchthaus und Konzentrationslager; sie und andere Sozialisten haben sich aufrechterhalten durch stramme Selbstdisziplin, gründliches Waschen und Sauberkeit, geistige Beschäftigung durch Problemfragen bei der Arbeit.

[...]

Freitag, 11. Januar 1946

Vor und im Senat Frage der Mittelbehörden und unseres Verhältnisses zu Hannover.³²⁸ Wechselnde Erklärungen der engl[ischen] Mil[itär]reg[ierung] in Hannover; zum Teil Unkenntnis und Irrtümer über die verwaltungsrecht[lichen] Angelegenheiten in Deutschland. Formalismus und Bürokratismus bei „Lenkung der Wirtschaft“ durch die Engl[änder].

Nachm[ittags] mit amerikanischem Leutnant Sioda.³²⁹ Verwaltungsgerechtheit und anderes. Rasche Verständigung.

[...]

Abends zu Hause mit Arnolds Freunde Gripp,³³⁰ der einige Tage bei uns wohnt. Er erzählt aus seiner Attachézeit in Bern. Zweimal Überfall auf die Schweiz beabsichtigt: 1941 („Reichsgau Schweiz“, Reichsstatthalter ein Reichsdeutscher in der Schweiz). 1944 im Frühling noch einmal, um die Pässe und Bahnübergänge nach Italien in die Hand zu bekommen.³³¹ Ein-

³²⁷ Anna Stiegler, 1881–1963. Sozialpolitikerin. Seit 1905 Md. der SPD, am 6.1.1933 zur Schriftführerin der Bremer Bürgerschaft gewählt, Ende Nov. 1934 verhaftet, wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, erst 1945 aus dem KZ befreit, Anfang 1946 Rückkehr nach Bremen, 1946–1951 Zweite Vizepräs., 1951–1955 Schriftführerin der Bremer Bürgerschaft, bis 1960 Vors. des Bremer Frauenausschusses. Vgl. die ausführliche Biographie bei: König, Die streitbaren Bremerinnen, S. 277–321.

³²⁸ Vgl. Kap. 3, Anm. 325.

³²⁹ Roman Sioda, Leutnant der polnischen Armee, später für Entnazifizierungsfragen zuständig (Prosecutor of Summary Court).

³³⁰ Helmut Gripp, geb. 1896, Oberst, 1941–März 1944 Luftattaché bei der Deutschen Gesandtschaft in Bern.

³³¹ Vgl. Horst Zimmermann, Die „Nebenfrage“ Schweiz in der Außenpolitik des Dritten Reiches, in: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1976, S. 811–822. Zimmermann erwähnt allerdings nur eine Invasionsplanung für 1940 als Teil eines „Täuschungsmanövers“ der deutschen Armee. (S. 819). Klaus Urner hält die Angriffsplanungen dagegen für ernsthaft: K. U., „Die Schweiz muß noch geschluckt werden!“ Hitlers Aktionspläne gegen die Schweiz, Paderborn 1991.

zelheiten über die Verblendung der Führer; die sachkundigen Darlegungen der alten Generalstäbler über die Kriegsmacht der Angelsachsen beiseite gelegt.

Samstag, 12. Januar 1946

Kaisen bei General Vaughan; seine Anteilnahme an Bremen; wünscht Darlegung über Notwendigkeit der Landeseigenschaft Bremens und eine Geschichte Bremens. Dann Kaisen bei Oberst Shamel, Shamel sagt, er werde sich der Herabdrückung Bremens widersetzen und seinen Abschied nehmen, wenn er damit nicht durchdringe; er wolle nicht der Totengräber Bremens sein. Von Shamel fährt K[aisen] zum Ministerpräsidenten Tantzen nach Oldenburg. Kaisens Arbeitskraft ungeheuer. Inmitten des Betriebes am Donnerstag und Freitag hat Kaisen noch Zeit und Kraft gefunden, einen Artikel „Gefahren für Bremen“ zu diktieren.³³²

[...]

Sonntag, 13. Januar 1946

[...]

Montag, 14. Januar 1946

Im Rathaus Betrieb, der keine Ruhe für eine richtige Denkschrift läßt.³³³ Besprechung mit Kaisen, der sich gegen den Zentralismus Hannovers mit Tantzen verbündet hat.

[...]

Dienstag, 15. Januar 1946

Im Senat Mittelbehörden, Hannover, Amerikaner. Die Lage noch ungeklärt.

Tantzen hat Kaisen seine Sorge um Wilhelmshaven anvertraut; die Engländer wollen nur die Befestigungen zerstören. Die Russen wollen ganz Wilhelmshaven durch Durchstich der Deiche vernichten, oder – es selbst verwalten!³³⁴

³³² Veröffentlicht auf der Titelseite des Weser-Kuriers Nr. 4 v. 12.1.1946. Der Artikel diene dem Ziel, Pläne der britischen Besatzungsmacht abzuwehren, die Bremer Mittelbehörden aufzulösen und die Enklave den Hannoveraner Mittelbehörden zu unterstellen.

³³³ Gegen die Eingliederung Bremens in das Land Hannover. Eine entsprechende Denkschrift Spittas ist nicht zu finden. Statt dessen übersandte ihm Dr. Hermann Janssen am 28.1.1946 eine für die britische und die amerikanische Militärregierung bestimmte Denkschrift: Bremen unter Hannover?, in StAB: 3-B.10.a. Nr. 2[1], Akte 1.

³³⁴ Wilhelmshaven war am 1.4.1937 dem Land Oldenburg eingegliedert worden. Zentrum und Basis seiner Wirtschaft war die Marinewerft, auf der im Dez. 1945

Separatismus in Bayern, das allein in die Gesellschaft der Vereinigten Nationen eintreten möchte.³³⁵ In Hannover Welfentum und Niedersachsentum.

Die amerikanischen Soldaten wollen nach Hause. Nur England hat ein Interesse an Deutschland. Aber strenge Bewirtschaftung durch die Engländer. Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs.

[...]

Mittwoch, 16. Januar 1946

Denkschrift für General Vaughan fertiggestellt.³³⁶

Nachmittags Juristenausschuß.

[...]

Donnerstag, 17. Januar 1946

[...]

Freitag, 18. Januar 1946

[...]

Ständige Zunahme der auswärtigen Sitzungen (Hannover, Hamburg, Oldenburg, Stuttgart, Düsseldorf usw.),³³⁷ eigentlich müßte der ganze Se-

noch 14000 Menschen arbeiteten. Wie am 4.1.1946 über den Rundfunk bekannt gegeben wurde, sollten die Werftanlagen zugunsten der Sowjetunion demontiert und Stadt und Hafen so weit zerstört werden, daß sie nicht mehr in den Dienst militärischer Aufgaben gestellt werden konnten. Darüber hinaus kursierten Gerüchte, daß die Bevölkerung nach Ostfriesland evakuiert und das gesamte Stadtgebiet einschließlich der Wohnbezirke durch Sprengung der Schleusen überflutet werden sollte. Derartige Pläne wurden von der Militärregierung jedoch dementiert und nicht ausgeführt. Die Demontage mit anschließender Zerstörung aller Werft-, Kai- und Hafenanlagen erfolgte vom 26.7.1946 bis zum 11.5.1950. (Hermann Ahner, Wilhelmshavener Chronik. Wilhelmshaven [1969]; Gerhard Koop, Kurt Galle und Fritz Klein, Von der Kaiserlichen Werft zum Marinearsenal. Wilhelmshaven als Zentrum der Marinetechnik seit 1870, München 1982).

³³⁵ Der bayerische Ministerpräs., Wilhelm Hoegner, trat in Zeitungsartikeln und Reden sehr energisch für einen föderativen Staat ein, der den einzelnen in einem freiwilligen Bund vereinten Ländern weitgehende Souveränität lassen und nur wenige Bereiche zentral regeln sollte. Seine vehement vorgetragenen Attacken gegen den „Einheitsstaat“ der Weimarer Republik trugen ihm den Vorwurf des Separatismus ein. (Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959, S. 278f.; vgl. auch Kap. 3, Anm. 202).

³³⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 333.

³³⁷ Konferenzen der Chefs der Länder und Provinzen (Hamburg, Oldenburg, Düsseldorf), Sitzungen des Länderrats der US-Zone (Stuttgart), Tagungen des Gebietsrats und Verhandlungen mit der zuständigen britischen Militärregierung (Hannover).

nat unterwegs sein, da wir keine geeigneten Oberbeamten haben (Behrens leider noch nicht zugelassen).³³⁸

Nachmittags Theodor auf der Durchreise kurz bei uns. Er ist mit seiner amtlichen Aufgabe zufrieden; ist erstaunt, daß man bei der Tagung in Hannover wieder da anfangen wollte, wo man 1932 aufgehört hat. Das ist aber fast auf allen Gebieten so. Auch das ganze Parteienwesen setzt wieder so ein, ebenso die Gewerkschafts- und Betriebsräte-Einstellung mit ihrer alten Kampfstellung. – Vielleicht kann ja nur im langsamen Reifen von innen heraus etwas Neues werden. Aber die alten Formen können hindern.

[...]

Samstag, 19. Januar 1946

Tom Moehlen³³⁹ bei Kaisen und Apelt eingeführt.

Nachmittags Senatorentee bei Apelt.

Abends Denkschrift Hoffmanns (Hapag)³⁴⁰ über Währung. Reichsschuld etwa 1000 Milliarden RM.³⁴¹ Hoffmann meint, 10% = 100 Milliarden ließen sich verzinsen und tilgen. Das bezweifeln Walter, Arnold und ich. Streichung der ganzen Schuld? Wie sind die Sachwerte heranzuziehen?

Sonntag, 20. Januar 1946

Arnold auf Schlittschuhen, Borgfeld-Fischerhude.

Der kurze Vormittag rasch vergangen. Holz sägen mit Walter Lisco fürs Feuer; wir haben noch kein Gas und sind ganz auf Holz und wenige Kohlen angewiesen.

[...]

³³⁸ Vgl. Kap. 1, Anm. 26.

³³⁹ Adolf R. H. Stier tom Moehlen, 1912–1977, Jurist. 1945–1946 Amtsrichter in Brake und Elsfleth; seit Jan. 1946 auf Vorschlag Spittas Vertreter Bremens beim Gebietsrat in Hannover, am 1.4.1946 zum Senatssyndikus ernannt und mit der auswärtigen Vertretung Bremens betraut (er nahm in dieser Eigenschaft an den Ministerpräsidentenkonferenzen und an den Sitzungen des Länderrats in Stuttgart sowie des Zonenbeirats in Hamburg teil); am 14.5.1947 unter dem Verdacht der Fragebogenfälschung vorläufig vom Amt beurlaubt, einen Monat später entlassen, am 30.6.1947 außer strafrechtliche Verfolgung gesetzt, Ende 1951 auf eigenen Antrag aus seinem Amt entlassen; danach Rechtsanwalt und Verfasser von Schriften zum öffentlichen Recht.

³⁴⁰ Dr. Walther Hoffmann, 1898–1963, Jurist. Seit 1924 Finanz- und Wirtschaftsberater in Bremen. 1933 Md. des Bremer Staatsrats, ab 1.10.1934 Finanzdirektor der Hamburg-Amerika-Linie. Von H. liegen vor: Betrachtungen zur Frage der Reichsschuld, 13.7.1945; Denkschrift über die Sanierung der deutschen Reichsschuld, 22.8.1945, zitiert bei Hans Möller (Hrsg.), Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945–1948, Tübingen 1961, S. 513f.

³⁴¹ Diese Angabe war zu hoch. Die Reichsschuld belief sich 1945 auf mindestens 379 Mio. RM, vgl. Kap. 2, Anm. 124.

Montag, 21. Januar 1946

Mit Wenhold im Wagen nach Hamburg, Wenhold in Wirtschaftssachen, ich in Verfassungsfragen.³⁴² Schöne Fahrt durch die sonnige Winterlandschaft. Besprechung nacheinander mit Bürgermeister Schönfelder, Senatsdirektor Drexelius,³⁴³ Wilhelm Kiesselbach, Bürgermeister Petersen und nochmals mit Wilhelm Kiesselbach. Auch in Hamburg noch manches über die Schaffung der ernannten Bürgerschaft unklar. Die englischen Sachbearbeiter in Hamburg nach London abgereist, um Anweisung zu erhalten. Auf Einladung von Petersen mit ihm im „Halali“ gut gegessen. – Hetze gegen Petersen und Kiesselbach wegen angeblicher Begünstigung der „Nazis“.

In den Abendstunden im Rathaus.

[...]

Dienstag, 22. Januar 1946

Im Senat Fall Nawrath. Er soll Museumsdirektor werden, sein Amt als Leiter der Behörde für Kunst und Wissenschaft aufgeben. Kaisen: „Forschungsreise zu den Kannibalen.“

[...]

Abends mit Trixi im „Fidelio“; Raum die Turnhalle der Schule an der Delmestraße.³⁴⁴ Die Aufführung tief ergreifend; es war schwer, an sich zu halten. Kaisen liefen die Tränen herunter; er sagte mir: „Daß uns das noch geschenkt ist, derartiges zu erleben!“ – Als ich ihn bat, sich nicht zuviel aufzuladen und besonders nicht an zu vielen Partei- und Betriebsräteveranstaltungen teilzunehmen, erwiderte Kaisen, man müsse an die Bevölkerung heran und ihnen die Seele aufreißen. [...]

Mittwoch, 23. Januar 1946

[...]

Kaisen fährt für drei Tage nach Oldenburg (Gebietsrat und Länderrat der britischen Zone).³⁴⁵ Stellvertretung für ihn.

³⁴² Es ging um die von der britischen Militärregierung geplante Ernennung einer Bürgerschaft.

³⁴³ Dr. Wilhelm Drexelius, 1906–1974, Jurist. Seit 1923 Md. der SPD; 1933–1945 Rechtsanwalt, 1945 Senatsdirektor in Hamburg, 1946–1961 Senatssyndikus (Staatsrat), 1948 Bevollmächtigter Hamburgs beim Verfassungs-Konvent von Herrenchiemsee, 1961–1974 MdBü (Hamburg), 1961–1970 Bau- und Schulsenator, 1966–1970 Zweiter Bgm., ab 31.7.1970 erneut als Rechtsanwalt tätig.

³⁴⁴ Mit dieser Aufführung trat die „Opernhaus Bremen KG“ erstmals nach Kriegsende vor deutschem Publikum auf. Als Ersatz für das zerstörte Theater am Wall war in der Schule an der Delmestraße eine Opernbühne errichtet worden. Vgl. Faltus, Vorhang auf, S. 80–91.

³⁴⁵ Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen der britischen Zone in Oldenburg am 25.1.1946. Für Bremen nahmen Kaisen und Wenhold an der Tagung teil.

Schwere Niederlage der Kommunisten bei den Gemeindewahlen in Großhessen.³⁴⁶ Kaisen meint, ähnlich sei die Stimmung der Bevölkerung überall in Deutschland, auch in Bremen.

Vorbereitung für den Besuch des französischen Handelsministers in Bremen.

Juristenausschuß am Nachmittag bis 7½ Uhr.

Donnerstag, 24. Januar 1946

Abends Kaisen für den französischen Handelsminister von Oldenburg zurückgekehrt. Im Gebietsrat hat er den Erfolg gehabt, daß hinsichtlich der Mittelbehörden einstweilen alles beim Alten bleibt.³⁴⁷

[...]

Freitag, 25. Januar 1946

Um 8 Uhr bei Eva. Nachts zwischen 12 und 1 Uhr Zwillinge Traute, vier Pfund, Friedel fünf Pfund. Eva glücklich in ihrem Bett. Welch ein Geschenk! Wir sind voll Dankbarkeit.

[...]

In *Senatssitzung* verschiedene ernste Sachen; unter anderem die Bedrohung des Wehrs und der Behelfsbrücke durch Eis; die Mozartbrücke gesprengt.³⁴⁸ Wertvoller Bericht von Senator Ehlers über die Wohlfahrtsberatungen in Stuttgart. Hilfe der Quäker usw.³⁴⁹

Wesentlicher Punkt der Tagesordnung war die Regelung des Entnazifizierungsverfahrens.

³⁴⁶ Die Wahlen in den Landgemeinden fanden am 21. und 29.1.1946 statt und hatten bei einer Wahlbeteiligung von 83 Prozent folgendes Ergebnis: stärkste Partei wurde die SPD mit 485 000, gefolgt von der CDU mit 341 000 Stimmen. Die KPD konnte lediglich 61 000 Stimmen auf sich vereinigen. (Keesing's Archiv 1946/47, S. 628 D).

³⁴⁷ Vgl. Kap. 3, Anm. 325.

³⁴⁸ Die Brücke wurde vorsorglich gesprengt, weil die Gefahr bestand, daß bei ihrem Zusammenbruch die übrigen Brücken beschädigt würden.

³⁴⁹ Nach Besprechungen über Wohlfahrtsangelegenheiten im süddeutschen Länderrat berichtete Ehlers über Pläne der USA, die Hilfe der amerikanischen Wohlfahrtsorganisationen auf Deutschland auszudehnen. Die ersten Lieferungen seien in sechs bis acht Wochen zu erwarten. Um eine gerechte Verteilung sicherzustellen, mußten regionale Komitees und ein deutsch-amerikanischer Überwachungsausschuß gebildet werden. Die Ankündigung bezog sich auf die große Aktion der „Co-operative for American Remittances to Europe“ (CARE), zu der sich die wichtigsten amerikanischen Wohlfahrtsorganisationen zusammengeschlossen hatten. Die US-Zone Deutschlands wurde überwiegend auf dem Seeweg über Bremen mit CARE-Paketen, Lebens- und Genußmitteln sowie Bekleidung, beliefert. Bis Dez. 1947 wurden etwa 19 Mio. solcher Pakete im Bremer Hafen gelöscht, von denen fast 370 000 für die Hansestadt bestimmt waren (Peters, Bremen 1945–1956, S. 103). Am 7.5.1946 teilte Ehlers im Senat mit, daß Bremen bis dahin 14,3 t Liebesgaben erhalten habe, die für eine allgemeine Speisung der Kleinkinder aber nicht ausreichten (StAB: 3/3).

Nachmittags: Friese bringt Nachricht, daß für Unterbringung von 3700 Angehörigen der Soldaten 900 Häuser mit 6500 Bewohnern freigemacht werden müssen. Die Unterbringung scheint undurchführbar.³⁵⁰

Samstag, 26. Januar 1946

Vor einem Jahr fiel Walter. Am folgenden Tage feierten wir noch froh und ahnungslos Evas Hochzeit.

Morgens um 8 Uhr bei Eva.

Mit Wenhold die Oldenburger Tagung besprochen. Die große Sorge: Kaisens Gesundheit. Bei der Oldenburger Tagung hat Kaisen zwei Anfälle (einmal eine Ohnmacht, einmal einen Abwesenheitszustand) gehabt.

Hinsichtlich des großen Räumungsplanes zugunsten der Angehörigen der amerik[anischen] Soldaten haben die Amerikaner zu beruhigen gesucht. Der Plan und die Sorgen bleiben.

[...]

Sonntag, 27. Januar 1946

[...]

Montag 28. Januar 1946

Mit Apelt und Theil über Kaisens Gesundheit und Entlastung. Nachm[itags] mit Kaisen selbst. Mein Vorschlag: Einen Tag in der Woche bleibt K[aisen] draußen auf[s(einem)] Lande. Hilfskraft für Laufendes.

³⁵⁰ Trotz der Zusicherung der Militärregierung, daß nur noch wenige amerikanische Zivilpersonen in Bremen untergebracht werden müßten, kam es auch 1946 zu zahlreichen Wohnungsbeschlagnahmungen. Der Senat bemühte sich vergeblich, mehr Einfluß auf die diesbezüglichen Entscheidungen der Amerikaner zu gewinnen, und erzwang sogar eine Beschwerde beim britischen „quartermaster“ in Bad Nauheim. Um den Betroffenen Wohnungen zu verschaffen, ließ der Senat leicht beschädigte Häuser vordringlich reparieren. Außerdem beschloß er am 10.9.1946, die Richtlinien vom 10.7.1945 „über die Inanspruchnahme von Wohnraum führender Nationalsozialisten“ zu ändern: Gegner des Nationalsozialismus, deren Wohnungen von den Amerikanern beschlagnahmt worden waren, sollten beschleunigt in Wohnungen ehemaliger Parteiaktivisten eingewiesen werden. Darüber hinaus widersetzte sich der Senat der üblichen Praxis der Militärregierung, mit den Wohnungen auch große Teile der Einrichtungen zu beschlagnahmen, da sich die Betroffenen wegen des Warenmangels trotz finanzieller Entschädigung keinen Ersatz beschaffen konnten. Dies führe zu unerträglichen menschlichen Härten und zu einer Verstärkung der Inflation. In einem vom Bremer Senat in Auftrag gegebenen Gutachten kam Prof. Jellinek (Heidelberg) zu dem Ergebnis, daß die Haager Konvention auch für Deutschland gelte und die Beschlagnahme ziviler Einrichtungen verbiete, selbst wenn dafür Entschädigungen gezahlt würden (Senatssitzung 11.10.1946, StAB: 3/3).

Kaisens Vorschlag einer „Geheimgeschichte“ der Gegenwart Bremens. Entlassene Studienräte damit zu beauftragen? Quelle für spätere Geschichtsschreiber.

[...]

Dienstag, 29. Januar 1946

Im *Senat* lange Erörterung allgemeiner Fragen (Gebietsrat, Länderrat usw.; Vertretung Bremens in Hannover und Hamburg).³⁵¹

Menschenmangel überall. Es fehlt besonders an tüchtigen jungen Juristen, die in den Staatsdienst treten wollen. Schwierigkeit, die notwendigen Hilfskräfte zu bekommen, die Bremen in Hamburg, Stuttgart³⁵² usw. vertreten. Bremen doppelt belastet, da es sozusagen zur britischen und amerikan[ischen] Zone gehört. Unsere Aufgabe, zu verhindern, daß die beiden Zonen immer weiter auseinanderklaffen.

Besprechung bis gegen 8½ Uhr abends. Apelts Belastung noch größer als meine; er arbeitet regelmäßig nach dem Abendessen zu Hause; ich nur ausnahmsweise.

[...]

Mittwoch, 30. Januar 1946

Nachmittags Vorbesprechung mit den Juristen über Oberlandesgericht in Bremen und Bedingungen, wenn Bremen zum OLG Hamburg kommen sollte.

Gegen Abend Paula aus Göttingen, um bei den Zwillingen zu helfen.

Donnerstag, 31. Januar 1946

[...] Paula erzählt von dem bewegten Leben der Universität, den politischen Gegensätzen, dem Vortrage Niemöllers in der Kirche, die von Studenten überfüllt war, usw.³⁵³

³⁵¹ Beim Gebietsrat und dem geplanten, seit März 1946 tagenden Zonenbeirat.

³⁵² Beim Länderrat.

³⁵³ Bei einem Vortrag in der Jacobi-Kirche im Jan. 1946 hatte Niemöller wie in zahlreichen anderen Reden, Predigten und Schriften dieser Zeit zur Anerkennung der übergroßen Schuld der Deutschen aufgefordert und diese Schuld trotz seiner achtjährigen Leidenszeit in Konzentrationslagern auch für sich selbst bekannt: „Ich bin schuldig, weil ich 1933 noch Hitler gewählt habe, weil ich geschwiegen habe, als man gleich in der ersten Zeit Scharen von aktiven Kommunisten ohne Prozeß und Gerichtsverfahren verhaftete und einsperrte; ja auch im KZ bin ich noch schuldig geworden, denn, wenn all die Menschen ins Krematorium geschleift wurden, habe ich mich in die Ecke gedrückt und habe nichts dazu gesagt, habe nicht einmal dazu geschrien.“ Seine Ausführungen wurden von den Studenten mit demonstrativem Protest beantwortet (Dietmar Schmidt, Martin Niemöller. Eine Biographie, Stuttgart 1983, S. 185–186).

Zuerst *Gas* im Herd; Erleichterung für die Hauswirtschaft, besonders seit der Einschränkung des Elektriz[itäts]verbrauchs.

Freitag, 1. Februar 1946

[...]

9 Uhr anschließend Karl Carstens. Weiter Apelt mit Lange,³⁵⁴ den wir in den britischen Zonenrat bringen möchten. Kurz vor der Senatssitzung mit Senator Harmssen Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Um 10 Uhr Senat. Gestern Verhandlungen zwischen Amerikanern und Engländern in Bremen über Mittelbehörden. Kein günstiger Verlauf. Verwaltungsgerichtsgesetz durch den Senat gebracht.

Nachmittags 4 Uhr mit amerik[anischem] Offizier Sioda Fragen des Polizeirechts. Doktrinäres Verlangen der Angelsachsen, daß die Polizei keine Verordnungen erlassen und keine Strafverfügungen geben dürfe.³⁵⁵

[...]

Samstag, 2. Februar 1946

Kaisen erkrankt. (Bronchialk[atarrh]). – Gefahr für die Behelfsbrücke vermindert; Sprengungen der 3 bis 4 m dicken Eismassen.

Mit Wenhold Gästehaus des Senats besuchen.³⁵⁶

Mit Paula im Theater: Lessings „Nathan der Weise“. Vieles hat bewegende Gegenwartsnähe. Die Zuschauer gingen offensichtlich mit, besonders bei der gut gesprochenen Erzählung von den drei Ringen. Das Werk ist wohl zehn- bis fünfzehnmal vor ausverkauftem Saal aufgeführt.³⁵⁷

Mit Paula über Flüchtlingselend. Bei Göttingen in Friedland Durchgangslager.³⁵⁸ Die Göttinger Studenten und ihre Professoren helfen im Wechsel der Tage; täglich etwa 100 Studenten. Paula schildert die allge-

³⁵⁴ Karl-Heinz Lange, geb. 1903, Kaufmann, Aufsichtsratsmd. der AG Weser. 1945/46 Beisitzer in einem Entnazifizierungsausschuß, 1946 Md. der ernannten Bürgerschaft (BDV).

³⁵⁵ Amerikanische und britische Stellen bestanden auf der Gewaltenteilung zwischen Legislative (Erlaß von Verordnungen), Jurisdiktion (Strafen) und Exekutive (Polizei) als der Grundlage der Demokratie.

³⁵⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 364.

³⁵⁷ Es handelte sich dabei um die erste Inszenierung des Bremer Künstlertheaters nach der Reparatur seiner Räume im früheren Tanzsaal der „Concordia“ an der Schwachhauser Heerstraße. Das Stück hatte am 16.11.1945 Premiere gehabt. (Faltus, Vorhang auf, S. 27f.).

³⁵⁸ Das Lager Friedland wurde am 20.9.1945 auf einem Versuchsgut der Universität Göttingen eingerichtet. Als Notunterkünfte dienten die beschlagnahmten Ställe und Nebengebäude sowie britische Armeezelte. In den folgenden Monaten wurde das Lager weiter ausgebaut und beherbergte bis zum März 1946 mehr als 680000 Menschen, vor allem Flüchtlingen aus Osteuropa. Neben DRK-Schwestern, noch nicht entlassenen deutschen Kriegsgefangenen und deutschen Freiwilligen arbeiteten dort auch Angehörige der englischen Heilsarmee und englische Kriegsgefangene. (Walter Müller-Bringmann, Das Buch von Friedland, Göttingen 1956).

meine Opferwilligkeit dabei. Solche Erscheinungen soll man in der allgemeinen Not und in dem so vielfach hervortretenden sittlichen Verfall nicht übersehen.

Sonntag, 3. Februar 1946

[...]

Nachmittags allerlei allgemeine Sorgen besprochen. Arnold legt die gespannte Lage der Brotversorgung dar. Da alle Reserven fehlen, kann die kleinste Verzögerung der englisch-amerikan[ischen] Getreideimporte zu schwersten Störungen führen.

Die Niederlage der Kommunisten bei den Wahlen in Süddeutschland³⁵⁹ zeigt, daß die Bevölkerung nicht zu revolutionären und gewagten Experimenten neigt. Das kann natürlich in wenigen Jahren anders sein; einstweilen sitzt allen der Russenschreck in den Gliedern. Geistig gesehen, bleibt die Sorge vor der zunehmenden Technisierung und Bolschewisierung. Der Materialismus in Lebensauffassung, Wissenschaft und sittlichem Verhalten, den der Nationalsozialismus gefördert hat, ist geblieben; Kommunisten und Sozialdemokraten bewegen sich in dieser Beziehung in derselben Richtung. Eine innere, geistige Erneuerung muß aus anderen Tiefen kommen als aus parteipolitischen. Die Besatzungsmächte sichern uns einstweilen den innerdeutschen Frieden; die Spannungen innerhalb der Deutschen sind geblieben.

„Denazifizierung“ und Verhaftungen der CIC halten an und zerstören die gute Ansicht und das Entgegenkommen unserer Bevölkerung gegenüber den Besatzungsmächten. Auch die Telephonüberwachung aus der Nazizeit ist geblieben. Ein Telefongespräch Trixis über einen Brief nach Wien ist überhört; wenige Minuten später war schon ein Mann vom CIC zur Vernehmung Trixis bei uns. Auch die Postzensur ist lebhaft.

[...]

Montag, 4. Februar 1946

[...]

Dienstag, 5. Februar 1946

11 bis 4 Uhr (mit Luncheon-Pause) Verhandlung bei den Amerikanern mit den Engländern und Hamburgern (Oberst Carton, Kiesselbach, [General-

³⁵⁹ Gemeindewahlen in Bayern und Württemberg-Baden am 27.1.1946. Die CSU erhielt in Bayern 871 000, die SPD 338 000, die KPD 46 000 und die FDP 18 000 Stimmen. In Württemberg-Baden wurde die CDU mit 242 000 Stimmen stärkste Partei, gefolgt von der SPD (158 000), DVP (55 000), KPD (30 000). (Keesing's Archiv 1946/47, S. 628 D).

staatsanwalt] Klaas, Vogler)³⁶⁰ über die bremische Justiz, Oberlandesgericht usw. Entschieden *vor* der Verhandlung, daß Bremen unter das OLG Hamburg kommt, „for the time being“. ³⁶¹ Modalitäten besprochen. Leider mußte W[ilhelm] Kiesselbach mittags nach Pyrmont weiterfahren, so daß er nachmittags den scharfen Ton des hamburg[ischen] Generalstaatsanwalts [Dr. Klaas] gegen Bollinger nicht verhindern konnte. – Im ganzen wenig Erfreuliches für Bremen, höchstens Zusicherung der Richterwahl, der Justizkasse und – außerhalb der Tagesordnung – die Beseitigung der Veröffentlichung der juristischen Denazifizierungsfälle.

Luncheon im neuen Gästehaus. – *Ergebnis für mich: Aufhören der bremischen Justizverwaltung*; sie geht auf den OLG-Präsidenten über. – Infolge eines unbegreiflichen Mißverständnisses Zusammenstoß mit Oberst Carton, der annahm, ich wolle Regelungen treffen für die Zeit, in der die Besatzungsmächte nicht mehr hier seien.

Mittwoch, 6. Februar 1946

Anhaltende Doppelbelastung im Amte.

Nachmittags Juristensitzung über Änderung der Justiz.

Abends zu Hause gearbeitet.

Donnerstag, 7. Februar 1946

Dr. Friese und ich bei der Militärregierung. Angenehme Verhandlung mit dem Abgesandten von General Clay, Major [Name fehlt]. Er englisch, ich deutsch, fast ohne Dolmetscher. Frage der Mittelbehörden. Volle Zustimmung des Majors. Er teilt das englische Argument mit: Die Bezirke der Mittelbehörden sind Bezirke der parteipolitischen Gaue.³⁶² – Drei Mög-

³⁶⁰ Dr. Reinhart Vogler, 1901–1981. 1946 Amtsgerichtsdirektor und Referent beim OLG-Präs. Kiesselbach, 1964–1969 OLG-Präs. in Hamburg.

³⁶¹ Bremen wurde mit Wirkung vom 5.2.1946 der britischen Justizaufsicht unterstellt mit der Folge, daß die Gerichte der Enklave in den Zuständigkeitsbereich des HOLG in Hamburg kamen. Wie Spitta am 8.2.1946 im Senat ausführte, konzentrierte er seine weiteren Bemühungen darauf, „wenigstens eine bevorzugte Behandlung Bremens zu erreichen“. Er erhielt von Kiesselbach die Zusage, daß ein Senat des OLG in Bremen tagen sollte, und bei einer weiteren Besprechung in Hamburg am 14.2.1946 außerdem die Zusicherung, daß Bremen bei der Besetzung der Richterstellen beteiligt würde. Ein Problem blieb die Kompetenzabgrenzung zwischen dem OLG-Präs. und dem Bremer Senat auf dem Gebiet der Rechtsetzung, da beiden von den Besatzungsmächten die ehemaligen Befugnisse des Reichsjustizministers übertragen worden waren (Ausführungen Spittas in den Senatssitzungen am 15.2. und 24.3.1946, StAB: 3/3). Ungeachtet dieser Schwierigkeiten erfolgte am 2.4.1946 die Angliederung der Bremer Gerichte an das HOLG.

³⁶² Schwer lesbar: evtl. auch „Gremien“. Gemeint ist wahrscheinlich, daß die Zuständigkeitsbereiche der Mittelbehörden in Anlehnung an die Gaugliederung der NSDAP abgegrenzt worden seien.

lichkeiten: vergrößerte Enklave, alles britisch, Änderung des Enklave-Vertrages.

Mittags bei Bürgermeister Vagts, der nach sechsmonatiger Haft entlassen ist. Den Grund der Verhaftung hat V[agts] nicht erfahren. In der bremischen Lettow-Vorbeck-Schule schlechte Verpflegung und unwürdige Behandlung; im Lager bei Ludwigsburg in allem das Gegenteil (gute Konserven-Ernährung; Musikinstrumente für ein Gefangenenorchester, Bücher).

[...]

Freitag, 8. Februar 1946

In Senatssitzung bedeutsame Fragen: Justiz, Mittelbehörden, Bürgerschaftszusammensetzung und Senatsstellung.

Zunahme von Fleckfieber in der russischen Zone. In allen Zonen, auch in Bremen, große Zahl von Hauterkrankungen, Furunkulose usw.; infolge ungenügender oder fettloser Ernährung.

[...]

Samstag, 9. Februar 1946

Rathausbetrieb. Bürgerm[eister] Vagts vor der Heranziehung zum „Schippen“ bewahrt (durch Besprechung mit Senator Wolters).

Nachmittags Denkschrift des jurist[ischen] Professors Hugelmann (Göttingen)³⁶³ über die politische Gliederung des Deutschen Reiches, erstattet für die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung. Die Darlegung über das nordwestdeutsche Küstengebiet mit der Hauptstadt Bremen berührt sich mit bremischen Gedanken. Das Gutachten behandelt Bremen und Hamburg verschieden: Hamburg bleibt reichsunmittelbar (wie Berlin es werden soll); Bremen nur „Reichsstadt erster Ordnung“ und Hauptstadt!

Abends 18^{1/2} bis 22^{1/2} Uhr *Einweihung des „Gästehauses“ des Senats* in Brabants Haus Parkallee 113.³⁶⁴ Das Gästehaus notwendig, da alle Hotels zerstört und die Gesellschaftsräume des Rathauses Clubräume der Amerikaner sind. Von Wenhold mit alten Möbeln und Bildern hübsch eingerichtet. Eindruck der alten Wohnkultur. Wertvoll das ungezwungene Zusammensein mit den Kollegen.

[...]

³⁶³ Dr. Karl Hugelmann, 1879–1959. Professor für öffentliches Recht mit den Spezialgebieten Kirchen- und Nationalitätenrecht an den Universitäten Wien und Münster, Wohnsitz in Göttingen.

³⁶⁴ Die Villa aus dem Jahr 1902 wurde später vom Bremer Senat an einen Privatmann verkauft mit der Auflage „pflegerischer Behandlung“, aber trotzdem mit Genehmigung des Bausenators im April 1990 abgerissen. Ein deshalb gegen ihn eingebrachter Mißtrauensantrag scheiterte in der Bürgerschaft. (ARD, Tagesthemen, 18.4.1990).

Sonntag, 10. Februar 1946

[...]

Montag, 11. Februar 1946

Fragen der künftigen Bürgerschaft und der Stellung des Senats angesichts der britischen Richtlinien.³⁶⁵ – Keine Ruhe und Zeit, die wichtigen Fragen durchzudenken oder gar zu Papier zu bringen.

Dienstag, 12. Februar 1946

Im Senat (nach Vorbesprechung mit den „bürgerlichen“ Senatoren) Fragen von Senat und Bürgerschaft.

Überschwemmungen und Hochwasser in der Weser. Gefährdung der Brücke. Beamte und Angestellte, die am linken Weserufer wohnen, nach Hause geschickt.

Nachmittags bei Kaisen in Katrepel. Amtliches besprochen, vor allem künftige Stellung des Senats. Kaisen gegen die veralteten Parteien; warme Worte für Jugend und für tätige Männer und Frauen.

Nachher bei Gorsemann, den ich in seinen amtlichen Angelegenheiten berate (Ruhestand usw.). Gorsemann über die heimische Erde in der Kunst (Ton).

Ich hatte viel Verdruß im Amt gehabt, auch durch das Versagen des technischen Apparates im Rathaus (neue Kräfte wegen der vielen Entlas-

³⁶⁵ Die britischen Richtlinien sahen die strikte Trennung von politischer Führung und Verwaltung vor. Der Erste Bgm. sollte als politischer Spitzenrepräsentant Präs. der Bürgerschaft werden und ihm als Chef der Verwaltung ein Stadtdirektor an die Seite gestellt werden. Die politischen Repräsentanten sollten ehrenamtlich tätig sein, die Verwaltungsleiter als Beamte besoldet werden. Für die „Fachsenatoren“ war der Beamtenstatus vorgesehen. Sie würden nach diesen Planungen, wie Spitta am 12.2.1946 im Senat auf Anfrage Wolters' mitteilte, „von der Bürgerschaft für längere Zeit gewählt“, um „von den Wechselfällen der Politik unabhängig“ zu sein. Nach Auffassung Wenholds waren alle Senatoren grundsätzlich Fachsenatoren; als „politische Persönlichkeiten“ wollte er nur den Präsidenten des Senats und seine zwei Vertreter ansehen. Nolting-Hauff legte Wert darauf, auch den Fachsenatoren ein jederzeitiges Rücktrittsrecht zuzugestehen. Der Senat beschloß, die Erörterung nach einem Gespräch Spittas mit dem Governor Shamel am 13.2. fortzusetzen. Umstritten war die geplante Trennung von politischer und administrativer Spitze vor allem deshalb, weil Bremen damit nur der Status einer Gemeinde zugebilligt und seine Funktion als Staat ignoriert wurde. Die Unterredung mit Shamel führte zu dem Ergebnis, daß der Senat bis zur Verabschiedung einer neuen Verfassung durch die Bürgerschaft „in der bisherigen Besetzung und Rechtsform weiterarbeiten“ solle (Mittlg. Spittas im Senat am 15.2.1946, StAB: 3/3). Ein Durchbruch wurde nach weiteren schwierigen Verhandlungen mit der Militärregierung am 1.3.1946 erzielt, als sich die Vertreter Bremens mit den zuständigen britischen und amerikanischen Offizieren auf die Grundzüge der künftigen Verfassung einigten (vgl. Kap. 3, Anm. 393).

sungen; die eingearbeiteten Leute fehlen). Durch Kaisen und Gorsemann wieder aufgerichtet und auf das Wesentliche eingestellt.

[...]

Mittwoch, 13. Februar 1946

Um 3 Uhr beim Governor Shamel; Stellung des Senats besprochen. Abweichen von den britischen Richtlinien nicht möglich.³⁶⁶ Senat soll in die Bürgerschaft ernannt werden. Diese Frage vom Senat rasch zu entscheiden; möglich, daß sich einzelne ausschließen; ich bliebe am liebsten außerhalb der Bürgerschaft, überhaupt außerhalb der Parteipolitik. Wichtiger ist aber, daß der Senat geschlossen dasselbe tut.³⁶⁷

Um 5 Uhr mehrere Stunden Juristenausschuß; Besprechung der Hamburger Verhandlung.

[...]

Mittags *Lotte nach Jade* abgereist, die gefährdete Brücke noch begehbar. Große Wasserflächen an den Weserufern. Straßen in Hemelingen unter Wasser. – Höchstes Wasser seit 1881.³⁶⁸

Behrens: „Bremen unter Hitlers Gewaltherrschaft, Schicksale einer Freien Hansestadt im Dritten Reich.“ Geschichtliche Darstellung aufgrund eigener Erlebnisse.³⁶⁹ Ich soll den Entwurf durchsehen.

Donnerstag, 14. Februar 1946

Mit Lahusen und anderen Juristen *nach Hamburg*. Von 10 bis 1 Uhr Verhandlung mit den Hamburgern über die Eingliederung der bremischen Justiz in das Oberlandesgericht Hamburg. Durch Kiesselbachs Eingreifen für Bremen Richterwahl und Wahl des Landgerichtspräsidenten erreicht. Im allgemeinen Verständigung. Gutes Essen im Bahnhofsrestaurant. Nachmittags bis 5 Uhr Verhandlung mit den Engländern Oberst Rathbone³⁷⁰ und Carton. Persönlich angenehm.

³⁶⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 365.

³⁶⁷ Der Senat sprach sich am 15.2. dafür aus, „in sich geschlossen in die Bürgerschaft aufgenommen zu werden und in ihr geschlossen zu arbeiten und auch einheitlich zu stimmen“ (Senatsprotokoll, StAB: 3/3). Spittas ablehnende Haltung zur „Parteipolitik“ läßt es fraglich erscheinen, ob er einer der Initiatoren bei der Gründung der BDV war, wie Hein u. a. meinen. (Hein, Milieupartei, S. 77f.).

³⁶⁸ Hemelingen war von dem Hochwasser, das durch plötzliches Tauwetter mit starken Regenfällen völlig überraschend ausgelöst worden war, wegen zu später Schließung der Deichscharten besonders schwer betroffen (Schwarzwälder, Weserbrücken, S. 52f.; Wolters und Ehlers in den Senatssitzungen am 22. und 27.2.1946, Protokolle, StAB: 3/3).

³⁶⁹ Philipp Behrens, Bremen im Dritten Reich, Bd. 1, masch. Mskr. im StAB: Ab-49.

³⁷⁰ Oberst J. F. W. Rathbone, Chef der Rechtsabtlg. (Legal Branch) der britischen Militärregierung für Deutschland (Control Commission for Germany, British Element).

Von 5 bis 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Rückfahrt im Nebel.

Wassernot in Bremen; Ausfall des Theaters (der Kammerspiele) in der Böttcherstraße. Obdachlosigkeit von Kleingärtnern im Überschwemmungsgebiet; Verluste von Vorräten.

Freitag, 15. Februar 1946

Lange Senatssitzung über wichtige Fragen: Senat und Bürgerschaft, Justiz, Hochwassergefahr, Verhältnis zu den Briten und zu Hannover, großer Plan eines zwangsweisen Arbeitseinsatzes, auch der Frauen bis zum 35. Jahre, für Aufräumarbeiten usw.³⁷¹ [...]

Widerspruchsvolle Anordnungen der Briten und Amerikaner.

[...]

Samstag, 16. Februar 1946

Schwierige Geschäftslage, zum Teil auch durch Versagen des Bürobetriebes (Entlassungen!) und durch den unpraktischen Bau des neuen Rathauses, das keine Vorzimmer hat.

[...]

Sonntag, 17. Februar 1946

[...]

11 bis 1 $\frac{1}{2}$ Uhr Mitgliederversammlung der Brem[er] Demokr[atischen] Volkspartei. Gute Reden Wenholds (allgemeine Politik), Apelts über wirtschaftl[iche] Fragen, Dr. Pürschels (kathol[isch])³⁷² über „Grundsätzliches zur Demokratie“ (Wurms Brief an den Erzbischof von Canterbury und Botschaft des Papstes),³⁷³ Dr. Rübberdts³⁷⁴ über Organisation.³⁷⁵

³⁷¹ Der zuständige Referent berichtete im Senat über die „außerordentlich ungünstige Haltung“ des Landeswirtschaftsamts in Hannover gegen Bremen, die von der britischen Militärregierung unterstützt würde. – Der Senat stimmte einem Plan des Landesarbeitsamts zu, zum Ausgleich des Arbeitskräftemangels drei bis vier Prozent der männlichen Staatsbediensteten für jeweils sechs Tage bei Aufräumarbeiten einzusetzen; 1200 bis 1500 Mann sollten auf diese Weise in den Monaten März bis Okt. für den Zweck zur Verfügung stehen. Über den Einsatz von Frauen ist in dem Senatsprotokoll nichts vermerkt (StAB: 3/3).

³⁷² Dr. Richard Pürschel, geb. 1895, Geschäftsführer des Caritas-Verbandes, Gründungsmd. der BDV, 1946 Md. der ernannten Bürgerschaft.

³⁷³ In mehreren Briefen aus dieser Zeit an den Erzbischof von Canterbury (13.11.1945) bzw. die Christen Englands (14.12.1945) hatte sich Wurm als Vors. des Rates der EKD gegen die schematische und nach seiner Meinung zu weitgehende Entnazifizierung im Bereich der Kirche und gegen die massenhafte Internierung von Beamten gewandt sowie auf das Flüchtlings- und Vertriebenenelend in Deutschland hingewiesen. Im Schreiben vom 13.11.1945 prangerte er „die Ländergier der Polen und der Russen“ als Ursache der Not an; im Schreiben vom 14.12.1945 verstieg er sich dann zu dem Satz: „Das deutsche Volk auf einen noch engeren Raum zusammenzupressen und ihm die Lebensmöglichkeiten möglichst zu beschneiden, ist

Im ganzen ist die Bevölkerung allen Parteikämpfen abgeneigt. Es zieht ja auch kein Programmsatz der alten Parteien vor 1933 mehr. „Junker“, „Schlotbarone“, „Kapitalisten“ usw., sie alle gibt es ja in Deutschland nicht mehr. Es gilt nur, eine große gemeinsame Not zu wenden.

Behrens Schrift (erster Teil) über Bremen unter Hitler zu Ende gelesen. Nachher las Walter Lisco sie und war aufs äußerste erregt über diese Schilderung des Sieges der Unfähigkeit und Gemeinheit über Sachkunde und Anstand.

[...]

grundsätzlich nicht anders zu bewerten, als die gegen die jüdische Rasse gerichteten Ausrottungspläne Hitlers.“ [Martin Greschat (Hrsg.), Die Schuld der Kirche. Dokumente und Reflexionen zur Stuttgarter Schuldklärung vom 18./19. Oktober 1945, München 1982, S. 128–131]. – Papst Pius XII. hatte in einem Schreiben an den deutschen Episkopat vom 1.11.1945 den „Widerstand“ der Bischöfe gegen die „wahnsinnigen Ideen und Maßnahmen“ des NS-Regimes gewürdigt, wobei sie bei dem besseren Teil des deutschen Volkes Unterstützung gefunden hätten. Der Papst gab daher der Hoffnung Ausdruck, daß die Sieger im „Geiste des Rechts“ urteilen und nicht Unschuldige mit den Schuldigen bestrafen würden. Er versprach, sich für die Freilassung deutscher Kriegsgefangener einsetzen zu wollen. Das Schreiben war dem Münchener Erzbischof, Kardinal Michael von Faulhaber, am 7.12.1945 durch einen Boten überbracht, von diesem übersetzt und im Jan. 1946 in den katholischen Kirchen Bayerns verlesen worden. (Akten deutscher Bischöfe, Bd. 6, S. 818–825).

³⁷⁴ Dr. Rudolf Rübberdt, 1905–1981, Dipl.-Volkswirt. Als Student Md. der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler, dann DVP, 1933–1934 SA, Geschäftsführer der BDV, betrieb erfolglos die Überführung der BDV in die CDU, 1955–1959 MdBü, bis 1957 Vors. der CDU-Bürgerschaftsfraktion in Bremen.

³⁷⁵ Erste Mitgliederversammlung der BDV, die am 28.10.1945 als bürgerliche Sammelbewegung gegründet und am 7.12.1945 von der Militärregierung zugelassen worden war. Nach ihrem am 15.12.1945 im Weser-Kurier veröffentlichten Programm wollte sie alle Bürger zusammenfassen, die sich zum Aufbau von Staat und Gesellschaft auf christlicher, sozialer und demokratischer Grundlage bekannten. Im einzelnen versprach sie, für die „wohlerworbenen Rechte“ der Beamten und eine unabhängige Rechtspflege, für Frieden und gegen jeden Militarismus, für die Trennung von Staat und Kirche sowie für „ein freies Unternehmertum und eine durch eine umfassende Sozialpolitik gestärkte und gefestigte Arbeitnehmerschaft“ einzutreten. Bis Jan. 1946 hatten sich der BDV etwa 350 Personen angeschlossen. Vors. war bis zum März 1946 Fritz Entholt. Die stärksten Gruppen innerhalb der Partei bildeten die ehemaligen Mitglieder der DVP, der DDP und der Deutschen Zentrums Partei. Diese „Christliche Gruppe“ hatte schon im Jan. 1946 Kontakt zur CDU in der Britischen Zone aufgenommen und stellte bei der ersten Mitgliederversammlung am 17.2. den Antrag, die BDV geschlossen in die CDU zu überführen. Sie scheiterte bei dieser Sitzung knapp mit fast der Hälfte der Stimmen für ihren Antrag; doch führte der Austritt des katholischen Flügels und anderer Befürworter des Anschlusses an die CDU in den folgenden Monaten zur Spaltung der BDV. Gemeinsam mit einer evangelischen Gruppierung, die der BDV nicht beigetreten war, beantragten die Dissidenten am 10.5.1946 bei der Militärregierung die Zulassung der CDU in Bremen und gründeten sie am 16.6.1946. Spitta widersetzte sich in der Folgezeit dem Übertritt zur CDU; deshalb ist es erstaunlich, daß er die diesbezüglichen Vorschläge Rübberdts und Pürschels nicht erwähnt.

Montag, 18. Februar 1946

Andauernde Hetze gegen Bremer Richter (Fahnenflucht-Urteil).³⁷⁶ Besprechung mit Leist³⁷⁷ darüber.

Kaisen wieder im Amte; noch zu schonen; zu geringer Blutdruck. Besprechung über Senat mit ihm.

[...]

Dienstag, 19. Februar 1946

[...]

Kaisen hat wieder Vorsitz im Senat. Wichtige Verhandlungen über Mittelbehörden, Verhältnis zu Hannover usw.

Berichte Apelts, Wenholds und Harmssens über den deutschen Wirtschaftsrat.³⁷⁸ Die Zahl der Regierungs- und Verwaltungsstellen in Deutschland wird immer größer; die Führung der Geschäfte immer schwieriger.

Nachmittags Kaisen bei den Amerikanern. Er erzählt mir das verhältnismäßig günstige Ergebnis. Welker wieder da. Kaisen beklagt sich über Parteipolitik und Hetze innerhalb der „Koalitionsparteien“. Wenn wir wieder in die alten Parteikämpfe hineinkämen, mache er nicht mehr mit. Dr. Friese mit dem Ergebnis der Verhandlung Kaisens mit den Amerikanern weniger zufrieden.

[...]

Mitwoch, 20. Februar 1946

[...]

³⁷⁶ Die Kritik an den Fahnenflucht-Urteilen Bremer Richter (Weser-Kurier Nr. 9 v. 30.1.1946 unter Berufung auf den Tagesspiegel/Berlin v. 21.12.1945 und Weser-Kurier Nr. 14 v. 16.2.1946) war bereits in der Senatsitzung am 1.2.1946 zur Sprache gekommen. Hillmann und Spitta sahen in den scharfen Angriffen „eine Verunglimpfung des gesamten Standes“ und baten um Schutz für die betroffenen Richter. In dem in der Presse behandelten Fall hatte das Gericht die ursprüngliche Strafe von acht Jahren Zuchthaus auf zwei Jahre Gefängnis herabgesetzt, so daß der Verurteilte sofort entlassen worden war. Die Militärregierung, so führte Spitta im Senat aus, habe nie den Vorwurf zu großer Härte erhoben, sondern in mehreren Fällen sogar die Fortdauer der Haft angeordnet. Der Senat beauftragte ihn mit der Formulierung einer entsprechenden Presseerklärung. (Senatsprotokoll StAB: 3/3). Bei der erneuten Beratung im Senat am 22.2.1946 fand Spitta die Unterstützung Wolters', der empfahl, in der Pressenotiz die Gründe darzustellen, weshalb das Gericht weder anders entscheiden noch das Verfahren aussetzen konnte (ebenda). Eine entsprechende Presseerklärung des Senats erschien jedoch nicht.

³⁷⁷ Vgl. Kap. 2, Anm. 103.

³⁷⁸ Deutscher Wirtschaftsrat bei der Kontrollkommission für Deutschland (German Economic Advisory Board with the Control Commission for Germany, British Element – kurz: GEAB) in Minden, vgl. Kap. 3, Anm. 245.

Donnerstag, 21. Februar 1946

Apelt und ich quartieren Kaisen aus s[einem] kalten Zimmer um in ein kleines warmes Zimmer.

Margarete hat Brief von Hans aus Rußland, kann auch antworten. (Brief vom November 1945.) Eine schwere Last ist ihr und uns allen damit abgenommen. Möglich, daß er wegen seiner politischen Vergangenheit bald heimkehren darf.³⁷⁹ [...]

Freitag, 22. Februar 1946

In der Senatssitzung Fahnenflucht-Entscheidung verhandelt; allgemein anerkannt, daß die Richter richtig gehandelt haben. Berichtigung in d[er] Presse.³⁸⁰ – Auswärtige Angelegenheiten; Wenholds Bericht über Düsseldorf.³⁸¹ Verantwortung für Hochwasserschäden (Hemelingen).³⁸²

Samstag, 23. Februar 1946

Kaisen und ich verhandeln mit Redakteur Hackmack vom Weser-Kurier über die Angriffe auf die Justiz (Fahnenflucht-Entscheidung); Vereinbarung über künftige Behandlung von Kritik und Angriffen gegen Behörden und Gerichte.³⁸³

Mittags kommt *Theodor* von einer fünftägigen Tagung mit den Briten über Jugendfragen. – Nachmittags und abends lebhaftes Aussprachen, auch über Pro und Contra des Attentatsversuches vom 20. Juli 1944, sowie über Währungsfrage und Aufbau der Jugend (englisches Allheilmittel: „Clubs“). Theodor lobt die Aufgeschlossenheit der beiden leitenden Engländer (Mann und Frau) im Education Branch.

Sonntag, 24. Februar 1946

[...]

³⁷⁹ Hans Bücking war Kommunist gewesen. Er starb im Dez. 1945 in russischer Gefangenschaft. Die Mitteilung darüber erhielt die Familie erst im Okt. 1946.

³⁸⁰ Vgl. Kap. 3, Anm. 376.

³⁸¹ Sitzung zur Vorbereitung der gemeinsamen Konferenz der Länderchefs der Britischen und Amerikanischen Zone am 1.3.1946 in Bremen.

³⁸² Vgl. Kap. 3, Anm. 368.

³⁸³ Auch in der Folgezeit gab es Konflikte um die Berichterstattung im Weser-Kurier. So kritisierte Wolters am 26.7.1946 eigenmächtige Änderungen der Redaktion in amtlichen Bekanntmachungen und Berichte über die öffentliche Verwaltung, ohne mit dieser Rücksprache zu nehmen. „Ohne die Pressefreiheit beeinflussen zu wollen“, regte er ein erneutes Gespräch zwischen Kaisen oder Spitta und Hackmack an. Im Sept. und Okt., als sich die Lebensmittelversorgung weiter zuspitzte, nahmen Senatsmitglieder mehrmals kritisch zu Veröffentlichungen der Zeitung Stellung (Senatsprotokolle 26.7., 20.9., 1.10.1946, StAB: 3/3).

Montag, 25. Februar 1946

[...]

Zwei Besuche von Abegg, der als Offizier auf Befehl General Beckers bei der unsinnigen Verteidigung Bremens die Weserbrücke gesprengt hat. Er (und Dr. Ahlers, der sich entlasten will) hat so wenig politisches Gefühl, daß er sich um die Musiklizenz, die Ahlers nicht mehr weiterführen möchte, bewirbt, anstatt einige Jahre ganz im Verborgenen zu leben. Dabei ist die Frage, ob er sich dem Befehl der Brückensprengung entziehen konnte, eine Sache für sich.³⁸⁴

[...]

Dienstag, 26. Februar 1946

[...]

Mittwoch, 27. Februar 1946

Die große Zahl der Denkschriften über Ernährung, Siedlung, Landwirtschaft, Währung, Export usw. um eine vermehrt, die die Auswanderung von 20 Millionen Deutschen nach Kanada, dem Westen der USA und Alaska sowie Australien vorschlägt (Stier in Einbeck). Zustimmung tue ich seinem Gedanken, daß nur die Einigung Europas und der Anschluß Deutschlands an die Angelsachsen uns vor dem Verhungern retten kann – es sei denn, daß Europa durch Rußland geeinigt und bolschewistisch wird.

Donnerstag, 28. Februar 1946

Beginn der Ländertagung, bedeutsam durch Teilnahme der süddeutschen Ministerpräsidenten.³⁸⁵ [...]

Abends Essen im Festsaal des neuen Rathauses, den uns der Red Cross Club nach Widersprechen schließlich durch Fürsprache des Governors für

³⁸⁴ Fritz Abegg, 1890–1971. Kaufmann, Sänger und bis 1944 „Chorführer“ im Philharmonischen Chor, Major bei der Wehersatzinspektion in Bremen; war seit dem 9.4.1945 für die Lüderitzbrücke (Große Weserbrücke) verantwortlich (vgl. Schwarzwälder, Weserbrücken, S. 136; Blum, Musikfreunde, S. 529–536). Zu Ahlers vgl. Kap. 2, Anm. 93.

Abeggs Antrag, ihm die Lizenz für eine Konzertagentur zu erteilen, beschäftigte den Senat mehrere Monate: Am 5.3.1946 lehnte er die Erteilung aus politischen Gründen ab, da Abeggs Verantwortung für die Brückensprengung in der Bevölkerung bekannt sei; am 18.6.1946 billigte der Senat Abegg zu, daß er für die Sprengung nicht verantwortlich sei, lehnte die Lizenz aber dennoch am 6.8.1946 endgültig ab, da ihn politisch der Vorwurf treffe, „die Sprengung der Brücke nicht verhindert zu haben.“ (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

³⁸⁵ Gemeinsame Konferenz der Chefs der Länderregierungen und der Oberpräs. der Brit. Besatzungszone mit den Chefs der Länderregierungen der Amerikanischen Besatzungszone vom 28.2. bis 1.3.1946 in Bremen. Aus der amerikanischen Zone nahmen die Ministerpräs. Geiler und Maier aus Groß-Hessen und Württemberg-Ba-

einen Abend (ohne die Nebenräume und ohne die Toiletten) gnädigst überlassen hatte. Von den vielen Reden hatten nur die Kaisens und des großhessischen Ministerprä[sidenten] Geiler³⁸⁶ Inhalt. Meine Tischnachbarn der süddeutsche Generalsekretär Dr. Roßmann (Stuttgart)³⁸⁷ und Ministerialdirektor Wegmann (Oldenburg).³⁸⁸ Besprechung mit Ministerprä[sident] Tantzen, der ein Original und eine Persönlichkeit ist.

[...]

Freitag, 1. März 1946

Um 8½ Uhr morgens *Beginn der Plenarverhandlungen.*

Gute Leitung durch Kaisen und Wenhold, der im wesentlichen die erläuternden Bemerkungen gab. Die Ernährungsdebatte (Referat Tantzens) stand im Zeichen der schweren allgemeinen Lage und der *großen Rationenkürzung in der britischen Zone (um ein Drittel von 1500 Kalorien auf 1010 Kalorien; Brot um die Hälfte!)*. Die Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung un-

den sowie Roßmann als Generalsekretär des süddt. Länderrates teil. Der bayerische Ministerpräsident Hoegner hatte eine Teilnahme abgelehnt. Protokoll der Sitzungen in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. I, S. 290–311. Nach Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 126–128, entsprach diese Konferenz dem Wunsch der Amerikaner nach engerer Zusammenarbeit zwischen ihrer und der Britischen Zone. Sie wollten die Initiative jedoch von deutscher Seite ausgehen lassen, weshalb Kaisen zu der Zusammenkunft einlud. Die amerikanischen Pläne, einen gemeinsamen Länderrat für beide Zonen zu errichten, scheiterten bei dieser Konferenz am Widerstand der Briten, die auf der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland bestanden und sich eine Einmischung der Amerikaner in Angelegenheiten ihrer Zone verbat. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 296f.). Die Äußerungen des Vertreters der britischen Kontrollkommission, Colonel Brazier, waren für die deutschen Länderchefs eine schwere Enttäuschung; Kaisen beschrieb ihn in seinen Memoiren als „versteinerten alten Oberst“ (Meine Arbeit, mein Leben, S. 238). Als erste offizielle Möglichkeit zur Kontaktaufnahme und zum Informationsaustausch zwischen den Ländern der Britischen und der US-Zone war die Tagung dennoch wichtig.

³⁸⁶ Dr. Karl Hermann Geiler, 1878–1953. Rechtsanwalt, 1921–1939 Professor für internationales Recht an der Universität Heidelberg, seines Lehramtes enthoben; 1945–1947 Ministerprä[s.] des Landes Groß-Hessen, parteilos; seit 1947 Professor, 1948 Rektor der Universität Heidelberg.

³⁸⁷ Erich Roßmann, 1884–1953. Kaufmann, Journalist, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium, 1924–1933 MdR (SPD); 1933 und 1944 in Konzentrationslagern inhaftiert; seit 1933 als selbständiger Kaufmann in Berlin tätig, 1945–1948 Generalsekretär des Länderrates der amerikanischen Zone in Stuttgart, 1948/49 Intendant von Radio Stuttgart/Süddeutscher Rundfunk, 1948 Generalsekretär der Europa Union, seit Mai 1949 deren Ehrenprä[s.]

³⁸⁸ August Wegmann, 1888–1976. Jurist, als Rechtsanwalt und im Verwaltungsdienst tätig; 1924–1933 MdR (Zentrum); 1946 stellvertretender Ministerprä[s.] und Innenminister von Oldenburg, 1946–1953 Prä[s.] des niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg, 1955–1957 stellvertretender Ministerprä[s.] und Innenminister von Niedersachsen, 1957–1959 niedersächsischer Finanzminister.

tergraben.³⁸⁹ Den *Höhepunkt der Tagung bildete das Referat von Senator Harmssen* über die Einschränkungen und Verbote der deutschen Industrie-Erzeugung. Erschütternde Wirkung. Versendung an viele Stellen beschlossen.³⁹⁰

Mittags 1 Uhr in der Ostkrypta des Doms Gesang des Domchors unter Liesche. – Die Süddeutschen und Amerikaner sind von Apelt durch die Häfen gefahren [worden]. Abends Abschiedessen im Gästehaus, an dem ich wegen Verhandlungen mit Engländern und Amerikanern nicht teilnehmen konnte. Länderkonferenz *Erfolg für Bremen; es hat gezeigt, daß es noch da ist* (Referat Harmssen, Häfen, Festessen, Musik usw.).

Sonst meist Entschließungen. Außerdem persönliche Fühlungnahme wertvoll.

Ich selbst mit Paulmann, Ehlers und Entholt (für die drei Parteien,³⁹¹ ich als Vertreter der Stadtverwaltung) sowie mit Dr. Friese als Dolmetscher in der *Privatwohnung von Waterman*³⁹² mit den sehr netten Engländern Major Ashton und Town Clerk Porter. Bei Cognac und großen Mengen Kaffee fünfstündige *Verhandlung über bremische Verfassung* (von 8½ bis 1½ Uhr

³⁸⁹ Der Bericht Tantzens ist nicht überliefert. Die versammelten Politiker beschlossen einstimmig, an die Landwirte zu appellieren, mehr als die vorgeschriebenen Kontingente abzuliefern und die Militärregierung zu bitten, Brotgetreide einzuführen. Sie warnten in ihrer Resolution, daß eine Verminderung der Rationen für Normalverbraucher „unter das bisherige Maß von 1 500 Kalorien“ die Arbeitsleistung in allen Betrieben beeinträchtigen und eine weitere Verelendung mit unabsehbaren Folgen herbeiführen“ werde (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 309).

³⁹⁰ Ein Exemplar des Referats befindet sich z.B. im Staatsarchiv Detmold: L 80 Ia GrII, Tit. 1, Nr. 26, Bd. II, Bl. 323–333; die Schlußpassage ist abgedruckt in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 306, Anm. 17. Die Beratungen im Alliierten Kontrollrat über den „Industrieniveauplan“, durch den in Ausführung der Potsdamer Beschlüsse der Umfang der erlaubten deutschen Industrieproduktion, der Einfuhren und Ausfuhren festgelegt wurde, standen kurz vor dem Abschluß. Nachdem die Vier Mächte zwischen dem 31.12.1945 und dem 2.2.1946 ihre Forderungen in vier getrennten Plänen präzisiert hatten, war am 15.2.1946 im Wirtschaftsdirektorium des Kontrollrats eine weitgehende Einigung erzielt worden, so daß sich die Umrisse des „Industrieniveauplans“ abzeichneten. Endgültig verabschiedet wurde er am 28.3.1946 (Jerchow, Deutschland in der Weltwirtschaft, S. 181–209). Zum Schluß seines Referats richtete Harmssen namens der Konferenz an den Kontrollrat die Bitte, die Vereinbarungen im Hinblick auf die „verhängnisvollen Wirkungen“ nochmals zu prüfen und zu diesem Zweck „mit Hilfe deutscher Sachverständiger“ ein Gutachten anfertigen zu lassen, „das zu den aufgeworfenen Fragen gründlich und objektiv Stellung nimmt“. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 306).

³⁹¹ Paulmann für die SPD, Ehlers für die KPD, Fritz Entholt für die BDV.

³⁹² Arthur John Waterman, First Lieutenant, City Administration Officer der US-Militärregierung in Bremen.

nachts).³⁹³ Bezeichnend die Sorge der Engländer, daß sich irgendwo in der Verfassung irgendwie eine „Führerschaft“ entwickeln könne, eine Beeinflussung der Bürgerschaft durch den Senat; immer wieder Bedenken über „head“ und „guide“. Schließlich gelang gegen 1½ Uhr nachts, die Zustimmung der Engländer dafür zu erhalten, daß die Senatoren (als Mitglieder des „executive committee“) vollamtlich als Politiker und Leiter ihres Verwaltungsressorts tätig sein können; executive committee = Senat. Bürgermeister primus inter pares. Besonderer Präsident der Bürgerschaft. Sehr angenehmer Ton der Verhandlung. Ashton überlegener Kopf und humorvoll. Um zwei Uhr nachts zu Bett. Erstaunen der Engländer, daß wir Bremer derselben Meinung in allem, obgleich verschiedene Parteien.

Samstag, 2. März 1946

Personenfragen. Die Länder der britischen Zone wollen, um Hamburg nicht zu herrschend werden zu lassen, einen Bremer, und zwar *Wenhold*, als Generalsekretär nach Hamburg berufen.³⁹⁴ Großer Vorteil für Bremen, aber können wir ihn im Senat und bei den kommenden Bürgerschaftsverhandlungen entbehren? Vertreter Bremens in Frankfurt und Stuttgart, Dr. Strack?

Besprechung mit Kaisen über Verhandlung mit Engländern.

[...]

³⁹³ Vgl. Kap. 3, Anm. 365. Wie Spitta am 5.3.1946 im Senat berichtete, brachten die deutschen Verhandlungspartner den „einmütige[n] Wunsch der bremischen Parteien und der ganzen Bevölkerung Bremens“ zum Ausdruck, die demokratische Verfassung von 1920 wiederherzustellen. Die Briten widersetzten sich zunächst, weil diese Regelung den Richtlinien für „Selbstregierung und Selbstverwaltung“ in ihrer Zone, insbesondere dem Grundsatz der Trennung von Politik und Administration, widerspreche, stimmten dann aber folgendem Kompromiß zu: Die Bürgerschaft hatte, unabhängig vom Senat, die Richtlinien der Politik zu bestimmen, nach denen die Verwaltung zu führen war. Sie tagte unter einem eigenen Präses, der die Verhandlungen unparteiisch leiten und sich selbst an den Debatten und Abstimmungen nicht beteiligen sollte. Die Senatoren mußten von der Bürgerschaft gewählt werden und ihr während ihrer Amtstätigkeit mit vollen politischen Rechten angehören; trotzdem sollten sie „die tägliche Verwaltung der einzelnen Verwaltungszweige führen“ und die Verantwortung für sie tragen. Der Senat bildete den „Hauptausschuß“ (Executive Committee) der britischen Richtlinien. Er entschied mit Stimmenmehrheit; der Präses des Senats war den übrigen Senatoren gleichgestellt. Der Senat sollte einen Entwurf der künftigen Verfassung erarbeiten, dieser im Verfassungsausschuß und Plenum der Bürgerschaft beraten und gebilligt und schließlich von der Militärregierung genehmigt werden. (Senatsprotokoll 5.3.1946, StAB: 3/3).

³⁹⁴ Als Generalsekretär des Zonenbeirats, der am 6.3.1946 in Hamburg zu seiner ersten Sitzung zusammenkam. Gewählt wurde bei ihr der Braunschweiger Ministerialdirektor Dr. Gerhard Weisser; Wenhold wurde als möglicher Kandidat nicht erwähnt (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 347f.).

Sonntag, 3. März 1946

[...]

Nachmittags Denkschriften; Hoffmann: „Kernfragen des Sanierungsproblems“; „Sanierung der Deutschen Reichsschuld“.³⁹⁵ Im unversehrten Reich 1938 Volkseinkommen 77 Milliarden, Steuern usw. 13 Milli[arden], einschl[ießlich] Zölle usw. 17,7 Milliarden.³⁹⁶ Jetzt Reichsschuld mindestens 1000 Milliarden, bei 3 Prozent Zinsen und 1 Prozent Tilgung 40 Milliarden jährlich.³⁹⁷ Öffentl[iche] Ausgaben 8 Milliarden. Bevor man an die „Sanierung“ und Währungsreform herangehen kann, muß feststehen, was das deutsche Volk noch an Aktiven besitzt; dazu gehört Klarheit über die Reparationen, über die Produktionszweige, die uns erlaubt werden, über die Betriebe, die Lizenzen bekommen, ferner über die Besatzungskosten usw. Wird dann nicht nur soviel übrig sein, daß man gerade den zusammengestrichenen Staatshaushalt mit Mühe balancieren kann, aber keine Mittel haben wird, um auch nur einen bescheidenen Bruchteil der Reichsschuld zu verzinsen? – Im übrigen ist die Währungsreform nicht die Hauptsache und nicht das erste; vorher muß die Erzeugung in Gang gebracht werden, vor allem die Landwirtschaft. Gütererzeugung ist das Primäre.

[...]

Montag, 4. März 1946

Mit Behrens bremische Verfassung durchgesprochen.

[...]

Dienstag, 5. März 1946

Im Senat Berichte über Länderkonferenz, Chef-Besprechung, Frankfurter Verhandlung über Reichsmittelbehörden, meine Verhandlung mit den Engländern über die bremische Verfassung usw. Der englische Oberst Brazier³⁹⁸ hat bei der Chef-Besprechung erklärt, die Mittelbehörden seien der technische Apparat der zentralen Kontrolle; eine Resolution darüber gehöre nicht zur Zuständigkeit der Chefs der Länder und Provinzen. Regelmäßige Zusammenkünfte der nord- und süddeutschen Länderchefs seien

³⁹⁵ Vgl. Kap. 3, Anm. 340.

³⁹⁶ Das Volkseinkommen belief sich 1938 auf 82,1 Mrd. RM, die Reichsschuld 1938/39 auf 30,7 Mrd. RM (1937/38 19,1 Mrd. RM); die Gesamteinnahmen betrugen 1938/39 17,7 Mrd. RM, davon durch Zölle 1,8 Mrd. RM (Statistisches Handbuch von Deutschland 1938–1944, hrsg. v. Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebiets, München 1949, S. 555, 558 und 600).

³⁹⁷ Diese Angabe war zu hoch; die Reichsschuld betrug 1944/45 ca. 378 Mrd. RM (vgl. Kap. 2, Anm. 124).

³⁹⁸ Colonel Brazier, Vertreter der Control Commission for Germany (British Element).

indiskutabel; „concentration of power will not be permitted“.³⁹⁹ Die Oberpräsidenten nicht zuständig für Reichsangelegenheiten; Schmälierung ihrer Befugnisse; Kaisen sagt: „Beschränkung auf Chausseen und Krankenhäuser!“

Wenn durch Entscheidung der Kontrollkommission feststeht, daß Preußen nicht wiederkommt, sollen in der britischen Zone neue Länder gebildet werden!

Nolting-Hauuffs bremische Steuererhöhungen. Mit den gleichzeitigen Erhöhungen der Reichssteuern eine schwere Belastung,⁴⁰⁰ aber notwendig finanziell und psychologisch.

[...]

Mittwoch, 6. März 1946

Carstens, der kluge und vielgewandte, erwirkt von Oberst Harris,⁴⁰¹ daß die Österreicher nicht unterschiedslos ausgetrieben würden, sondern er „common sense“ walten lassen werde. Wenn das durchgeführt wird, ist der Anordnung, die große Aufregung hervorgerufen hat, die Schärfe genommen.⁴⁰²

Nachmittags Juristenausschuß. Unter anderem Wahl der Richter und des Landgerichtspräsidenten. Altes bremisches Recht soll wieder aufleben, hoffentlich damit auch das alte Ansehen der Richter. [...]

Donnerstag, 7. März 1946

Der Kleinbetrieb in meinem Arbeitsbereich etwas weniger lebhaft; es bleibt Zeit für ruhige Besprechung wichtiger Angelegenheiten, besonders auch von Personalfragen.

[...]

³⁹⁹ Spitta gibt die Ausführungen Braziers genau und im Zitat wörtlich wieder, vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 296f.

⁴⁰⁰ Der Kontrollrat für Deutschland hatte am 11.2.1946 rückwirkend zum 1.1. eine Erhöhung der Einkommen-, Körperschafts-, Vermögens-, KFZ- und Umsatzsteuern beschlossen (Keesing's Archiv 1946/47, S. 647 C und Scherpenberg, Öffentliche Finanzwirtschaft, S. 201–207). Nolting-Hauuff schlug in der Senatssitzung eine Erhöhung der Gewerbe-, Lohnsummen-, Grund-, Gemeindegetränke- und Vergnügungssteuer zum 1.4.1946 vor und berief sich dabei auf den Grundsatz der britischen Militärregierung, Überweisungen aus Reichssteuermitteln von der Ausschöpfung sämtlicher kommunaler Steuern abhängig zu machen. Der Senat fällte noch keine Entscheidung (StAB: 3/3).

⁴⁰¹ Oberst Harris, für kurze Zeit Chef der amerikanischen Hafenverwaltung (Port Command).

⁴⁰² Die Österreicher sollten nach der Zerschlagung des „Großdeutschen Reichs“ als Ausländer repatriiert werden.

Freitag, 8. März 1946

Im Senat Bericht tom Moehls über den Zonenrat in Hamburg;⁴⁰³ Gegensatz der Parteipolitiker und der Länderchefs. Beschränkung der Beratung und der Anträge durch die britische Militärregierung. Generalsekretär: Weisser⁴⁰⁴ aus Braunschweig, mit dem Apelt und Wenhold gute persönliche Beziehungen haben (Quartier im Gästehaus für Durchreisen angeboten). Wenhold ist in Bremen nicht zu entbehren.

[Noch Senatsberatungen:] Ernährungslage in Bremen; Ausdehnung der Volksspeisung. Der Senat beschließt, die ihm für 2000 leitende Beamte von den Briten zur Verfügung gestellten Lebensmittelzulagen den Volksküchen zur Verfügung zu stellen. – Für Hamburg droht eine vom Staat unabhängige Hafengesellschaft nach dem Muster Londons. Die Finanzierung

⁴⁰³ Der Zonenbeirat war am 15.2.1946 durch die Anweisung Nr. 12 der britischen Militärregierung „über Zonenpolitik“ als Gremium mit ausschließlich beratender Funktion gegründet worden und am 6.3.1946 zu seinem ersten Treffen in Hamburg zusammengekommen (Protokoll in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 338–353). Bremen wurde bei dieser Sitzung gemäß den englischen Bestimmungen über die Zusammensetzung des Zonenbeirats (vgl. Kap. 3, Anm. 300) durch den oldenburgischen Ministerpräs. Tanten mit vertreten. Abweichend von den ursprünglichen Planungen wurden neben den „Vertretern der Verwaltung“ (den vier Oberpräs. der ehemals preußischen Provinzen, dem Hamburger Ersten Bgm. und dem oldenburgischen Ministerpräs. als Vertreter der kleinen Länder) und den zehn Vertretern der „Sachgebiete“ je zwei Vertreter der CDU, SPD und KPD sowie ein Vertreter der FDP, ferner je zwei Vertreter der Gewerkschaften und der Genossenschaften berufen. Diese politischen Repräsentanten spielten gegenüber den Vertretern der Administration bald die größere Rolle. – In seiner Eröffnungsrede am 6.3.1946 betonte der Leiter der britischen Kontrollkommission in Deutschland, General Robertson, erneut den Grundsatz, daß sich der Zonenbeirat bei seiner Arbeit an die britischen Verwaltungsrichtlinien zu halten habe, die auf den Vereinbarungen der Vier Mächte basierten. Dementsprechend übte die Militärregierung über ihren Verbindungsstab starken Einfluß auf die Verhandlungen des Zonenbeirats aus; selbst die Pressenotizen über die Sitzungen mußte er genehmigen lassen. Die Konferenzen der Länderchefs erkannte die Militärregierung, wie sie in einem Schreiben vom 22.3.1946 mitteilte, nicht mehr als selbständiges Organ an (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, S. 48). Unmittelbarer Kontakt mit der Kontrollkommission war den Regierungschefs fortan untersagt; der einzige Weg lief über den britischen Verbindungsstab beim Zonenbeirat. Dem Generalsekretär Weisser kam infolgedessen große Bedeutung zu. Er bemühte sich, die Kompetenzen des Zonenbeirats schrittweise zu erweitern.

⁴⁰⁴ Dr. Gerhard Weisser, 1898–1989, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler. 1933 als Bgm. von Hagen entlassen und als Verlagsleiter tätig, 1945/46 stellvertr. Ministerpräs. des Landes Braunschweig (SPD), seit 1946 Generalsekretär des Zonenbeirats der britischen Zone und Vors. der Konferenzen der deutschen Leiter der Zentralämter, 1948–1950 Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Finanzministerium, 1950–1967 Professor in Köln.

dann nur mit hohen Gebühren möglich. Besteht diese Gefahr auch für Bremen?⁴⁰⁵

[...]

*Ernste Rede Churchills in Amerika gegen Rußland; Kriegsgefahr.*⁴⁰⁶ England habe nicht den Krieg gegen Nationalsozialismus und Faschismus geführt, um Europa einem undemokratischen Bolschewismus auszuliefern. Türkei, Persien, China und ganz Osteuropa einschließlich Balkan. – Hier ein Grund zur Lebensmittelnot?

[...]

Samstag, 9. März 1946

[...]

Sonntag, 10. März 1946

[...]

Rechtfertigungsschrift von Rich[ard] Duckwitz.⁴⁰⁷

⁴⁰⁵ Der Senat beschloß, zum Schutz seiner Hafeninteressen enger mit dem Länderrat zusammenzuarbeiten und einen Vertreter der Hafenverwaltung zu diesem Zweck mindestens einmal im Monat nach Stuttgart zu entsenden (Senatsprotokoll 8.3.1946, StAB: 3/3).

⁴⁰⁶ In einer vielbeachteten Rede in Fulton (Missouri) am 5.3.1946 kritisierte Churchill als Unterhausabgeordneter die Politik der Sowjetunion, mit der Großbritannien noch durch einen Vertrag verbunden war, als unberechenbar und expansionistisch. Er wandte sich gegen die Vertreibung der Deutschen aus Polen sowie die Errichtung eines kommunistischen Regimes in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und beschuldigte die UdSSR, in der ganzen Welt ihre „fünften Kolonnen“ einzusetzen und die „christliche Zivilisation“ zu gefährden. Rhetorisch kaum verhüllt sprach er von der drohenden Kriegsgefahr: „Ich glaube nicht, daß Sowjetrußland den Krieg will. Was es will, das sind die Früchte des Krieges und die unbeschränkte Ausdehnung seiner Macht und die Verbreitung seiner Doktrin.“ Churchill empfahl zwar den weiteren Ausbau der Vereinten Nationen, forderte aber gleichzeitig die Wahrung des Atomwaffenmonopols der USA, Großbritanniens und Kanadas; er trat für einen „Bruderbund der englischsprechenden Völker“ ein mit einem Militärbündnis zwischen den USA und dem Commonwealth als Kernstück. Die Rede löste viel Kritik aus. Die englische Regierung distanzierte sich von den Äußerungen des Privatmannes Churchill und verwies auf die Unterhausrede des Außenministers Bevin am 21.2.1946, in der er den Willen bekräftigt hatte, an dem Vertrag mit der Sowjetunion festzuhalten und politische Lösungen für die anstehenden Probleme zu suchen. Eine Gruppe von Labour-Abgeordneten warf Churchill in einer Resolution vom 11.3.1946 Störung des Weltfriedens durch seine Rede vor. Im selben Sinne äußerte sich Stalin, indem er Churchill mit Hitler verglich. Am 17.3.1946 distanzierte sich die US-Regierung von der Idee einer britisch-amerikanischen Allianz gegen die UdSSR. (Keesing's Archiv 1946/47, S. 657 E, 669 B, 671 A, 675 E, 677 H, 681 A).

⁴⁰⁷ Im NL Duckwitz befinden sich mehrere derartige Aufzeichnungen (StAB: 7, 7-A2).

Amerikanisches Gesetz und britische Richtlinien über Denazifikation.⁴⁰⁸ Selbst in unserem, durch Arnold gestützten, vor allem mit Brotzuweisungen der Rolandmühle verbesserten Haushalt macht sich die Kürzung der Lebensmittelrationen geltend. Das Brot muß streng zugeteilt werden, und Kohlrüben treten in den Vordergrund. Doch haben wir es immer noch gut im Vergleich zu anderen, besonders in der Möglichkeit zu heizen.

[...]

Montag, 11. März 1946

[...]

Dienstag, 12. März 1946

Im *Senat* Unterernährung und Hungersgefahr. Schon bei den früheren Kalorienmengen (1500) Gewichtsabnahme und Zunahme der Tuberkulose. Jüngere Männer 2 kg Gewichtsabnahme, jüngere Frauen bis 3,9 kg in wenigen Monaten. Gutachten: Bei den 1000 Kalorien Hungerödeme und Epidemien zu erwarten.⁴⁰⁹ – Neue „Denazifikationsrichtlinien“; viele Unklarheiten.⁴¹⁰ Hamburg, Verfassungsentwurf.⁴¹¹

[...]

⁴⁰⁸ Der Länderrat der US-Zone verabschiedete bei seiner 6. Tagung am 5.3.1946 in München das „Gesetz Nr. 104 über die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“, das sofort von General Clay genehmigt und anschließend von den Ministerpräsidenten ausgefertigt wurde. Bei der Erarbeitung des Gesetzes waren die deutschen Politiker an die Kontrollratsdirektive Nr. 24 vom 12.1.1946 gebunden gewesen, die, als Anlage beigelegt, Bestandteil des Gesetzes wurde. Insofern beruhte es, wie z.B. der großhessische Ministerpräsident Geiler betonte, auf amerikanischer Anordnung. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 328–337, insbes. S. 333). In der Britischen Zone galt die Zoneninstruktion Nr. 3, die in Ausführung der Kontrollratsdirektive am 17.1.1946 erlassen worden war. Sie sah die Einsetzung von deutschen Entnazifizierungsjuries und -ausschüssen sowie Revisionsausschüssen vor, die jedoch nur beratende Funktionen hatten; die Entscheidung über Entlassungen und Vermögenssperren oblag den Entnazifizierungsabteilungen (Special Branches) der örtlich zuständigen Militärregierung. (Die Instruktion ist abgedruckt bei Lange, Entnazifizierung, S. 233–242). In Bremen trat das Gesetz Nr. 104 erst nach der Eingliederung in die US-Zone am 9.5.1947 in Kraft, veröffentlicht im *Weser-Kurier* v. 14.5.1947.

⁴⁰⁹ Gutachten des Präses der Landesgesundheitsverwaltung, Dr. med. Carl Wilhelm Stade, Kurzfassung veröffentlicht im *Weser-Kurier* Nr. 23 v. 20.3.1946. Nach den Berechnungen der Behörde enthielten die seit dem 4. März verteilten Lebensmittelrationen nur noch 950 statt bisher ca. 1500 Kalorien.

⁴¹⁰ Apelt berichtete über die Kontrollratsdirektive Nr. 24 (vgl. Kap. 3, Anm. 408), die im wesentlichen den in Bremen seit Sept. 1945 maßgebenden Grundsätzen für die Entnazifizierung entspreche. Für die Prüfungsausschüsse sollte die Direktive nach Auskunft des zuständigen Offiziers der Bremer amerikanischen Militärregierung nicht bindend sein. Im Prüfungsverfahren sei vielmehr in Umkehr der Beweislast festzustellen, daß der Betroffene „mehr als nomineller Nationalsozialist“ gewesen sei. Um trotz dieser Mitteilung weiterbestehende Zweifel auszusräumen, be-

Mittwoch, 13. März 1946

[...]

Nachmittags im Gästehaus der Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Zeigner,⁴¹² und Bürgermeister Sachse.⁴¹³ Verfassungsrechtliche Fragen. Seine Schilderung der Leipziger Verhältnisse unter den Russen. Das System der verschiedenen Karten für Lebensmittel und die „Pajoks“ (Paketkarten für Bevorzugte). Bestechung.⁴¹⁴ – Die Dresdner Sammlungen in russischer Hand und abtransportiert.

Anschließend mehrstündige Juristensitzung. Abbau der bremischen Justizverwaltung. Abends [...] Aufsatz des „Economist“ über: Das zerstückelte Deutschland.⁴¹⁵

schloß der Senat, die britischen Vorschriften über das Berufungsverfahren zu beschaffen und künftig in Bremen anzuwenden. 7500 Fälle standen inzwischen in der Hansestadt zur Überprüfung an. Wie Apelt weiter mitteilte, ließ die Bremer US-Militärregierung bei Ärzten und Zahnärzten auch bei einem negativen Ausgang des Prüfungsverfahrens zu, daß sie Privatpraxen weiterführten (Senatsprotokoll 12.3.1946, StAB: 3/3).

⁴¹¹ Spitta berichtete im Senat über den von der englischen Militärregierung genehmigten Hamburger Verfassungsentwurf.

⁴¹² Dr. Erich Zeigner, 1886–1949. Sozialdemokratischer Politiker, 1921–1923 Justizminister, März bis Okt. 1923 Ministerpräs. in Sachsen, zunächst als Chef eines sozialdemokratischen Minderheitskabinetts, dann einer SPD-KPD-Koalitionsregierung, Ende Okt. 1923 von der Reichsregierung aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung des Amtes enthoben und durch einen Reichskommissar ersetzt, Lehrer an der Bundesschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Leipzig, während der NS-Zeit mehrmals in Haft, Juli 1945 bis zu seinem Tod Oberbgm. von Leipzig, entschiedener Befürworter der Vereinigung von SPD und KPD zur SED.

⁴¹³ Johannes Sachse, geb. 1901. Seit 1932 Rechtsanwalt in Leipzig, Md. der DVP, 1944 wegen Wehrkraftzersetzung verhaftet und inhaftiert, kehrte im Mai 1945 nach Leipzig zurück, am 16.7.1945 vom Sowjetischen Stadtkommandanten zum Bgm. ernannt, Mitglied der LDP bzw. LDPD, nahm im April 1950 seine Tätigkeit als Anwalt wieder auf und verließ im selben Jahr die DDR.

⁴¹⁴ Eine von Kaisen verfaßte Niederschrift über dieses Treffen befindet sich in: StAB: NL Kaisen, Kasten 8. Nach Mitteilung der Gäste erhielten „besonders pflichteifrige“ Beamte in Leipzig Sonderzuwendungen von Kleidung und Lebensmitteln. Insgesamt schilderten sie die Situation ihrer Stadt als positiv, sie sei jedoch nicht typisch für die Zone: 600000 Einwohner, geringer Zerstörungsgrad, ausreichende Versorgung mit Braunkohle und Lebensmitteln, relativ geringe Besatzungskosten und vollständige Betriebe, Neubeginn eines kulturellen Lebens. Im Vergleich mit Bremen vermißte Kaisen in seiner Stadt den „Impuls zum neuen Schaffen“ und äußerte sich unzufrieden über die Entwicklung seit Anfang Febr. 1946.

⁴¹⁵ Der Economist veröffentlichte am 2.2.1946 einen Artikel „Divided Germany“ (S. 163f.), in dem er für einen Aufschub der Bemühungen um eine deutsche Zentralregierung plädierte. Damit trug er den Spannungen zwischen den Alliierten Rechnung, die keine gemeinsame Entwicklung der Zonen zuließen, ohne jedoch von der Idee der nationalen Einheit Deutschlands abzurücken. Er setzte sich für den Aufbau einer modernen, sozialdemokratisch geprägten industriellen Demokratie in der britischen Zone ein, die den anderen Zonen als Vorbild dienen sollte. Die Kapazitäten der Rhein-Ruhr-Region sollten zum Wohle Westeuropas eingesetzt werden, um so die französischen Ängste vor einem Wiedererstarken der deutschen Wirtschaft zu zerstreuen.

Donnerstag, 14. März 1946

[...]

Landesbischof Wurm, jetzt auch Leiter der Evang[elischen] Kirche Deutschlands, in Bremen. Nachmittags sein Besuch bei Kaisen und mir. 18 bis 19¹/₄ Uhr Feierstunde im überfüllten Dom.⁴¹⁶ Am eindrucksvollsten der Gemeindegesang „Ein feste Burg“, von Tausenden stehend gesungen. Sonst Beeinträchtigung durch Eiseskälte des Raumes, Lautsprecherübertragung usw. Dagegen anregender Abend im Gästehaus mit wertvollen Ausführungen Wurms über den Genfer Weltkirchenkongreß,⁴¹⁷ die Erzbischöfe von Canterbury und Chichester, über die Schuld des deutschen Volkes, über Nietzsche, der mehr als Bismarck in die Ahnenlinie Hitlers gehöre usw. – Schon bei der Weltkirchenkonferenz ernste Stimmung wegen der Kriegsgefahr.

Freitag, 15. März 1946

[...]

10 Uhr: Der Senat auf Befehl der Mil[itär]regierung im Film „Die Todesmühlen“; grauenvolle Bilder aus den Konzentrationslagern.⁴¹⁸

Mittagessen mit Wurm und Frau sowie Herren des Kirchenausschusses und des Senats im Gästehaus. Marahrens Stellung zum Dritten Reich.⁴¹⁹

[...]

⁴¹⁶ Nach dem Bericht von Manfred Hausmann im *Weser-Kurier* v. 16.3.1946 appellierte Wurm in seiner Ansprache u. a. an die Siegermächte, das deutsche Volk nicht sich selbst zu überlassen, sondern es nach der Befreiung von dem „diabolischen Geist des Nationalsozialismus“ wieder in die Völkergemeinschaft einzugliedern. Mit Blick auf die Alliierten meinte er: „Wer wünscht, daß das deutsche Volk dem Glauben an die Gewalt entsagt, muß hoffen, daß der Geist, der die Gewalt verwirft, bei denen durchdringt, die die Gewalt haben, sie aber nicht immer verständig gebrauchen.“

⁴¹⁷ Erste Nachkriegskonferenz des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf am 19.2.1946, an der als deutscher Vertreter Niemöller und Wurm teilnahmen. Niemöller hatte auch hier sein Schuldbekenntnis gesprochen (vgl. Kap. 3, Anm. 353) und geschlossen: „Wir Christen Deutschlands sind uns darüber klar geworden, daß der Bußruf das wahre Evangelium ist.“ In diesem Sinne wolle die evangelische Kirche an der geistigen Erneuerung in Deutschland mitwirken. (*Weser-Kurier* v. 6.3.1946).

⁴¹⁸ Der Dokumentarfilm über die Massenverbrechen in den Vernichtungslagern wurde vom 15. bis 21.3.1946 täglich siebenmal gezeigt (*Functional History* 1945/46, S. 262).

⁴¹⁹ August Marahrens, 1875–1950. 1925–1947 Bischof der lutherischen Landeskirche Hannover, 1934–1936 Vors. der 1. Vorläufigen Kirchenleitung der DEK, 1939–1945 Md. des Geistlichen Vertrauensrates der DEK, 1935–1945 Vors. des Lutherischen Weltkonvents. Wegen seiner Kompromisse mit dem NS-Regime war er in der evangelischen Kirche besonders umstritten; die für Kirchenangelegenheiten zuständige Abteilung der britischen Kontrollkommission drängte 1945 auf seine Ablösung.

Samstag, 16. März 1946

Geschenk der Amerikaner aus ihren Beständen für die bremische Bevölkerung (Kleidungsstücke usw.); eine große Erleichterung. Kaisen fährt zum General, um zu danken.

Nachmittags Senatorentee bei mir. Unter anderem Frage der vertikalen und horizontalen Schichtung der Geschichte, nationale und internationale Schichtung (z.B. Kleriker, Ritter, Bauern; Proletarier, Gelehrtenrepublik, Konfessionen).

[...]

Sonntag, 17. März 1946

Bei Aug[ust] Kippenberg; Treibereien gegen Vorstand [der Goethe-Gesellschaft] und Satzungsänderungsantrag Kellners⁴²⁰ besprochen.

Vormittags und nachmittags Verfassungsentwurf von Behrens geprüft; viele Änderungen nötig; manche Zweifel.

[...]

Montag, 18. März 1946

[...]

Dienstag, 19. März 1946

[...]

Im Senat Ernährungsnot; Vertrauen und Mitarbeit der Bevölkerung zur Vermeidung von Plünderungen; Ausschüsse. – Wirtschaftsplan der Briten für drei Vierteljahre 1946. Deutscher Wirtschaftsrat. Senator Harmssen Referent. Ziel der Briten: Deutscher Waren-Export.⁴²¹

⁴²⁰ Ernst C. Kellner, 1875–1952. Generalkonsul, Seniorchef der Firmen Conr. Kellner KG und Conr. Kellner Röhren und Metalle GmbH; 1920–1922 MdBü (DVP), 1929–1932 Präses bzw. Vizepräses der HK Bremen. Vgl. Brem. Biogr., S. 265f.

⁴²¹ Auf Vorschlag von Senator Wolters beschloß der Senat, in den verschiedenen Stadtteilen Ausschüsse zur Überprüfung der Lebensmittel- und Verbrauchsgüterverteilung zu akzeptieren, die jedoch keine amtlichen Befugnisse haben, sondern ihre Beobachtungen den Behörden mitteilen sollten. Auf diese Weise hoffte der Senat, nach den Kürzungen der Lebensmittelrationen Kritik und Mißtrauen in der Bevölkerung eindämmen zu können.

Bgm. Kaisen berichtete ausführlich über eine Besprechung am 15.3.1946 in Hannover zwischen Vertretern der britischen Militärregierung und deutscher Regierungsstellen über Schlußfolgerungen aus der Ernährungskrise. Da eine generelle Erhöhung der Rationen oder Sonderzuteilungen für alle vollarbeitenden Beschäftigten nicht möglich war, konzentrierte sich die Diskussion auf eine vorübergehende Herabsetzung der Arbeitszeit; für die meisten Wirtschaftsbereiche wurde das aber von den zuständigen britischen und deutschen Referenten abgelehnt. Auch Kaisen wandte sich in Hannover gegen eine schematische Herabsetzung der Arbeitszeit,

Abends im Gästehaus mit auswärtigen Pressevertretern: Dr. Platow, Dr. Frankenfeld, Dr. Heitmüller, Dr. Topf.⁴²² Dr. Platow meinte zum Schluß, vielfach herrsche die Vorstellung, der brem[ische] Senat sei ein roter Fleck; jetzt hätten sie den Eindruck, daß der Senat gut bürgerlich sei. Ich wies demgegenüber auf den noterwachsenen Zwang zur Sachlichkeit hin, der alle von enger Parteizugehörigkeit und Parteihörigkeit löse; seit 6. Juni 1945 nur *eine* Abstimmung im Senat!

Mittwoch/Donnerstag, 20./21. März 1946

[...]

Freitag, 22. März 1946

Im *Senat* immer wieder Verhandlungen über wichtige Sachen, die im Drahtverhau bürokratischer Hemmnisse und Zuständigkeitsschwierigkeiten der Amerikaner und Engländer nicht vorwärtskommen (Schulspeisung, Fahrwasser der Weser und Brückentrümmer-Beseitigung, Sied-

weil sie zu Produktionsausfällen führe und diese die Not vergrößerten. Als Ergebnis der Beratung erklärte der Vors., Oberst Patterson, daß die von einigen deutschen Vertretern geforderte Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 36 Stunden nur in Einzelfällen durchgeführt werden könne und daß alle in bestimmten Industrien beabsichtigten Arbeitszeitverkürzungen der Genehmigung der Militärregierung bedürften. Als Zeichen für die grundsätzliche Hilfsbereitschaft der Engländer wertete Kaisen die Vorlage des sog. „Sparta-Planes“ für April bis Juni 1946 und den Auftrag an den Wirtschaftsrat in Minden (vgl. Kap. 3, Anm. 245), ein entsprechendes Konzept für den Rest des Jahres zu erarbeiten. Er empfahl, engen Kontakt mit dem Wirtschaftsrat zu halten, der den Grundstein für eine zentrale deutsche Wirtschaftsverwaltung bilden werde. Der Senat beschloß daher, der Bitte des Oberpräs. Lehr (Nordrheinprovinz) nachzukommen und Senator Harmssen unter Freistellung von anderen Verpflichtungen mit der Vorbereitung des geforderten Wirtschaftsplans und der Behandlung aller damit zusammenhängenden Probleme in einem Referat bei der nächsten Sitzung des Zonenbeirats zu beauftragen. (Senatsprotokoll 19.3.1946, StAB: 3/3). Zu diesem Vortrag kam es nicht. Ein großes Grundsatzreferat über „Wirtschaft und Reichseinheit“ hielt Harmssen dagegen bei der Interzonenkonferenz in Bremen am 4./5.10.1946.

Bei den Auseinandersetzungen der Alliierten um den Umfang der zugelassenen deutschen Industrieproduktion verfolgte die englische Regierung grundsätzlich das Ziel, zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit ihrer Besatzungszone möglichst große Exporte aus ihr einzuplanen. Vgl. Alexander Drexler, Wolfgang Krumbein, Friedrich Stratmann, Die britischen „Sparta-Pläne“ 1946, in: Josef Foscchepoth und Rolf Steininger (Hrsg.), Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 245–263.

⁴²² Dr. Robert Platow, Politologe und Journalist, Hrsg. eines wirtschaftlichen Presседienstes in Hamburg; Dr. Hanfried Heitmüller, Kiel; Dr. Alfred Frankenfeld, 1946–1953 Chefredakteur der Hamburger Freien Presse (vgl. Kap. 3, Anm. 31); Dr. Erwin Topf, Handelsjournalist, Mitarbeiter der „Zeit“, Hamburg.

lungsfragen usw.).⁴²³ Erfreulich ist nur das Maß von Eifer und Gewissenhaftigkeit, das sich im Senat bei solchen Beratungen zeigt; einmütige Zusammenarbeit aller Senatsmitglieder.

[...]

Eva aus ihrem Amt als Studienrätin entlassen! Die „Denazifikation“ nimmt immer seltsamere Formen an.

Samstag, 23. März 1946

[...]

In den amt[lichen] Arbeiten stehen bei mir die brem[ische] Verfassung und die Überleitung der brem[ischen] Justiz auf den Oberlandesgerichts-präs[identen] Hamburg im Vordergrund.⁴²⁴

[...]

Abends von Freeden, der von seiner Arbeit im Hafen erzählt (technische Ausrüstung der Amerikaner; gute Verpflegung ohne Marken.)

Sonntag, 24. März 1946

Durch den Bürgerpark an die Weser; neue Brücke besichtigt.⁴²⁵ Dann in die Sitzung der Goethe-Gesellschaft. Vortrag von Dr. Flöter⁴²⁶ über „Gedankenwelt Goethes in den Gesprächen mit Eckermann“. Anschließend unerfreuliche Hauptversammlung über die von Kellner beantragte Satzungsänderung. Nach längerer Erörterung, an der ich mich beteilige, wird die Sache gemäß Kippenbergs Antrag an einen Ausschuß verwiesen.

[...]

⁴²³ In der ersten Phase der Schulspeisung in Bremen vom 25.3.1946 bis zum 31.5.1947 stellte die britische Besatzungsmacht die Lebensmittel zur Verfügung. Im Durchschnitt nahmen täglich 39000 Kinder an der Speisung teil. Vom 2.6.1947 bis 14.7.1950 wurde die Aktion als „Hoover-Speisung“ hauptsächlich mit Hilfe der Amerikaner fortgesetzt. Die Zahl der täglich versorgten Kinder, Jugendlichen und Studenten stieg auf durchschnittlich 70000. (Senatsprotokoll 22.3.1946, StAB: 3/3; Bremer Nachrichten Nr. 165 v. 19.7.1950, S. 4). Anfangs konnten die Schulspeisungen teilweise wegen des Fehlens von Räumen nicht durchgeführt werden, so daß die dafür vorhandenen Lebensmittel an die Eltern weitergegeben werden mußten. – Die Räumung des Weserfahrwassers verzögerte sich, weil die notwendigen Geräte nicht von Kiel nach Bremen befördert werden konnten. (Senatsprotokoll, ebenda).

⁴²⁴ Vgl. Kap. 3, Anm. 361.

⁴²⁵ Gemeint ist die Trumanbrücke zwischen Ansgaritränkpforte und Häschenstraße, die am 5.4.1946 dem Verkehr übergeben, aber am 18.3.1947 durch die Eismassen auf der Weser zerstört wurde. Vgl. Schwarzwälder, Weserbrücken, S. 49–56 und S. 81–85.

⁴²⁶ Dr. Hans Hinrich Flöter, geb. 1910. 1945 bis 1949 freier Wissenschaftler in Göttingen, anschließend in den USA, 1950–1959 Dozent in Bremen, 1959–1976 Direktor der Heimvolkshochschule Springe.

Montag, 25. März 1946

[...]

Abends mit Mutter im Theater; Hasenclevers „Antigone“, ein Antikriegsdrama modernen Geistes mit opernhafte Chören; das Recht, antike Stoffe modern zu behandeln, wird man dem Dichter zugestehen müssen; höchstes Beispiel Goethes „Iphigenie“. – Aber Aufführung mit übertriebenen Gesten und Worten, bis zum Schreien und Brüllen.

Dienstag, 26. März 1946

[...]

Senatssitzung unter meinem Vorsitz.⁴²⁷ Abschaffung der Lebensmittel-Geldzuschüsse, die für die britische Zone 450 Millionen RM im Jahre betragen. Frage: Wer trägt den Ausfall? Erzeuger, Handel oder Verbraucher? Oder alle?⁴²⁸

Nachmittags lange Verhandlung mit dem amerikanischen Polen Sioda über Ausländerfragen. Völlige Verwirrung durch die Ausweisung der Deutschblütigen im Osten.

[...]

Mittwoch, 27. März 1946

Kaisen in Verzweiflung, da „Public Safety“ Wenhold aus Senat und Bürgerschaft, und damit aus dem öffentlichen Leben beseitigen will wegen seiner „Wehrwirtschaftsführung“. ⁴²⁹ – Harmssen wird führender Wirtschaftssachverständiger in der britischen Zone (Wirtschaftsrat in Minden usw.). ⁴³⁰ So erfreulich Harmssens wohlverdiente Stellung für Deutschland und Bremen ist, so schwer würde Wenholds Verlust Bremen und den Senat treffen.

Nachmittags Juristenausschuß. Denazifikationsnöte wie überall.

[...]

⁴²⁷ Kaisen befand sich bei der Tagung der Chefs der Länder und Provinzen in Hamburg.

⁴²⁸ Nachdem die Zuschüsse in der US-Zone bereits abgeschafft worden waren, sollte am 29.3. in Hamburg über entsprechende Maßnahmen in der Britischen Zone beraten werden. Senator Bölken hielt bei Fortfall der Subventionen Preiserhöhungen, insbesondere bei der Milch, für notwendig, während Hannover und Oldenburg sie ablehnten. Der Bremer Senat stimmte einer gewissen Erhöhung des Milchpreises zu.

⁴²⁹ Vgl. Kap. 3, Anm. 431.

⁴³⁰ Harmssen blieb bis Febr. 1948 Senator für Wirtschaftsforschung und Außenhandel in Bremen, wurde dann Vertreter Bremens im Länderrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets.

Donnerstag, 28. März 1946

Capt[ain] Waterman ist im Falle *Wenhold* unverrichteter Sache aus Hannover zurückgekehrt; die englischen Stellen bleiben unzugänglich. Überdies auch *Hillmann* für die Engländer „untragbar“. *Wenhold* und *Hillmann* sollen bis 10. April aus dem Senat entlassen werden und kommen nicht in die Bürgerschaft. Nur Senator Bölken, der ebenfalls ausscheiden sollte (Empfehlung von „Nazis“), ist gerettet. Frage, ob freiwilliger Rücktritt oder Entlassung? Was für Senat günstiger? Was für *Wenhold* und *Hillmann*?⁴³¹
[...]

Freitag, 29. März 1946

In so schönem Frühling schwere politische Sorgen. Die allgemeine Lage; Spannung Rußland und Angelsachsen. Daher Lebensmittelnot in Europa; kein Aufbau in Deutschland. Pessimismus in der Chefbesprechung der britischen Zone in Hamburg.⁴³² Daher die Schärfe der britischen Denazifikation; russisch-amerikanischer Druck.⁴³³

Im Senat Besprechung des Falles *Wenhold* und *Hillmann*. Vertagung bis morgen.
[...]

Im Senat Aussprache über Konfessionsschule und Gemeinschaftsschule; kath[olische] Privatschulen? Ich grundsätzlich für Gemeinschaftsschule, aber als Sonderfall im Wege der Wiedergutmachung kathol[ische] Schulen wie früher; grundsätzliche Entscheidung erst später durch das Reich. Kaisen: Wie die geistige Erneuerung sein werde, heute noch nicht zu sagen,

⁴³¹ *Hillmann* und *Wenhold* erklärten am 30.3.1946 in einem Schreiben an den Präses des Senats ihren Rücktritt mit der Begründung, daß sie als einzige Senatoren von der Militärregierung nicht in die ernannte Bürgerschaft berufen worden seien. Der Senat erklärte, auf ihre Mitarbeit nicht verzichten zu wollen, und beantragte ihre Rehabilitation im Berufungsverfahren vor einem Entnazifizierungsausschuß (Weser-Kurier v. 3.4.1946).

⁴³² Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen am 26.3.1946. Kaisen berichtete im Senat über die Schwächung der bisherigen Stellung der Länderchefs: Ihre Konferenzen seien ohne Teilnahme eines Mitglieds des britischen Verwaltungsstabs unverbindlich. Als besonderer Ausschuß des Zonenbeirats zu tagen – dann wieder in Anwesenheit eines Vertreters der Militärregierung –, hätten die Länderchefs wegen der damit verbundenen Verschlechterung ihres Status' abgelehnt. Die Tagungen des Stuttgarter Länderrats könnten nicht mehr von den Länderchefs, sondern nur von Mitgliedern des Zonenbeirats besucht werden. (Vgl. Kap. 3, Anm. 403). Der Pessimismus bezog sich außerdem auf die schlechte Kohlenproduktion und die Vernichtung großer Waldbestände, die durch holländischen und belgischen Holzeinschlag im Westen Deutschlands noch forciert worden sei (Senatsprotokoll 29.3.1946, StAB: 3/3).

⁴³³ Vgl. Kap. 3, Anm. 408.

erst später werde sich das Neue zeigen und sich dann auch seine Schulen schaffen.⁴³⁴

Samstag, 30. März 1946

Um 9 Uhr Senatssitzung über Wenhold und Hillmann. Beide Herren haben sich für „freiwilligen“ Rücktritt und Vorstellungsverfahren entschieden. Ich stelle meine Bedenken zurück; arbeite Erklärung des Senats, die von allen Senatoren unterschrieben werden soll, aus.⁴³⁵ Auch Behrens endgültig aus seinem Amte entlassen.

Nachmittags Vortrag Lösches aus Leipzig über „Sinn und Zufall in der Geschichte“, nach Hegel und Goethe. Heute Hegel Dialektik besprochen; Sinn der Geschichte der Geist, der sich selbst verwirklicht.⁴³⁶ Nachher erzählt Lösche von den von KPD-Führern veranstalteten Diskussionen über Christentum und Materialismus (Bolschewismus).

[...]

Sonntag/Montag, 31. März/1. April 1946

[...]

⁴³⁴ Wie Paulmann berichtete, wünschte die britische Militärregierung „als provisorische Maßnahme“ die Wiedererrichtung konfessioneller, aus öffentlichen Mitteln unterstützter Volksschulen, soweit die Eltern dies wünschten und die öffentlichen Verhältnisse es gestatteten. Paulmann wollte statt dessen die konfessionell ungebundene Simultanschule als Regelschulform erhalten, womit die evangelische, nicht aber die katholische Kirche einverstanden sei. Die katholische Kirche habe ihre staatlich unterstützten Privatschulen nach Streichung der Zuschüsse nicht mehr tragen können und deshalb im April 1938 einem Vertrag zustimmen müssen, durch den sie ihre Schulgrundstücke und -gebäude dem Bremer Staat übereignete, der sich im Gegenzug zur Übernahme der Lehrer und Zahlung der Pensionen verpflichtete. Sie verlangte nun Wiederherstellung des alten Zustands. Paulmann bezeichnete die Berechtigung der Forderung als zweifelhaft. Spitta trat für „Wiedergutmachung“ in diesem Sonderfall ein. Kaisen stimmte ihm grundsätzlich zu, verwies aber auf die praktischen Schwierigkeiten angesichts der Raumnot im Volksschulbereich. Nolting-Hauff bat, die Angelegenheit wegen der finanziellen Konsequenzen zurückzustellen. Der Senat ermächtigte die Schulverwaltung zu Verhandlungen mit der Kirche unter Hinzuziehung der Finanzverwaltung, behielt sich seine endgültige Entscheidung aber vor. Mit dieser Beratung begann eine lange und heftige Diskussion um die Regelschulform in Bremen, die bis zur Verabschiedung der Verfassung andauerte.

⁴³⁵ Vgl. Weser-Kurier v. 3.4.1946 und Kap. 3, Anm. 431.

⁴³⁶ Der zweite Vortrag über „Goethe und die Geschichte“ folgte am 31.3.

Dienstag, 2. April 1946

Im *Senat* in Abwesenheit Kaisens, der in Stuttgart⁴³⁷ ist, *erster Streik* (Vulkanwerft)⁴³⁸ besprochen. Ernährungslage, gute Verpflegung der Arbeiter, die bei den Amerikanern arbeiten, allgemeine Unzufriedenheit. – Die Angelegenheit Wenhold und Hillmann im Senat. Erklärung des Senats und Veröffentlichung des Rücktritts.⁴³⁹ Um 12¼ Uhr *Wilh[elm] Kiesselbach*, persönliche Besprechung über Gericht in Wesermünde.⁴⁴⁰

1 bis 2 Uhr Festakt im Schwurgerichtssaal; *Übergabe der Justiz an Oberlandesgericht Hamburg* in Gegenwart der britischen Offiziere, Oberst Rathbone und Lt. Sheriff.⁴⁴¹ Reden Sp[itta], Kiesselbach, Lahusen, Klaas, Bollinger, Strohmeyer. Komische „Panne“ mit der amerikanischen Flagge, die entfernt werden mußte, ehe wir mit den Briten den Saal betraten.

[...]

Der Tag bedeutet einen *Abschnitt in meiner Tätigkeit*; ein arbeitsreiches Gebiet fällt aus meinem Amtsbereich. Zunächst ist noch manches abzu-

⁴³⁷ 7. Tagung des Länderrats.

⁴³⁸ Auf der Vulkan-Werft hatten am 1.4.1946 etwa 700 der 1800 Arbeiter um 14.00 Uhr die Arbeit niedergelegt, um gegen die Rationskürzungen bei unveränderter Arbeitszeit zu demonstrieren. (Vgl. Artikel im *Weser-Kurier* v. 6.4.1946 und Oltmann, *Kalter Krieg und Kommunale Integration*, S. 449). Wolters berichtete darüber im Senat (Protokoll vom 2.4.1946) und sprach von einer „allgemeine[n] Streikpsychose“ in der Arbeiterschaft. Er stellte die Frage, ob bereits „die physischen Voraussetzungen zum Durchhalten der 48-Stunden-Woche“ fehlten oder ob der „allgemeine Unmut über die wirtschaftliche Lage“ in dem Streik zum Ausbruch gekommen sei. Der Senat hielt die zweite Erklärung für zutreffend und lehnte eine Arbeitszeitverkürzung ab. Allerdings sollten die Arbeiter Freizeit zur Bestellung der Kleingärten erhalten. Die gleichmäßige Versorgung aller Arbeiter müsse sichergestellt, eine Bevorzugung der bei den Amerikanern beschäftigten Deutschen ausgeschlossen werden – weshalb mit Oberst Welker bereits vereinbart war, die Zuteilungen für sie auf 1200 Kalorien pro Tag herabzusetzen und die dadurch freiwerdenden Mengen anderen Bedürftigen zuzuweisen (Senatsprotokoll 29.3.1946, StAB: 3/3). Am 5.4.1946 berichtete Haider im Senat, daß die Konflikte auf der Bremer Vulkan-Werft beigelegt seien, ohne jedoch Einzelheiten zu nennen.

⁴³⁹ Vgl. Kap. 3, Anm. 431.

⁴⁴⁰ Mit der Angliederung der Bremer Justiz an das HOLG in Hamburg war eine weitgehende Neuordnung des Gerichtswesens im Enklavegebiet verbunden: Das neugeschaffene Landgericht Wesermünde wurde aufgehoben, das ihm unterstellte Amtsgericht Nordenham kam zum OLG Oldenburg, ebenso die für kurze Zeit dem Landgericht Bremen unterstellten Amtsgerichte Brake und Elsfleth. Die ehemals preußischen Amtsgerichte aus dem Landgerichtsbezirk Wesermünde kamen zum OLG Celle; eine Ausnahme machte lediglich das Amtsgericht Wesermünde, das dem Landgericht Bremen angegliedert wurde. Dazu: Denkschrift Spittas „Die Justiz seit der Besetzung“, in zwei Fassungen erhalten in: StAB: 3-G.3.a. Nr. 533; *Functional History* 1945/46, S. 220–226.

⁴⁴¹ Vgl. Kap. 3, Anm. 361. Über den Festakt Bericht im *Weser-Kurier* v. 3.4.1946. Die Bemühungen um einen eigenen OLG-Bezirk Bremen hörten nicht auf: Schon in diesem Artikel wurde für eine Neugliederung der OLG-Bezirke in Nordwestdeutschland plädiert. Nach der Eingliederung Bremens in die US-Zone gelang es, diese Forderung durchzusetzen. Am 15.7.1947 wurde das OLG Bremen eröffnet.

wickeln. Daneben bekommen die Arbeiten für die Verfassung immer größeren Raum. Dann beginnt die Bürgerschaft, bald auch die Arbeit im Verfassungsausschuß der Bürgerschaft. Vielleicht ist auch für den ausgeschiedenen Senator Wenhold einiges zu erledigen. Kurz, an Arbeit wird es auch künftig nicht fehlen.

[...]

Mittwoch/Donnerstag, 3./4. April 1946

[...]

Freitag, 5. April 1946

[...]

Der Berufungsausschuß hat, wie zu erwarten, zugunsten von Hillmann und Wenhold entschieden.⁴⁴² Nun haben die Amerikaner und Engländer das Wort.

Im *Senat kurzer Ohnmachtsanfall* von Kaisen. – In der Neustadt Wohnungsbeschlagnahme für die amerikanische Luftwaffe.⁴⁴³ Neue Last für die Bevölkerung und Sorge. Kaisen sagt, in Süddeutschland stehe die Winter-
saat gut. Das Obst blühe. Gewichtsabnahmen infolge der Unterernährung; z.B. Krankenschwestern 5 bis 16 Pfd. im Monat.⁴⁴⁴

Samstag, 6. April 1946

Vormittags noch im Rathaus tätig. Ich übernehme von Wenhold die Leitung des Gesundheitswesens.

[...]

Sonntag, 7. April 1946

[...]

Montag, 8. April 1946

[...]

Im Rathause Besprechung mit Kaisen, seine Gesundheit, seine Entlastung; tom Moehlen für Präsidialsachen und auswärtige Angelegenheiten (Senatssyndikus).

⁴⁴² Vgl. Kap. 3, Anm. 431.

⁴⁴³ Es handelte sich um 250 Wohnungen (Theil laut Senatsprotokoll 5.4.1946, StAB: 3/3).

⁴⁴⁴ Mitteilung Wenholds im Senat (ebenda).

Dienstag, 9. April 1946

Im *Senat* erschütternder Bericht Stades⁴⁴⁵ über den Gesundheitszustand, besonders der Flüchtlinge. 30 Prozent leiden an Hungerödemen. – Besatzungskosten der Stadt Bremen im März 11½ Millionen RM.⁴⁴⁶

Beginn der Parteientätigkeit; SPD und KPD verlangen statt der sachkundig zusammengesetzten Beiräte⁴⁴⁷ Mitglieder der Parteien und Gewerkschaften; Übergriffe auf Reichsbehörden und Angelegenheiten der Militärregierung.

[...]

Mittwoch, 10. April 1946

[...]

Nachmittags Tee im Gästehaus mit Dr. *Frank Thieß*,⁴⁴⁸ Besprechung über Gründung einer neuen Zeitung in Bremen; hohes Niveau, keine Polemik, positive Artikel. Frage der Mitarbeiter.

⁴⁴⁵ Dr. med. Carl Wilhelm Stade, 1880–1966. Staatsrat beim Gesundheitsamt in Danzig, 1927–1933 Präs. der Landesgesundheitsverwaltung in Bremen, am 20.5.1934 in den Ruhestand versetzt, übte sein Amt nach Kriegsende bis zum 31.12.1947 wieder aus. In dieser Sitzung berichtete Stade über medizinische Probleme in der Region Hannover nachdem sie erneut 750000 Flüchtlinge „aus dem Gebiet östlich der Oder“ aufnehmen mußte: 8% litten unter offener Tuberkulose; mit der Zunahme von Typhus, Geschlechtskrankheiten und Fleckfieber sei zu rechnen. Die Entnazifizierungsverfahren der Ärzte müßten beschleunigt werden.

⁴⁴⁶ Die Höhe der Besatzungskosten war ein ständiger Streitpunkt zwischen dem Senat und der Militärregierung. Sie mußten aus dem Bremer Etat bestritten werden, wurden von der Militärregierung aber nur zögernd bekannt gegeben, so daß die Haushaltsplanung erschwert wurde. Ein Vorschlag Nolting-Hauffs, die Kosten zu etatisieren, war Anfang März von den Amerikanern abgelehnt worden, da ihre Höhe nicht kalkulierbar sei (Senatsprotokoll 8.3.1946, S. 3, StAB: 3/3). Im April beliefen sich die Besatzungskosten auf rund 12 Mio. RM, im Juli auf 18,3 Mio. und im Aug. auf 13 Mio.; dabei erregte vor allem der hohe Lohnanteil von mehr als 50 Prozent das Mißfallen des Senats. Hinzu kamen Kontroversen darüber, ob der Oberfinanzpräs. oder der Bremer Finanzsenator für die Kontrolle dieser Posten zuständig sei. (Senatsprotokolle 5.3., 28.6., 5.7.1946, StAB: 3/3).

⁴⁴⁷ Die Beiräte bei den Bremer Behörden waren nach dem Vorbild der traditionellen Deputationen (vgl. Kap. 3, Anm. 559) gebildet worden. Strittig war im Senat, ob sie ihm unterstanden oder nicht (Senatsprotokoll, 9.4.1946).

⁴⁴⁸ Dr. Frank Thieß, 1890–1977. Journalist und Schriftsteller, kam 1945 nach Bremen, wo mehrere Dramen von ihm uraufgeführt wurden; Md. im künstlerischen Beirat der Bremer Theater, seit 1952 an der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt, 1952–1954 Hrsg. der „Neuen literarischen Welt“. Thieß machte 1945 durch die Publikation eines offenen Briefs an Thomas Mann (Münchener Zeitung vom 18.8.1945) von sich reden, in dem er den ins Exil gegangenen nicht-jüdischen Schriftstellern vorwarf, sie hätten im Lande aushalten müssen und nicht „aus den Logen und Parterreplätzen des Auslands der deutschen Tragödie“ zuschauen dürfen. – Das hier angesprochene Zeitungsprojekt scheint nicht zustande gekommen zu sein.

Besprechung mit den Fraktionsführern der Bürgerschaft⁴⁴⁹ bei Kaisen. Eröffnung usw. Präsidium. Verfassungsausschuß von 14 [Abgeordneten]. Anschließend Juristenausschuß. Bedenkliches Verhalten verschiedener Anwälte.

Donnerstag, 11. April 1946

Abschluß der Vorarbeiten für die brem[ische] Verfassung.

[...]

Freitag, 12. April 1946

Im Senat neue Denazifikationsbestimmungen der Besatzungsmächte. Ehlers über die britischen Wahlrechtsbestimmungen; Bremen neben Hamburg als Land anerkannt; Wahl abweichend von der kommunalen Wahl.⁴⁵⁰

Nachmittags fast zweistündige Fraktionssitzung; Bote Fraktionsführer; Schulze⁴⁵¹ Präsident oder Vizeprä[sident] der Bürgerschaft. Schwierigkeit, die Parteilos anzugliedern; 24 „Bürgerliche“, davon 21 schließlich bereit, Mitglieder der [BDV-]Fraktion zu werden. SPD 25, KPD 11.⁴⁵²

[...]

Nachmittags *Trixis Mutter* [zur Feier ihres 70. Geburtstags] aus Großweeden eingetroffen; sie wird bei „uns“ wohnen bleiben. Sie kommt in eine veränderte Welt: in ihr Haus, das sie früher allein mit Hausangestellten bewohnte, in dem sie nun *ein* Zimmer hat und mit uns Spittas in der Küche essen muß, in eine Ernährungslage, in der sie auf Arnold angewiesen ist, in eine Vermögens- und Einkommenslage, die sie nicht begreifen kann.

[...]

⁴⁴⁹ Die ernannte Bürgerschaft wurde am 17.4.1946 eröffnet. Seit Anfang April lag dem Senat die Liste der Mitglieder vor (Senatsprotokoll 5.4.1946, StAB: 3/3).

⁴⁵⁰ Nach einem Bericht Ehlers' über die Beratungen des (deutschen) Ausschusses für Wahlfragen mit der britischen Militärregierung in Bünde sollte das passive Wahlrecht mit dem 25. Lebensjahr beginnen, aber nicht für „Militaristen“ und Mitglieder der NSDAP oder der ihr angeschlossenen Organisationen gelten. Vom aktiven Wahlrecht wurden vor dem 1.3.1933 beigetretene NSDAP-Mitglieder sowie Funktionäre der Partei und ihrer Gliederungen ausgeschlossen (Senatsprotokoll 12.4.1946, StAB: 3/3). Die Kommunalwahlen waren in der Britischen Zone für den 15.9.1946, die Stadt- und Landkreiswahlen sowie die Wahlen zur Bürgerschaft in Hamburg und Bremen für den 13.10.1946 vorgesehen.

⁴⁵¹ Friedrich Schulze, 1882–1963, Tabakkaufmann, seit 1945 Geschäftsführer der HK Bremen, 1946–1951 Vizepräs. der Bremer Bürgerschaft (bis 1947 BDV, dann CDU), 1947 für einige Monate Md. im Parlamentarischen Rat.

⁴⁵² Neben Repräsentanten der Parteien wurden Vertreter der gesellschaftlichen Verbände und Institutionen (Gewerkschaften, HK, Kreisbauernschaft) zu Mitgliedern der Bürgerschaft ernannt; vgl. Kap. 3, Anm. 457.

Samstag, 13. April 1946

Um 9 Uhr Tagung der Baureferenten (45!) der britischen Zone. Ausgezeichnete Ansprache Kaisens (persönliche Eindrücke als Maurer an der Ostsee von Kopenhagen bis Riga).

[...]

Abends 19 Uhr Essen mit den Bausachverständigen im Gästehaus. Erörterungen über die Wiederherstellung historischer Bauten und Plätze; ich sehr skeptisch, ob ein solcher Wiederaufbau zu empfehlen; kann unsere Zeit nichts eigenes mehr schaffen?

Sonntag, 14. April 1946

Schlechte Nacht; mein Magen und mein Darm haben die kleine Fett- und Eierspende, die Paula mir von Lotte mitgebracht hat, nicht mehr vertragen. Durchfall usw.

[...]

Abends mit Mutter, Paula und Walter L[isco] Erörterung über Bischoffs Aufsatz in der guten Göttinger Zeitschrift „Sammlung“.⁴⁵³ Trauriges Bild unserer geistigen Lage; aber gibt es nicht eine gesunde Schicht in der Tiefe? Bewährung der Frauen!

Montag, 15. April 1946

Wolkenlos. Morgens 4 Grad, mittags in der Sonne 23 Grad. Grünen und Blühen. Birken und Ahorn in Blüte. Kastanien entfalten ihre Blätter.

Laufende Arbeit im Rathause. Großeinsatz der Bevölkerung beim Schuttbeseitigen als „Ehrendienst“.⁴⁵⁴ – Kali-Bergwerkskonzession in Bremen und anderes juristisch begutachtet.

[...]

⁴⁵³ Dietrich Bischoff, 1907–1949, Anglist, 1947 Privatdozent an der Universität Göttingen, „Daß auch der Seelen Schatz so gar uns abgezwungen“, in: Die Sammlung, Göttingen, Jg. 1 (1946), H. 7, S. 385–389. Bischoff zeichnete in diesem Aufsatz ein pessimistisches Bild von der geistigen Verfassung der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Das individuelle Leid sei zu groß, um bewußt zu trauern. Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft habe in der gesamten Bevölkerung tiefe Spuren hinterlassen: Die Teilnehmer an den Verbrechen „sind Menschen ohne Seele geworden“. Die kompromißlosen Gegner seien ermordet oder, wenn sie überlebt hätten, gezwungen, „von der furchtbaren Einseitigkeit ihres Erlebnisses her die ganze Wirklichkeit [zu] betrachten“. Die Masse der „Mitläufer“ habe „um ihrer äußeren Existenz willen“ einen Kompromiß nach dem anderen geschlossen und sei dadurch „im tiefsten Wesen unehrlich und gespalten [geworden], gewöhnt an die Kunst der Verstellung und der Lüge“. Spittas Optimismus wurde von Bischoff nicht geteilt; er hielt die Chance zum Neuanfang für vertan und die moralischen Wertmaßstäbe für pervertiert.

⁴⁵⁴ Vgl. Kap. 3, Anm. 456.

Dienstag, 16. April 1946

Senator Harmssen von der CIC verhaftet. Grund nicht mitgeteilt. Es soll sich um Meinungsverschiedenheiten über Ausweichlager der Atlas-Werke handeln. Ist das ein Grund, einen der angesehensten deutschen Wirtschaftsführer, der in der britischen Zone an erster Stelle steht, ins Gefängnis zu werfen? Oder sind die Ausweichlager nur Vorwand? Behagt seine Kritik des Industriepplans der Alliierten nicht?⁴⁵⁵

Im Senat unter anderem Groeinsatz beschlossen; der Senat will sich Dienstag 23.4. beteiligen.⁴⁵⁶ – Behordenhaus in der Wachmannstrae besuchen.

[...]

Mittwoch, 17. April 1946

Die Amerikaner geben der Bevölkerung als „circenses“ [Spiele] wieder den Jahrmarktsrummel der „Osterwiese“. Unpersönliche Massenvergnugungen. Leider fehlt das andere groe Mittel der Massenbehandlung: panem [Brot].

[...]

Nachm[ittags] 4 Uhr. *Erste Sitzung der ernannten Bürgerschaft.*⁴⁵⁷ An-

⁴⁵⁵ Harmssen war als „halbamtlicher“ Senator zugleich Direktor und Vors. der Atlas-Werke. Die Kritik bezog sich auf den am 28.3.1946 vom Kontrollrat verabschiedeten „Industrieniveauplan“, der eine Beschränkung der industriellen Tätigkeit in Deutschland auf 50 bis 55% des Wertes von 1938, Verbot und Demontage der Rustungsindustrien, erhebliche Produktionsverminderungen in anderen Bereichen, Reparationen und generell Senkung des deutschen Lebensstandards auf ein mittleres europäisches Niveau vorsah. Ein für den 26./27.3.1946 geplantes Referat vor dem Zonenbeirat (vgl. Kap. 3, Anm. 421) hatte Harmssen wahrscheinlich wegen solcher kritischen Bezüge nicht halten dürfen.

⁴⁵⁶ Der Senat billigte eine von Wolters eingebrachte „Verordnung über den Groeinsatz von Arbeitskräften für die Aufräumungsarbeiten in der Stadt Bremen“. Trummerrumen wurde zu einem Ehrendienst erklärt. Der Senat ging am ersten Tag der Aktion mit gutem Beispiel voran. Insgesamt beteiligten sich mehr als 53000 Bremer und Bremerinnen an der Kampagne, die vom 23.4. bis 19.10.1946 lief. 400000 m³ Schutt wurden bewegt und mehr als 10 Mio. Ziegelsteine gewonnen. (Peters, Bremen 1945–1956, S. 66). Die Männer waren zu sechs ganzen, die Frauen zu 12 halben Tagen Arbeit verpflichtet.

⁴⁵⁷ Die ernannte Bürgerschaft bestand aus 60 von der Militärregierung berufenen Repräsentanten der drei Parteien: SPD (17), KPD (8) und BDV (7), des Senats (10), der Handelskammer (9), der Kreisbauernschaft (3) und der Gewerkschaften (6). Nach dem Anschlu der Gruppenvertreter hatte die Fraktion der SPD 27, die der KPD neun und die der BDV 21 Mitglieder. Die Senatoren Bölken, Harmssen und Nolting-Hauff blieben „unabhängig“, da sie unter dem Eindruck der Zerstörung und Verarmung Deutschlands die alten Parteigegensatze nicht wieder aufleben lassen wollten (so die Erklärung in einem undatierten gemeinsamen Brief der drei Senatoren im StAB: 3-B.1. Nr. 264).

sprachen Welkers, des Generals Lingham und Kaisens; dann gehaltvolle Rede Kaisens (¾ Stunde).⁴⁵⁸ Wahlen.

Senator Harmssen von der CIC mit Entschuldigungen entlassen.

Gründonnerstag – Ostermontag, 18. – 22. April 1946

[...]

Dienstag, 23. April 1946

Um 5 Uhr aufgestanden. Um 6¼ Uhr [von Georg Sanders Deichhaus] in die Stadt gefahren. Um 7 Uhr *Arbeitseinsatz des Senats beim Schippen*.⁴⁵⁹

Ich arbeite bis zum Mittag im Gewerkschaftshause, meist Schutt schippend. Da niemand (auch die Oberbeamten nicht) im Rathaus ist, schickt mich Kaisen mittags ins Rathaus, vielleicht auch, um mich zu schonen.

Um 5 Uhr Senatssitzung im Arbeitszeug. Brem[er] Verfassung beraten (bis 7 Uhr abends).

Mittwoch, 24. April 1946

Bremens Einfluß auf die Entwicklung Wesermündes bearbeitet.⁴⁶⁰

Nachmittags Senatssitzung über Verfassung. Schwierigkeiten, die Lt. Waterman macht; er verlangt, daß die Bürgerschaft „Stadtdirektoren“ wähle,⁴⁶¹ behandelt Bremen nur als Gemeinde; begreift nicht, daß Bremen ein *Land* ist, wie Oldenburg usw.

Von 5 bis 7 Uhr Juristenausschuß; Frage Wesermündes.

Abends im Gästehaus mit der Presse. Anregende Unterhaltung mit Frau Enderle,⁴⁶² die elf Jahre, nachdem sie aus nationalsozialistischer Gefan-

⁴⁵⁸ Berichte über die Eröffnung der Bürgerschaft in: *Weser-Kurier* v. 19.4.1946. Kaisen übernahm auf Weisung der amerikanischen Militärregierung „vorübergehend“ das Amt des Bürgerschaftspräs., zu seinen Stellvertretern wurden Friedrich Schulze und Albert Häusler gewählt. Kaisens Rede: „Ein Bremen, das leben will, wird leben!“ ist abgedruckt in: *Bereitschaft*, S. 41–43.

⁴⁵⁹ Vgl. Kap. 3, Anm. 456.

⁴⁶⁰ Die Aufhebung des Landgerichts Wesermünde und die Unterstellung der ehemals preußischen Amtsgerichte seines Bezirks unter das OLG Celle bereitete Probleme. Das Amtsgericht Wesermünde wurde schließlich dem Landgericht Bremen angegliedert (vgl. Kap. 3, Anm. 440).

⁴⁶¹ Die Forderung Watermans entsprach der englischen Konzeption der Trennung von politischer und administrativer Spitze, vertreten durch die Bürgermeister bzw. Stadtdirektoren; vgl. Kap. 3, Anm. 307. Auf kommunaler Ebene wurde dieses Programm mit dem Erlaß einer neuen Gemeindeordnung für die Britische Zone am 1.4.1946 verwirklicht. Nur für Berlin und Hamburg hob die Militärregierung deren Gültigkeit auf, so daß die Anerkennung der Sonderstellung Bremens als Land wieder fraglich war.

⁴⁶² Irmgard Enderle, geb. 1895. 1919–1929 aktives Md. der KPD, dann nach Parteiausschluß der KPD und SAP, verheiratet mit August Enderle, dem Leiter der ille-

genschaft entfliehen konnte, in Stockholm lebte. Emigranten aus 14 Nationen; Übersetzungen und andere Bücher aufgestapelt zum Import nach Deutschland; jetzt unterbleibt die Einfuhr.

Donnerstag, 25. April 1946

Verfassungsbesprechungen: Mit Kaisen gegen Watermans Forderungen;⁴⁶³ mit Behrens und Carstens über Einzelheiten des Entwurfes.

[...]

Abends Hirtenbrief der Bischöfe Westdeutschlands.⁴⁶⁴

Freitag, 26. April 1946

CDP-Führer Lemmer aus Berlin.⁴⁶⁵ Seine Schilderung der russischen Herrschaft in Berlin; Magistrat von den Russen eingesetzt. Niedersachsen unter

galen SAP in Breslau, 1933 verhaftet, Flucht und Exil in den Niederlanden, Belgien und Schweden, 1944 Eintritt in die SPD, Juni 1945 illegale Rückkehr des Ehepaars Enderle nach Bremen, Redakteurin beim Weser-Kurier, 1948–1949 Vertreterin Nordrhein-Westfalens im Wirtschaftsrat, 1951–1965 freie Journalistin in der Gewerkschaftspresse.

⁴⁶³ Vgl. Kap. 3, Anm. 461.

⁴⁶⁴ In einem gemeinsamen Hirtenbrief zu Ostern hatten die katholischen Bischöfe der Britischen Zone Deutschlands die Politik der Alliierten scharf kritisiert. Sie protestierten gegen die brutale Austreibung der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei, gegen die andauernde Kriegsgefangenschaft von Millionen deutscher Soldaten, die „Sklavenarbeit“ leisten mußten, und gegen die „ungerechten Entlassungen“ von Tausenden von Beamten, die „gelegentliche Mitläufer der Nationalsozialisten“ gewesen seien. (Keesing's Archiv 1946/47, S. 736 G; Weser-Kurier v. 27.4.1946, S. 2).

⁴⁶⁵ Ernst Lemmer, 1898–1970. Offizier, Studium der Nationalökonomie; 1922–1933 Generalsekretär des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, 1924–1933 Md. des Reichsvorstands der DDP/DStP, MdR, Mitbegründer und stellvertr. Bundesvors. des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold; 1933–1945 journalistische Tätigkeit für ausländische Zeitungen, 1945 Gründungsmd. der Berliner CDU, bis Ende 1947 ihr stellvertr. Vors. in der SBZ, ab 1949 in West-Berlin, 1950–1970 Md. des Abgeordnetenhauses, 1956–1961 Vors. des Berliner Landesverbandes der CDU, 1956–1962, 1964/65 Bundesminister mit wechselnden Ressorts, 1965–1969 Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers für Berlin.

Die CDUD, am 16.6.1945 in Berlin für das Gebiet der SBZ gegründet, erhob den Anspruch, zum Kern einer im gesamten Reichsgebiet tätigen Partei zu werden. Sie suchte daher, durch vielfältige Kontakte den Parteaufbau in den westlichen Besatzungszonen zu fördern. Spitta verwendete hier den ursprünglichen Namen der im Rheinland und in Westfalen gegründeten Organisation: Christlich-Demokratische Partei (CDP), die sich nach der Konstituierung des nordwestdeutschen Zonenverbandes der CDU im Frühjahr 1946 zum dominierenden Faktor beim Aufbau der Gesamtpartei entwickelte. Zu den Anfängen vgl. Kap. 3, Anm. 106.

Ernst Augusts Sohn Christian⁴⁶⁶ (englische Heirat); Bayern nicht separatistisch; CDP überwiegend reichstreu; alte Bayer[ische] Volkspartei in der Minderheit in der CDP (Dr. Müller);⁴⁶⁷ Leipziger Messe: russische Propaganda, deutsches Treffen und deutsche Verbindung.

Im Senat amerikanisches Gesetz über Anmeldung von Sachen aus dem [ehemals von deutschen Truppen] besetzten Gebiet; hohe Mindeststrafen (sechs Monate Gef[ängnis]),⁴⁶⁸ Gültigkeit für die alte Enklave! – Harmssen über die wirtschaftl[iche] Lage; trostloser Zustand im Ruhrgebiet. – Kohlenförderung der Schlüssel. 16 Fischdampfer liegen aus Kohlenmangel still. Gemüse-Überschuß wahrscheinlich, da die Konservenfabriken nicht arbeiten können.

[...]

Samstag, 27. April 1946

[...]

Sonntag, 28. April 1946

[...]

Mittags essen Mutter, Walter L[isco] und ich in der Stadt, in Siedenburgs Gaststätte, zum ersten Male seit dem Zusammenbruch. Für Gabel, Messer und Löffel je 10 RM Pfand. Es gab keine Kartoffeln mehr, nur Rotkohl, 50 g Kalbfleisch und eine Scheibe Brot (RM 1,40).

[...]

Montag, 29. April 1946

[...]

⁴⁶⁶ Prinz Christian, geb. 1919, Sohn von Ernst August (1887–1953, Kgl. Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Chef der Linie Hannover und des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg). Es gab Gerüchte über Pläne der Briten, ihn als Landesoberhaupt in Niedersachsen einzusetzen.

⁴⁶⁷ Dr. Josef Müller, 1899–1979. Rechtsanwalt, bis 1933 in der Bayerischen Volkspartei, 1933–1939 juristischer Berater kirchlicher Organisationen, 1939–1943 in der Abwehrabteilung des OKW, Sondierungen bzgl. eines Verständigungsfriedens mit Großbritannien, 1943 bis 1945 in Haft, 1945 Mitbegründer der CSU, bis 1949 ihr Landesvors., 1947–1952 bayer. Justizminister und zeitweilig stellvertr. Ministerpräs.

⁴⁶⁸ Zum Zweck der Rückerstattung des in den besetzten Ländern geraubten Eigentums wurde die deutsche Bevölkerung durch Gesetze der Militärregierungen verpflichtet, derartige Gegenstände auf besonderen Fragebögen anzumelden. Ein solcher Fragebogen zur „Angabe von Eigentum, das aus von deutschen Streitkräften besetzten Gebieten verschleppt wurde“ befindet sich im NL Spittas im StAB: 7, 63-19/4.

Dienstag, 30. April 1946

Im *Senat* trage ich vor über die vier *bremischen Lehrerinnen*, die 1941 die getauften Juden ihrer Gemeinde vor dem Abtransport nach dem Osten unterstützt und getröstet haben und deswegen disziplinarisch bestraft sind. Überaus bezeichnende Aktenstücke und Urteile (Böhmckers Absicht eines „Anschauungsunterrichts“ in Litzmannstadt).⁴⁶⁹

Nachm[jittags] Wortmanns Vortrag über den Wiederaufbau der westlichen Stadt. Abends mit Mutter bei Botes; dort August Winnig.⁴⁷⁰ Allerlei kirchlich-religiöse Fragen; Staat und Kirche; Schule. Winnig als „Welfe“. – Meine Aussprache mit Pastor Kampffmeyer⁴⁷¹ (Jugendarbeit).

Mittwoch, 1. Mai 1946, Mai-Feiertag

Mit Mutter und Arnold sowie Apelts bei *Senator Bölken*; *Betrieb besehen*; blühender Obstgarten, Milchvieh (95 Kühe), Schweine, Geflügel usw. Friedensmäßiges Frühstück. Bölken hat in s[einem] 21. Lebensjahr mit 100 RM angefangen, selbst auf dem Markt Kohl verkauft usw., jetzt über 300 Morgen Besitz. Wohltuender Anblick dieses naturverbundenen Betriebes. Gegensatz zur politischen Wirrnis.

In Süddeutschland *großer Wahlsieg der Christl[ich] Demokratischen Union*; absolute Mehrheit in Bayern und Württemberg-Baden; schwere

⁴⁶⁹ Die Lehrerinnen Hedwig Baudert, geb. 1899; Maria Schröder, 1901–1984; Anna Elisabeth Dittrich, 1899–1981 und Tusnelde Forck, 1897–1974, hatten sich als Mitglieder der Bekenntnis-Gemeinde St. Stephani-Süd gemeinsam mit Pastor Gustav Greiffenhagen immer wieder um Hilfe für die Mitchristen jüdischer Abkunft bemüht. Nach dem Gottesdienst am Reformationstag 1941, der im Zeichen des Abschieds von den zur Deportation in den Osten bestimmten Gemeindemitgliedern gestanden hatte, waren sie wegen der öffentlich bekannten Solidarität mit den „Sternträgern“ denunziert und 1942 zu disziplinarischen Gehaltskürzungen verurteilt worden. „Anschauungsunterricht in Litzmannstadt“, nämlich eine dreijährige Strafversetzung nach Lodz, hatte der Senator für das Bildungswesen, von Hoff, Anna Elisabeth Dittrich in einem Schreiben vom 24.1.1942 angedroht. Der Senat beschloß, daß die Urteile gegen die vier Lehrerinnen zu Unrecht ergangen und die vollen Gehälter zu zahlen seien; die Nachzahlung der entgangenen Dienstbezüge müsse der allgemeinen Wiedergutmachung vorbehalten bleiben. (Senatsprotokoll 30.4.1946, StAB 3/3; dazu Meyer-Zollitsch, Evangelische Kirche, S. 279–282 und Diether Koch, Anfänge des Kirchenkampfs, S. 178ff.; ferner die ausführliche Dokumentation bei ders., Christen in politischen Konflikten, S. 33f., 202–224). Zu Johann-Heinrich Böhmcker, 1896–1944, vgl. Brem. Biogr., S. 56ff.

⁴⁷⁰ August Winnig, 1878–1956. Maurer, Schriftsteller. 1913 stellvertretender Vors. des Bauarbeiterverbandes, 1919 Oberpräs. von Ostpreußen, 1920 Entlassung und Ausschluß aus der SPD wegen seiner Beteiligung am Kapp-Putsch; schrieb beachtete Aufsätze und Arbeiterromane; seit Herbst 1931 Anhänger der NSDAP, distanzierte sich aber als überzeugter Christ nach 1933 vom Nationalsozialismus und zog sich aus der Politik zurück. Im April 1947 Vortrag anlässlich der „Evangelischen Woche“ in Bremen.

⁴⁷¹ Karl Kampffmeyer, geb. 1909. 1945–1974 Pastor an der Gemeinde Unser-Lieben-Frauen.

Niederlage der Kommunisten. Das alles, obgleich gerade das Bürgertum durch die Denazifikation (Verlust des Wahlrechts) geschwächt ist. Freilich fehlen bei diesem Kreistagswahlen die großen Städte.⁴⁷²

Die kommunistischen Senatoren Wolters und Ehlers, schon länger wegen ihrer fachlichen Arbeit im Senat von ihren Parteigenossen angegriffen, sollen jetzt aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen sein.⁴⁷³

[...]

Walter Lisco aufs tiefste erregt über das traurige Bild, das der Nürnberger Prozeß von den führenden Männern, besonders auch von den Generälen, zeigt. In der Tat ist das Ansehen der Wehrmacht und der Generalität, das in meiner Jugend unter dem alten Moltke vorhanden war, restlos verfallen, um nicht zu reden von solchen Lumpen wie Göring, der Fritsch bewußt die Ehre abgeschnitten und ihn mit ruchlosen Mitteln gestürzt hat.⁴⁷⁴

Donnerstag, 2. Mai 1946

Dr. Fischer,⁴⁷⁵ Leiter des Eisenbahnwesens in der amerikanischen Zone, bei mir. Apelt zeigt den Hafen usw.

Nachmittags Kalikommission; Schürfrecht an Wencke;⁴⁷⁶ Kalivorkommen bei Heidkrug und Wasserhorst?

[...]

⁴⁷² Bei den Kreistagswahlen am 28.4.1946 erhielten die Christdemokraten in Bayern mit 1 256 000 Stimmen die dreifache Stimmenzahl der SPD; für die KPD stimmten nur 70 000 Wähler. In Württemberg-Baden gingen SPD und CDU mit 159 000 zu 145 000 Stimmen nahezu gleich stark aus den Wahlen hervor; die KPD erhielt 57 000 Stimmen. (Keesing's Archiv 1946/47, S. 734 E). Aus den Gemeinderatswahlen in den Städten Bayerns mit mehr als 20 000 Einwohnern am 26.5.1946 ging die CSU ebenfalls als stärkste Partei hervor (Keesing's Archiv 1946/47, S. 763 A). Vom Wahlrecht ausgeschlossen waren vor dem 1.5.1937 beigetretene ehemalige Mitglieder der NSDAP, alle „aktiven“ Parteigenossen sowie alle Führer und Unterführer der Gliederungen und angeschlossenen Verbände.

⁴⁷³ Nachdem Wolters im März 1946 bei einer Parteiarbeiterversammlung öffentlich Kritik am Kurs der KPD-Führung geübt hatte, verhängte die Bremer Parteileitung ein Redeverbot gegen ihn. Seither kursierten Gerüchte über den bevorstehenden Übertritt von Ehlers und Wolters zur SPD. Mit der Erklärung ihres Austritts aus der KPD am 18.5.1946 kamen sie ihrem Ausschluß zuvor, der bei der Bezirkskonferenz Weser-Ems der Partei am 19.5. ausgesprochen werden sollte (vgl. das Austrittsschreiben im Weser-Kurier v. 18.5.1946, S. 4; Brandt, Antifaschismus, S. 207–210).

⁴⁷⁴ Die Bemerkung bezieht sich auf die Intrige gegen den Oberbefehlshaber des Heeres, Werner Freiherr von Fritsch (1880–1939), der Anfang 1938 durch falsche persönliche Anschuldigungen zum Rücktritt gezwungen wurde; von einem militärischen Ehrengericht zwar freigesprochen und von Hitler rehabilitiert, fiel er 1939 im Polenfeldzug.

⁴⁷⁵ Dr. Eugen Fischer, 1880–1950. Jurist, seit Nov. 1945 Verkehrsleiter München der Eisenbahn in der US-Zone, Jan. 1946 Generaldirektor des Verkehrswesens in dieser Zone, Jan. 1947 Leiter der Reichsbahn-Generalbetriebsleitung-Süd in Stuttgart.

⁴⁷⁶ Martin Wencke, 1876–1970. Kaufmann in der Erdölindustrie.

Freitag, 3. Mai 1946

[...]

Im *Senat Kohlennot besprochen*. Brem[er] Gasanstalt hat nur bis Mitte Mai Kohlen; ein Teil der Industrie liegt aus Kohlenmangel still. Gefahr, daß auch der elektrische Strom versagen wird (Rolandmühle!). Trostlose Aussicht für den Winter.

Harmssen über die *Außenhandelsverhandlungen* in Hamburg;⁴⁷⁷ wenig Verständnis für die Lage. – Englische Kritik am Industrieplan des Kontrollrats; Economist: „Kindlich; je eher der Plan in den Papierkorb kommt, desto besser!“⁴⁷⁸

[...]

Samstag, 4. Mai 1946

Dr. Feines⁴⁷⁹ Anstellung gefördert.

Watermans Verfassungsnörgeleien. Sein Doktrinarismus, daß ein Oberregierungsdirktor oder Oberstadtdirektor geschaffen werden müßte, der den ganzen Beamtenapparat in Händen hat.⁴⁸⁰

[...]

Auf dem Markt heute erstes frisches Gemüse, Spinat, Schierkohl, Radieschen, rote Bete, eine kleine Erleichterung zu der übrigens guten Volksspeisung, von der wir täglich Suppe haben.

[...]

Sonntag, 5. Mai 1946

[...]

Vormittags mehrstündige Hauptversammlung der Ortsvereinigung der Goethesellschaft; die Anträge des geltungsbedürftigen, nörgelnden

⁴⁷⁷ Außenhandelskonferenz des „Deutschen Wirtschaftsrats für die britische Zone“ (vgl. Kap. 3, Anm. 245) am 30.4.1946.

⁴⁷⁸ Vgl. Kap. 3, Anm. 455. Zur englischen Kritik am Industrieniveauplan vgl. Gloria Müller, Sicherheit durch Stabilität. Die Rolle der Briten bei der Auseinandersetzung um die Stahlquote des 1. Industrieplans vom 26.3.1946, in: Petzina/Euchner [Hrsg.], Wirtschaftspolitik, S. 65–86. In einer Artikelserie nahm der Economist am 6.4.1946 zur deutschen Krise Stellung. In dem Beitrag „The New Luddites“ wurde der Industrieniveauplan sehr kritisch beurteilt. Der Autor schloß: It „is, without exaggeration, a plan for dislocation and impoverishment. It is negative, restrictive and basically unworkable. It is only to be hoped that it will quickly find its way to the place where it properly belongs – the archives of the Allied Control Council.“ (S. 532)

⁴⁷⁹ Dr. jur. Gerhart Feine, 1894–1959. Diplomat, Privatsekretär Stresemanns, 1947–1949 ORR in der Bremer Justizverwaltung, 1950–1952 deren Präs.; 1953 Generalkonsul in Genf; 1958–1959 Botschafter in Kopenhagen.

⁴⁸⁰ Vgl. Kap. 3, Anm. 461.

Konsuls C. Kellner⁴⁸¹ abgeschlagen; Satzung genehmigt, Neuwahl des Vorstandes.

[...]

Montag, 6. Mai 1946

General Caspari bei mir; sein Vermögen blockiert, sein Ruhegehalt gesperrt.⁴⁸² Der verdiente Offizier, den seine Soldaten verehrten und der im Ersten Weltkrieg oft verwundet und als „der Tapferste der Tapferen“ bezeichnet ist, persönlich schwer getroffen. Neues Diktat über bremische Verfassung für Waterman (gegen den allmächtigen *einen* Oberstadtdirektor).⁴⁸³

Dienstag, 7. Mai 1946

[...]

Im *Senat* Kaisens Bericht über Zonenbeirat in Hamburg:⁴⁸⁴ Die Oberpräsidenten werden „Dame ohne Unterleib“. Moratorium für die Aus-

⁴⁸¹ Vgl. Kap. 3, Anm. 420.

⁴⁸² Walter Caspari, 1877–1962. Major, organisierte mit 300 Bremer Freiwilligen das Freikorps Caspari, das sich als Einheit der Division Gerstenberg an der militärischen Besetzung Bremens am 4.2.1919 und am Sturz der Bremer Räteregierung beteiligte; bildete aus Mitgliedern des aufgelösten Freikorps eine Regierungsschutztruppe als Vorläufer der Schutz- und Ordnungspolizei, 1919–1933 Chef der Bremer Ordnungspolizei, bei seinem Ausscheiden aus dem Amt im April 1933 zum Polizeigeneral ernannt, vgl. Brem. Biogr., S. 90ff. Obwohl C. der NSDAP nicht beitrug, genöß er wegen seiner „nationalen“ Vergangenheit bei ihr großes Ansehen. Als Oberst der Wehrmacht 1939 reaktiviert, fiel er unter die Bestimmungen über die Sperre der Pensionen und Vermögen der „Militaristen“. Außerdem lastete ihm die Militärregierung die Verantwortung für die antidemokratische Haltung der Polizei im März 1933 an. In einem Spruchkammerverfahren wurde C. im Okt. 1947 zu Arbeit für die Allgemeinheit und Einziehung eines Teils seines Vermögens verurteilt. Spitta trat bei diesem Prozeß im Gegensatz zu Kaisen für C. ein (Spitta an Oberst a.D. von Engelbrechten, 9.12.1946, StAB: 3-R.9. Nr. 39).

⁴⁸³ Vgl. Kap. 3, Anm. 461.

⁴⁸⁴ Bei der 3. Sitzung des Zonenbeirats in Hamburg am 2./3.5.1946 hatte Kaisen turnusmäßig die kleinen Länder vertreten (vgl. Kap. 3, Anm. 300 und 403). In einer Vorbesprechung hatten die Chefs der Länder und Provinzen in der Britischen Zone die Beschränkung ihrer Kompetenzen, z.B. durch das Verbot einer ständigen Vertretung beim Stuttgarter Länderrat, erörtert (vgl. Kap. 3, Anm. 403). Im Mittelpunkt der Zonenbeiratstagung stand das Referat des Leiters des Zentralamts für Wirtschaft (vgl. Kap. 3, Anm. 245), Viktor Agartz, „über den Stand der Produktion und Rohstoffversorgung in Handel und Industrie“, das sich, abgesehen von der Forderung nach Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit Deutschlands, vor allem mit dem Problem der unzureichenden Kohlenförderung befaßte. Den zweiten Hauptpunkt bildete die Diskussion über die Ernährungslage, die nach der zusammenfassenden Feststellung Schlange-Schöningens „nicht ernst genug angesehen werden“ konnte. Die von Adenauer ausgelöste breite Debatte über die Bekenntnisschule ließ Kaisen in seinem Bericht offenbar unerwähnt. (Vgl. dazu das Protokoll der 3. Zonenbeiratssitzung in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 442–468).

landslieferungen von Kohlen besprochen und als aussichtslos abgelehnt; Aufschub der sonstigen Beschränkungen der deutschen Wirtschaft auf Zeit; Besprechung im Zonenrat von Genehmigung der Briten abhängig. Kaisens Antrag zugunsten der Kriegsgefangenen (Auskunft; evtl. Austausch gegen Arbeiter) durch englischen Offizier vorläufig gestoppt. Denkschrift über Kohlenförderung. Vortrag von Schlange-Schöningen⁴⁸⁵ über Ernährungslage; Planwirtschaft nötig in der Landwirtschaft; „die Zeit der Getreidefabriken vorbei“; Veredelungsverkehr und Einfuhr des haltbaren Getreides. Eingriffe in die Viehbestände; Fischfang; Stickstoffnot.⁴⁸⁶

Kaisens: Plan einer Durchführung des Leistungsprinzips in Betrieben und unter den Arbeitern. Wettbewerb der Betriebe; Durchschnittsleistung und Zuschläge; Begünstigungen beim Transport und bei Belieferung.

Bedeutsam der *Volksentscheid in Frankreich*; die radikale, von Sozialdemokraten und Kommunisten durchgesetzte Verfassung (Einkammersystem) mit einer Million Stimmen Mehrheit abgelehnt. Niederlage der Kommunisten; Abrücken von Rußland.⁴⁸⁷

⁴⁸⁵ Dr. h.c. Hans Schlange-Schöningen, 1886–1960. Landwirt (Rittergutsbesitzer), zahlreiche agrarwiss. Veröffentlichungen; 1920–1928 Md. des preuß. Landtags, 1924–1932 MdR (bis 1930 als Md. der DNVP), 1931/32 Reichsminister und Reichskommissar für die Osthilfe, 1933–1945 zurückgezogenes Leben mit Kontakten zu Widerstandskreisen; 1945 Mitbegründer der CDU, seit Anfang 1946 Leiter des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft der Britischen Zone, seit 1947 der Bizone, 1949 MdB, 1950–1955 Generalkonsul bzw. Botschafter in London.

⁴⁸⁶ Wie Schlange-Schöningen mitteilte, stand durch Aufbrauch der Getreidereserven zum Ende der laufenden Periode die große Ernährungskrise bevor. Als Gegenmaßnahmen schlug er u.a. weitere Rationskürzungen und vermehrte Viehschlachtungen vor, durch die allerdings die Vorräte des nächsten Jahres angegriffen würden. Dringend notwendig sei die Steigerung der Stickstofflieferungen für Düngemittel, die zur Zeit nur 3% der erforderlichen Mengen ausmachten. In einem Antrag ersuchte der Zonenbeirat die Militärregierung, den Fang der Wesermünder Fischereiflotte bis zur Überwindung der größten Not der Britischen Zone vorzubehalten. Eine Änderung der vereinbarten Verteilungsquote zwischen der Amerikanischen und der Britischen Zone – 45% zu 55% – hielt die Kontrollkommission jedoch für aussichtslos. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 451f., vgl. auch Schlange-Schöningen [Hrsg.], *Im Schatten des Hungers*, S. 64–74).

⁴⁸⁷ Die von der Konstituierenden Nationalversammlung am 19.4.1946 mit 309 Stimmen der Kommunisten, Sozialisten und einiger linker Splitterparteien gegen 249 Stimmen angenommene Verfassung der IV. Republik wurde in der Volksabstimmung am 5.5.1946 mit rund 9,5 gegen 10,5 Mio. Stimmen abgelehnt. Bei der darauf folgenden Neuwahl des Parlaments am 2.6.1946 verloren die Kommunisten ihre Stellung als stärkste Partei (26% gegen 28% der Volksrepublikaner). Ein neuer Volksentscheid am 13.10.1946 über die abgeänderte Verfassung brachte für sie eine Mehrheit von 9,3 gegen 8,1 Mio. Stimmen, obwohl General de Gaulle, der am 29.1.1946 von seinem Amt als Regierungschef zurückgetreten war, zur Ablehnung aufgerufen hatte, da die Verfassung die Parteien mit zu viel Macht ausstattete. Aus den anschließenden Parlamentswahlen am 10.11.1946 gingen wieder die Kommunisten als stärkste Partei hervor.

Wolters, der mit Ehlers zur Leipziger Messe fährt, sagt mir, wenn er nicht wiederkomme, werde er gegen s[einen] Willen zurückgehalten; er sei gefährdet, weil er die Kommunistische Partei in Deutschland vom russischen Einfluß losmachen wolle.⁴⁸⁸

[...]

Mittwoch, 8. Mai 1946

[...]

Donnerstag, 9. Mai 1946

Übliche Rathausarbeit. Die senatorische Verfassungskommission (Nolting-Haußs Einwände!) unter einen Hut gebracht.

Nachmittags Fraktionssitzung der Br[emer] Demokr[atischen] Volkspart[ei]. In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß die Partei keine Arbeitgeberpartei, keine Kapitalistenpartei sein wolle; breite Basis beabsichtigt; nicht alte Parteiverhältnisse.

[...]

Freitag, 10. Mai 1946

Im Senat: Mitteilung der *Schwenkung* der britischen Mil[itär]regierung in der *Verfassungsfrage*; durch „Anweisung 47“ wird die Schaffung eines „Kabinetts“ in den Ländern zugelassen, voll arbeitende Minister; damit der Weg offen, die alte Stellung der Senatoren beizubehalten. Die Anweisung selbst darf uns nicht mitgeteilt werden, nur ihre „Essenz“ mündlich.

*Alliiertes Gesetz zur Einschränkung und Kontrolle der deutschen wissenschaftl[ichen] Forschung.*⁴⁸⁹ Ein Mittel, die deutsche Wissenschaft lahmzulegen.

Harmssens Mitteilungen über die große Zahl deutscher Gelehrter, die in russische Dienste (Krim) genommen sind; wenige in französische, nur ganz vereinzelte in angelsächsische.⁴⁹⁰

⁴⁸⁸ Vgl. Kap. 3, Anm. 473.

⁴⁸⁹ Kontrollratsgesetz Nr. 25 „zur Regelung und Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung vom 29.4.1946, in Kraft getreten mit der Verkündung am 7.5.1946. Das Ziel des Gesetzes war es, naturwissenschaftliche (im wesentlichen physikalische und chemische) Forschung für militärische Zwecke oder deren entsprechende praktische Anwendung zu verhindern. Verboten war „angewandte naturwissenschaftliche Forschung“ im Bereich der Militärtechnik und des Schiffbaus, nur mit Genehmigung erlaubt auf folgenden Gebieten: Nachrichtenwesen, Radioaktivität (außer für medizinische Zwecke), elektronische Röhren, Kugel- und Rollenlagertechnik, Erzeugung von Sprengstoffen und ihren Vorprodukten, synthetischen Treibstoffen und synthetischem Gummi.

⁴⁹⁰ Dazu die populären Darstellungen von Michel Bar-Zohar, *Die Jagd auf die deutschen Wissenschaftler 1944–1960*, Frankfurt/M., Berlin 1966; Tom Bower,

Nachmittags *Bürgerschaft*. Klare, eindrucksvolle Finanzrede von Nolting-Hauff.⁴⁹¹

Samstag, 11. Mai 1946

[...]

Apelt überlastet und durch Reibungswiderstand und Beamtenentlassungen nervös und amtsmüde. Die Frage: West oder Ost? beantwortet er zur Zeit, enttäuscht durch die Angelsachsen, zugunsten der Russen.

[...]

Sonntag, 12. Mai 1946

[...]

Montag, 13. Mai 1946

Senator Wolters aus Leipzig zurück. Bezeichnet die Messe als Schwindel; die Ausstellung Potemkinsche Dörfer; die ausstellenden Fabriken zum großen Teil abmontiert. Es seien traurige politische Verhältnisse; Kommunisten im russischen Solde; ihm sei das Polizeipräsidium von Dresden angeboten. – Wolters schildert dann seinen Konflikt mit der hiesigen Kommunistischen Partei; unter anderem wird ihm vorgeworfen, daß er für Wenhold und Hillmann eingetreten sei. Er und Ehlers wollten aus der Partei austreten, um der Ausschließung zuvorzukommen. Hospitanten der SPD?⁴⁹² Die Militärreg[ierung] wolle beide im Senat belassen.

[...]

Dienstag, 14. Mai 1946

Im *Senat* Kaisens Bericht über die Harzburger Tagung des Gebietsrats:⁴⁹³ Werbung von Bergarbeitern für das Ruhrgebiet. Drohender Waldab-

Verschörung Paperclip. NS-Wissenschaftler im Dienst der Siegermächte, München 1988.

Die UdSSR brachte etwa 5000 deutsche Raketen- und Flugzeugspezialisten in ein Forschungszentrum am Schwarzen Meer. Die USA nahmen einige Hundert Spitzenwissenschaftler in ihre Dienste. Aber auch England, Frankreich, Italien u. a. Länder beteiligten sich an der Jagd auf die deutschen Experten.

⁴⁹¹ Übersicht über die Finanzlage Bremens und die Entwicklung der Finanzverwaltung seit Ende des Krieges, in: Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 12–20.

⁴⁹² Vgl. Kap. 3, Anm. 473.

⁴⁹³ Tagung des Gebietsrats Niedersachsen (vgl. Kap. 3, Anm. 181) in Bad Harzburg am 13.5.1946. Von den zahlreichen behandelten Themen (vgl. Bericht tom Moehls in der Senatsitzung am 21.5.1946) erörterte Kaisen nur die Bestrebungen zur Schaffung eines Landes Großhannover, in dem auch Bremen aufgehen sollte (Senatsprotokoll 14.5.1946, StAB: 3/3).

schlag. Keine Reparationen in Geld. – Kohlennot; Gasabgabe in Bremen auf $\frac{1}{2}$ gesetzt. Vor dem Ende der Stromlieferung. – *Bericht Wolters über Leipziger Messe*. Vom russischen Standpunkt politischer Fehler. Die Besucher erfahren, daß die Bevölkerung hungern mußte, damit die Messebesucher reichlich zu essen und zu rauchen haben. Ausgemergelte Kinder und alte Frauen in der Arbeit. Kaisers (CDU) Rede auf Goerdeler.⁴⁹⁴ Persönliche Unsicherheit.

Kennedys groß angelegte, bedeutende Denkschrift „USA und die Welt“ in der Zeitschrift „Life“.⁴⁹⁵ – „Der Frieden nicht die Folge des Fortschritts, sondern der Fortschritt die Folge des Friedens.“ Krieg droht von Rußland. USA müssen sich stark machen!

[...]

Mittwoch, 15. Mai 1946

Besprechung mit Legationsrat Dr. Budde,⁴⁹⁶ der unser Vertreter im Länderrat in Stuttgart werden und zugleich Verbindungsmann der Chefs der britischen Zone mit dem Länderrat sein soll. Budde hat dort schon persönliche Beziehungen.

Nachmittags Sitzung des Wahlausschusses des Verwaltungsgerichts. Glatte Wahl. Entgegenkommende Haltung von Senator Theil, der sich immer mehr als tüchtiger, rein fachlich arbeitender Verwaltungsmann bewährt.

⁴⁹⁴ Jakob Kaiser, 1888–1961. Buchbinder, Sekretär der christlichen Gewerkschaften und stellvertretender Zentrumsvors. in Köln, 1933 MdR, 1938 zeitweilig inhaftiert, Verbindung zu verschiedenen Widerstandsgruppen, tauchte nach dem 20.7.1944 unter, seine Familie kam in Sippenhaft; 1945 Mitbegründer der CDU in der SBZ, 1947 deren Vors., kam Ende 1947 nach West-Berlin, Md. des Parlamentarischen Rates und MdB, 1949–1957 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. – Kaiser gedachte in seinen Reden immer wieder des Verschwörerkreises vom 20. Juli 1944, so bei einer Tagung der CDU in Berlin am 16.6.1946. In einem Artikel zum 1. Jahrestag des Attentats hatte er Goerdeler gewürdigt: „Auch Goerdeler war kein Reaktionär. Er kam gewiß von ‚rechts‘, aber er sah die Bedeutung der Arbeiterschaft und bekannte sich zum Willen, ihr in der für die Zeit nach dem 20. Juli vorgesehenen Neuordnung des deutschen Lebens den ihr zukommenden Platz zu geben.“ (Das Volk v. 20.7.1945, abgedr. in: Jakob Kaiser. Gewerkschaftler und Patriot. Eine Werksauswahl, hrsg. u. eingeleitet v. Tilman Mayer, Köln 1988, S. 179).

⁴⁹⁵ Joseph P. Kennedy, The U.S. and the World, in: „Life“ 1946, 18.3., S. 106–118. In dem Artikel plädierte K. dafür, daß die USA zur Verhinderung eines Dritten Weltkriegs – mit der UdSSR auf der einen und den angelsächsischen Mächten auf der anderen Seite – bewußt „Weltpolitik“ betreiben, die dafür nötige innere Stärke gewinnen und gegenüber der Sowjetunion einen eindeutigen Kurs verfolgen mußten.

⁴⁹⁶ Dr. Eugen Budde, 1901–1984. Legationsrat a.D., begann seine Karriere in der Weimarer Zeit, stand politisch der DNVP und dem Stahlhelm nahe, 1937–1939 bei der Gesandtschaft in Bern; seine Ernennung zum Vertreter der Britischen Zone beim Länderrat ließ sich nicht verwirklichen (tom Moehlen in der Senatssitzung am 31.5.1946, StAB: 3/3).

Donnerstag, 16. Mai 1946

Morgens 8 Uhr mit Mutter und Paula nach Oldenburg.

Besprechung mit *Minister Kaestner über Verfassung und Neugliederung.*
[...]

Um 7^{1/2} Uhr im *Gästehaus Senatssitzung* bis 11 Uhr nachts. Bericht vom Moehlens über die Sitzung des Länderrats und des Zonenrats.⁴⁹⁷ Aussprache über die Neugliederung Deutschlands. Ich: 1.) Jetzt noch nicht die Zeit dafür, da keine deutsche Zentralinstanz und in den Ländern keine gewählten Parlamente und Regierungen; jetzt auch jede Änderung der Verwaltungsorganisation störend und hindernd. 2.) Nicht unbedingt an Selbständigkeit Bremens festzuhalten; derselbe Zweck durch andere Mittel zu erreichen. Am besten Eingliederung in Küstenprovinz mit Bremen als Hauptstadt. Keine großen Verwaltungseinheiten, da sie unpraktisch und nicht volksnahe sind. – Theil mehr für ein Niedersachsen; Kaisen möchte, daß Bremen sich zurückhält, da es jetzt von Hannover und Oldenburg umworben werde.

Freitag, 17. Mai 1946

*Im Senat Verfassung beraten und verabschiedet.*⁴⁹⁸

Schwierige Wirtschaftsfragen. Der Leiter unseres Enklave-Wirtschaftsamtes Dr. Korhammer durch Amerikaner gestürzt. Andere Personalfragen (Budde, Feine, Klinge⁴⁹⁹ usw.).

⁴⁹⁷ Tagung des Länderrates mit Mitgliedern des Zonenbeirats in Stuttgart am 3.4.1946. Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Fragen der Gebiets- und Ländergliederung und des staatsrechtlichen Aufbaus in Deutschland. Nach Referaten von Robert Lehr (Nordrhein-Provinz) und Reinhold Maier (Württemberg-Baden) verabschiedeten die Teilnehmer eine von Kurt Schumacher eingebrachte Entschließung über die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands (vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 422–440).

⁴⁹⁸ Nach schwierigen Verhandlungen zwischen dem Senat und der britischen Militärregierung hatte ORR Behrens einen ersten Verfassungsentwurf erstellt, der nach eingehender Überarbeitung durch Spitta am 23. und 24.4.1946 ausführlich im Senat beraten und an eine Redaktionskommission, bestehend aus Kaisen, Spitta und Nolting-Hauff, überwiesen worden war. Die von ihr beschlossenen Änderungen wurden in dieser Senatssitzung aufgrund eines Berichts von Spitta genehmigt. Der Verfassungsentwurf entsprach weitgehend den kommunalpolitischen Vorgaben der britischen Militärregierung. Am 31.5.1946 wurde er der Bürgerschaft zugeleitet, die ihm am 4.7.1946 zustimmte. Dabei meldete sie jedoch Änderungswünsche an, über die keine volle Einigung mit der Militärregierung erzielt werden konnte. Obwohl deren formelle Zustimmung zur Verfassung noch ausstand, diente sie als Grundlage für die ersten Bürgerschaftswahlen nach dem Zweiten Weltkrieg am 13.10.1946. Nach der Eingliederung Bremens in die US-Zone im Jan. 1947 mußte die Verfassung völlig überarbeitet werden. Dazu: Spitta, Kommentar, S. 11–23.

⁴⁹⁹ Karl-August Klinge, geb. 1910, Bankkaufmann. Er übernahm am 1.6.1946 als Nachfolger Korhammers die Leitung des Enklave-Wirtschaftsamtes, wurde jedoch erst am 29.11.1946 vom Senat rückwirkend ernannt.

Angeblich ist die *Währungsreform* des Kontrollrats jetzt beschlossen; Einigkeit nur noch nicht über die Bank.⁵⁰⁰ Abwertung der Reichsmark: 10 zu 1. Zum Dollar etwa 4 RM. Auf alle Sachwerte Generalhypothek von 50 Prozent, zu verzinsen mit 1 Prozent und 1 Prozent Tilgung. Für Ansprüche an das Reich Zertifikate, die die Zinsen der Generalhypotheken erhalten.

Vermögenssteuer für die großen Vermögen. Revision der Steuergesetze mit ihren hohen Sätzen. Die Russen widersprechen der Zentralbank.

Samstag, 18. Mai 1946

Mit Kaisen und tom Moehlen Landeswirtschaftsamt und seine Übertragung von Apelt auf Harmssen besprochen. Kaisen möchte meine Vermittlung; schwierig, da Apelt nervös und gereizt.

[...]

Sonntag, 19. Mai 1946

10 bis 12¹/₂ Uhr Rede Dr. Schumachers (SPD) über „Deutschland und Europa“. ⁵⁰¹ Glänzende rednerische Leistung; seit Friedr[ich] Naumann⁵⁰² ha-

⁵⁰⁰ Erste Beratungen im Alliierten Kontrollrat über einen von der Finance Division der US-Militärregierung vorgelegten Plan zur Währungsreform, der hauptsächlich die Abwertung des umlaufenden Geldes auf ein Zehntel seines Wertes vorsah, hatten Ende 1945 zu keinem Ergebnis geführt, die USA aber veranlaßt, eine umfassende Untersuchung des Problems durch eine Expertengruppe in Auftrag zu geben. Dieser Colm-Dodge-Goldsmith-Plan lag in einer ersten Fassung am 5.4.1946 vor; die dritte und letzte Version wurde General Clay am 20.5.1946 übersandt, am 26.6.1946 vom State Department gebilligt und seit Sept. 1946 im Alliierten Kontrollrat eingehend erörtert. Der Plan enthielt alle wesentlichen Bestimmungen der späteren Währungsreform, vor allem die Koppelung des Währungsschnitts mit einem Lastenausgleich. Mit Ausnahme eines geringen in voller Höhe auszahlenden Betrages von 10,- RM pro Person (bzw. 15,- RM für Haushaltsvorstände) sollte alles übrige Geld im Verhältnis 10:1 abgewertet und auf zunächst gesperrten Konten blockiert werden. Bestrebungen der US-Finance-Division zur Errichtung einer Zentralbank für ganz Deutschland scheiterten im Kontrollrat am Widerstand Frankreichs und der Sowjetunion, die stereotyp die Dezentralisierung des Bankwesens verlangten. Der Leiter der Finance Division, Joseph M. Dodge, schlug daher am 23.4.1946 als Ersatz eine unter alliierter Kontrolle stehende Kommission der Landeszentralbanken vor, eine Lösung, die im März 1948 mit der Bank deutscher Länder verwirklicht wurde. [Eckhard Wandel, Die Entstehung der Bank deutscher Länder und die deutsche Währungsreform 1948, Frankfurt/M. 1980, S. 55–68, 97–101; Christoph Buchheim, Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: VfZ 36 (1988); S. 189–231, insbes. S. 198–204].

⁵⁰¹ Dr. Kurt Schumacher, 1895–1952. Als Kriegsfreiwilliger im Ersten Weltkrieg schwer verwundet, Studium der Rechtswissenschaft und Nationalökonomie, Redakteur einer SPD-Zeitung, seit 1918 Md. der SPD, 1924–1931 Md. des württembergischen Landtags, 1930–1933 MdR, im Juli 1933 verhaftet, zehn Jahre in verschiedenen Konzentrationslagern in Haft, 1944 erneut für mehrere Wochen im KZ Neuengamme, in Hannover untergetaucht, von dort aus 1945 Wiederaufbau der SPD in den Westzonen, bis zum Tod 1952 Vors. der SPD und ihrer Bundestagsfraktion.

be ich eine solche Verbindung von Geist und Beredsamkeit nicht erlebt. Wird er unser künftiger Reichspräsident sein? Zarter Körper; rechten Arm im Ersten Weltkrieg verloren; schief. Erstaunlich offene Kritik der Besatzungsmächte. „Das erste Jahr unwiederbringlich verloren.“ Scharfe Wendungen gegen Rußland. Der Bolschewismus kein Sozialismus, sondern Staatskapitalismus. In der KPD Diktatur; Vortrupp einer auswärtigen Macht. Usw. Mittagessen mit ihm und amerikan[ischen] und englischen Offizieren. Ich zwischen Engländern und Amerikanern. Rohstoff des Essens von Amerikanern, Zubereitung „Senat“.

[...]

Montag, 20. Mai 1946

Richtlinien für die Neugliederung des Reiches und Bremens Stellung ausgearbeitet.⁵⁰³

Abends mit Apelt in s[einen] neuen Amtsräumen in der Wachmannstraße. Landeswirtschaftsamt besprochen. Apelt gereizt und verstimmt.

[...]

Dienstag, 21. Mai 1946

Senatssitzung. – Nachmittags Fraktionssitzung.

Es ist leider nötig, an diesen Sitzungen teilzunehmen, da kaum einer parlamentarische Erfahrung hat.

[...]

1949 unterlag Sch. bei der ersten Bundespräsidentenwahl gegen Theodor Heuss. Unterschiedliche Auffassungen über die Deutschlandpolitik und Fragen der europäischen Neuordnung führten in der Folgezeit zu schweren Differenzen zwischen Sch. und Kaisen. – Bei seinem Besuch in Bremen am 19.5.1946 sprach Schumacher außer bei einer SPD-Versammlung mit etwa 1200 Teilnehmern auch bei einer Zusammenkunft von etwa 800 Vertretern aller Parteien. Er richtete in seinen Reden heftige Angriffe gegen die diktatorischen Praktiken der KPD und appellierte an die Westmächte, einem demokratischen und sozialistischen Deutschland das Recht zur Selbstbestimmung zu gewähren und ihm die ökonomischen Voraussetzungen zum Überleben zu lassen. Wie ein amerikanischer Berichterstatter registrierte, riefen Schumachers „positive“ Haltung zu den Problemen der Gegenwart und seine Offenheit in „rechten“ Kreisen ebenso Begeisterung hervor wie bei SPD-Anhängern. Diese äußerten zum Teil Besorgnis über seinen Antikommunismus, der „der Rechten“ zugute kommen könne. (Functional History 1945/46, S. 45f.).

⁵⁰² Friedrich Naumann, 1860–1919. Pastor und freier Schriftsteller, Mitbegründer und Vors. des Nationalsozialen Vereins und der DDP, seit 1893 Hrsg. der Zeitschrift „Die Hilfe“, 1907–1919 MdR (Freisinnige Vereinigung, Fortschrittliche Volkspartei, DDP).

⁵⁰³ Theodor Spitta, Neugliederung Deutschlands, Denkschrift vom 20.5.1946, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 1.

Mittwoch, 22. Mai 1946

[...]

Donnerstag, 23. Mai 1946

Sonnig. Blütenfülle. Rhododendron und Holunder.

Nachmittags dreistündige, langweilige Bürgerschaftssitzung⁵⁰⁴ (Finanzen und Denazifikation; diese immer unklarer und verworrener; es scheint, daß bei uns weder die amerikan[ischen] noch die britischen Vorschriften maßgebend sind, sondern das, was Iwasco⁵⁰⁵ anordnet).

Freitag, 24. Mai 1946

Im Senat meine Richtlinien über die Neugliederung Deutschlands verhandelt.⁵⁰⁶ Kaisen ganz derselben Ansicht, möchte die Denkschrift den anderen Länderchefs geben. Davor warne ich. Es sollten Richtlinien für den internen Gebrauch des Senats sein. Beschlossen, die erste Hälfte dem Zonenrat mitzuteilen, die zweite Hälfte mit der Stellungnahme zu den einzelnen Plänen zurückzuhalten. Theil gegen Küstenland (Plan Oldenburgs) und für Anschluß an größeres Gebilde (Hannover oder Niedersachsen). –

⁵⁰⁴ Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 23–37.

⁵⁰⁵ Captain Eugene C. Iwasco, Leiter der Entnazifizierungsabteilung der US-Militärregierung in Bremen.

⁵⁰⁶ Theodor Spitta, Neugliederung Deutschlands, Denkschrift vom 20.5.1946, in: StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 1; revidierte Fassung (= S. 1–5) vom 25.5.1946, ebenda. Spitta trat dafür ein, daß Entscheidungen über die Neugliederung Deutschlands erst getroffen werden sollten, wenn es wieder demokratisch gewählte Zentralinstanzen (Reichsregierung und Reichstag) gebe. Er plädierte für die Erhaltung eines selbständigen Landes Bremen, das nur bei Gleichstellung mit den übrigen deutschen Ländern seine geschichtliche Aufgabe auf dem Gebiet des Welthandels und der Seeschifffahrt erfüllen könne. Sollte Bremen dennoch einem anderen Land eingegliedert werden, müsse es die Zuständigkeit für die Häfen (Bremen und Bremerhaven) und den Weserstrom behalten, Sitz der für den nordwestdeutschen Küstenraum wichtigen Reichsmittelbehörden werden und auf den für die Stadt lebenswichtigen Gebieten unmittelbar mit dem Reich verhandeln dürfen. – Von der Denkschrift abgetrennt wurden Spittas Stellungnahmen zu der Eingliederung Bremens in ein nordwestdeutsches Küstenland (Oldenburger Plan), das ihm auf wesentlichen Gebieten, z.B. Ausgleich der Kriegsschäden, Ernährung, Arbeitseinsatz und Rohstoffbelieferung, als nicht leistungsfähig genug erschien, zum Anschluß an ein Land Niedersachsen, das er als zu groß ablehnte, und zur Zusammenfassung der drei Hansestädte, bei der er ein Übergewicht Hamburgs befürchtete. Abschließend machte Spitta auf die Möglichkeit aufmerksam, daß „die Enklave in alter oder vergrößerter Form“ auf Verlangen der Amerikaner wiederhergestellt und als selbständiges Land in die US-Zone einbezogen werden könnte, wie es 1947 geschah. Der Senat machte sich Spittas Argumentation zu eigen. Er beschloß, einen Zusammenschluß Bremens mit Hamburg und Lübeck unbedingt abzulehnen, bei einer Eingliederung in ein Land Niedersachsen oder ein Küstenland die Erfüllung der von Spitta genannten Bedingungen zu fordern (Senatsprotokoll 24.5.1946, StAB: 3/3).

Gliederung ohne Rücksicht auf die Besatzungsmächte, nur nach deutschen Belangen, frühestens erst mit Friedensschluß möglich.

[...]

Samstag, 25. Mai 1946

Eröffnung der Kunstschule⁵⁰⁷ durch Senat. Gute Programmrede Paulmanns. [...]

Mit Arnold und Walter L[isco] Aussprache über Gliederung Deutschlands und einheitliche Wirtschaft. Arnold für Zentralisation innerhalb der einzelnen Zone; dann Zusammenschluß der Zonen. Ich habe das Bedenken, daß sich die einzelnen Zonen, wenn sie sich weiter befestigen, immer mehr auseinanderleben und dann ein Zusammenschluß des Ganzen desto schwieriger wird. Arnold für große deutsche Länder, daher auch für Niedersachsen; ich sehe in einem zweiten „Bayern“ eine Gefahr für die Einheit des Reiches; besser mittlere und kleinere Länder.

Sonntag, 26. Mai 1946

[...]

Um 11 Uhr Vortrag von Frank Thieß: „Geist und Geschichte“.⁵⁰⁸ Gedankenreich; Grundeinstellung religiös. Kollektive Organisationen (Staat, Kirche usw.) immer egoistisch, auf Selbstbehauptung bedacht, wie im Tierreich, so bei den Menschen. Pflanzen, Tiere, Kollektiv-Tiere (Ameisen, Termiten usw.). Der Mensch unterscheidet sich vom Tier dadurch, daß er böse sein kann. Der Geist ein Geschenk „von oben“, ein Blitz von außerhalb. Nur durch den Geist Wendung in der Geschichte (Christus).

[...]

Montag, 27. Mai 1946

[...]

⁵⁰⁷ Staatliche Kunstschule-Meisterschule für das gestaltende Handwerk.

⁵⁰⁸ Thieß hielt diesen Vortrag erstmals am 30.3.1946 in Oldenburg (abgedruckt in: Frank Thieß, *Zeitwende. Drei Vorträge*, Hamburg 1947, S. 55–80). Er betrachtet die menschliche Gesellschaft als einen kollektiven Organismus, der egoistischen Raubgesetzen folge und die in ihm eingeschlossenen Individuen zu Zellen des Ganzen degradiere. Der Nationalsozialismus sei ein Beispiel für die „restlose Entmündigung des Individuums“ und „seine vorbehaltlose Einordnung in den Staatsverband“, aber nicht das einzige. Thieß' Grundthese lautet, daß der Mensch nur als geistiges Wesen dem Tier überlegen sei und sich das Böse aus dem Mißbrauch des Geistes entwickle. Als „Geiststräger“ habe der Mensch die Verantwortung für seine Taten zu übernehmen, woraus sich jedoch keine kollektive Schuld des deutschen Volkes ergebe. Besonders problematisch ist Thieß' Versuch, das Leid der Menschen als Kraftquelle für den Geist und eine geistige Erneuerung zu interpretieren.

Dienstag, 28. Mai 1946

[...]

Im Senat Kaisens Bericht über die *Neugliederung*; im britischen Zonenrat sehr verschiedene Meinungen, aber Einigkeit darin, Opfer zu bringen, falls dadurch die englische Ruhrpolitik gestützt und Ruhr und Rhein für Deutschland gerettet werden können.⁵⁰⁹

Der Antrag, ein *zweijähriges Wirtschaftsmoratorium*⁵¹⁰ für Deutschland zu erhalten, jetzt von den Briten zur Erörterung im Zonenrat zugelassen (vor einigen Wochen Erörterung verboten). Die Amerikaner stoppen in ihrer Zone die Reparationen.⁵¹¹ Beides leise Anzeichen einer Wendung der angelsächsischen Politik zugunsten Deutschlands. Im übrigen noch Not und Schwierigkeiten genug, auch staatsrechtlicher Art. Heute nachmittag verlangen die Engländer sofortige Erklärung Kaisens, ob er Beamter oder

⁵⁰⁹ Kaisen berichtete über eine Besprechung der Chefs der Länder und Provinzen der Britischen Zone in Lübeck zur Vorbereitung der 4. Sitzung des Zonenbeirats am 28./29.5.1946, bei der die kleinen Länder turnusgemäß von Lippe vertreten wurden. Über die Haltung Bremens zur Neugliederung Deutschlands hatte sich Kaisen im Sinne der Denkschrift Spittas und des Senatsbeschlusses vom 24.5.1946 (vgl. Kap. 3, Anm. 506) geäußert, aber klargestellt, daß sich Bremen für den Fall, daß es sich einem anderen Land anschließen müsse, für die Küstenprovinz und gegen Niedersachsen entscheiden werde. Die Regierungschefs hatten bei der Zusammenkunft ihren Willen erklärt, die Internationalisierung des Rhein-/Ruhrgebiets unbedingt zu verhindern und auch auf Kosten ihrer Länder und Provinzen „alle erdenklichen Opfer zu bringen“, um es im Reichsverband zu erhalten. (Senatsprotokoll 28.5.1946, StAB: 3/3) – Das Rhein-Ruhr-Gebiet sollte nach sowjetischer Planung einer Vier-Mächte-Kontrolle unterstellt und für Reparationszwecke ausgebeutet, nach französischer Vorstellung auch politisch von Deutschland abgetrennt werden. Die britische Regierung bevorzugte statt dessen die Sozialisierung und Kontrolle der dortigen Industrie; vgl. Rolf Steinniger, Die Rhein-Ruhr-Frage im Kontext britischer Deutschlandpolitik 1945/46, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, Göttingen 1979, S. 111–166.

⁵¹⁰ Der Antrag von Lehr, Petersen, Kaisen, Steltzer und Amelunxen betr. die Verhinderung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in der britischen Zone sollte nach einem Beschluß der Oberpräs. und Länderchefs vom 1.5.1946 im Zonenbeirat behandelt werden, was nicht in der 3. Sitzung am 2./3.5.1946, sondern erst in der 4. Sitzung am 28./29.5.1946 geschah. Der von Spitta angesprochene letzte Punkt des ursprünglichen Antrags, die Demontagen von Industrieanlagen für etwa zwei Jahre auszusetzen, war jedoch gestrichen worden (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 517).

⁵¹¹ General Lucius D. Clay hatte am 3.5.1946 im Kontrollrat die Einstellung der Reparationslieferungen aus der US-Zone erklärt und diese Entscheidung bei einer Pressekonferenz am 27.5.1946 öffentlich bekanntgegeben. Er wollte dadurch die UdSSR und Frankreich zwingen, Maßnahmen zur Realisierung der Potsdamer Beschlüsse über die Wirtschaftseinheit Deutschlands zuzustimmen, insbesondere einen gemeinsamen Im- und Exportplan zu verabschieden und endlich Zentralbehörden zu gründen. (Gimbel, American Occupation, S. 57–61; Krieger, General Clay, S. 139–143).

Politiker sein wolle.⁵¹² Kaisen will Politiker bleiben. Im Augenblick hat Kaisen das Ansinnen, einen Oberstadtdirektor zu ernennen, abgebogen; Kaisen meint, wenn wir doch dazu gezwungen würden, müsse ich dies Amt zunächst übernehmen. Apelt gereizt und über die Lage nahezu verzweifelt. [...]

Mittwoch 29. Mai 1946

[...]

Im Juristenausschuß Arbeitsgerichte (Übergang auf Landesarbeitsbehörden), Justizministerium der britischen Zone usw.⁵¹³
[...]

Donnerstag, 30. Mai 1946

[...]

Freitag, 31. Mai 1946

[...]

8 $\frac{1}{2}$ Uhr Carstens. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr mit Kaisen, Nolting-Hauff, Apelt, Bölken bei der Militärregierung. Der neue britische Zivilkommissar *McReady*,⁵¹⁴ der erste von den Besatzungsmächten, der Zivil trägt, sowie der hannov[er-sche] Brigadier [Lingham]. Höflichkeitsworte.

Um 10 Uhr Senat. Begründung der Verfassung verabschiedet.⁵¹⁵ Entnazifizierungsfragen und Rechtsbrüche (kein Gehör!).⁵¹⁶ Tom Moehlen be-

⁵¹² Diese Forderung stand im Zusammenhang der englischen Bestrebungen zur Trennung von Politik und Verwaltung, vgl. Kap. 3, Anm. 307 und 461.

⁵¹³ Das Zentral-Justizamt für die Britische Zone wurde am 1.10.1946 eröffnet; bis zur Auflösung am 31.3.1950 stand es unter der Leitung von Dr. Wilhelm Kiesselbach. Auf Anweisung der britischen Militärregierung vom 11.4.1946 hatten der Präs. des OLG Oldenburg, Dr. Ekhard Koch, und der Vizepräs. des OLG Hamburg, Dr. Herbert Ruscheweyh, am 27.5.1946 einen „Entwurf der Organisation einer zentralen Justizverwaltungsstelle für die britische Zone Deutschlands“ vorgelegt (Vogel, Westdeutschland, Bd. 3, S. 514–519). Koch wurde Vizepräs. des Zentral-Justizamts, Ruscheweyh als Nachfolger Kiesselbachs Präs. des HOLG in Hamburg.

⁵¹⁴ Sir Gordon McReady, 1891–1956, britischer Generalleutnant, 1946–1947 Landeskommissar der brit. Kontrollkommission für Niedersachsen, 1947–1949 brit. Vors. des Wirtschaftskontrollrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, 1949–1951 Wirtschaftsberater des brit. Hochkommissars in Deutschland.

⁵¹⁵ Mitteilung des Senats vom 31.5.1946: Erlaß einer neuen bremischen Verfassung, in: Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft 1946, S. 3–4.

⁵¹⁶ Im Anschluß an eine Eingabe der BDV kritisierte Apelt die Entnazifizierungspraxis, weil der Beschuldigte im Vorstellungsverfahren nicht gehört und ihm das Beweismaterial nicht mitgeteilt werde. Der Senat sprach sich für die Anhörung der Betroffenen aus und beauftragte Spitta, eine entsprechende Mitteilung an den Hauptausschuß für Entnazifizierung der Bürgerschaft zu entwerfen. (Senatsprotokoll 31.5.1946, StAB: 3/3).

richtet, daß für Niedersachsen keine Stimmung bei den Länderchefs.⁵¹⁷ Der Governor in Bremen hat zu Kaisen gesagt, die Neugliederung komme nicht vor den Wahlen.

[...]

Samstag, 1. Juni 1946

Dozent Dr. Kern aus Hamburg. Universität der Esten, Letten und Litauer in Hamburg auf englische Kosten.⁵¹⁸

Nachmittags Knittermeyers. Wir trafen uns in dem Gedanken, daß Deutschland und unser Volk keine Hoffnungen und Wünsche auf politische und wirtschaftliche Geltung haben könnten, daß es vielmehr lediglich darauf ankomme, in dieser Zeit schwerster äußerer und innerer Bedrängnis nicht zu Fellachen zu werden, sondern uns, trotz allem, im Geistigen und Sittlichen zu behaupten und das Verhältnis von Mensch zu Mensch zum Mittelpunkt unseres Lebens zu machen. Frage Ost – West. Frage der Vereinigten Staaten von Europa. Sie dürfen nicht lediglich eine politische Konstruktion sein, sondern müssen, wenn sie Bestand haben sollen, von innen heraus organisch wachsen.

Sonntag/Montag, 2./3. Juni 1946

[...]

Dienstag, 4. Juni 1946

Da Kaisen in Hannover, habe ich trotz Grippe Vorsitz im Senat. Nachmittags mit Präsident Ruscheweyh⁵¹⁹ vom Oberl[andes]gericht Hamburg politische Fragen: Arbeitsgerichte, Justizminister für britische Zone, Oberlandesgericht in Bremen, Neugliederung.⁵²⁰

[...]

⁵¹⁷ Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen in Lübeck vom 25. – 27. 5. 1946.

⁵¹⁸ Dieser Plan wurde nicht verwirklicht.

⁵¹⁹ Prof. Dr. Herbert Ruscheweyh, 1892–1965, Jurist. 1921–1946 Rechtsanwalt in Hamburg, 1928–1933 MdBü (SPD), 1931–1933 Präs. der Hamburger Bürgerschaft, 1944 inhaftiert, 1945 Präs. der Anwaltskammer, 1946 vorläufiger Präs. der ernannten Bürgerschaft, 1946–1960 Vizepräs., dann Präs. des HOLG und Hamburgischen Obergerichts, 1948–1951 zugleich Präs. des Deutschen Obergerichts für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet in Köln, 1952–1960 Präs. des Hamburgischen Verfassungsgerichts, 1952–1962 Vors. des Deutschen Juristentages. Vgl.: Herbert Ruscheweyh 1892–1965. Gedächtnisschrift hrsg. v. d. Landesjustizverwaltung der FH Hamburg, Hamburg 1966.

⁵²⁰ Vgl. Kap. 3, Anm. 513.

Mittwoch–Sonntag, 5.–9. Juni 1946

Grippekrank. [...]

Carstens trägt mir täglich oder fast täglich die laufenden Sachen vor und läßt mir Akten zur Bearbeitung. – Amtliche Besuche Apelts (Denazifizierungsnöte).

[...]

Freundliche Beweise der Anteilnahme an meiner Krankheit: Von Bote (Fraktionsführer der Demokr[atischen] Volkspartei) ein wunderbarer Strauß von Rosen. Von Frä. Anna Opp[ermann]⁵²¹ Strauß mit Nelken. Von Bürgerm[eister] Kaisen junger Kohlrabi, Salat, Milch, herrliche Pfingstrosen. Von Karl Carstens Grütze und Ei. Von Senator Wenhold Seezungen. Von Klaus Erdbeeren. Von Eva Rosen. Und von Frau Apelt Pfingstrosen.

[...]

Pfingstmontag, 10. Juni 1946

[...]

Dienstag, 11. Juni 1946

[...]

Mit Karl Carstens gearbeitet. Gegen Mittag zum ersten Mal aufgestanden.

Mittwoch, 12. Juni 1946

Den größten Teil des Tages außer Bett. – Vormittags Karl Carstens. [...]

Donnerstag, 13. Juni 1946

[...]

Freitag, 14. Juni 1946

Weiter zu Hause gearbeitet; Carstens nimmt mir viel ab.

[...] Die Reichsfinanzämter machen wegen der Entlassung alles eingearbeiteten Personals Fehler über Fehler. Bei mir in der Vermögenssteuerrechnung grober Rechenfehler, außerdem Mahnung auf Zahlung der Einkommensteuer, die ich längst bezahlt habe, usw.

[...]

Samstag/Sonntag, 15./16. Juni 1946

[...]

⁵²¹ Anna Oppermann war 1905–1921 Betreuerin der Spittaschen Kinder und mit der Familie freundschaftlich verbunden.

Montag, 17. Juni 1946

8 Uhr ins Rathaus. Wieder in voller Arbeit. Besprechungen mit Kaisen und tom Moehlen über Neugliederung Deutschlands usw. Schreiben Großhessens und Württemberg-Badens an Oldenburg für die Selbständigkeit Bremens. – Ich schlage Kaisen vor: Selbständigkeit Bremens bewahren, gleichzeitig Verwaltungsgemeinschaften in größeren Gebieten.

Frank Thieß bei mir wegen s[einer] „Ausbürgerung“. ⁵²²

Besprechungen mit Apelt, Wenhold, Friese, Meineke, ⁵²³ Oppermann usw. Nachmittags dreistündige, ziemlich qualvolle Fraktionssitzung. Es zeigte sich aber wieder, daß Apelts und meine Anwesenheit nötig war, um falsche Schritte und Beschlüsse zu verhindern.

Gefährdung der bürgerl[ichen] Einheitsfront durch Gründung einer Christl[ich]-Dem[okratischen] Union in Bremen. ⁵²⁴

Dienstag, 18. Juni 1946

Im Senat Fragen der Verfassung und der Entnazifizierung, der Neugliederung und der Zukunft Bremens.

[...]

Mittwoch, 19. Juni 1946

Scharfer Amtsbetrieb. Artikel über Verfassung für Weser-Kurier diktiert. ⁵²⁵

Nachmittags Vortrag Bedge über Kölner Abwasser-Verwertungsanlagen. Abends im Einverständnis mit Kaisen bei Bote; Besprechung mit dem Herzog Ernst August von Braunschweig (Hannover) und seinem Sohne über die Neugliederung Deutschlands und Bremens Selbständigkeit. ⁵²⁶ Weitere Teilnehmer: Apelt, Winnig, Stoevesandt und der Führer der Nieders[ächsischen] Landespartei (Welfen) Renken. ⁵²⁷ Entgegenkommende

⁵²² Vgl. Kap. 3, Anm. 508. Da Thieß 1945 als Flüchtling in das schwer zerstörte und unter Wohnraumangel leidende Bremen gekommen war, bestand die Gefahr, daß er keine weitere Aufenthaltsgenehmigung erhalten würde.

⁵²³ Hans Meineke, 1889–1960, Kaufmann, seit 1910 Direktionssekretär des Norddt. Lloyd in Bremen, 1912 für diese Firma in Singapur tätig, seit 1922 Vorstandsmd. der Unterweser Reederei Bremen, 1947 und 1951 Vors. der BDV, 1947/48 und 1951–1955 MdBü (BDV, seit Nov. 1951 FDP), 1948–1951 Senator für das Gesundheits- und Wohnungswesen. Vgl. Brem. Biogr., S. 334f.

⁵²⁴ Vgl. Kap. 3, Anm. 375.

⁵²⁵ Weser-Kurier Nr. 51 v. 26.6.1946.

⁵²⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 466.

⁵²⁷ Diedrich Renken, Vors. der Bremer Ortsgruppe der Niedersächsischen Landespartei. – Die NLP war am 20.6.1945 in Hannover gegründet worden. Ihre Bremer Organisation, die sich am 23.12.1945 konstituiert hatte, besaß seit Ende Jan. 1946 die Zulassung der Militärregierung. Die Partei stand in der Tradition der Deutschhannoverschen Partei, die aus der welfischen Bewegung hervorgegangen war und

Zusicherungen des Herzogs und s[eines] Sohnes; organisch Gewachsenes muß bestehen bleiben; daher auch Hamburg und Bremen. Keine Eingliederungen ohne Zustimmung der Bevölkerung. Angenehmes Zusammensein von 8 bis 11 Uhr. Der Herzog feiner, aristokratisch, liebenswürdig; der Sohn noch etwas jungenshaft, aber aufgeweckt; seine Fragen trafen die Sache. – Ich glaube nicht, daß in absehbarer Zeit wieder Monarchien in Deutschland möglich sind; aber wir haben in den letzten 30 Jahren manche Überraschung erlebt. Im Interesse Bremens müssen wir diesen Faden nicht abreißen lassen.

[...]

Donnerstag, 20. Juni 1946

[...]

Freitag, 21. Juni 1946

Vorm[ittags] Senatssitzung. – Erling von den Amerikanern aus der Wirtschaft ausgeschieden.⁵²⁸

Nachm[ittags] 4 bis 6½ Uhr die ganze Verfassung unter Kaisens Vorsitz in einem Zuge erledigt. Einige Änderungen erwünscht (Militärregierung),⁵²⁹ einige in d[as] Gesetz aufgenommen.⁵³⁰ Vorzügliche Leistung des Verfassungsausschusses und besonders des Vorsitzers.⁵³¹ Abends Verfassungsformulierungen usw.

die Wiederherstellung eines Landes Hannover erstrebt hatte. Entsprechend setzte sich jetzt die NLP für die Schaffung eines Landes Niedersachsen ein. Monarchistische Tendenzen in der Partei wurden in der Öffentlichkeit nur zurückhaltend vertreten. Im Juni 1947 bildete sich die NLP mit anderen Gruppen zur DP um. (Vgl. Hermann Meyn, Die Deutsche Partei. Entwicklung u. Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945, Düsseldorf 1965, S. 9–22 und Horst W. Schmollinger, Die Deutsche Partei, in: Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch, Bd. 1, S. 1025–1111).

⁵²⁸ Der Seniorchef der Rolandmühle, bei der Spittas Sohn Arnold beschäftigt war, erhielt als ehemaliges Md. der NSDAP keine Zulassung; der Betrieb der Mühlen wurde dadurch nicht gefährdet, da der spätere Präses der HK, Dr. Fritz Rangen, 1899–1959, die Leitung übernehmen konnte. Zu Rangen vgl. Brem. Biogr., S. 394f.

⁵²⁹ Streichung aller Bezüge auf Anordnungen der Militärregierung.

⁵³⁰ Wie Spitta am 25.6.1946 im Senat berichtete (Protokoll im StAB: 3/3), waren nach Verhandlungen mit der Militärregierung gegenüber der Vereinbarung vom 1.3.1946 (vgl. Kap. 3, Anm. 393) folgende Änderungen möglich und erforderlich: Erhöhung der Zahl der Bürgerschaftsabgeordneten von 60 auf 80; Wahl von nicht der Bürgerschaft angehörenden Persönlichkeiten in den Senat; Mißtrauensvotum der Bürgerschaft gegen einzelne Senatoren mit der absoluten Mehrheit der Stimmen; Anpassung der Amtszeit des Senats an die Dauer der Legislaturperiode.

⁵³¹ Der Vors. des Verfassungsausschusses der Bremer ernannten Bürgerschaft war Kaisen. Er gehörte dem am 17.4.1946 gewählten Ausschuß mit weiteren fünf SPD-Vertretern an; die BDV entsandte fünf, die KPD drei Abgeordnete. Spitta war als Senatskommissar in diesem Gremium vertreten.

Samstag, 22. Juni 1946

Verhandlung bei Kaisen mit den Fraktionsführern über die Neugliederung Deutschlands und Bremens Selbständigkeit. Meine Zusammenstellung der wesentlichen Punkte.⁵³² Tendenz der Kommunisten (Rafoth)⁵³³ zum Einheitsstaat (statt Bundesstaats).⁵³⁴

[...]

Sonntag, 23. Juni 1946

[...]

Montag, 24. Juni 1946

Bei Kaisen Besprechung über Denazifikationsgesetz mit O. Schulze, Ewert usw.⁵³⁵ Desgleichen über die Richter und den künftigen Landgerichtspräsidenten.

[...]

Frau Apelt teilt den Tod von Else Ernst⁵³⁶ in Graz mit. H[ermann] Apelt wird den Wunsch haben hinzufahren; der große literarische Nachlaß und

⁵³² Vgl. Kap. 3, Anm. 503. Eine ursprünglich für Kaisen angefertigte Zusammenfassung vom 3.5.1946 findet sich im StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 1. Sie wurde am 28.5. der Militärregierung überreicht.

⁵³³ Rudolf Rafoth, 1911–1964. Abitur, kaufmännische Lehre, Sekretär der RGO, 1933 inhaftiert, 1945 Syndikus der Angestelltenkammer und Arbeitseinsatzleiter des Arbeitsamtes, 1946 Pol.-Leiter der KPD in Bremen, 1946–1951 MdBü und Fraktionsvors. der KPD, 1951 Bruch mit der KPD, 1952 DAG-Sekretär in Braunschweig, 1961 im Hauptvorstand der IG Metall.

⁵³⁴ Die KPD proklamierte als ihr Ziel „die Verwirklichung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage der fortschrittlichen Demokratie“. Deshalb widersetzte sie sich der Bildung von Ländern und der Verabschiedung von Länderverfassungen in der Britischen und Amerikanischen Zone Deutschlands. Den Begriff „Landesverfassung“ wollte sie durch „Rahmengesetz“ oder „Organisationsstatut“ ersetzen. An den Wahlen zu den verfassungsgebenden Versammlungen in den Ländern der US-Zone am 30.6.1946 beteiligte sie sich jedoch und gewann zehn Sitze in Württemberg-Baden, sieben in Großhessen und acht in Bayern. Auch bei den Verfassungsberatungen arbeitete sie mit.

⁵³⁵ Oskar Schulze, 1890–1968. Syndikus der Arbeiterkammer Bremen, 1946–1952 MdBü (SPD) und Vors. des Ortsausschusses Bremen des DGB, Juni bis Dez. 1947 Vertreter Bremens im Wirtschaftsrat.

Willi Ewert, 1894–1970. Ingenieur, seit 1926 Vors. des Bundes der technischen Angestellten und Beamten (ButAB) im Weser-Ems-Gebiet, bis 1938 in einem Baugeschäft tätig, dann arbeitslos, 1940–1945 Angestellter der Standortlohnstelle Bremen, 1946/47 und 1948–1951 MdBü (SPD, parteilos), 1946 Sonderbeauftragter des Senats für die Hausbrandversorgung, 1946–1948 Senator in den Ressorts Wohnungswesen und Arbeit, 1949 aus der SPD ausgeschlossen, Geschäftsführer der Hanseatischen Wohnungsbaugesellschaft.

⁵³⁶ Else Ernst, geb. Apelt, 1874–1946. Schriftstellerin, verfaßte Märchen, Novellen und Romane sowie zahlreiche Übersetzungen aus dem Englischen und Französischen; ältere Schwester von Hermann Apelt und Gattin des Schriftstellers Paul Ernst (1866-1937).

das Schloß werden eine Regelung erfordern. Aber bekommt Apelt die Einreise-Erlaubnis? Und wieviel Zeit erfordert solche Reise heute?

Dienstag, 25. Juni 1946

Im Senat auf Kaisens Anregung beschlossen, alle Hinweise auf die Militärregierung und deren Befugnisse in der brem[ischen] Verfassung zu streichen. Mir sympathisch, doch kann man auch sagen, es sei gut, auch in der Verfassung unsere Unfreiheit zum Ausdruck zu bringen.

[...]

Mittwoch, 26. Juni 1946

1½ Stunden Besprechung mit englischem Major Romberg.⁵³⁷ Frage der Richter und des Landgerichtspräsidenten. Kaisen entläßt sich bei seiner kurzen Anwesenheit mit kräftigen Worten über die Unfähigkeit der Alliierten, Ordnung in der Welt zu schaffen; Flüchtlingseleid und Hungersnot. Romberg betont immer wieder, in England sei kein Haß gegen Deutschland; Kaisen: „dann Unfähigkeit, die Fragen großzügig zu lösen“.

[...]

Nachher Essen mit Prof. Schüssler⁵³⁸ und Vortrag über „Deutschland und der mitteleuropäische Raum“. (Preußen, Österreich, Prinz Eugen und Bismarck; Hitlers Herkunft aus dem überhitzten Deutschtum des Österreichs nach 1866).

Donnerstag, 27. Juni 1946

[...]

Entwurf einer Adresse des Senats an Apelt zum 70. Geburtstag.⁵³⁹ Nachmittags] 2½ Stunden in der Fraktion endlose und fruchtlose Entnazifizierungsdebatte.

Freitag, 28. Juni 1946

Im Senat unter anderem Besprechung der völlig verworrenen Lage der Finanzkompetenzen⁵⁴⁰; Wirrwarr der deutschen, amerikanischen und briti-

⁵³⁷ Harold P. Romberg, Liaison Officer, Central Legal Office Hamburg.

⁵³⁸ Dr. Wilhelm Schüssler, 1888–1965. Historiker, Bismarck-Forscher, Universitätsprofessor in Rostock, Würzburg, Berlin, Darmstadt; gebürtiger Bremer.

⁵³⁹ Apelt vollendete am 10.7.1946 sein 70. Lebensjahr; die Senatsadresse wurde ihm am Vortrag überreicht, vgl. Kap. 3, Anm. 556.

⁵⁴⁰ Sowohl das Oberfinanzpräsidium Weser-Ems als ehemalige Reichsbehörde als auch die Bremer Finanzverwaltung beanspruchten die Kompetenz für die Kontrolle der Besatzungskosten. Der Oberfinanzpräs. war für die Eingänge an Reichssteuern in Bremen und Wesermünde, der Bremer Finanzsenator für die (vorschußweise gezahlten) Reichsausgaben in der Hansestadt zuständig. Zur Bereinigung des Wirrwarrs hatte der Oberfinanzpräs. seine Unterstellung unter den Bremer Senat vorge-

schen Stellen; Unfähigkeit des gegenwärtigen Präsidenten des Oberfinanzamtes Bremen.

Nachmittags nochmalige Durchsicht der Verfassung im Verf[assungs]-ausschuß. Die Militärregierung überall gestrichen. Einigung im übrigen. In der Bürgerschaft soll nur Kaisen eine kurze Erklärung namens aller Fraktionen abgeben; dann Annahme durch alle Fraktionen.

[...]

Samstag, 29. Juni 1946

[...]

Sonntag, 30. Juni 1946

Sonnig. Morgens 15 Grad C. Nachm[ittags] warm (ca. 30 Grad).

Vormittags in Oberneuland, um den kranken Nebelthau zu besuchen. Schöne Wanderung durch die reifenden Felder. Ich leide darunter, daß ich infolge meines Amtes zu wenig gehe und daß ich zu wenig ins Freie – in die Freiheit – komme.

[...]

Montag, 1. Juli 1946

[...] Walter Lisco beginnt sein sechstägiges „Schippen“ in Hastedt.⁵⁴¹ [...]

Dienstag, 2. Juli 1946

Senat. Steigende Verworrenheit der Zuständigkeiten (Amerika, England, deutsche Stellen usw.). – Elend der Verwahrlosung der Jugend (bis zum Alter von 9 bis 12 Jahren herunter!).⁵⁴²

Mittwoch, 3. Juli 1946

Schwierigkeiten der Fraktionen der SPD und KPD über die Bestimmungen des Verfassungsentwurfs betr[effend] Kammern. Die SPD will Angestellten- und Arbeiterkammer vereinigen, die KPD eine einzige einheitliche

schlagen. Dieser war einverstanden, legte aber vor allem Wert darauf, „daß die Finanzhoheit für Bremen bei den Amerikanern verbleibe“. (Senatsprotokoll 28.6.1946, StAB: 3/3).

⁵⁴¹ Vgl. Kap. 3, Anm. 456.

⁵⁴² Ehlers berichtete über die Feststellungen zur Beantwortung einer kleinen Anfrage der BDV über die Verwahrlosung der weiblichen Jugend. Zusammen mit Mitteilungen des Polizeipräs. und des Präs. des Gesundheitsamtes ergaben seine Ausführungen „ein erschütterndes Bild“. Der Senat beschloß, die Anfrage nur mündlich zu beantworten. (Senatsprotokoll 2.7.1946, StAB: 3/3; Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, 18.7.1946, S. 113–116). Am 22.7.1947 veröffentlichte der Senat einen „Bericht über die Verwahrlosung der Jugend“, in: Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft 1947, S. 89–91.

Wirtschaftskammer. Ich schlage Kaisen Kompromiß vor: Die Bestimmungen über die Kammern bleiben unverändert, können aber durch einfaches Gesetz geändert werden.⁵⁴³

Nachmittags über zwei Stunden Fraktionssitzung. Neugliederung des Reichs; meine Richtlinien einstimmig genehmigt.⁵⁴⁴ – Beratung über Fortbestehen der Brem[er] Demokr[atischen] Volkspartei und ihr Verhältnis zu den großen Reichsparteien (Christl[ich]-Dem[okratische] Union, Niedersächs[ische] Landespartei, Freie Demokraten).⁵⁴⁵ Fortbestehen nur als Oberorganisation für die Wahlen möglich.

[...]

Donnerstag, 4. Juli 1946

Sitzung bei Kaisen mit Fraktionsführern; Kammerfrage.⁵⁴⁶

[...]

Nachmittags drei Stunden *Bürgerschaft. Brem[er] Verfassung einstimmig angenommen*. Kaisens Rede dazu; sonst keine Debatte.⁵⁴⁷ Desto mehr Erörterungen über Entnazifizierung; Erling kritisiert; O. Schulze sagte den Amerikanern, wenn solche Leute durchkämen, würde der Hauptausschuß sein Amt niederlegen.⁵⁴⁸

⁵⁴³ Die Bremer Verfassung vom 18.5.1920 hatte sechs Kammern vorgesehen, darunter eine Arbeiter- und eine Angestelltenkammer. Diese beiden Kammern waren 1936 aufgelöst und durch Verordnung vom 12.7.1945 wiederhergestellt worden. In der Bremer Verfassung von 1947 wurde im Artikel 46 nur eine paritätisch mit Arbeitnehmer- und Unternehmervertretern besetzte „Wirtschaftskammer“ genannt, die der „Förderung der Wirtschaft und der Sozialpolitik“ dienen sollte. Die Arbeiter- und die Angestelltenkammer bestanden aber aufgrund der für sie geltenden Sondergesetze fort. (Vgl. Spitta, Kommentar, S. 105 und Fischer, Bremische Kammern, insbes. S. 104–176).

⁵⁴⁴ Vgl. Kap. 3, Anm. 503.

⁵⁴⁵ Vgl. Kap. 3, Anm. 375 und 527. Nachdem sich die CDU von der BDV getrennt hatte, erhielt als weitere Abspaltung die Bremer FDP am 10.7.1946 ihre Lizenz. Zu einer strikten organisatorischen Trennung zwischen beiden Parteien kam es jedoch erst, als die BDV am 8.12.1946 beschloß, eine Doppelmitgliedschaft nicht länger zu dulden. Die neue Gruppierung erlangte zunächst nur geringe politische Bedeutung. Die verwirrenden Verhältnisse im liberalen Parteienspektrum Bremens klärten sich 1951/52, als die verschiedenen Organisationen nach und nach unter dem Namen der FDP fusionierten. (Hein, Milieupartei, S. 75–83 und Roth, Parteien und Wahlen, S. 18).

⁵⁴⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 543.

⁵⁴⁷ Nachdem der Verfassungsausschuß einige Änderungen durchgesetzt hatte, nahmen die drei Fraktionen den von Spitta erarbeiteten Senatsentwurf für die bremische Verfassung in einmaliger Lesung einstimmig an. Sie verzichteten auf eine Debatte und ließen Kaisen in seiner Eigenschaft als Bürgerschaftspräs. eine kurze, feierliche Erklärung abgeben. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 72f.)

⁵⁴⁸ Entnazifizierungsdebatte ebenda, S. 73–80. O. Schulze kritisierte nur allgemein, daß „die Großen“ weit bessere Möglichkeiten der Verteidigung und Entlastung hätten als die „kleinen Leute“. Der Name Erling wurde nur von dem Redner der KPD genannt.

Ehlers Rede über Wohnungselend (gut).⁵⁴⁹

[...]

Freitag, 5. Juli 1946

Im *Senat* Ernährungsfragen; der verhängnisvolle *Fettmangel*.⁵⁵⁰ Nachm[itags] angenehme Verhandlung mit englischen Vertretern der Mil[itär]regierung über das Verwaltungsgerichtsgesetz (Harvey).⁵⁵¹ Es wirkt auch immer erfreulich auf mich, daß ich die Engländer gut verstehen kann, während ich bei den Amerikanern meist versage.

[...]

Samstag, 6. Juli 1946

Kaisen für mehrere Tage in Verhandlungen in Celle.⁵⁵² Auch tom Moehlen für Wochen abwesend. Vertretung Kaisens ohne Hilfskraft, die Bescheid weiß, schwierig. Es sind keine Juristen in den Staatsdienst zu bringen. Jeder zieht den freien Anwaltsberuf vor. Nachmittags Lutz Bücking; seine Erfahrungen mit der Jugend. Bei der regeren [Jugend] Abneigung gegen alles Parteipolitische. [...]

Sonntag, 7. Juli 1946

Der schöne Vormittag ging durch eine mehrstündige Mitgliederversammlung der Brem[er] Demokr[atischen] Volkspartei verloren; Verhältnis zur CDU und FDP erörtert; Auflösungsbestrebungen abgeschlagen.⁵⁵³ Bester Redner Wenhold; sein Antrag angenommen.

[...]

⁵⁴⁹ Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 87.

⁵⁵⁰ Veranlaßt durch eine Mitteilung Bölkens über geplante Kürzungen der Zucker- und Fettationen ab 21.7.1946, äußerte Harmssen die Befürchtung, daß sich besonders die Reduzierung der Fettzuteilung verhängnisvoll auf die Arbeitsmoral auswirken werde. Die Arbeiter seien „nicht mehr in der Lage und gewillt, [...] bei den kürzeren Rationen ihre Arbeitspflichten zu erfüllen“. (StAB: 3/3). Die Fettationen wurden in der Britischen Zone von ursprünglich 500 g für einen Normalverbraucher in vier Wochen am 27.7.1945 auf 400 g und am 22.7.1946 auf 200 g herabgesetzt, die Zuckerzuteilung von 1000 g am 17.9.1945 auf 700 g und am 22.7.1946 auf 475 g. (Stüber, Kampf gegen den Hunger, S. 810).

⁵⁵¹ Das Verwaltungsgericht Bremen war am 30.11.1945 vorläufig wiedererrichtet und Dr. Arnold Appel mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Präs. beauftragt worden. (Vgl. Kap. 2, Anm. 106). Am 1.2.1946 wurde die Wiedereinführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Bremen durch Gesetz sanktioniert (Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen 1946, S. 17–21) und dieses am 11.7.1946 durch Verordnung in Kraft gesetzt (ebenda, S. 76).

⁵⁵² Tagung des Gebietsrates Niedersachsen.

⁵⁵³ Vgl. Kap. 3, Anm. 545.

Montag, 8. Juli 1946

Verhandlung mit Wilhelm Kiesselbach und anderen Hamburgern über Amtsgericht Dorum, hannoversche Ausdehnungsbestrebungen, Besetzung der Richterposten. – W. Kiesselbach soll Justizminister der britischen Zone werden.⁵⁵⁴

Nachher Besprechung mit Apelt und Harmssen über Wirtschaftsorganisationen, Kammern, Zonenspitze usw.

Nachmittags Besuch eines englischen Obersten (Spence?) mit Major Romberg. Es ist eine entschiedene Wandlung der äußeren Form, daß diese Herren jetzt zu mir kommen und ich nicht zu ihnen befohlen werde, wie es anfangs war.

[...]

Dienstag, 9. Juli 1946

Im Senat lebhaft, zum Teil erregte Aussprache über die *Ernährungslage*; Harmssens Schilderung der Not der Arbeiter und des angeblich noch guten Lebens der Landleute. Zusammenstoß Kaisen – Harmssen. Es wurde ernstlich die Frage aufgeworfen, ob der gesamte Senat zurücktreten solle, weil er bei dieser Ernährungslage die Verantwortung nicht länger tragen könne. Mit Recht bekämpfte Theil solche aus der Erregung geborenen Entschlüsse.⁵⁵⁵

Zum Schluß des Senats ausführliche, anerkennende Rede Kaisens auf Apelt. Überreichung der *Adresse des Senats*.⁵⁵⁶

[...]

Abends Ferngespräch Kaisen – Tantzen über Ernährung und Kürzungen der Rationen. Sturmsignal an Zonenrat zurückgehalten. Notwendigkeit, Fettprodukte (Kopra, Ölsaaten usw.) einzuführen; sonst Not im Winter.

[...]

⁵⁵⁴ Vgl. Kap. 3, Anm. 513.

⁵⁵⁵ Die Debatte wurde durch den Bericht Bölkens ausgelöst, daß seine Bemühungen bei Oldenburger Stellen, Bremen von der vorgesehenen Rationskürzung auszunehmen (vgl. Kap. 3, Anm. 550), gescheitert seien. Der Senat beschloß, die Militärregierung in einem Schreiben zu ersuchen, daß in Bremen die für die Britische Zone vorgesehenen Kürzungen nicht zur Anwendung gelangen, sondern die Zuteilungssätze der US-Zone gelten sollten. Für den 15. 7. 1946 wollte er außerdem eine Sondersitzung der Bürgerschaft einberufen. (StAB: 3/3).

⁵⁵⁶ Kaisen würdigte das vielfältige Schaffen Apelts vor 1933 und seine Bedeutung für die Entwicklung Bremens als Seehandels- und Hafenstadt. Insbesondere hob er Apelts Bereitschaft hervor, 1931 das undankbare Amt des Finanzkommissars zu übernehmen, in dem er entscheidend zur Abwendung des Staatsbankrotts beigetragen habe. Die Adresse des Senats zu Apelts 70. Geburtstag war von Spitta entworfen. (Senatsprotokoll 9. 7. 1946, StAB: 3/3), vgl. Kap. 3, Anm. 539.

Mittwoch, 10. Juli 1946

Mittags beim *siebzigjährigen Apelt*. Großer Strom der Verehrer und Freunde. Abends von 7½ bis 11 Uhr mit 20 bis 30 Gästen bei Apelt. Auch Knittermeyers dort. Meine Rede auf den Siebzigjährigen. Apelts schöne Antwort mit etwa 20 Dankworten verschiedener Form und verschiedenen Inhalts. Goethe-Gedichte, vorgetragen von Frau Backhaus, Aufführungen und Scherze. Das Schönste ein Mozart und ein Bach von der Geigerin Marie-Luise Ulrich.

Donnerstag, 11. Juli 1946

Oberregierungsrat Behrens an Furunkel in der Nase und Gesichtsrose erkrankt; 40° Fieber, ernste Sorge um sein Leben. Besuche ihn im Krankenhaus zum Roten Kreuz. Kaisen sagt, sein Ableben würde ein schwerer Schlag für Bremen sein; er sei unersetzlich.

Nachmittags *Senat*. Ernährungsfrage beraten; Fettkürzung um 50 Prozent. Kaisens Verhandlung mit der Militärregierung. Frage, ob Bremen wieder der amerikanischen Zone einverleibt werden soll, gegebenenfalls unter Vergrößerung der Enklave. Für die Finanzen erwünscht. Denkschrift darüber?⁵⁵⁷ Wie konnte es zu der tiefeinschneidenden Fettkürzung in der britischen Zone kommen? Die Verhältnisse waren seit Monaten zu übersehen. Spielt die hohe Politik hinein? Will England drastisch zeigen, daß seine Zone ohne deutsche Zentrale und einheitliche Wirtschaft Deutschlands lebensunfähig ist?

Wahlen zum Verwaltungsgericht und Inkrafttreten des Gesetzes.⁵⁵⁸ Amerik[anisches] Liebesgabenpaket des Evangel[ischen] Hilfswerkes. Es ermöglicht uns, Margarete, Paula und Gretchen Delhaes etwas zu schicken. Fast ebenso nötig wie Lebensmittel sind Schnürbänder für Schuhe, Gummibänder, Kragenknöpfe, nicht zu reden von Schuhen und Textilien.

Freitag, 12. Juli 1946

[...]

⁵⁵⁷ Bei seinen intensiven Bemühungen um Abwendung einer Hungersnot war Kaisen mit dem oldenburgischen Ministerpräs. Tantzen übereingekommen, daß dieser beim Zonenbeirat intervenieren würde. Er selbst hatte eine von Bölken verfaßte Denkschrift über die Ernährungskrise der amerikanischen Militärregierung übergeben und war daraufhin aufgefordert worden, ausführlich zu einer vollständigen Eingliederung Bremens in die amerikanische Zone Stellung zu nehmen. Kaisen bat die einzelnen Ressorts, ihre Haltung zu dieser Frage darzulegen und beauftragte Spitta, die Äußerungen in einer Denkschrift zusammenzufassen. (Senatsprotokoll 11.7.1946, StAB: 3/3).

⁵⁵⁸ Vgl. Kap. 3, Anm. 551. Bei den Verfahren vor dem Verwaltungsgericht hatten ein Vorsitzender, zwei beamtete und zwei ehrenamtliche Richter zu entscheiden, die auf die Dauer von vier Jahren gewählt wurden.

Samstag, 13. Juli 1946

An Kaisens Stelle Verhandlung mit den Fraktionsführern. Angenehmer Verlauf: 1.) Ernährungslage. Gemeinsame EntschlieÙung verabredet. 2.) Wahl eines Vertreters der Bürgerschaft in den Neugliederungsausschuß des Zonenrats. Ich schlage Kaisen vor. Zustimmung. Neugliederung besprochen. 3.) Deputationen nach neuem Verfassungsrecht.⁵⁵⁹
[...]

Sonntag, 14. Juli 1946

[...] Nachmittags 4 Uhr *Oberreg[ie]rungs[rat Behrens verschieden*. Ein schwerer Verlust für Bremen und mich persönlich.
[...]

Montag, 15. Juli 1946

Besprechung mit Kaisen über Neugliederung der britischen Zone und Wahl eines Vertreters der Bürgerschaft in den Verfassungsausschuß des Zonenbeirats. Wahl eines Regierungschefs durch Anweisung ausgeschlossen; Kaisen also nicht wählbar. Ist ein Mitglied der Regierung wählbar? Ich wurde schon Samstag von den Fraktionsführern genannt, hoffe, daß der Kelch an mir vorübergeht. Handelsk[ammer]-Präses Wilkens? Im übrigen haben die Engländer den Verfassungsausschuß völlig gebunden. In ihrer Anweisung steht: *Nicht mehr als fünf Länder, möglichst weniger!*⁵⁶⁰ Damit

⁵⁵⁹ Die in Bremen (und Hamburg) altbewährten Deputationen – von Regierung und Parlament besetzte Ausschüsse, die die Mitwirkung der Bürger an der Verwaltung gewährleisten sollten –, waren 1933 beseitigt und nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs vorläufig wieder errichtet worden. Ihre Kompetenzen und Rechtsstellung waren zwischen dem Senat und der Militärregierung strittig, da sie dem Prinzip der Gewaltentrennung zwischen Gesetzgebung und Verwaltung widersprachen. Spitta erstrebte, den Deputationen die traditionellen Funktionen und Befugnisse nach der Verfassung von 1920 wiederzugeben. (Vgl. Spitta, Kommentar, S. 196–206 und 234–240).

⁵⁶⁰ Schreiben des Verbindungsstabes der Britischen Kontrollkommission an den Zonenbeirat vom 4.7.1946, das bei dessen 5. Sitzung am 10./11.7.1946 in Hamburg behandelt wurde (abgedr. in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 612–615): Ein Sonderausschuß des Zonenbeirats sollte bis zum 30.9.1946 einen ausführlichen Plan für die „territoriale Neugliederung“ der Britischen Zone, die Schaffung von maximal fünf „Ländern“ und den Neuaufbau der Verwaltung vorlegen. Wichtige Bereiche blieben der Zuständigkeit der Länderregierungen entzogen, um sie einer künftigen Zentralverwaltung vorzubehalten, so Finanzen und Währung, das Transportwesen, Post und Telegraphie, Arbeitseinsatz, Ernährung und Landwirtschaft. Bzgl. der Zusammensetzung des Sonderausschusses beschloß der Zonenbeirat, nur Vertreter der Parteien als stimmberechtigte Mitglieder zuzulassen, Vertreter der Länder und von der Kontrollkommission vorgeschlagene Fachleute dagegen nur als Sachverständige ohne Stimmrecht heranzuziehen (ebenda, S. 615). An der 1. Sitzung des Sonderausschusses nahmen nach einem Verzeichnis vom

ist Niedersachsen festgelegt, und es fragt sich nur, wie ist Bremens Stellung darin? Amerikanischer Einfluß? Rückkehr Bremens in die amerikan[i-sche] Zone?

[...]

Sitzung mit Nolting-Hauff und anderen über Rechte der wieder zugelassenen Beamten.⁵⁶¹

Nachmittags] 3¹/₂ Stunden *Bürgerschaft über Ernährungslage*. Gute Rede von Wolters. Traurige Lage derjenigen, die keine Zulagen, Kleingärten usw. haben.⁵⁶²

[...]

Dienstag, 16. Juli 1946

Senatssitzung. Beginn der Aussprache über die Stellung Bremens zu den Besatzungszonen; amerikan[isch] oder englisch?

Die *Militärregierung hat die Veröffentlichung der gestrigen Entschließung der Bürgerschaft über die Ernährungslage verboten*.⁵⁶³ Kurzen Nachruf für O[ber] R[egierungs] R[at] Behrens diktiert.⁵⁶⁴

[...]

10.8.1946 mehrere Regierungschefs als Ländervertreter teil; für Bremen war der von der Bürgerschaft nominierte Martin-Heinrich Wilkens zugegen (so Kaisen in den Senatssitzungen am 17.7. und 2.8.1946, StAB: 3/3; die Angabe „Wilhelm“ im Teilnehmerverzeichnis – ebenda, S. 616 – ist offensichtlich falsch).

⁵⁶¹ Strittig war, ob die rehabilitierten Beamten ein Recht auf Wiedereinsetzung in ihre frühere Position oder nur auf Wiederbeschäftigung hatten. Der Senat beauftragte einen Ausschuß, diese Angelegenheit mit dem Ziel zu klären, daß im Hinblick auf die aktuelle Notsituation nicht unbedingt eine Einweisung in das frühere Amt und eine Wiedereinstellung erst bei Freiwerden einer Planstelle erfolgen solle (Senatsprotokoll 28.5.1946, StAB: 3/3).

⁵⁶² Wolters erstattete eindrucksvoll Bericht über die Krise in der Lebensmittelversorgung und die Anstrengungen der Bremer Verwaltung innerhalb des engen, von der britischen Militärregierung vorgegebenen Rahmens Besserungen zu erreichen. Dabei hob er als besonders gravierendes Problem die unzureichende Fettversorgung hervor und schilderte die Not der Bevölkerungskreise, denen lediglich die Normalverpflegung zur Verfügung stand. Er forderte von den Besatzungsmächten, Deutschland als Wirtschaftseinheit zu behandeln, um so einen regionalen Ausgleich in der Nahrungsmittelbelieferung zu ermöglichen. Außerdem müsse der Spielraum der deutschen Verwaltung bei der Verteilung der Bestände erweitert werden. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 89–97).

⁵⁶³ Die am 13.7.1946 von den drei Bürgerschaftsfraktionen gemeinsam erarbeitete Entschließung verlangte eine „gründliche Revision“ der Ernährungspolitik, „weil ihr Ergebnis immer mehr einer Aushungerungspolitik gleichkommt“. Im einzelnen wurde die Auflösung des Reichsnährstandes, verstärkte Einfuhr von Lebensmitteln, ihre Bewirtschaftung durch deutsche Verwaltungsstellen und eine genauere Kontrolle der Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte gefordert. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 9).

⁵⁶⁴ Weser-Kurier Nr. 57 v. 17.7.1946, S. 3; Bremisches Jahrbuch 42 (1947), S. 218–222.

Mittwoch, 17. Juli 1946

Außerordentliche Sitzung des Senats über Neugliederung der britischen Zone und die Frage der Zonenzugehörigkeit Bremens. Fast dreistündige Aussprache. *Der Senat für völliges Aufgehen Bremens in die amerikanische Zone*; nur so kann auch Bremens Ländereigenschaft erhalten bleiben. Die Forderungen Bremens bei einer Eingliederung in Niedersachsen soll ich bearbeiten. Föderatives Niedersachsen bestehend aus den vier Ländern? Anschluß Bremens an amerikanische Zone nicht ohne Schattenseiten.⁵⁶⁵

Nachmittags Fraktionssitzung der Br[emer] D[emokratischen] V[olks-]
partei]. Meine Aufzeichnung über die Neugliederung⁵⁶⁶ ist von Bote an Herzog Ernst August geschickt.

[...]

Donnerstag, 18. Juli 1946

Trauerfeier für O[ber]r[egierungs] R[at] Behrens; ergreifende Ansprache Kaisens hinter der die Trauerrede Pastor Rahms ganz bedeutungslos wurde.

Dr. Ahlers, Präsident der Brem[ischen] Ev[angelischen] Kirche und Inhaber vieler Ehrenämter, früher von den Amerikanern in jeder Beziehung begünstigt, noch vor wenigen Wochen als Landgerichtspräsident gewünscht, ist *durch Befehl der Mil[itär]regierung aus der Bürgerschaft ausgeschlossen*, ohne Mitteilung der Gründe.⁵⁶⁷

Nachm[ittags] Bürgerschaft. Einstimmige Wahl des Handelskammerpräses Wilkens in den Verfassungsausschuß des Zonenbeirats. (Kaisens Bemühung zu verdanken).⁵⁶⁸

⁵⁶⁵ Bei seiner Sondersitzung über die Stellung Bremens zu den Neuordnungsplänen für die Britische Zone kam der Senat nach einem Bericht vom Moehls über den Auftrag der Kontrollkommission an den Zonenbeirat (vgl. Kap. 3, Anm. 560) zu dem Entschluß, primär die Wiedererrichtung einer amerikanischen Enklave Bremen zu betreiben. Da die Erhaltung eines selbständigen Landes Bremen innerhalb der Britischen Zone bei den Vorgaben der Militärregierung unmöglich sei, müßten die Nachteile, die sich aus der Abtrennung des bremischen Hinterlandes ergäben, in Kauf genommen werden. Bedingungen für einen Anschluß an Niedersachsen sollten, wenn er als unvermeidlich erscheine, zu einem späteren Zeitpunkt formuliert werden. (Senatsprotokoll 17.7.1946, StAB: 3/3). Kaisen warb in einem großen Artikel im *Weser-Kurier* Nr. 58 v. 20.7.1946, für die staatsrechtlichen Bestrebungen Bremens: „Bremen und die Neugliederung der englischen Zone“.

⁵⁶⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 503.

⁵⁶⁷ Dr. Richard Ahlers wurde aus allen öffentlichen Ämtern mit der Begründung entlassen, daß er als Präses der BEK deren Entnazifizierung nicht energisch genug betrieben habe. Tatsächlich hatte er sich um energischeres Vorgehen bei der Selbstreinigung der Kirche bemüht, war aber am passiven Widerstand des vorläufigen Kirchenausschusses gescheitert. Vgl. Kap. 2, Anm. 93.

⁵⁶⁸ Vgl. Kap. 3, Anm. 560.

Vortrag des Professors *Samhaber* („Zeit“) über Nordamerika.⁵⁶⁹ Drei Bewegungen: 1.) Nord-Süd, 2.) Ost-West, 3.) untere Schicht gegen obere Schicht; demgemäß drei Gruppen in der demokratischen Partei der USA. Um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr mit Samhaber im Gästehaus gegessen. Dann 1 $\frac{1}{2}$ Stunden Vortrag über Europa. Innerrussische Verhältnisse; gewaltsame Rückkehr der „Evakuierten“ in die Ukraine, wo Aufbau noch unfertig.⁵⁷⁰ Zielrichtung der russisch[en] Politik Dardanellen und Mittelmeer, Vorderasien. Optimistische Auffassung über Deutschland; Amerikas Notwendigkeit, beim Abbau der Kriegswirtschaft zu exportieren (Werkzeug, schwere Hammer, Maschinen usw.); dafür nur Deutschland Markt.⁵⁷¹ Beteiligung der Amerikaner an der deutschen Wirtschaft. Optimistischer Termin: November-Wahlen in USA.

Freitag, 19. Juli 1946

Im Senat Verwaltungsgerichtsbarkeit und Beamtenrechte der wieder zugelassenen Beamten.⁵⁷²

Dr. Ahlers auch als *Kirchenpräsident* von Mil[itär]reg[ierung] entlassen; Grund: Entnazifizierung in der Kirche nicht durchgeführt. Besprechung

⁵⁶⁹ Dr. phil. Ernst Samhaber, 1901–1974, Journalist, Spezialgebiet: USA und Südamerika. In Chile geboren und aufgewachsen, 1918–1923 Studium der Philosophie, Jura und Geschichte in Deutschland, Mitarbeiter der Deutschen Allgemeinen Zeitung, a.o. Professor an der Universität Santiago, 1933–1937 Mitarbeiter des Reichspropagandaministeriums, aber nicht Md. der NSDAP, 1941–1944 Südamerika-Korrespondent der Wochenzeitung *Das Reich*; 1946 Chefredakteur der »Zeit«, im Aug. 1946 durch Spruch eines deutschen Entnazifizierungsausschusses Verbot jeder journalistischen Arbeit wegen der Tätigkeit im Reichspropagandaministerium, 1947 Aufhebung des Urteils im Berufungsverfahren. – In einem Artikel über die USA in der »Zeit« vom 4.7.1946 hatte Samhaber den bürgerlichen Pioniergeist der USA als Grundlage der Freiheit und des Aufstiegs gerühmt und für das daniederliegende Deutschland daraus den Schluß gezogen: „Nur auf unserer persönlichen Leistung steht unsere Zukunft, nicht auf Staatshilfe. [...] Es gibt nur die bürgerliche oder die sozialistische Lösung, den Weg der verantwortungsbewußten Einzelpersonlichkeit oder den der großen Masse.“

⁵⁷⁰ Nach der Vereinbarung von Jalta wurden Bürger der Sowjetunion – Kriegsgefangene und Displaced Persons – auch gegen ihren Willen repatriiert.

⁵⁷¹ Die Zielsetzung der amerikanischen Politik, durch den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas unter vorsichtiger Einbeziehung Westdeutschlands die Grundlage für die Wiederherstellung einer „freien“ Weltwirtschaft zu schaffen, ist wiederholt behandelt worden, u.a. von Jerchow, Deutschland in der Weltwirtschaft; Manfred Knapp, Deutschland und der Marshallplan, in: Scharf/Schröder (Hrsg.), Politische und ökonomische Stabilisierung, S. 19–43; John Gimbel, *The Origins of the Marshall Plan*, Stanford 1976.

⁵⁷² Vgl. Kap. 3, Anm. 551 und 561.

mit Kirchengemeinderat über die Lage. Ich dränge, daß der Kirchengemeinderat seine Tätigkeit abschließt und einen Kirchentag beruft.⁵⁷³

[...]

Samstag, 20. Juli 1946

Rathausarbeit. Carstens kommt zum „Schippen“ und geht anschließend auf Urlaub. (Borkum! Das ist doch wieder möglich!).

[...]

Sonntag, 21. Juli 1946

[...]

Montag, 22. Juli 1946

Man wird gerade mit den laufenden amtlichen Sachen fertig; zu größeren Sachen, z.B. der Denkschrift über Bremens Sonderrechte in einem Lande Niedersachsen, kommt man nicht, – nicht einmal zum Überdenken, geschweige denn zur Niederschrift.⁵⁷⁴

[...]

Besuch des fünfundsechzigjährigen Dr. Dronke, der aus Bayern heimgekehrt; er schildert die gute Verpflegung in Bayern auf dem Lande und das friedensmäßige Leben der bayer[ischen] Bauern.

⁵⁷³ Vgl. Kap. 2, Anm. 91. Durch eine Verfügung des Reg. Bgm. vom 15.6.1945 war die Kirchenverfassung von 1920 wieder in Kraft gesetzt und ein vorläufiger Kirchengemeinderat berufen worden, der für die ordnungsgemäße Wahl des Kirchentages sorgen und sein Mandat dann an einen von diesem Gremium gewählten regulären Kirchengemeinderat abgeben sollte. Die Militärregierung war mit der Arbeit des vorl. Kirchengemeinderates wegen seiner geringen Bereitschaft zur Entnazifizierung unzufrieden, was sie am 12.7.1946 durch die Entlassung mehrerer belasteter Pastoren und am 19.7.1946 durch die Absetzung des Kirchenpräses Ahlers zum Ausdruck brachte. Der erste Kirchentag nach dem Krieg und die Wahl des neuen Kirchengemeinderates fanden schließlich am 9.10.1946 statt. Präses wurde Ferdinand Donandt. (Vgl. Meyer-Zollitsch, Evangelische Kirche, S. 317–331; Clemens Vollnhals, Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945–1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit, München 1989, S. 222–231).

⁵⁷⁴ Vgl. Kap. 3, Anm. 557.

Dienstag, 23. Juli 1946

Im *Senat* Denkschrift tom Moehls über Enklave nicht ganz nach meinen Ansichten. Einige Änderungen durchgesetzt.⁵⁷⁵ Deputationsgesetz beraten.⁵⁷⁶

Zwei neue kommunistische Senatoren sollen der Mil[itär]reg[ierung] vorgeschlagen werden: Häusler⁵⁷⁷ für Wohnungsamt und Brennstoffversorgung, Frau Popall für Gesundheitswesen.⁵⁷⁸ Beide „Halbsenatoren“. Abends Essen und Zusammensein mit Minister *Schlange-Schöningen*;⁵⁷⁹ guter Eindruck. Schlange-Schöningen pessimistisch für die nächste Zeit: Keine Besserung der Fettversorgung.⁵⁸⁰ Steigerung der Kalorien im Herbst wohl auf 1800, vielleicht sogar auf 2000 (Brot und Kartoffeln); notwendig 3000 Kalorien. Steigerung der landwirtschaftl[ichen] Produktion um 80 Prozent im Laufe längerer Zeit möglich. Veredelungswirtschaft.

Mittwoch 24. Juli 1946

Besprechungen am laufenden Bande über Enklavefrage; ich überzeuge Kaisen, daß wesentliche Änderungen des gestern genehmigten Schreibens nötig sind; Übereinstimmung mit Apelt.

[...]

Mit Kaisen über die Wahlaussichten und die allgemeine Lage, Fehlen des Nachwuchses usw. Kaisen über die Rolle der Überseekaufleute; „wir Sozialdemokraten können den Wiederaufbau nicht allein machen.“ – Wel-

⁵⁷⁵ Die Differenzen sind aus dem Senatsprotokoll nicht ersichtlich. Der Senat beschloß, detaillierte Vorschläge für die Wiederherstellung der amerikanischen Enklave erst nach einer diesbezüglichen Grundsatzentscheidung der Besatzungsmächte vorzulegen. In einer Besprechung mit Kaisen hatte Oberst Welker am 9.7.1946 erklärt, daß Bremen nach amerikanischer Auffassung selbständiges Land mit den gleichen Rechten wie Hamburg werden müsse. Den Bremer Vertretern im Sonderausschuß des Zonenbeirats (vgl. Kap. 3, Anm. 560) gab die US-Militärregierung entsprechende Verhandlungsrichtlinien. (Senatsprotokoll 23.7.1946, StAB: 3/3).

⁵⁷⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 559.

⁵⁷⁷ Albert Häusler, 1899–1977. Dreher, seit 1917 freigewerkschaftlich, seit 1919 in der KPD organisiert; nach 1933 illegale Arbeit, 1933/34 inhaftiert. Nach Kriegsende Vors. des Bezirks Bremen-Nord der KPD, 1946–1948 MdBü, zeitweise ihr Vizepräs., Aug.–Nov. 1946 halbamtl. Senator für Wohnungswesen und Brennstoffbeschaffung.

⁵⁷⁸ Käthe Popall, 1907–1984. Kaufmännische Angestellte, zeitweise als Textilarbeiterin tätig; seit 1922 in der SAJ, SPD, später in der KPD organisiert; nach 1933 illegale Inlands- und Auslandsarbeit, 1935 in Berlin verhaftet, bis 1945 im Zuchthaus; gehörte nach Kriegsende der Landesleitung der Bremer KPD an, 1946–1951 MdBü, zeitweilig ihre Vizepräs., 1946 halbamtl. Senatorin für das Gesundheitswesen und erstes weibliches Md. des Bremer Senats, 1946–1948 halbamtl. Senatorin für Schulen und Erziehung und Senatorin für das Flüchtlings- und Wiedergutmachungswesen. (Vgl.: Albeit/Wollenberg, Käthe Popall).

⁵⁷⁹ Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft der Britischen Zone. Vgl. Kap. 3, Anm. 485.

⁵⁸⁰ Vgl. Kap. 3, Anm. 550.

ker erzählte ihm das Ergebnis der Wahlumfrage der Amerikaner in Bremen: Kommunisten 0,7 Prozent (!), SPD und Bürgerliche nahezu gleich.

Donnerstag, 25. Juli 1946

Fassung des Schreibens an Mil[itär]reg[ierung] über Enklave nach neuen Besprechungen mit Kaisen und tom Moehlen endgültig festgestellt.⁵⁸¹

Wünsche des amerikan[ischen] Staatsrechtsprofessors von Harvard,⁵⁸² daß auch in unsere bremische Verfassung die allgemeinen Menschenrechte aufgenommen würden. Wir warten ab. Derselbe Professor erklärt als amerikan[isch]-britische Auffassung, daß das deutsche Reich kein Bundesstaat, sondern nur ein Bund mit starken Ländern werde.

Das große, industrielle Land *Rheinland-Westfalen*, das ohne Mitwirkung der deutschen Stellen von England geschaffen ist,⁵⁸³ hat die Kohlen- und Stahlproduktion eines großen Teils von Europa in der Hand. Große Bedenken; zum Segen kann dies Land nur werden, wenn von da aus die *wirtschaftl[iche] Einheit West-Europas* ausgeht. [...]

Freitag, 26. Juli 1946

Kaisen und Wenhold in die russische Zone gefahren (Weimar usw.).⁵⁸⁴ Senat. [...]

⁵⁸¹ Das Schreiben des Präs. des Senats an die Militärregierung vom 25.7.1946 befindet sich im StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2. Kaisen bezeichnet darin die durch den Vertrag vom 10.12.1945 getroffene Regelung als Fehlschlag und plädiert für die Eingliederung Bremens und eines erweiterten Umlandes in die amerikanische Zone. Im selben Sinn hatte sich der Leiter der Civil Government Division, Lt. Col. Harold H. Crabill, bereits am 22.6.1946 in einem Schreiben an Welker geäußert (ebenda).

⁵⁸² Dr. phil. Dr. jur. h.c. Carl Joachim Friedrich, 1901–1984. Politologe, 1927 Assistant Prof. Harvard University, 1936 Professor ebenda, 1955 außerdem ord. Prof. Univ. Heidelberg, in der Civil Administration Division von OMGUS Referent für Verfassungsfragen.

⁵⁸³ Die Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen wurde am 21.6.1946 von der britischen Regierung beschlossen und am 17.7. von der Kontrollkommission in Berlin bekanntgegeben. Am 24.7. wurde Rudolf Amelunxen zum ersten Ministerpräs. ernannt. Die Entscheidung kam für die deutschen Politiker überraschend. Im Vorfeld hatte es aber in Westfalen und der Nordrhein-Provinz eine ebenso lebhaft diskutierte über die territoriale Neuordnung der Britischen Zone gegeben wie in Bremen. Dabei hatte sich Lehr für die Angliederung Westfalens, Amelunxen mit anderen Spitzenrepräsentanten dieser Provinz dagegen für deren Selbständigkeit ausgesprochen. Für die Kontrollkommission, deren Votum in London schließlich den Ausschlag gegeben hatte, waren die Argumente der deutschen Befürworter Nordrhein-Westfalens durchaus von Bedeutung gewesen. (Vgl. Peter Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie*, Siegburg 1973; Wolfgang Hölscher (Bearb.), *Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46*, Düsseldorf 1988, S. 34–57, 79–81).

⁵⁸⁴ Vgl. Kaisens Bericht in seinen Memoiren: *Meine Arbeit, mein Leben*, S. 246–257.

Samstag/Sonntag, 27./28. Juli 1946

[...]

Montag, 29. Juli 1946

[...]

Im Rathaus Abbau meiner erledigten Justizakten und sonstige Akten-Ordnung. – Besprechung mit Dr. Feine über s[einen] Eintritt in mein Rechtsressort. Ich möchte meinen Arbeitsbereich so festigen, daß die Rechtsabteilung auch nach meinem Ausscheiden aus dem Amte Gewicht hat und Rechtswidriges und politischen Unsinn verhindern kann.

Abends im Gästehaus guter Vortrag Dr. Buschs⁵⁸⁵ über entartete Kunst. Mit Prof. Entholt⁵⁸⁶ über Sicherung der Familie des verstorbenen Behrens.

Dienstag, 30. Juli 1946

Kaisen noch abwesend. *Senat*. Rückgabe der Lettow-Vorbeck-Schule; Gefangene sollen ins Bunkerhotel.⁵⁸⁷ Die große Sporthalle, die die Amerikaner auf unsere Kosten mit Baumaterial und Arbeitskräften, die wir für den Wohnungsbau nötig hatten, erbaut haben, ist niemals benutzt (!); wir wollen sie jetzt von den Amerikanern übernehmen, um unserer Saalnot abzu-
helfen.⁵⁸⁸

Abends Kaisen und Wenhold sehr befriedigt aus Weimar zurück. Verbindung geschäftlicher und politischer Art angeknüpft. Zonen-Tauschhandel eingeleitet.⁵⁸⁹

[...]

⁵⁸⁵ Dr. phil. Günter Busch, geb. 1917. Seit 1946 Kustos, 1950–1984 Direktor der Kunsthalle Bremen, veröffentlichte: *Entartete Kunst. Geschichte und Moral*, [Vortrag, Frankfurt/M. 1969], 49 S.

⁵⁸⁶ Prof. Dr. Hermann Entholt, 1870–1957. Studium der Geschichte, Germanistik und neueren Sprachen, seit 1898 Lehrer in Bremen, 1914–1936 Staatsarchivar und Senatssyndikus, 1945–1949/50 Leiter des Staatsarchivs und der Staatsbibliothek, Veröffentlichungen zur Geschichte Bremens. Vgl. *Brem. Biogr.*, S. 137ff. – Bei dem Gespräch ging es um die Fortsetzung der von Behrens begonnenen Arbeit über die Geschichte Bremens in der NS-Zeit.

⁵⁸⁷ Der CIC beabsichtigte, die als Internierungslager für politische Gefangene dienende Lettow-Vorbeck-Schule zu räumen, damit sie wieder für Unterrichtszwecke genutzt werden konnte. Als Ersatz verlangte er aber, die dem Hotel Post überlassenen Bunkerräume zu erhalten, um dort Gefangene unterzubringen (Senatsprotokoll 30.7.1946, StAB: 3/3).

⁵⁸⁸ Oberst Welker hatte zugesagt, sich für die Freigabe der Halle einsetzen zu wollen. Da ihm das Port Command, das sie auf dem Messegelände errichtet hatte, jedoch nicht unterstand, ließen sich die Pläne nicht realisieren.

⁵⁸⁹ Wie Kaisen am 2.8.1946 im Senat berichtete, war u.a. die Errichtung einer Verbindungsstelle in Bremen verabredet worden, um den Tauschhandel zwischen den Zonen zu organisieren (StAB: 3/3).

Mittwoch, 31. Juli 1946

Mit Friese bei der Mil[itär]regierung (Mr. Fletcher);⁵⁹⁰ 1½ Stunden Einzelheiten der Verfassung bis Artikel 20 durchgesprochen. Viel Tiftelkram.

[...]

Nachmittags Ahlers und ich mit Kaisen Lage der Kirche besprochen.⁵⁹¹

4½ bis 7½ Uhr Fraktionssitzung. Lange Aussprache über das Zusammengehen der Brem[er] Demokr[atischen] Volkspartei mit der Christl[ich] Dem[okratischen] Union bei der Bürgerschaftswahl. Versuch von Wilkens und Lange, auf der Grundlage 50 zu 50 Vertreter Verständigung herbeizuführen. Wenn sich die „Bürgerlichen“ nicht einigen, wird kaum ein einziger Vertreter gewählt werden. Viel Kleinliches, Persönliches. Es blieben Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze.

[...]

Donnerstag, 1. August 1946

Verhandlung mit Fletcher über Verfassung; langsamer Fortschritt. Krisis im Kirchengausschuß; Gegensätze; Besprechung mit Pastor Hackländer. Notwendigkeit, den Kirchentag rasch einzuberufen.⁵⁹²

Nachmittags drei Stunden Bürgerschaft. Unglückliche Neugliederungsaussprache durch Querschießen der Kommunisten, die die gemeinsame Entschliebung töten.⁵⁹³

[...]

Freitag, 2. August 1946

Im Senat Einführung der neuen kommunistischen Senatoren Häusler und Popall. – Neugliederungsaussprache; erneuter Versuch soll gemacht werden, die Fraktionsführer für eine einheitliche Entschliebung der Bürgerschaft zugunsten der Reichsunmittelbarkeit Bremens zu gewinnen.

Kaisens günstiger Bericht über Thüringen.⁵⁹⁴

Neue Entlassungswelle; auch Sander aus seinem Amt entlassen.⁵⁹⁵ Abends 7¾ bis 9¾ Uhr Parteivorstand, Ausschuß und Fraktion über Wah-

⁵⁹⁰ Robert A. Fletcher, Leiter der Civil Government Administration Division in Bremen.

⁵⁹¹ Vgl. Kap. 2, Anm. 91; Kap. 3, Anm. 567 und 573.

⁵⁹² Vgl. Kap. 3, Anm. 573.

⁵⁹³ Während die Sprecher der anderen Parteien übereinstimmend für die Selbständigkeit und „Reichsunmittelbarkeit“ Bremens eintraten, lehnten die Kommunisten die Bildung von Ländern als Gefährdung der Reichseinheit und Rückfall in die „Kleinstaaterei“ ab und plädierten für möglichst weitgehende Selbstverwaltung der Gemeinden, Kreise und Provinzen. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 137–142.)

⁵⁹⁴ Vgl. Kap. 3, Anm. 584.

⁵⁹⁵ Vgl. Kap. 1, Anm. 113.

len. Die Spannung mit der Christl[ich] Dem[okratischen] Union durch Harmssens Vermittlung überwunden.

Samstag, 3. August 1946

Denkschrift über die Zuständigkeiten von Reich, Ländern und Gemeinden diktiert.⁵⁹⁶

[...]

Sonntag, 4. August 1946

Um 10 Uhr Mitgliedervers[ammlung] der Br[emer] Demokr[atischen] Volkspartei. Gutes Referat Wenholds über die Neugliederung Deutschlands. Dann Parteisachen. Parlamentarismus und Parteiangelegenheiten sind mir recht zuwider, aber bei Lage der Sache politisch notwendig.

Prof. Hayek (Prof[essor] in London): „Der Weg zur Leibeigenschaft“, den Hayek in jeder Planwirtschaft sieht; nur liberale, individuelle Wirtschaft erhalte die Freiheit.⁵⁹⁷ Aber ist diese „liberale Wirtschaft“ nicht schon durch den Hochkapitalismus mit seinen Trusts, Kartellen und Syndikaten und mit den wenigen übermächtigen Großkapitalisten zerstört und nicht wieder herzustellen?

[...]

Montag, 5. August 1946

[...]

Akten des Gesundheitswesens, das ich seit der Entlassung Wenholds geleitet, an Frau Senator Popall übergeben. Sie war wegen Hochverrats von den Nationalsoz[ialisten] zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt (1935) und hat 10 Jahre verbüßt; kam tuberkulosekrank heraus.

[...]

Dienstag, 6. August 1946

[...]

⁵⁹⁶ Die endgültige Fassung dieser Denkschrift vom 8.8.1946 befindet sich im StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2.

⁵⁹⁷ Dr. Friedrich von Hayek, geb. 1899. Bedeutender Wirtschaftswissenschaftler, führender Vertreter des Neoliberalismus, 1921–1931 Direktor des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1931–1950 Professor in London, 1950–1962 in Chicago, 1962–1968 in Freiburg, 1974 Nobelpreisträger. Den hier behandelten Vortrag hatte Hayek 1944 in englischer Sprache verfaßt: „The Road to Serfdom“; er wurde in 14 Sprachen übersetzt.

Mittwoch, 7. August 1946

Vor 8 Uhr schon telefonische Amtsgespräche; Wilkens will mich im Neugliederungsausschuß des Zonenbeirats ⁵⁹⁸ als Sachverständigen für die Reichsmittelbehörden (Abgrenzung und Zuständigkeiten) vorschlagen.

[...]

Donnerstag, 8. August 1946

Vorm[ittags] 2½ Stunden mit Mister Fletcher bremische Verfassung besprochen. Abends bei uns Senator Bölken und Frau, Karl-Heinz Lange und Frau und Dr. Tietjen. Von 8½ bis 11¼ Uhr Ausführungen Tietjens über Umstellung der Ernährung auf Kartoffeln (verarbeitet), Gemüse und Zucker; wenig Fett und Fleisch sowie über Änderung und Erfassung der landwirtschaftl[ichen] Erzeugung (Prämien für Mehrlieferungen, evtl. freier Verkauf des Mehrertrages; Besteuerung nur nach Hektar, nicht nach Ertrag und Verdienst).

[...]

Freitag–Sonntag, 9.–11. August 1946

[...]

Montag, 12. August 1946

Karl Carstens vom Urlaub zurück.

Mittags im Gästehaus mit den Chefs der Länder der britischen Zone gegessen. Die Chefs wünschen eine *Zusammenkunft aller Leiter der deutschen Länder der vier Zonen* und haben als Versammlungsort Bremen vorgeschlagen. Es ist überaus wichtig, daß der deutsche Osten nicht als „abgeschrieben“ gilt. Kaisen Verbindungsman[n] des Westens und Ostens.⁵⁹⁹

[...]

⁵⁹⁸ Vgl. Kap. 3, Anm. 560.

⁵⁹⁹ Am Rande der Tagung der Chefs der Länder und Provinzen (Britische Zone) am 11./12.8.1946 in Bremen wurde beschlossen, die Regierungschefs aller vier Zonen zu einer gemeinsamen Tagung nach Bremen einzuladen. Schumacher informierte darüber auf der 6. Sitzung des Zonenbeirats am 14./15.8.1946 und teilte mit, daß der Bremer Senat bereits Anträge bei der örtlichen Militärregierung und der Kontrollkommission eingereicht habe (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 658f.) Die Konferenz fand am 4. und 5.10.1946 in Bremen statt, aber nur mit Vertretern der Amerikanischen und der Britischen Zone.

Dienstag, 13. August 1946

Im *Senat* meine drei Schriftstücke über *Neugliederung des Reiches* und Bremens Stellung darin,⁶⁰⁰ über *Bremen und Niedersachsen*⁶⁰¹ (oder „Ostfalen“) und über die *Zuständigkeiten des Reiches, der Länder und der Gemeinden*⁶⁰² verhandelt.

Bei den stürmischen Winden ist heute vormittag in der Ellhornstraße bei Bückings *die eine mindestens 20 Meter hohe Hauswand der Ruine eingestürzt. Paula geriet unter die herabstürzenden Trümmer*, war aber an der einzigen Stelle des Hofes, wo die herabstürzenden Backsteine nicht sofort den Tod herbeiführen mußten – im Klosett des Holzschuppens der äußersten Ecke; sie wurde von den Trümmern getroffen, auch von einem Backstein im Nacken, doch war die Wucht des Falles durch das Holzdach gemildert. Es ist eine wunderbare Errettung aus äußerster Lebensgefahr. Walter Lisco spendete aus seinem Amerikapaket echten Kaffee, damit wir uns wenigstens körperlich erhalten, vor allem Paula selbst. Im übrigen habe ich nur das unfäßbare Gefühl unbegreiflicher Gnade. Paula sagte: „Man würde schon dankbar sein, wenn ich nur einige gebrochene Glieder hätte, und nun nur ein paar blaue Stellen!“

[...]

Mittwoch, 14. August 1946

[...]

Donnerstag, 15. August 1946

Nachmittags *Bürgerschaft*. Kaisens Erklärung zum Vorfall im Hafen (Erschießung eines Arbeiters und Verwundung eines Arbeiters durch amerikanischen Offizier; Genugtuung; Hafenpolizei ganz in bremische Hand gegeben).⁶⁰³ – 1½ stündige Darlegung Apelts über Wirtschaftslage.

[...]

Freitag, 16. August 1946

Im *Senat* *Zuständigkeiten der Länder und der „unteren Mittelbehörden“*. Schematismus Dr. Schumachers im Zonenbeirats-Ausschuß: Weil das gro-

⁶⁰⁰ Der Neuaufbau des Reiches und Bremens Stellung darin, 6.8.1946, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2[1], Akte 2.

⁶⁰¹ Bremen und Niedersachsen, 29.7.1946, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2[1], Akte 1.

⁶⁰² Zuständigkeiten in Reich, Ländern und Gemeinden, 8.8.1946, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2[1], Akte 2.

⁶⁰³ Die Militärregierung erklärte ihr Bedauern über die von einem Oberleutnant eigenmächtig unter Einsatz von Panzerspähwagen und scharfen Waffen durchgeführte Razzia, verbot dem Verantwortlichen das Betreten des Hafens und bestätigte, daß die deutsche Polizei seit dem 15.5.1946 volle Machtbefugnis im Hafen habe und für die Sicherheit dort zuständig sei. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, 15.8.1946, S. 153f.).

ße Land Rheinland-Westfalen geschaffen ist, muß der Rest der britischen Zone auch *ein* großes Land werden; alle Länder vier Stufen: Reich, Land „untere Mittelstufen“, Kreise. – Senat legt Bremens abweichende Stellung fest.⁶⁰⁴

Nachmittags drei Stunden *Deputationsgesetz im Verfassungsausschuß* beraten.⁶⁰⁵ Das, worauf ich am meisten Wert legte – die Teilnahme von Sachverständigen der Kammern und sonstigen Organisationen in den Deputationen – ist in der festen Form gefallen; Zuziehung der Sachverständigen in die Hand der Deputationen gelegt. Ich wollte die Deputationsverwaltung entpolitisieren und einen Zwang zur Sachlichkeit ausüben; das ist fehlgeschlagen.

Samstag, 17. August 1946

Besprechung mit Wilkens über Sonderverwaltungen und Zuständigkeiten der Mittelstufe. Diktat darüber an Wilkens.

Besprechung mit Kaisen und tom Moehlen; Aufrechterhaltung der Verbindung mit der russischen Zone; Kaisen möchte, daß ich an der Juristentagung in Eisenach Ende Sept[ember] teilnehme,⁶⁰⁶ Pflege der bremischen Außenstellen; monatliche Tagung durch mich?

[...]

⁶⁰⁴ Bei der Sitzung des Sonderausschusses des Zonenbeirats (vgl. Kap. 3, Anm. 560) am 6./7.8.1946 hatte der Vors., Dr. Kurt Schumacher, weitgehende Zustimmung für seinen Vorschlag gefunden, daß neben Nordrhein-Westfalen nur noch ein weiteres Land in der Britischen Zone geschaffen werden solle. Auf Einwände des Hamburger Vertreters, Bgm. Schönfelder, hin wurde Hamburg und Bremen ein Sonderstatus zugestanden, doch sollten sie keine Länderrechte erhalten. Wegen der Größe der beiden geplanten Länder war daran gedacht, die traditionelle Dreigliederung: Reich – Länder – Kreise durch eine „untere Mittelstufe“ zu ergänzen, Gebietskörperschaften, die ihrer Größe nach zwischen den früheren preußischen Provinzen und Regierungsbezirken liegen sollten. (Aufzeichnung über die Verhandlungen des Sonderausschusses am 6./7.8.1946, StAB: 3-B. 10.a. Nr. 2 [1], Akte 2). Der Senat stimmte dem vierstufigen Verwaltungsaufbau für Nordrhein-Westfalen zu, wünschte aber, im übrigen Teil der Britischen Zone mittlere und kleinere Länder mit nur dreistufiger Verwaltung zu schaffen. (Senatsprotokoll 16.8.1946 StAB: 3/3). – Der Sonderausschuß des Zonenbeirats unterbreitete dem Plenum nach drei weiteren Sitzungen am 19./20.8., 6. und 17.9.1946 14 Gutachten und Erklärungen, über die bei der 7. Sitzung am 20.9.1946 abgestimmt wurde. Der modifizierte Schumacher-Plan verfiel mit neun gegen neunzehn Stimmen der Ablehnung. Alle Materialien wurden aber als persönliche Äußerungen der Autoren der Kontrollkommission zugeleitet. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 823–846).

⁶⁰⁵ Vgl. Kap. 3, Anm. 559. Das Gesetz über die Deputationen wurde noch vor der neuen Verfassung am 24.2.1947 erlassen (Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen 1947, S. 15ff.).

⁶⁰⁶ Zu einer Reise Spittas in die SBZ kam es nicht.

Sonntag, 18. August 1946

Durch Bürgerpark zur Parteisitzung im Parkhaus; Aufstellung der Bürger-schaftskandidaten; parteienge Kritik; Geschick und Überlegenheit Wen-holds. Die Verhandlung mit der CDU auf des Messers Schneide.⁶⁰⁷

[...]

Montag, 19. August 1946

Mittags 2 Uhr Eröffnung der von der Justiz losgelösten Arbeitsgerichte (Gesetz der Besatzungsmächte)⁶⁰⁸ in Gegenwart von Amerikanern und Engländern. Ich spreche in Vertretung von Kaisen.

Abends 8 Uhr bis Mitternacht im Gästehaus mit dem Generalsekretär der südd[utschen] Länder, Dr. Roßmann. Ergebnisreiche Aussprache; wertvolle Mitteilungen. Gegensätze zwischen Engl[ändern] und Amerika-nern über die Verwaltung der vereinigten Zonen; die Amerikaner wollen auch hierbei den Deutschen freiere Beweglichkeit lassen. Die Amerikaner hindern die Franzosen am Abbau (z.B. der zweiten Gleise).⁶⁰⁹ Roßmanns günstiges Urteil über das Ziel der englischen Politik gegen Deutschland; Langsamkeit, aber Beharrlichkeit. – Vertrauliche Schriftstücke durch Roßmann.

Dienstag, 20. August 1946

[...]

⁶⁰⁷ Vgl. Kap. 3, Anm. 375.

⁶⁰⁸ Das vom alliierten Kontrollrat beschlossene „Deutsche Arbeitsgerichtsgesetz“ war am 4.4.1946 verkündet worden. Es verwies Streitigkeiten zwischen Tarifkollektivparteien sowie Arbeitnehmern und Arbeitgebern an die Arbeitsgerichte, unter Ausschuß der ordentlichen Gerichte. Die Arbeitsgerichte bestanden aus einem Vors. mit dreijähriger Amtszeit und einer gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern als Beisitzer. (Vgl. Amtsblatt der Militärregierung, Deutschland, britisches Kontrollgebiet, 1946, No. 9, S. 195–197).

⁶⁰⁹ Frankreich entnahm seiner Zone umfangreiche Reparationen, sowohl durch Demontage von Industrie- und Verkehrsanlagen als auch durch Warenlieferungen aus laufender Produktion. Die relativen Verluste durch Demontagen waren mehr als doppelt so groß wie in der Bizonie und blieben nur wenig hinter denen in der SBZ zurück. Die französische Besatzungsmacht baute bis 1947 225 km Gleise, Weichen und Oberbaumaterial ab; noch zwei Jahre nach Kriegsende wurde das zweite Gleis der Rheintallinie zwischen Freiburg und Offenburg demontiert. (Vgl. Werner Abels-hauser, Wirtschaft und Besatzungspolitik in der Französischen Zone 1945–1949 in: Scharf/Schröder (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs, S. 111–139, insbes. S. 113–120 und 126–129).

Mittwoch, 21. August 1946

Mit tom Moehlen Neugliederung und Hamburg. Zonenratsverhandlung.⁶¹⁰ Viele Besucher und Störungen in ruhiger Arbeit.

[...]

Verhandlung der BDV mit CDU über Bürgerschaftswahl gescheitert. Eingreifen der Militärreg[ierung] gegen Wahlabkommen; soll die Sozialdemokratie als „britische Regierungspartei“ begünstigt werden? – Nach Grimme⁶¹¹ Umschlag der politischen Stimmung in England; „niemand will die Labour Party gewählt haben!“ Mißerfolge in Indien, Ägypten, Palästina, Deutschland; Brotrationierung!

Donnerstag, 22. August 1946

Um 7½ Uhr morgens mit dem Amerikaner Mr. Edwards und Dr. Friese nach Hannover gefahren. *Verhandlung* [mit der britischen Militärregierung] von vielstündiger Dauer. Vorm[ittags] und nachmittags mit Mr. Porter über die *bremische Verfassung*. Sehr nette Formen, manche Scherze, aber übertriebenes Eingehen auf Einzelheiten. Ungelöster Streitpunkt, die Wahl von Senatoren, die nicht Mitglieder der Bürgerschaft sind. Luncheon als Gäste von Mr. Porter.

[...]

Freitag, 23. August 1946

[...]

Samstag, 24. August 1946

Vielerlei Besprechungen. Kaisen zurück. Zusammenkunft der Chefs aller deutschen Länder in Bremen in Ordnung.⁶¹²

[...]

Sonntag, 25. August 1946

Beginn der *Goethe-Festwoche* im *Festsaal des Rathauses*. Vortrag Prof. Buchwalds: *Goethe und das deutsche Schicksal*. Ausgangspunkt, das Ge-

⁶¹⁰ Bericht tom Moehlen über die 6. Sitzung des Zonenbeirats am 14./15.8.1946 in Hamburg, vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 652–699.

⁶¹¹ Dr. h.c. Adolf Grimme, 1889–1963. Lehrer, 1928 Ministerialrat im Preussischen Kultusministerium, 1930–1933 preussischer Kultusminister (SPD); 1945–1946 lfd. Regierungsdirektor beim Oberpräsi. von Hannover, seit dem 23.8.1946 Erziehungsminister des Landes Hannover; 1946–1948 niedersächsischer Kultusminister, 1948–1956 Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks. G. nahm an der vorgenannten Zonenbeiratssitzung am 14./15.8.1946 als Sachverständiger teil.

⁶¹² Vgl. Kap. 3, Anm. 599.

sprach Goethes mit dem Erbprinzen Carl August in Frankfurt 1774 über *Justus Möser*; Goethes politische Anteilnahme und Ziele.

[...]

Montag, 26. August 1946

[...]

Nachmittags zweistündige Senatssitzung über Neugliederung der britischen Zone und andere Zonensachen. Meine Entwürfe für eine gemeinsame Erklärung der beiden Hansestädte.⁶¹³

[...]

Dienstag, 27. August 1946

[...]

Mittwoch, 28. August 1946

Entwurf einer Erklärung der Hansestädte über ihre Sonderrechte, falls sie in ein größeres Land eingegliedert werden sollten.

[...]

Nachmittags Fraktionssitzung. Verständigung mit CDU einstweilen gescheitert.⁶¹⁴ „Der Wahlkampf verloren, ehe er begonnen“, wurde gesagt.

Abends erhebende Goethe-Feier, Mozart-Quintett, gehaltvoller Vortrag Dr. Benz⁶¹⁵ über Goethe als Bildner. Gestaltschaffung aus dem Chaos, zur Abwehr des Chaos. Bilden und Umbilden, Gestaltwandel, keine klassische Statik. [...]

Donnerstag, 29. August 1946

[...]

Nachmittags *Bürgerschaft. Verhandlung über die Wirtschaft*. Lange Agitationsrede des Kommunisten Schimmeck⁶¹⁶, der die Errichtung zahlreicher Fabriken in Bremen und die Erbauung einer Flotte von Walfängern

⁶¹³ „Stellungnahme der Hansestädte Hamburg und Bremen im Falle der Eingliederung in ein größeres Land“, 28.8.1946, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2.

⁶¹⁴ Vgl. Kap. 3, Anm. 375.

⁶¹⁵ Dr. Richard Benz, 1884–1966. Wissenschaftlicher Schriftsteller mit den Arbeitsschwerpunkten Kulturgeschichte, bildende Kunst, Musik.

⁶¹⁶ Max Schimmeck, 1900–1970. Ingenieur, 1937–1945 bei Focke-Wulf und der Weser-Flug, 1945 Personalreferent beim Arbeitsamt; 1917 Beitritt zur SPD und zum DMV, 1933/34 in Haft wegen illegaler Betätigung für die SPD, 1945 Vors. des Zentralausschusses der Bremer Betriebsräte, Md. der KGF und KPD, Leiter der „Wirtschaftsabtlg.“ der KPD in Bremen, 1946–1947 MdBü, seit 15.8.1946 zweiter Vizepräs. der Bremer Bürgerschaft, später Übertritt zur SPD.

verlangt – als ob es keine Besatzungsmächte und keine Kohlen- und Materialnot gäbe. *Ausgezeichnete Antwort von Senator Harmssen.*⁶¹⁷

Die Sitzung war im Festsaal des Rathauses, um den uns vom Governor zugewiesenen, vom Town Major bestrittenen Besitz unserer Festräume durch eine vollendete Tatsache für öffentl[iche] Zwecke zu erwerben.

[...]

Freitag, 30. August 1946

Besprechung mit Kaisen über Deput[atons]gesetz, Frau Behrens,⁶¹⁸ Neugliederung und Denazifikations-Hauptausschuß. Kaisen empört über Korruption und Mätressenwirtschaft.

[...]

Nachmittags Sitzung des Verfassungsausschusses über kommunistische Anträge zum Deputationsgesetz.⁶¹⁹ Die Anträge abgelehnt. Dabei mußte ich die Auffassung bekämpfen, daß in den Deputationen alles nach parteipolitischen Gesichtspunkten entschieden werde. Bei den Kommunisten kein Verständnis für sachliche Arbeit in der laufenden Verwaltung. Seltenheit der Abstimmung in der Deputation.

Walter Lisco rechnet mit seiner *Entlassung* aus seiner Tätigkeit, es soll ein kommissarischer Leiter des Denazifizierungs-Büros eingesetzt sein.⁶²⁰

[...]

Samstag, 31. August 1946

Übliche Rathausarbeit. In allen Verwaltungszweigen Klagen über Schwierigkeiten mit den Besatzungsmächten. Verlorengehen von Akten (Dr. Feines Akten) usw.

Nachmittags Senatorentee bei Spreckelsen.

[...]

⁶¹⁷ Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 179–187.

⁶¹⁸ Es ging um die Versorgung der Familie von ORR Behrens.

⁶¹⁹ Nach der Vorstellung der KPD sollten in den Deputationen, die sich aus Vertretern des Senats und der Bürgerschaft zusammensetzten, nur letztere ein Stimmrecht haben, vgl. die Ausführungen in der Bürgerschaftssitzung am 12.9.1946, Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 190–193.

⁶²⁰ Aufgrund in der Öffentlichkeit umlaufender Gerüchte über unzulässige Praktiken des von Lisco geleiteten Prüfungsausschusses für die Entnazifizierung (vgl. Kap. 3, Anm. 138) leitete die US-Militärregierung eine gründliche Untersuchung ein und nahm mehrere Verhaftungen vor. Dem Ausschuß wurde vorgeworfen, Anzeigen nicht mit der genügenden Sorgfalt zu verfolgen, Anweisungen der Militärregierung mißachtet, Informationen an Interessierte weitergegeben und Bestechungsgeschenke angenommen zu haben (Weser-Kurier v. 7.9.1946). Lisco selbst wurde ausdrücklich weder von Amerikanern noch Deutschen ein Vorwurf gemacht, außer daß es ihm an Durchsetzungskraft fehle.

Sonntag/Montag, 1./2. September 1946

[...]

Dienstag, 3. September 1946

Senat. Neugliederung [der Britischen Zone]; Eventualvorschlag für die Hansestädte genehmigt. Kaisens heftiger Vorstoß gegen die Militärreg[ie-rung] beim Governor Welker (willkürliche Verhaftungen, Mätressenwirtschaft. „Nur bei den Nazis sei es so gewesen.“). Welker gibt drei Zusicherungen:

1. Mitteilung an Verwaltung vor der Verhaftung von Beamten.
2. Genugtuung an [zu Unrecht] Verhaftete (Noch⁶²¹ usw.).
3. Bericht an Hauptquartier [über die Verbindung von Frauen mit Mitgliedern der Besatzungstruppe]. – Wenhold von den Amerikanern als Vertreter Bremens für den Export genehmigt; nicht für Senat („position of any importance“).

[...]

Mittwoch, 4. September 1946

Neugliederungsfrage mit tom Moehlen besprochen. Hamburg und Bremen werden im Neugliederungsausschuß der brit[ischen] Zone⁶²² eine Mehrheit für ihre Reichsunmittelbar[keit]⁶²³ erhalten; auch die Befürworter Niedersachsens für die Hansestädte. Aber unser Vertreter Wilkens muß auch zur Gesamtfrage der britischen Zone Stellung nehmen: Ein großes Ostland („Ostfalen“) oder Schleswig-Holstein und Niedersachsen oder Teilung Hannovers in Küstenprovinz, Hannover, Braunschweig-Hildesheim oder bisherige Länder?⁶²⁴ – Mir wäre am liebsten, daß Bremen nur zur Frage der Hansestädte Stellung zu nehmen brauchte. Mir widerstrebt politisch und menschlich, daß Bremen als kleines Land für die Beseitigung anderer Länder stimmen soll. „Ostfalen“ für Bremen bedenklich; wenn die Hansestädte früher oder später doch eingegliedert werden sollten, würde nur Hamburg als Hafen und Hauptstadt gefördert werden. Überdies diese großen Länder eine Gefahr für die Reichseinheit. Niedersachsen auch zu groß und für die Eingliederung in das Reich zu stark. Küstenprovinz usw. Keine Aussicht auf Annahme, ebensowenig Beibehaltung der bisherigen Länder (auch gegen Vorschrift der Briten: nicht mehr als vier Länder – es sei denn, daß man die Hansestädte nicht mitzählt). – Gefährdung unserer Stellung zu Oldenburg, wenn Bremen für Niedersachsen stimmt und unserer Stellung

⁶²¹ Polizeidirektor Franz Noch war, wie Welker erklärte, infolge eines Mißverständnisses verhaftet und vier Stunden arretiert worden.

⁶²² Vgl. Kap. 3, Anm. 560.

⁶²³ Im Original stark verblaßt.

⁶²⁴ Vgl. Kap. 3, Anm. 560 und 604.

zu Hannover und Niedersachsen, wenn Bremen für Tantzens Küstenprovinz stimmt.

Mittags kurzes Gespräch mit Walter Lisco über seine Lage und die Gefahr seiner Entlassung. Er ist niedergeschlagen und innerlich erregt; „es gehe um seine Existenz“.⁶²⁵

Mit Nolting-Hauff über die Angliederung Wesermündes an Bremen.⁶²⁶
[...]

Donnerstag, 5. September 1946

Vier Jahre seit der Zerstörung unseres Hauses!

[...]

Abendsitzung des Senats von 7¹/₂ bis 10 Uhr mit Wilkens über Neugliederung der britischen Zone. Schwierige Entscheidung. Mit Bedenken gemäß Vorschlag von Wilkens und tom Moehlen für Vorschlag Niedersachsen, wenn darin Reichsunmittelbarkeit der Hansestädte gesichert ist.⁶²⁷

Freitag, 6. September 1946

Im Senat, wie regelmäßig, wirtschaftliche Nöte; Schwierigkeiten in der Belebung der Wirtschaft; Übersiedlung von Fabriken nach Bremen, wenn sie bauen können; das nur möglich auf Kosten des Wohnungsbaus, usw.

[...]

Samstag, 7. September 1946

1¹/₂ Stunden bei Mr. Edwards; wenige amtliche Fragen; meist Belehrung Edwards' in deutschem Recht und deutscher Geschichte; netter Ton.

[...]

Sonntag, 8. September 1946

[...]

Montag, 9. September 1946

[...]

Nachmittags] Fraktionssitzung. Verhandlungen mit der CDU über die Kandidaten der Wahlbezirke haben begonnen. Einigung über etwa zehn

⁶²⁵ Vgl. Kap. 3, Anm. 620.

⁶²⁶ Vgl. Kap. 2, Anm. 104.

⁶²⁷ Gutachten Kopf vom 6.9.1946 für den Sonderausschuß des Zonenbeirats (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 828f.). Das Gutachten, das drei Länder: Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, sowie zwei Stadtstaaten: Hamburg und Bremen, vorsah, wurde mit den Unterschriften nicht nur der Exponenten der Provinz Hannover, sondern auch des Bremer Vertreters, Martin-Heinrich Wilkens, dem Zonenbeirat vorgelegt und bei der 7. Sitzung vom 18. bis 20.9.1946 mit 16 gegen 6 Stimmen angenommen.

Kandidaten, darunter Apelt, Wilkens und ich. Der Rückschlag der CDU in Sachsen und Thüringen gegenüber den Freien Demokraten [LDP] mäßigt hoffentlich die Ansprüche der CDU.⁶²⁸ – Die Wahlen in Thüringen Erfolg der „Bürgerlichen“ gegen die SED, die im wesentlichen von den Kommunisten beherrscht ist.⁶²⁹

Paula färbt mit Hilfe von Ilse Börger-Bremermann alte Mehlsäcke blau, um daraus ein Kleid zu machen!

Dienstag, 10. September 1946

Im Senat Denazifikation, Büro Lisco⁶³⁰ usw. Wirtschaftl[iche] Organisation der amerik[anischen] und britischen Zone.⁶³¹ Welche Wirkung wird die große programmatische Rede des amerik[anischen] Außenministers Byrnes haben?⁶³²

⁶²⁸ Vgl. Kap. 3, Anm. 375.

⁶²⁹ Bei den Gemeindewahlen in Sachsen am 1.9.1946, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 8.9.1946 wurden die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf und dadurch, daß nur etwa die Hälfte ihrer Kandidatenlisten zur Wahl zugelassen wurden, von der Sowjetischen Militärregierung erheblich benachteiligt. Trotzdem sah das Ergebnis bei einem hohen Anteil ungültiger Stimmen von Wählern, die dadurch gegen die Nichtzulassung der CDU bzw. LDP in ihrer Gemeinde protestierten, folgendermaßen aus:

	SED	LDP	CDU
Sachsen (1.9.1946)	48,4%	20,2%	19,7%
Thüringen (8.9.1946)	46,4%	23,7%	16,7%
Sachsen-Anhalt (8.9.1946)	49,5%	19,8%	13,3%

Die Wahlen in der Sowjetzone, S. 9–12; Hermann Weber, Die DDR 1945–1986, München 1988, S. 15f.).

⁶³⁰ Vgl. Kap. 3, Anm. 620.

⁶³¹ Apelt gab die bevorstehende Errichtung gemeinsamer Zentralverwaltungen der Amerikanischen und Britischen Zone bekannt: für Wirtschaft in Minden, für Finanzen in Frankfurt, für Verkehr in Bielefeld und für Ernährungswesen in Bad Kissingen. Den Anstoß zur Fusion der beiden Zonen hatte der amerikanische Außenminister James F. Byrnes bei der Pariser Außenministerkonferenz über Deutschland am 11.7.1946 mit seinem Angebot gegeben, daß die USA bereit seien, ihre Zone mit jeder anderen zu verschmelzen. Nach der Wiederholung der Offerte im Kontrollrat am 20.7.1946 hatte der Chef der britischen Militärregierung, General Robertson, am 30.7. für sein Land die Zustimmung erklärt. (Vgl. Elisabeth Kraus, Ministerien für das ganze Deutschland? Der Alliierte Kontrollrat und die Frage gesamtdeutscher Zentralverwaltungen, München 1990, S. 196–212).

⁶³² In seiner Rede am Sitz des Länderrats, in Stuttgart, am 6.9.1946 erklärte Byrnes, daß in den USA schon längst nicht mehr von einem „harten“ oder „milden“ Frieden für Deutschland, sondern von einem „dauerhaften“ Frieden gesprochen werde, weshalb sie die Vereinten Nationen nach Kräften unterstützten. Die USA sähen nach wie vor die Potsdamer Vereinbarungen als gute Grundlage für eine friedliche Zukunft in Europa an; die Beschlüsse über Entmilitarisierung und Reparationsleistung Deutschlands müßten in vollem Umfang realisiert, aber auch die in Potsdam vorgesehenen Voraussetzungen – Zentralverwaltungen und wirtschaftliche Einheit – geschaffen werden. Nur so seien die notwendigen Produktionsüberschüsse und vor allem die Ernährung der deutschen Bevölkerung sicherzustellen; nur durch eine gemeinsame Finanz- und Währungspolitik könne außerdem eine verheerende Steige-

Paula den Tag über bei Sanders im Deichhause, um dort beim Waschen zu helfen. Solche gegenseitige Hilfe ist jetzt allgemein. Abends macht Paula Pflaumen ein. So ist sie unermüdlich tätig, um uns Vorräte für den Winter zu beschaffen.

Walter Lisco liest vor: Hannah Arendt über: „Organisierte Schuld“ (der ehrenwerte „Spießer“ in seiner Mitwirkung [an den nationalsozialistischen Verbrechen] im Gehorsam und der Trennung von Beruf und Amt einerseits und privatem Leben andererseits; Möglichkeit, daß auch andere Völker in solche Schuld geraten).⁶³³

Mittwoch, 11. September 1946

[...]

Abends Arnold und Trixi zum „amerikanischen Abendessen“ (aus Lebensmitteln eines amerikanischen Pakets). Wir stellten fest, wie rasch und anhaltend wir gesättigt waren, obgleich die Menge erheblich geringer als bei unserem deutschen Essen.

Donnerstag, 12. September 1946

[...]

Nachmittags *Bürgerschaft*. Entwurf des *Deputationsgesetzes* mit zwei Reden vertreten.⁶³⁴ Stimmrecht der Beamten in den Deputationen gestrichen. – Ausgezeichneter Bericht des Handelskammerprä[s] Wilkens

rung der Inflation verhindert werden. Nach Auffassung der USA sei es an der Zeit, dem deutschen Volk die Hauptverantwortung für die Regelung seiner Angelegenheiten wieder zu übertragen und die Besatzungskräfte auf den für Kontrollaufgaben notwendigen Umfang zu reduzieren. Nach dem schrittweisen Aufbau der Demokratie von unten solle Gesamtdeutschland bald demokratisch legitimierte Verfassungsorgane (Parlament, Regierung) erhalten. Ebenso müßten jetzt in einem Friedensvertrag seine neuen Grenzen festgelegt werden, wobei sich die USA für Landabtrennungen im Norden und Osten an Polen sowie die Angliederung des Saarlandes an Frankreich, aber für den Verbleib des Rhein-/Ruhrgebiets bei Deutschland einsetzen würden. (Die Rede ist in deutscher Übersetzung abgedruckt bei: Ernst Deuerlein, *Die Einheit Deutschlands*. Ihre Erörterung und Behandlung auf den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941–1949. Darstellung und Dokumentation, Frankfurt/M., Berlin 1957, S. 282–288. Zu ihrem Stellenwert in der amerikanischen Politik: John Gimbel, *Byrnes' Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland*, in: VfZ 20 (1972), S. 39–62).

⁶³³ Hannah Arendt, *Organisierte Schuld*, in: Dies., *Sechs Essays*, Heidelberg 1948, S. 33–47. In dem im Nov. 1944 verfaßten und im Jan. 1945 in einer amerikanischen jüdischen Zeitschrift veröffentlichten Aufsatz zeigt H. A., wie seit 1943 mit der Wendung zum „totalen Krieg“ auch die „Totalität der Komplizenschaft“ in Deutschland begonnen habe, nachdem die NS-Verbrechen ursprünglich der exklusiven Garde der SS vorbehalten gewesen seien. Der aus Sorge um seinen privaten Bereich befehlsgemäß funktionierende subjektiv unschuldige „Spießer“ wurde damit zum Vollstrecker des bürokratisierten Massenverbrechens.

⁶³⁴ Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 190f., 193. Zum Deputationsgesetz vgl. Kap. 3, Anm. 559.

über die *Verhandlungen im Neugliederungsausschuß und die Sicherung der Reichsunmittelbarkeit Hamburgs und Bremens*.⁶³⁵ – Langwierige Verhandlung über die Wirtschaftspolitik. Angriffe Rafoths gegen den „Wehrwirtschaftsführer“ Wenhold und gegen den abwesenden Senator Harmssen. Die Kommunisten benutzen die Sache für Wahlagitation. Apelt antwortet sachlich, fast heiter milde und durchweg treffend.⁶³⁶

Freitag, 13. September 1946

Im Senat Vertrag mit Thüringen wie mit einer fremden Macht und wie im Mittelalter (Zusicherung „freien Geleites“ usw.); Austausch von bremischen und thüringischen Waren.⁶³⁷ – Vorschlag der Gewerkschaften, im Ruhrgebiet Sonntagsschichten für den Hausbrand zu fahren. Kaisen mahnt, die Kohlenfrage nicht in den Wahlkampf zu ziehen. Kaisen hat mit amerik[anischem] General P[arkman]⁶³⁸ Neugliederung und Bremens Stellung verhandelt; P. möchte, daß Amerika bei England für Selbständigkeit Bremens eintritt. Enklave-Frage ungeklärt.

[...]

Samstag, 14. September 1946

Vormittags Knittermeyer 1½ Stunden bei mir auf dem Rathause. Fruchtbares Gespräch.

Nachmittags Senatorentee bei Nebelthau in Oberneuland.

[...]

Abends in Parteisachen in der Wachmannstr[abe]; die Sitzung muß ausfallen, da noch immer keine Einigung mit der CDU.⁶³⁹

[...]

Sonntag, 15. September 1946

[...]

⁶³⁵ Ebenda, S. 194–198.

⁶³⁶ Apelt verwies auf Wenholds Verdienste um Bremen in der Weimarer Republik; er sei selbst in der NS-Zeit verfolgt worden und habe den Titel „Wehrwirtschaftsführer“ gegen seinen Willen erhalten. Ebenda, S. 209.

⁶³⁷ Die zunächst bis zum 31.12.1946 geltende Vereinbarung zwischen dem Bremer Senat und der thüringischen Landesregierung sah einen monatlichen Güteraus-tausch im Wert von 300000,– RM vor, der aufgrund von Listen der aus Thüringen lieferbaren und von Bremen gewünschten Waren erfolgen sollte (Apelt in der Senatssitzung am 13.9.1946, StAB: 3/3). Der Vertrag konnte vom Senat und von der Militärregierung jedoch nicht ratifiziert werden, weil er dem in Aufbau befindlichen bizonalen Wirtschaftsamt zur Genehmigung vorgelegt werden sollte (Mitteilung Kaisens in der Senatssitzung am 17.9.1946, StAB: 3/3).

⁶³⁸ Vgl. Kap. 3, Anm. 682.

⁶³⁹ Vgl. Kap. 3, Anm. 375.

Montag, 16. September 1946

Sperrzeiten des elektr[ischen] Stroms sollen beginnen. Unbequemlichkeiten für Haushalt und häusliches Leben, besonders abends bei Sperre von 20 bis 23 Uhr.

[...]

Dienstag, 17. September 1946

[Im Senat:] *Kaisens Bericht* über die Sitzung der Chefs der Länder der britischen Zone.⁶⁴⁰ Flüchtlingselend;⁶⁴¹ Kaisen: „Kulturschande der Menschheit“. Kaisens Idee: Bremen übernimmt die Patenschaft eines Lagers; andere Städte sollen folgen. Kaisens Äußerung: „Da reden und schreiben die Parteien im Wahlkampf gegeneinander, und hier ist maßloses Elend, wo alle gemeinsam zugreifen sollten!“

[Noch Kaisen im Senat:] *Veredelungsverkehr* in Deutschland, z.B. Gerste gegen Schweinespeck. *Harmssen und Bürgerm[eister] Petersen* sollen nach London.⁶⁴² – Kaisens Vorschlag: In Bremen Sammelstelle für Material über Friedensvertrag von 1919 und kommenden Friedensvertrag. Bearbeitung des Wesentlichen für Bremen (Feine?).⁶⁴³ – Tagesordnung für Konferenz der Chefs aller deutschen Länder. Kaisen: Was alle Zonen verbindet; was nötig, um ein Auseinanderfallen zu verhindern. Harmssen soll über Wirtschaft sprechen.

Finanzausgleich mit Süddeutschland; „besatzungsbedingte Hafenkosten“ als ausgleichsfähig anerkannt. Schlüssel offen.⁶⁴⁴

⁶⁴⁰ Die Sitzung fand am 15. und 16.9.1946 in Bremen statt und diente vor allem der Vorbereitung der für den 4./5.10. geplanten Ministerpräsidentenkonferenz der vier Zonen.

⁶⁴¹ Auch dieses Thema wurde bei der Länderchefkonferenz am 15./16.9.1946 behandelt und ein Telegramm an den Kontrollrat beschlossen mit der Bitte, den Notruf an die in Paris tagenden Außenminister der alliierten Mächte weiterzuleiten. (Senatsprotokoll 17.9.1946, StAB: 3/3).

⁶⁴² Vorschlag Kaisens nach einem Gespräch mit Bgm. Petersen (ebenda). Harmssen und Petersen hatten statt dessen Ende Sept. eine Unterredung mit dem brit. „Deutschland-Minister“ in Hamburg, vgl. Kap. 3, Anm. 658.

⁶⁴³ Die Stelle sollte alles über Reparationsregelungen und ihre Problematik vorliegende Material sammeln, nachdem Nordrhein-Westfalen und Hannover auf Kaisens Vorschlag hin solche Einrichtungen schon geschaffen hatten (ebenda). Nach der Eingliederung Bremens in die US-Zone beteiligten sich deren andere drei Länder mit einem einmaligen Zuschuß an der Finanzierung.

⁶⁴⁴ Bericht des Präs. der Finanzverwaltung, Ernst Friedrich Heinemann, im Senat über die Sitzung des Unterausschusses Finanzausgleich des Länderrats am 12.9.1946 in Stuttgart. Die Vertreter von Bayern, Württemberg-Baden und Großhessen widersetzten sich der Bremer Forderung nach Ersatz der Hafenkosten und stimmten schließlich zu, die besatzungsbedingten Betriebs- und Unterhaltskosten nicht aber den örtlichen Bedürfnissen dienenden Kostenanteil als ausgleichsfähig anzuerkennen. (Senatsprotokoll 17.9.1946, StAB: 3/3).

Die Wahlen der Gemeinden der *britischen Zone* zeigen eine schwere *Niederlage der Kommunisten*,⁶⁴⁵ trotz Hungers und schlechter Wirtschaftslage. Dies auch außenpolitisch von Bedeutung. Zu hoffen, daß Rußlands Deutschlandpolitik zurückhaltender wird, da sie im Westen keine innenpolitischen Verbündeten bekommen haben.

[...]

Mittwoch, 18. September 1946

[...]

Donnerstag, 19. September 1946

[...]

Nachmittags] *Bürgerschaftssitzung* zum Aufarbeiten der Rückstände. In einer Denazifizierungsdebatte erkennt Ewert an, daß keine erheblichen Mißstände, kein Chaos.⁶⁴⁶ Zum Schluß jagt Kaisen [als Bürgerschaftspräsident] in einem Husarenritt alle Anträge, ohne den Antragsteller zu Wort kommen zu lassen, durch (Überweisung an den Senat) und erklärt, dies sei die *letzte Sitzung vor den Wahlen*⁶⁴⁷ gewesen.

Freitag, 20. September 1946

[...]

Kaisen noch in Hamburg im Zonenbeirat.⁶⁴⁸ Im *Senat* unter anderem Gesetz über Ortsämter und Außenstellen, noch ein Entwurf von Behrens.

[...]

Samstag, 21. September 1946

[...]

Die beiden besten Männer der Bürgerlichen – Wenhold von der Brem[er] Demokr[atischen] Volkspartei und Dr. Ahlers von der Christl[ich] Dem[okratischen] Union – sind von den Amerikanern [bei der Prüfung der

⁶⁴⁵ Laut United Press führten die Gemeindewahlen in der Britischen Zone am 15.9.1946 zu folgendem Ergebnis (Keesing's Archiv 1946/47, S. 868 A):

CDU	6637664 Stimmen
SPD	6379136 Stimmen
Parteilose	2649179 Stimmen
Niedersächsische Landespartei	1101518 Stimmen
KPD	1015556 Stimmen
FDP	712220 Stimmen.

⁶⁴⁶ Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 228ff. Willi Ewert, SPD, wurde am 14.11.1946 Nachfolger von Oberschulrat Friedrich Aeevermann als Vors. des Hauptausschusses für die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus und am 29.11.1946 Senator für Wohnungswesen.

⁶⁴⁷ Bürgerschaftswahlen am 13.10.1946.

⁶⁴⁸ 7. Sitzung vom 18. bis 20.9.1946.

Wahlvorschläge] als Bürgerschaftsmitglieder abgelehnt. Unbegreifliche Entscheidungen – oder, wenn man deutsche Einflüsse annimmt, sehr begreifliche Fehlurteile!

Einigung zwischen BDV und CDU: 50 zu 50.⁶⁴⁹ Soviel Vernunft ist also immer noch vorhanden gewesen! – Die CDU soll nur wenige brauchbare Kandidaten haben, vor allem wenig brauchbare für den Senat. Grabaus⁶⁵⁰ telefon[ische] Mitteilung, daß ich nicht als Kandidat aufgestellt sei.

[...]

Sonntag, 22. September 1946

[...]

Montag, 23. September 1946

Besprechung mit Kaisen. Nachruf Behrens gebilligt.⁶⁵¹ Im *Zonenbeirat Erklärung der Hansestädte mit 19 gegen 6 Stimmen gebilligt*.⁶⁵² Im übrigen Niedersachsen die meisten Stimmen. – Kaisen gegen das Angebot der KPD auf Wahlbündnis.⁶⁵³ Nach der Wahl müßten alle Parteien zusammenarbeiten, auch im Senat. Über Wenhold sagte K[aisen]: „Wenh[old] wird für bessere Zeiten bewahrt; wir nutzen uns rasch ab“.

⁶⁴⁹ Nachdem die Militärregierung aufgrund eines Einspruchs der SPD eine bürgerliche Einheitsliste verboten hatte, schlossen BDV und CDU am 21.9. ein Wahlabkommen, nach dem jede Partei nur die Hälfte der Direktkandidaten aufstellen und die Anhänger auffordern wollte, auch die Kandidaten der anderen Partei zu wählen. (Weser-Kurier v. 21.9.1946, S. 6).

⁶⁵⁰ Gustav Grabau, 1888–1977. Verwaltungssekretär, 1914/15 Kriegsteilnahme, nach Verwundung und Entlassung aus dem Militärdienst Mitbegründer des Reichsverbandes der Kriegsbeschädigten, Geschäftsführer des Reichsverbandes in Ostfriesland, 1919–1927 Md. des Kreistages, Md. der DVP und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, 1933 für sieben Monate illegal von SA inhaftiert, 1937 Bezirksleiter einer Versicherung, 1942 Grundstücksmakler, Mitbegründer und 2. Vors. der BDV, Juni 1946 Mitbegründer der FDP in Bremen, aber weiterhin Fraktionsmd. der BDV (vgl. Kap. 3, Anm. 375), 1946–1947 MdBü (BDV, seit 13.2.1947 FDP).

⁶⁵¹ Veröffentlicht im Bremischen Jahrbuch 42 (1947), S. 218–222.

⁶⁵² In den Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, Bd. 1, S. 837f., abgedruckt als „Gutachten Schönfelder/Wilkens“. Nach dem Protokoll (ebenda, S. 847) wurde es mit 19 gegen 8 Stimmen gebilligt, das „Gutachten Kopf“ (Niedersachsen) mit 16 gegen 6 Stimmen.

⁶⁵³ Unter Berufung auf das Wahlbündnis von BDV und CDU erneuerte die KPD einen früheren Vorschlag, ein ähnliches Wahlabkommen mit der SPD zu schließen. Obwohl sie dafür die Unterstützung verschiedener Betriebsbelegschaften und der Senatoren Wolters und Ehlers bekam, hielt die Mehrheit der SPD an der Aufstellung getrennter Listen fest. (Vgl. Brandt, Antifaschismus, S. 227–228).

Mittags Essen im Gästehaus mit Rud[olf] Alex[ander] Schröder.⁶⁵⁴ Abends Schröders Hamlet-Vortrag im Rathause. Viel Gesuchtes und Ge-künsteltes mit einer Fülle von Bildungsgut. „Tragischer Held der Geist!“ [...]

Dienstag, 24. September 1946

Kaisen in Köln. [Im Senat:] tom Moehlens Bericht über Zonenbeirat in Hamburg. *Neugliederungsvorschläge*: „Ostfalen“ (Schumacher): 9 Ja, 19 Nein. *Niedersachsen*: 16 ja, 6 Nein. *Tantzens Küstenprovinz*: 0 Stimmen, ebenso Braunschweig. *Hansestädte*: 19 Ja gegen 6 Nein.⁶⁵⁵ – Währungsfragen; zu viele deutsche Gutachten. Amerika: Wirtschaft entscheidend; wenn soziale Rücksicht möglich, gut; sonst ohne das. England: Soziale Lösung; einheitliche Behandlung von Sach- und Kapitalbesitz.⁶⁵⁶ Nach der Senatssitzung Ausschuß für Beamtenrecht bei Entnazifizierung.

[...]

Neuer Governor Browning⁶⁵⁷ in Bremen; Welker und Shamel abgesetzt. [...]

⁶⁵⁴ Rudolf Alexander Schröder, 1878–1962. Architekt, Maler, Dichter und Schriftsteller (Lyrik, autobiographische Prosa, literarische Essays, deutsche Nachdichtungen griechischer, lateinischer, französischer, englischer und niederländischer Werke der Weltliteratur), gebürtiger Bremer, 1946–1950 Direktor der Kunsthalle Bremen, zahlreiche Auszeichnungen und Ehrenmitgliedschaften, Ehrenbürger Bremens. Vgl. Brem. Biogr., S. 462ff.

⁶⁵⁵ So die Zahlen im Senatsprotokoll vom 24.9.1946 (StAB: 3/3); leicht abweichende Angaben für das Gutachten der Hansestädte im Beschlußprotokoll der 7. Zonenbeiratssitzung am 18. bis 20.9.1946 (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 847) : 19 gegen 8 Stimmen.

⁶⁵⁶ Nach eingehenden Darlegungen von Oberpräsi. Lehr über die Arbeit des Finanzausschusses des Zonenbeirats debattierte das Plenum bei der Sitzung am 18./20.9.1946 ausführlich über den vorliegenden schriftlichen Bericht, bestehend aus drei Gutachten und vier Stellungnahmen einzelner Sachverständiger (abgedruckt bei: Möller, Deutsche Mark, S. 282–332). Der Zonenbeirat beschloß, den Bericht mit einer Entschließung an die Kontrollkommission weiterzuleiten, in der er den Grundsatz des Lastenausgleichs und der Gleichbehandlung von Sachwert- und Geldwertbesitzern betonte. Als Vorbedingungen für einen Erfolg seiner Vorschläge zur Währungsreform nannte er: die Rückführung der Kriegsgefangenen, die Erhöhung der täglichen Kalorienzuteilung, ausreichende Versorgung mit Brennstoffen, ausländische Kredite für Rohstoffimporte, Beseitigung der Zonengrenzen, Reduzierung der Besatzungskosten und Reparationsleistungen, Korrektur des Preis-/Lohngefüges, Revision der alliierten Steuergesetze, Wiederaufnahme des regulären Exports aus Deutschland. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 851–853).

⁶⁵⁷ Lt. Colonel Gordon Browning, 1889–1976, demokratischer Politiker, 1923–1935 Kongreßabgeordneter, 1937–1939 und 1949–1953 Gouverneur von Tennessee, 20.9.–11.12.1946 Direktor (Governor) der amerikanischen Militärregierung in Bremen.

Mittwoch/Donnerstag, 25./26. September 1946

[...]

Freitag, 27. September 1946

Im *Senat* Harmssen über seine Unterredung mit dem englischen *Minister Hynd*,⁶⁵⁸ der sich völlig unorientiert zeigte.

[...]

Samstag, 28. September 1946

In der Zeitung lese ich, daß ich Mittwochabend für die BDV in einer Wahlkundgebung zusammen mit Harmssen und Bote sprechen werde! Niemand hat mich gefragt!

Mittags 1 Uhr „*Betriebsausflug*“ der *Regierungskanzlei* nach Falkenberg bei Lilienthal. Zwei große Busse, über 90 Personen. Von Senatoren nur ich, nachmittags für zwei Stunden Kaisen. Gemeinsames Mittagessen, nachmittags allerlei Veranstaltungen (Gesang von Frl. Baum usw.), früh auch schon Tanz, in den ich durch ein Versehen hineingerate; seit mehr als 30 Jahren hatte ich nicht mehr getanzt. Abendessen mit Bücklingen aus Wesermünde. Ich bedauere nur, daß wir bei dem schönen Wetter nicht mehr ins Freie kamen; der Tanzteufel hielt alle fest.

Sonntag/Montag, 29./30. September 1946

[...]

Dienstag, 1. Oktober 1946

Im *Senat* Konferenz der deutschen Länder besprochen; die Chefs der französ[ischen] Zone durch Mil[itär]reg[ierung] verhindert.⁶⁵⁹

⁶⁵⁸ John B. Hynd, 1902–1971. Journalist, Gewerkschaftsführer, Labour-Politiker, seit 1944 Md. des Unterhauses, 1946 „Deutschland-Minister“ im britischen Kabinett, Chef des Kontrollamts für Deutschland und Österreich (Control Office of Germany and Austria). – Harmssen berichtete über eine Unterredung, die er und Bgm. Petersen in Hamburg mit Hynd über die Probleme der Rohstoffversorgung und Wiederingangsetzung des Außenhandels der Britischen Zone geführt hatten. Hynd habe zwar Verständnis gezeigt, aber ein positives Ergebnis der Besprechung sei in naher Zukunft kaum zu erwarten. (Senatsprotokoll 27.9.1946, StAB: 3/3).

⁶⁵⁹ Die Ministerpräsidentenkonferenz am 4./5.10.1946 war als Vier-Zonen-Konferenz geplant. Während von allen Ministerpräs. der Britischen und Amerikanischen Zone Zusagen vorlagen, hatten die vier eingeladenen Vertreter der Französischen Zone alle abgesagt; von den Repräsentanten der SBZ wollte einer kommen, drei hatten ihre Verhinderung mitgeteilt. (Mitteilung Kaisens im Senat am 1.10.1946, StAB: 3/3).

Lebensmittelfragen, Getreidenot. Die Schätze unserer Kunsthalle im Berliner Kunsthandel, teilweise durch Berlin[er] Magistrat sichergestellt.⁶⁶⁰ – Wiedergutmachungsfragen.⁶⁶¹

Nürnberger Urteil. Überraschend der Freispruch Papens und die Verurteilung Neuraths.⁶⁶²

Bürgermeister Vagts bei mir; der aus dem Amt Geworfene und Verhaftete wird von den Engländern zum Ministerialdirektor in der Wirtschaftszentrale („bizonal“) gemacht, in dem Augenblick, in dem die Amerikaner ihm die Musiker-Lizenz ablehnen!⁶⁶³

Abends im Rathause Eröffnung der Volkshochschule und Jugend-[olk]shochschule.⁶⁶⁴ Besprechung mit dem freundlichen Oberst Crabill.

Mittwoch, 2. Oktober 1946

[...]

Abends Wahlreden von mir, Harmssen und Bote in der Victorschule. Walter L[isco], Paula und Frl. Götsche hörten mich. Paula mit ihren hohen Anforderungen zufrieden. Harmssen mit seiner Kenntnis im Wirtschaftlichen und s[einem] großen Geschick, Fragen zu beantworten, war glänzend. Ich hatte als Kernstück meiner Rede das Wesen echter Demokratie.⁶⁶⁵

⁶⁶⁰ Von den in das sowjetische Besatzungsgebiet ausgelagerten Beständen der Kunsthalle Bremen waren einzelne Stücke mit dem Bremer Signum im Berliner Kunsthandel aufgetaucht. Der Berliner Magistrat hatte einige hundert Blätter und eine Anzahl von Gemälden sichergestellt. Sie konnten vorläufig nur registriert, aber nicht zurückgegeben werden. (Mitteilung Apelts, ebenda). Vgl. Kap. 1, Anm. 136.

⁶⁶¹ Ansprüche eines nach dem Berufsbeamtengesetz Ende Mai 1933 entlassenen Beamten wurden aus finanziellen und rechtlichen Gründen abgelehnt unter Hinweis auf eine künftige allgemeine Wiedergutmachungsregelung (ebenda).

⁶⁶² Der ehemalige Reichsaußenminister und Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, Konstantin v. Neurath, wurde am 1.10.1946 von dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg zu 15 Jahren Haft verurteilt und am 6.11.1954, ca. zwei Jahre vor seinem Tod, wegen Krankheit aus dem Gefängnis entlassen. Vizekanzler Franz v. Papen, Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht und der Leiter der Abteilung Funk im Reichspropagandaministerium, Hans Fritsche, wurden freigesprochen.

⁶⁶³ Vagts erhielt im Dez. 1946 mit Zustimmung des Senats die Zulassung als Konzertpianist in Bremen (Senatsprotokoll 17.12.1946, StAB: 3/3). Die Ernennung Vagts' zum Ministerialdirektor in der bizonalen Wirtschaftsverwaltung ließ sich nicht nachweisen.

⁶⁶⁴ Bericht über die Eröffnungsfeier mit kurzer Zusammenfassung der Reden Crabills und Paulmanns im Weser-Kurier Nr. 80 v. 5.10.1946.

⁶⁶⁵ Manuskript im StAB: NL Spitta 7,63–1/1. Nach einem kurzen Überblick über seine politische Laufbahn seit der Wahl in die Bürgerschaft im Jahr 1905 erklärte Spitta: „Wir können nicht da wieder anfangen, wo wir 1933 aufgehört haben. Es gibt kein Zurück.“ Die Klassengegensätze seien infolge der Kriegszerstörungen aufgehoben, da „die primitivsten Grundlagen des menschlichen Lebens überhaupt erst neu“ geschaffen werden müßten. Vordringliche Aufgabe sei es, ein geordnetes Rechtsleben wiederherzustellen und als Grundlage dafür eine demokratische Verfassung zu verabschieden. Hamburg und Bremen sollten reichsunmittelbare Stadtstaaten in ei-

Donnerstag, 3. Oktober 1946

Äußere Vorbereitung der Chef-Konferenz der Länder.

Abends Eva, Klaus, Lutz, Frau Bücking. Lutz erzählte von seiner Reise in d[ie] russische Zone (Dresden, Berlin). Die Erinnerung an die Schrecken und Erlebnisse des Vorjahres sitzen den Leuten noch in den Nerven (auch den Kindern!); zur Zeit ereignet sich kaum noch Schreckliches. In den Magistraten und Ämtern fast überall nur SED oder nur Kommunisten; der Apparat wird so bleiben, auch wenn aufgrund der Wahlen (z.B. in Dresden) „bürgerliche“ Männer die leitenden Stellen bekommen.⁶⁶⁶

Freitag, 4. Oktober 1946

*Konferenz der Chefs der deutschen Länder in Bremen.*⁶⁶⁷ Die französische Zone hat einen incognito-„Beobachter“⁶⁶⁸ geschickt; die russische Zone mußte ganz ausbleiben. Trotzdem erfolgreiche Besprechungen.

Höhepunkt des Tages der *Vortrag des Senators Harmssen über die Wirtschaftslage.*⁶⁶⁹

Abends beim Essen im Festsaal des Rathauses *Erklärung des neuen Gouvernors Browning, daß Bremen Land und reichsunmittelbarer Stadtstaat bleiben werde.*

Ein Soldat, der mit *Hans Bücking* kriegsgefangen in Rußland war, bringt die Nachricht, daß *Hans schon im Dezember 1945 an einer Krankheit gestorben sei.*⁶⁷⁰ Im Febr[uar] 1946 erhielt Marg[arete] die erste und einzige

nem alle vier Besatzungszonen umfassenden, in Länder gegliederten Bundesstaat werden.

⁶⁶⁶ In Dresden hatten CDU und LDP bei den Gemeinderatswahlen am 1.9.1946 zusammen 158 168 Stimmen erhalten, die SED mußte sich mit 153 772 Stimmen begnügen. (Die Wahlen in der Sowjetzone, S. 11).

⁶⁶⁷ Ein Wortprotokoll der Interzonenkonferenz am 4./5.10.1946 ist abgedruckt in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 878–941; ihre Vor- und Wirkungsgeschichte behandelt Overesch, Bremer Interzonenkonferenz.

⁶⁶⁸ Dr. Herbert Schröder aus Württemberg-Hohenzollern trug sich zwar in die Anwesenheitsliste ein, sein Name wurde im maschinenschriftlichen, vervielfältigten Teilnehmerverzeichnis aber nicht aufgeführt. (StAB: 3-R.1.m. Nr. 200).

⁶⁶⁹ „Wirtschaft und Reichseinheit“, gekürzte Fassung, StAB: 3-R.1.m. Nr. 200, in Auszügen und zusammenfassenden Regesten abgedr. in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 904–912. Harmssen arbeitete das Referat im Auftrag der Ministerpräs. der Amerikanischen und Britischen Zone zu der Schrift aus: Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard. Nach der Darstellung der ganz unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen in der SBZ und den westlichen Zonen kam Harmssen zu dem Schluß, daß es aufgrund der Grenzlage Deutschlands zwischen Ost und West seine große geistige Aufgabe sei, die Verbindung zwischen ganz unterschiedlich organisierten Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen, plan- und marktwirtschaftlichen Strukturen, zu schaffen. Das Referat endete mit einem Zehnpunktepogramm für eine weitgehende, die vier Zonen umfassende gemeinsame Planung.

⁶⁷⁰ Vgl. Kap. 3, Anm. 379.

Karte von Hans. In einem Lager von 4000 deutschen Kriegsgefangenen durften nur zehn nach Hause schreiben! Hans hat zusammen mit russischen Arbeitern in einer Kistenfabrik arbeiten müssen und seinen Kommunismus verschwiegen, da unter den russ[ischen] Arbeitern scharfe Ablehnung Stalins herrsche (wie dieser Soldat berichtet).

Samstag, 5. Oktober 1946

Von 9 bis 12^{1/2} Uhr *Länderkonferenz*: Entschließungen aller Art und klarer, allgemein anerkannter Vortrag *Nolting-Haufts* über das *Währungsproblem*; Zeit sei noch nicht gekommen; erst Wirtschaft in Ordnung bringen.⁶⁷¹

Die Konferenz, trotz Fehlens der beiden anderen Zonen, Erfolg.

[...]

Sonntag, 6. Oktober 1946

[...]

Mit Arnold über seine Zukunftspläne gesprochen; Brief von Irms, der bezüglich seines Besitzes in Kolumbien günstiger ist.⁶⁷² Arnold hat große Neigung, nach Kolumbien zurückzukehren; er sieht die Lage in Europa als nahezu hoffnungslos an und möchte seinen Kindern eine bessere Zukunft in einem aufstrebenden, zukunftsreichen Lande wie Kolumbien sichern, auch wenn er selbst sich zunächst drüben sehr quälen muß. Ich sage ihm meine abweichende Ansicht.

[...]

Montag, 7. Oktober 1946

[...]

⁶⁷¹ Text in StAB: 3-R.1.m. Nr. 200; gekürzter Abdruck in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 930–934. Nolting-Hauft forderte, zuerst die zur Grundversorgung der Bevölkerung notwendige Produktion wieder in Gang zu setzen und den gesamten öffentlichen Finanzbedarf durch Kriegs- und Kriegsfolgelasten, Reparationen und Besatzungskosten zu ermitteln. – Die Entschließungen bezogen sich u.a. auf die Einrichtung einer Zonenverbindungsstelle, die Schaffung eines Vorläufigen Deutschen Volksrats als oberster parlamentarischer Vertretung und eines deutschen Länderrats als Beratungsorgan des Kontrollrats, den Anspruch des deutschen Volkes, die in Nürnberg vor Gericht stehenden Repräsentanten des NS-Regimes ohne Rücksicht auf Schuld- oder Freispruch seinerseits juristisch zur Rechenschaft zu ziehen.

⁶⁷² Irms Spitta, geb. Ziegler, erste Frau von Spittas Sohn Wilhelm (1902–1988), der als Landwirt in Kolumbien lebte. Arnold Spitta hatte sich 1927 als Kaufmann dort niedergelassen, war aber 1941 nach Europa zurückgekehrt.

Dienstag, 8. Oktober 1946

Kaisen betont in einer Besprechung die Notwendigkeit, daß sich die Deutschen – einschl[ießlich] aller Parteien – über die künftige Gestaltung des Reiches einigen und das gemeinsam gegenüber den Besatzungsbehörden vertreten. Klage über das Gegeneinander der Parteien. Der amerik[anische] General Clay hat erklärt, Bremen sei ein Sonderfall; damit sei über Hamburg und Lübeck nicht entschieden.⁶⁷³

Im *Senat* beamtenrechtl[iche] Vorlage verabschiedet.⁶⁷⁴ Nachricht über schlechte Kartoffelernte. In Bremen noch für vier Tage Brotgetreide. Schnapsbrennereien und Schwarzschlachtungen bei den Bauern.

[...]

Mittwoch, 9. Oktober 1946

[...]

Abends 7 bis gegen 11½ Uhr Dinner in der amerik[anischen] Messe auf Einladung des Gerichtsoffiziers Mr. Johnson.⁶⁷⁵ Lebhaftes Unterhaltung (Indianer mit Öl in ihren Reservaten, Rechtsangelegenheiten in USA und England, altfranzösisches Recht in Louisiana, Wahl und Unabhängigkeit der Richter, Kriegssachen, auch Invasion in der Normandie, Gegnerschaft gegen Rußland usw.). Amerikanische Art der Bewirtung: Cocktails in nüchternen Magen, Dinner nur mit Leitungswasser, nach dem Kaffee wieder Schnäpse. Mit mir Lahusen, Carstens und Thielke (?). [...]

Donnerstag, 10. Oktober 1946

[...]

Kaisen ist vom Governor gefragt, ob Bremen als Land weitere Gebiete wünsche; K[aisen] hat das mit Recht abgelehnt. Wir müssen den Stadtstaatcharakter bewahren. Wesermünde muß selbst durchsetzen, wenn es zu Bremen will; durch Angliederung Wesermündes Stadtstaatcharakter nicht beeinträchtigt.⁶⁷⁶

Meine Sorge, daß der Weserstrom, der jetzt in Hand der Reichssonderverwaltung ist, in die Verwaltung der Uferstaaten oder des Uferstaates (Hannover, Oldenburg, Niedersachsen) kommen könne. Soll Bremen

⁶⁷³ Mitteilung Kaisens im Senat über eine am 7.10.1946 vom Rundfunk verbreitete Erklärung Clays, in der dieser die Bildung eines Freistaats Bremen begrüßte. (Senatsprotokoll 8.10.1946, StAB: 3/3).

⁶⁷⁴ „Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamtenrechts“, das nach dem Beschluß des Senats zunächst der Militärregierung und dann der Bürgerschaft zugeleitet werden sollte. Es behandelte die Ansprüche der im Berufungsverfahren rehabilitierten entlassenen Beamten.

⁶⁷⁵ Robert W. Johnson, oberster Gerichtsoffizier der US-Militärregierung in Bremen, kehrte 1951 in die USA zurück, um in Illinois eine Rechtsanwaltspraxis zu eröffnen.

⁶⁷⁶ So die Ausführungen Kaisens im Senat am 8.10.1946, StAB: 3/3.

nicht vom Governor, unter Ablehnung alles Landerwerbs erbitten, daß der Strom als eine Art Zubehör zu unseren Häfen in unsere Verwaltung kommt?

Darüber mit Apelt gesprochen; ebenso rege ich an, daß die Häfen von Brake und Nordenham (ohne die Städte) dem bremischen Hafenorganismus eingegliedert werden – Verhältnis, wie jetzt die Bremerhavener Häfen zu Wesermünde stehen.⁶⁷⁷ Apelt zögert im zweiten Punkte.

Freitag, 11. Oktober 1946

Im Hause schon ungemütlich kühl. Brennstoff ist nirgends vorhanden und dürfte auch noch nicht angegriffen werden, wenn er da wäre. Kohlenmangel. Die [Warmwasser-] Badeanstalt deswegen geschlossen. Elektr[ischer] Strom reicht für das Mittagessen nicht aus. Fabriken abwechselnd stillgelegt, um Strom zu sparen. Im Rathaus ist die Heizung im Gange, da Amerikaner im Hause.

Im Senat Verfassungsfragen, Beeidigung von Senat und Bürgerschaft usw.⁶⁷⁸ Wirtschaftl[iche] und politische Lage Deutschlands. Harmssen meint, die Russen wollten jetzt die Vereinigung der vier Zonen aus wirtschaftlichen Gründen.

Mit Kaisen und Apelt Frage des Weserstroms besprochen. Formulierung für den Governor.

Nolting-Haufts Buch: „ImI's“ (Judenmischling I. Grades); Erinnerungen der KZ-Zeit.⁶⁷⁹ [...]

Samstag, 12. Oktober 1946

[...]

⁶⁷⁷ Vgl. Kap. 2, Anm. 104.

⁶⁷⁸ Nach Mitteilungen Spittas und Frieses hatte sich die britische Militärregierung in Hannover mit dem Bremer Verfassungsentwurf seit der eingehenden persönlichen Beratung zwischen ihrem zuständigen Beamten und den Vertretern der Hansestadt am 22.8.1946 trotz zahlreicher Erinnerungen noch nicht weiter befaßt. Kaisen wollte deshalb eine vorläufige Genehmigung der Verfassung durch die amerikanische Militärregierung in Bremen erwirken. Außer dem Senat sollte nach Meinung der britischen Militärregierung auch die Bürgerschaft vereidigt werden, wofür sie die Formel vorschlug, die sie für die Gemeinden ihrer Zone vorgeschrieben hatte. Spitta wollte versuchen, statt dessen eine mehr den deutschen Gewohnheiten entsprechende Formel durchzusetzen. In einem dritten fraglichen Punkt herrschte Einigkeit darüber, daß der ernannte Senat über die Wahl der Bürgerschaft hinaus bis zur Wahl eines neuen Senats im Amt bleiben sollte. (Senatsprotokoll 11.10.1946, StAB: 3/3).

⁶⁷⁹ Es handelt sich um eine Darstellung der Zeit im Zwangsarbeitslager der Organisation Todt. Vgl. Kap. 2, Anm. 55.

Sonntag, 13. Oktober 1946

Wahltag.

[...]

Bericht Erbes⁶⁸⁰ über die drei westl[ichen] Zonen; bessere Ernährung und mehr Verkaufsgegenstände in der amerikanisch[en] Zone, besonders in Bayern. [...]

Montag, 14. Oktober 1946

[...]

Sonnabend Kaisen mit Browning und Crabill Verfassungsfrage;⁶⁸¹ wir sollen so handeln, „als ob“ die Verfassung genehmigt wäre.

*Gestern große Konferenz des amerik[anischen] Generals Parkman*⁶⁸² *über Bremen und den Umfang der Enklave.* Bei den Amerikanern anscheinend Neigung, Bremen zur Hauptstadt eines größeren Landes (Verden, Delmenhorst, Wesermarsch, Wesermünde usw.) zu machen. Ich sehe darin eine Gefahr für den besonderen Stadtstaat- und Reichshafen-Charakter Bremens; Überstimmung der bremischen Interessen im Landtag eines größeren Landes? Dauernde Irredenta der hannoverschen und oldenburgischen Bevölkerung. Die Amerikaner sagen: Reichsmittelbehörden und Länder sollen sich decken; daher nur Mittelbehörden in Bremen, wenn Bremen größeres Land. Andere Regelungen – Auseinanderfallen der Bezirke der Länder und der Reichsmittelbehörden – können sich vor allem die Engländer nicht vorstellen.

[...]

⁶⁸⁰ Hans Erbe, 1892–1953. Jurist, seit 1921 im Reichsinnenministerium, dann Richter am Reichsverwaltungsgericht, nach dem Krieg Syndikus einer Bremer Handelsfirma; DVP, BDV, später FDP, 1952 ihr stellv. Landesvors., 1953 MdBü; als Nachfolger Spittas für das Amt des Justizsenators vorgeschlagen, scheiterte am Widerspruch der SPD wegen seines Kommentars zum Entschädigungsgesetz vom 9.12.1937, das die Forderungen Dritter bei der Einziehung „kommunistischen, volks- und staatsfeindlichen Vermögens“ behandelte (RGBl. 1937 I, S. 1333–1338).

⁶⁸¹ Vgl. Kap. 3, Anm. 678.

⁶⁸² Henry Parkman, Leiter der Civil Administration Division von OMGUS. – Ein Protokoll dieser Konferenz ließ sich nicht finden. Inhaltlich werden die amerikanischen Pläne aber bestätigt durch Notizen über weitere Besprechungen mit der US-Militärregierung. Die Vertreter Bremens äußerten intern und in vorsichtiger Weise auch gegenüber ihren amerikanischen Gesprächspartnern die hier von Spitta zusammengefaßten Bedenken (vgl. insbes. Aktennotiz über eine Besprechung der Senatoren und Oberbeamten am 17.10.1946, in StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2). Zu der geplanten erheblichen Vergrößerung des Landes Bremen kam es am Ende nicht.

Dienstag, 15. Oktober 1946

[...]

Das *bedeutsame Ergebnis der Wahlen in der britischen Zone*, auch in Bremen, ist die *schwere Niederlage der Kommunisten*. Innen- und außenpolitisch gleich wichtig.⁶⁸³

Das amtliche Wahlergebnis in Bremen noch nicht da; sicher ist ein *großer Erfolg der Sozialdemokraten*. Von den „bürgerlichen“ Senatoren Apelt, Harmssen, Bölken und ich gewählt, Nolting-Hauff unterlegen. Von den Sozialdem[okraten] der amtlich und menschlich gleich wertvolle Ehlers nicht gewählt, dafür der demokratische Klopffechter Grabau. Paulmann und Theil unglücklich über den großen Erfolg ihrer Partei; Theil sagte mir: „Es sind viel zu viele Sozialdem[okraten] gewählt!“ „Weniger wäre mehr gewesen.“ – Kaisen wird ebenso denken; er will die Zusammenarbeit mit den „Bürgerlichen“. Nun hat er gegen den Ehrgeiz der eigenen Parteigenossen einen schweren Stand.

[...]

Mittwoch, 16. Oktober 1946

[...]

Die *brem[ische] Wahl* hat eine *Zweidrittmehrheit der Sozialisten* gebracht: 51 Sozialdem[okraten], 3 Kommunisten = 54 gegen 26 Bürgerliche (BDV und CDU je 12 Sitze, 2 Unparteiische).⁶⁸⁴ Also *Verfassungsänderungen gegen die Bürgerlichen möglich*.

⁶⁸³ Am 13.10.1946 fanden in der Britischen Zone Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen sowie Stadtrats- und Kreistagswahlen statt. Bei den Wahlen in Schleswig-Holstein konnte die KPD lediglich 18, in Niedersachsen 37 und in Nordrhein-Westfalen 86 Mandate erringen; in Hamburg und Bremen wurde sie nur die viertstärkste Partei (Keesing's Archiv 1946/47, S. 895 G und 896 A).

⁶⁸⁴ Die Angabe entspricht dem amtlichen Ergebnis, vgl. 110 Jahre Bürgerschaftswahlen, S. 135–153. Die beiden Unabhängigen, Harmssen und Bölken, traten in ein Hospitantenverhältnis zur BDV. – Das Wahlrecht entsprach der Regelung in der Britischen Zone: Wahlberechtigt waren Einwohner/innen Bremens deutscher Staatsangehörigkeit, die das 21. Lebensjahr vollendet und nicht der NSDAP oder ihren Gliederungen angehört hatten. Wählbar waren Männer und Frauen, die das 25. Lebensjahr vollendet hatten, weder Mitglieder einer NS-Organisation noch aktive Wehrmachtsoffiziere gewesen waren und nicht als Beamte, Angestellte oder Arbeiter im Dienst der FH Bremen standen. Von den 80 Abgeordneten wurden 64 direkt mit relativer Mehrheit, 16 über eine Liste nach dem Stimmenanteil ihrer Partei unter Verrechnung der Stimmen der erfolglosen und der überzähligen Stimmen der erfolgreichen Kandidaten (Verhältniswahlrecht) gewählt. Jeder Wähler hatte so viele Stimmen, wie Kandidaten in seinem Bezirk zu wählen waren (in der Regel vier, in je-weils zwei der insgesamt 16 Bezirke drei bzw. fünf Stimmen).

In der britischen Zone: SPD 10986000 Stimmen, nur 2790 Sitze, CDU 10196000 Stimmen, aber 3279 Sitze.⁶⁸⁵

Merkwürdige Auswirkung des englischen Wahlrechts auch in Bremen. SPD: 47,6 Prozent der Stimmen, aber 63,7 Prozent der Sitze!⁶⁸⁶ Besprechung mit *Kaisen*; er wollte den Senat möglichst unverändert lassen; jetzt meint er, man solle nicht nach der Sitzzahl, sondern nach der Stimmenzahl den Senat zusammensetzen; Ehlers und Nolting-Hauff müßten durch Sondergesetz in den Senat gebracht werden. Schwierig sei das *Wirtschaftsressort Apelts*; seine Partei wolle unbedingt in der Wirtschaft senatorisch mitarbeiten; Apelts Ressort müsse geteilt werden, Häfen und Verkehr bei Apelt, Wirtschaft bei Harmssen und einem Sozialdemokraten (Ewert?); Handel und Industrie bei Harmssen, Handwerk und Arbeitersachen bei Ewert??

[...]

Donnerstag, 17. Oktober 1946

[...]

Nachmittags] 5 bis 8 Uhr Extrasitzung des Senats. Frage der Gebietserweiterung des Landes Bremen; die Amerikaner möchten aus Bremen ein umfangreiches Land machen mit Teilen von Hannover und Oldenburg, ev[entuell] ganz Oldenburg. Dagegen wende ich mich; Bremen sollte seinen Stadtstaat-Charakter behalten. Der Senat stimmt dem zu. Erweiterung nur „in städtischen Grenzen“ (Wesermünde, Delmenhorst, Hafen von Brake, ev[entuell] Elsfleth, Lemwerder, Nordenham); einheitliche Verwaltung des Weserstroms. Ich soll Denkschrift für Amerikaner machen.⁶⁸⁷

[...]

⁶⁸⁵ Leicht abweichende Ergebnisse entstehen bei der Addition der Zahlen für Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein nach Richard Schlachter, *Die deutschen Nachkriegswahlen*, München 1956, S. 48, 52 und 64:

CDU 10122203 Stimmen, 3567 Sitze; SPD 9641698 Stimmen, 2697 Sitze.

⁶⁸⁶ Die Stimmenanteile der Parteien betrugen:

SPD 47,6%, CDU 18,9%, BDV 18,3%, KPD 11,5%, Unabhängige 3,7%; vgl. Kap. 3, Anm. 684.

⁶⁸⁷ Aktennotiz über eine Besprechung der Senatoren und Oberbeamten am 17.10.1946, in StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2. (Vgl. Kap. 3, Anm. 682). Die Denkschrift mit dem Titel: „Gebietserweiterung des Landes Bremen“ findet sich im NL Spittas im StAB: 7,63–1/1.

Freitag, 18. Oktober 1946

Senat. Plate über die großen Bombenschäden im Wehr (April 1945!). Gang des Verfahrens für neue Bürgerschaft und Senat. Bremens Verhältnis zum Länderrat.⁶⁸⁸

[...]

Samstag, 19. Oktober 1946

Dr. Francke, aus englischer Gefangenschaft heimgekehrt, spricht anerkennend über die Zeit in England (zwei Jahre). Erschüttert, als er Walters Tod erfährt. Religiöses Gespräch.

Mittags Theodor auf der Durchreise. Erfüllt von seiner Arbeit mit Jugendlichen. Sein Artikel in der „Nordwest-Zeitung“ für politische Schonzeit der Jugend, schützenden Ring um die Jugend, Raum, in dem die Jugend selbständig nach eigenen Gesetzen wachsen kann.⁶⁸⁹ Nachmittags Senatorentee bei Apelt.

Abends *Eröffnung der Wittheit*. Die Reden Paulmanns und Entholts brav, aber ohne fruchtbare Gedanken, wie wir sie bei Knittermeyer gewohnt sind. Dann aufregender *Vortrag Schaeders*⁶⁹⁰ *über den Weg des deutschen Geistes*. Die deutsche Geschichte nicht nur eine Geschichte der Katastrophen, sondern ungewöhnlicher Aufgaben, für die das deutsche Volk schwere Opfer gebracht hat: 1.) Schaffung einer staatlichen Ordnung in Europa nach dem Untergang des Römisch[en] Reiches und dem Chaos in

⁶⁸⁸ Der Senat erörterte die Frage, ob die Beziehungen zum Länderrat intensiviert werden sollten. Kaisen, Spitta und Nolting-Hauff sprachen sich dafür aus, wobei Spitta eine Festlegung im Statut des Länderrats für nicht erforderlich hielt. – Bezüglich der neuen Bürgerschaft stellte Spitta fest, daß es keine gesetzliche Grundlage für eine Eidesleistung der Abgeordneten gebe, daß Kaisen als bisheriger Präs. die erste Sitzung eröffnen und die Wahl eines neuen Bürgerschaftspräs. und eines geschäftsführenden Vorstands veranlassen müsse. Fraglich blieb, ob die Wahl von Persönlichkeiten, die nicht der Bürgerschaft angehörten, in den Senat durch Gesetz zugelassen werden sollte. Governor Browning war bereit, einer solchen Änderung der bisherigen Rechtslage zuzustimmen. (Senatsprotokoll 18.10.1946, StAB: 3/3).

⁶⁸⁹ Dr. Theodor Spitta (jr.), Aufruf zur Verantwortung, in: *Nordwest-Zeitung* v. 18.10.1946, S. 4. Im Hinblick auf eine Verordnung der Militärregierung, die den Parteien und Gewerkschaften die Gründung von Jugendgruppen erlaubte, forderte Spitta, die Jugendlichen lieber in unabhängigen Vereinen bei Sport, Spiel, Wandern, Musik, Tanz und Gespräch, auch politischer Diskussion, zusammenzufassen, auf einseitige parteipolitische Beeinflussung aber zu verzichten.

⁶⁹⁰ Wie der Bericht und eine Zuschrift im *Weser-Kurier* vom 23.10.1946 zeigen, wurde Spittas positives Urteil über den Vortrag des Göttinger Professors für Orientalistik, Hans Heinrich Schaefer (1896–1957), von vielen nicht geteilt. Sie kritisierten, daß der Redner keinen Versuch gemacht hatte, die NS-Zeit in den Gang der deutschen Geschichte einzuordnen, und empfanden seine Ausführungen über die Sendung der Deutschen als Ausdruck weiterbestehender nationalistischer Selbstüberschätzung. Wegen der Behandlung Knittermeyers hatte Schaefer zu Beginn seines Vortrags scharfe Kritik an der Militärregierung geübt.

der Völkerwanderung. Karl der Große. 2.) Schaffung eines städtischen Bürgertums und städtischer Freiheit. Hanse und Kolonisation des Ostens. 3.) Wahre, innerliche Christianisierung Europas in der Reformation. 4.) Begegnung mit dem Griechentum im 18. Jahrh[undert]. Deutsche Klassik. 5.) Soziale Frage. Karl Marx und der Sozialismus. Wundervolle Worte über die deutsche Musik. Das Ganze aufrüttelnd und aufrichtend. Über allem schien das – nicht angeführte – Wort aus dem „Tasso“ zu stehen:

„Und wenn du ganz dich zu verlieren scheinst,
Vergleiche dich! Erkenne was du bist.“

Der Beifall war stark, die spannende [sic] Anteilnahme der Hörer groß. Am Anfang, *bei der Erwähnung Knittermeyers, ein langanhaltender Beifallsturm*. Einige wenige, darunter Paulmann, bedenklich, wenn nicht gar ablehnend. Angeblich soll der anwesende Amerikaner verstimmt gewesen sein. Dazu kein Anlaß. Nichts an der Rede war nationalistisch. Nach dem Vortrag Essen im Gästehaus. Anregende Aussprache.

[...]

Sonntag, 20. Oktober 1946

[...]

Montag, 21. Oktober 1946

Paulmann hat Schwierigkeiten wegen der Rede Schaeders; die amerik[ani-sche] Mil[itär]reg[ierung] hat Paulmann am Sonntag angerufen; Paulmann fürchtet eine Gefährdung der Wittheit. Ich suche eine andere Auffassung der Rede darzulegen. Die Erwähnung Knittermeyers vielleicht taktisch unrichtig; hoffentlich schadet sie nicht Knittermeyers Vorstellungsverfahren.⁶⁹¹

Nachmittags erste Sitzung der neuen BDV-Fraktion, zwölf Mitglieder, zwei Hospitanten (Bölken und Harmssen). Immer wieder kam bei einzelnen Mitgliedern (Dr. Lueken,⁶⁹² Grabau) die einseitige Parteipolitik durch, vermischt mit persönlichem Ehrgeiz (Lueken Finanzsenator!) – Beurteilung der Lage, als wenn wir ein Reichsparlament wären und es sich um die Entscheidung hochpolitischer Fragen handelte. Solche Sitzungen sind mir das Unangenehmste meiner politischen Tätigkeit.

[...]

⁶⁹¹ Revision im Entnazifizierungsverfahren.

⁶⁹² Dr. Emil Lueken, 1879–1961. Jurist, 1907–1920 Bgm. von Heppens/Rüstringen (Oldenburg), 1920–1933 Oberbgm. von Kiel, seit 1934 Bankdirektor in Bremen, Mitbegründer und stellvertretender Vors. der BDV, 1946–1951 MdBü (BDV/FDP), erhielt 1954 das Große Verdienstkreuz zum Verdienstorden der Bundesrepublik. Vgl. Brem. Biogr., S. 327.

Dienstag, 22. Oktober 1946

[...]

Im Senat Harmssen über Reparationen (660 Fabriken im Westen, 34 Werften, d[as] h[eißt] alle!). Frage, ob Bremen die Deschimag und die Nordd[eu]tsche Hütte kaufen soll und kann.⁶⁹³ – 40 bremische Bäckereien ohne Mehl.⁶⁹⁴ – Wieder die leidige, völlig unklare Denazifikationsfrage.⁶⁹⁵ – Browning will die Besatzung der „Enklave“ vermindern (jetzt 20000 Mann).⁶⁹⁶ – Versicherungssumme der bremischen öffentl[ichen] Gebäude 60 Millionen; zerstört Gebäude mit 24 Millionen RM. Aufbau viel teurer.⁶⁹⁷

[...]

Mittwoch, 23. Oktober 1946

Im Rathause zieht es durch die Fenster, daß ich im Mantel sitze.

Den ganzen Vormittag Besuche und Gespräche. Kaisen erzählt mir vertraulich über die gestrige, langdauernde *Sitzung der SPD-Fraktion*. Sein Verlangen sechs SPD und KPD zu sechs Bürgerlichen abgelehnt.

Sieben zu fünf. Nolting-Hauff als Finanzsenator nur durchgedrückt, nachdem Kaisen die Kabinettsfrage gestellt hatte. SPD beansprucht das Wirtschaftsressort. „Apelt Justitiar für Häfen und Eisenbahnen“. Ich erkläre Kaisen, daß das von den Bürgerlichen nicht hingenommen werde und Bruch bedeuten würde. Kaisen erbittet Aufstellung über Teilung des Ressorts. Kaisen hat Ewert abgewehrt; Wolters soll mit Harmssen in die Wirtschaft. – Kaisens Gedanke, jüngere Kräfte in der Verwaltung auszubilden als künftige Leiter und Senatoren.

Bei der Erörterung des Falles Nolting-Hauff hat Kaisen auf den Einwand aus s[einer] Fraktion, Nolt[ing]-Hauff halte den Sozialismus nicht für das Endziel, erwidert, das sei er auch nicht.

Bedeutsam die geringen Erfolge der *Kommunisten* (der erzwungenen Einheitspartei SED) in der russischen Zone; in *Berlin schwere Niederlage*

⁶⁹³ Das Senatsprotokoll enthält keine zahlenmäßigen Angaben. (StAB: 3/3).

⁶⁹⁴ Bölken teilte mit, daß Schwierigkeiten bei der Brotversorgung durch Anfuhr von Mehl in der kommenden Woche soweit behoben werden könnten, daß die Zuteilungen für eine Woche gesichert seien. (Senatsprotokoll 22.10.1946, StAB: 3/3).

⁶⁹⁵ Spitta gab die Ergebnisse eines bayerischen Berichts über die Tätigkeit der Spruchkammern im Sept. 1946 bekannt (ebenda).

⁶⁹⁶ Wegen der Entscheidung, finanzielle Entschädigung bei der Requisition von Möbeln zu leisten, war mit einem erheblichen Anstieg der Besatzungskosten zu rechnen, die Browning mit Rücksicht auf den Bremer Etat durch Personalabbau bei der Militärregierung verringern wollte (ebenda).

⁶⁹⁷ Bericht Theils über eine Zusammenstellung des Hochbauamts (ebenda).

der Kommunisten.⁶⁹⁸ Außenpolitische Bedeutung der Wahlen als Absage an Rußland.

[...]

Donnerstag, 24. Oktober 1946

[...]

Bei Kaisen mit Oberf[finanz]prä[sident] Milkowski;⁶⁹⁹ er entwickelt seine Pläne über Vergrößerung Bremens (Wesermarsch, Osterholz, Wesermünde-Land, Teil vom Reg[ierung]bez[irk] Stade, Hoya, Verden usw.). Kaisen und ich dagegen. – Kaisen möchte Milkowski an Bremen binden und an unseren Senatssitzungen teilnehmen lassen.⁷⁰⁰

⁶⁹⁸ Trotz erheblicher Behinderung der CDU und LDP und starker Begünstigung der SED durch die Behörden errang die Einheitspartei bei den Landtagswahlen in der SBZ am 20.10.1946 nur 47,5% der Stimmen, die CDU 24,5%, die LDP 24,6%. Gegenüber den Gemeindewahlen im Sept. 1946 mußte die SED bedeutende Verluste hinnehmen; in der Provinz Sachsen und in Brandenburg büßte sie ihre absolute Mehrheit ein. Bei den gleichzeitigen Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen in den vier Sektoren Groß-Berlins, bei denen die SPD als selbständige Partei zugelassen war und sich die Unterstützung der SED auf den sowjetischen Sektor beschränkte, sah das Ergebnis folgendermaßen aus: SPD 48,7%, SED 19,8%, CDU 22,2%, LDP 9,3%. Im sowjetischen Sektor erhielt die SPD 340572, die SED 233311, die CDU 146261 und die LDP 61418 Stimmen. (Die Wahlen in der Sowjetzone, S. 15–17).

⁶⁹⁹ Dr. rer. pol. Fritz Milkowski, geb. 1900. Jan. 1946–31.3.1947 stellvertretender Oberfinanzprä[s., Leiter des auf die Enklave Bremen entfallenden Teils des ehemaligen Oberfinanzpräsidiums Weser-Ems, verzog 1947 nach Halle/Saale.

⁷⁰⁰ Seit der Eingliederung der Enklave Bremen in die britische Besatzungszone am 10.12.1945 war das Oberfinanzpräsidium Weser-Ems nur noch für das Land Bremen und die Stadt Wesermünde zuständig. Da Wesermünde nicht zum bremischen Staatsgebiet gehörte, unterstand das Oberfinanzpräsidium als ehemalige Reichsbehörde direkt der Militärregierung und nicht dem Senat. Es war für die Erhebung der Reichssteuern verantwortlich, während dem Senat die Kompetenz für alle Reichsausgaben in Bremen und Wesermünde übertragen war. Diese widersprüchliche Konstruktion führte zu vielen Spannungen zwischen dem Senat und dem Oberfinanzpräsidium. (Vgl. die Ausführungen Nolting-Hauffs in der Bürgerschaftsdebatte am 10.5.1946, Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 13f.) Milkowski schaltete sich deshalb mit einem Schreiben vom 24.10.1946 an die Militärregierung in die Debatte über die territoriale Neuordnung der britischen Zone ein. Er schlug vor, zur Gewährleistung einer einheitlichen Finanz- und Zollverwaltung alle Gebiete rechts und links der Weser von Bremen bis zur Mündung einem Land Bremen einzugliedern und diesem alle Reichsbehörden außer Post und Eisenbahn, also auch das Oberfinanzpräsidium zu unterstellen. (Milkowski an Militär-Regierung, 24.10.1946, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2). Der Senat beriet am 25.10.1946 über Kaisens Vorschlag, Milkowski an seinen Sitzungen teilnehmen zu lassen. Er vertagte die Entscheidung, nachdem Nolting-Hauff widersprochen und dafür plädiert hatte, zuvor das Verhältnis zwischen dem Oberfinanzpräsidium und dem Senat zu klären, möglichst im Sinne einer Unterstellung Milkowskis. Am 5.11.1946 faßte der Senat einen entsprechenden Beschluß: Da die Militärregierung das ehemalige Oberfinanzpräsidium Weser-Ems bereits geteilt und für die Enklave eine selbständige Finanzverwaltung geschaffen hatte, sollte der Finanzsenator für den gesamten Finanzbe-

Mit Kaisen über Regierungsbildung. Er ist empört über die Parteien; „diese Esel“! – Muß seine Regierungsbildung Sonntag vor den Parteifunktionären vertreten. Dabei entscheidende Verhandlungen mit den Besatzungsmächten, morgen mit *General Robertson* in Hannover. *Zukunft der Hansestädte nicht gesichert. General Robertsons Rede: „vorläufig!“*⁷⁰¹

Kaisen in Verzweiflung über die Arbeiternot auf dem Lande. Keine jungen Leute, um die Rüben vor weiterem Frost zu retten; dagegen Massenbetrieb von jungen Leuten auf dem Freimarkt.

[...] *Nachmittags Bedrohung der Händelstraße mit militärischer Beschlagnahme.*

Wachtposten usw. Die Nachbarn bringen in der Dunkelheit Sachen fort. Begreifliche Aufregung.

[...]

Freitag, 25. Oktober 1946

Im *Senat* (Kaisen abwesend)⁷⁰² die neuen Straßenbeschlagnahmen Händelstr[abe] und Joseph-Haydn-Str[abe] von Harmssen vorgebracht.⁷⁰³ Während der Senatsitzung 150 Bewohner der Straßen im Rathause protestierend; ein Ausschuß dringt bis zum Town Major vor, aber schroff abgewiesen. Unsere Wohnung soll „vorläufig“ nicht in Anspruch genommen werden. Also ständiges Damoklesschwert. [Noch im Senat:] Freimarkt und Freimarktpreise. Razzia zur Prüfung der Preise.

[...]

reich, einschließlich der früheren Reichsverwaltung, zuständig und der Oberfinanzpräs. ihm künftig unterstellt sein. (Senatsprotokolle 25.10. und 5.11.1946, StAB: 3/3).

⁷⁰¹ Sir Brian Hubert Robertson, 1896–1974. Britischer Generalleutnant, 1945–1946 stellvertretender Militärgouverneur, 1947–1949 Militärgouverneur der Britischen Zone, 1950 Hoher Kommissar in der Bundesrepublik, 1950–1953 Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte im Mittleren Osten. – In einer grundsätzlichen Rede vor dem Zonenbeirat am 23.10.1946 nahm Robertson unter Bezug auf eine Erklärung des britischen Außenministers vom Vortag zu den Vorschlägen des Sonderausschusses (vgl. Kap. 3, Anm. 560 und 604) für die Neugliederung der Britischen Zone Stellung. Über den Status Hamburgs und Bremens führte er aus: „Die Hansestädte Hamburg und Bremen behalten vorläufig ihre Selbständigkeit. Ich möchte mich heute nicht darauf festlegen, daß dieser Zustand von Dauer sein wird. Ich bitte, sich damit zu begnügen, wenn ich sage, daß wir im Augenblick keine Änderung vorhaben.“ (Akten Vorgesichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 967. Ein Exemplar der Rede in deutscher Fassung findet sich auch im StAB: 3-B.10.a. Nr. 2[1], Akte 2).

⁷⁰² Kaisen nahm (inoffiziell) an der 8. Sitzung des Zonenbeirats am 23./24.10.1946 in Hamburg teil und konferierte anschließend mit General Robertson in Hannover.

⁷⁰³ Auf die Anfrage Harmssens teilte Häusler mit, daß bei der Militärregierung über Pläne zur Beschlagnahme der Häuser nichts bekannt sei und daß es sich bei der Bestandsaufnahme lediglich um eine vorsorgliche Maßnahme handele. (Senatsprotokoll 25.10.1946, StAB: 3/3).

Neue Zuteilungen. Mit Harmssen über Apelts Verbleiben im Senat.

[...]

Nachmittags Fraktionssitzung über die Regierungsbildung. Beschluß: Zufrieden, wenn Apelt, Bölken, Harmssen und ich in den Senat kommen und einverstanden mit Nolting-Hauff als Finanzsenator. Debatte über Nolting-Hauff. Hagedorn⁷⁰⁴ Präsident der Bürgerschaft, unser Schulze erster Vizepräs[ident], Frau Stiegler [SPD] zweite Vizepräsidentin. – Senatsgesetz und Senatswahl sind noch aufzuschieben.

[...]

Samstag, 26. Oktober 1946

Besprechung mit Kaisen. Er berichtet über seine Verhandlungen mit den Engländern in Hannover. Bremen scheidet aus dem Gebietsrat aus;⁷⁰⁵ kein Nachteil für uns. – Kaisens Empörung über die Schwierigkeiten, die ihm die Parteien, besonders seine eigene, machen. Er meint, die Kommunisten könnten jetzt ganz aus dem Senat ausgeschaltet werden; *bei der SPD große Erregung über den Abtransport von Technikern und Facharbeitern aus der russischen Zone nach Rußland;*⁷⁰⁶ *Gegnerschaft gegen die Kommunisten und Rußland.* Kaisen will die Sache hinwerfen und nicht mehr mitmachen, wenn sich die Parteien in den nächsten Tagen nicht einigen. Seinen Gedanken, daß der jetzige ernannte Senat noch längere Zeit weiter regieren könne (bis zur offiziellen Genehmigung der Verfassung durch die Engländer), habe ich bekämpft; ein solcher Senat wäre ohne Autorität, und das Ganze erschüttere den Gedanken der Demokratie.

Kaisen tritt jetzt für das Verbleiben Apelts im Senat ein. [...]

Sonntag, 27. Oktober 1946

Zu Hause kühl, da das Haus nach und nach durchgekältet ist und zum Heizen alles fehlt. Nachmittags Regen.

Erinnerungen an den Tag vor 46 Jahren. [Hochzeitstag Spittas] Festliches Frühstück durch die amerikanischen Gaben Walters.

[...]

⁷⁰⁴ August Hagedorn, 1888–1969. 1906 Bürogehilfe bei der AOK, 1954 als deren Direktor pensioniert; 1910 Eintritt in die SPD, 1919–1933 MdBü, 1933 Schutzhaft, aus dem Dienst der AOK entlassen, 1933–1945 Bücherrevisor und Helfer in Steuer-sachen, 1946–1966 MdBü, seit Okt. 1946 Bürgerschaftspräs., 1947–1949 Md. des Parlamentarischen Rates.

⁷⁰⁵ Bremen war am 20.12.1945 dem Ende Okt. konstituierten Gebietsrat Hannover-Oldenburg-Braunschweig, seit Jan. 1946 Verwaltungsrat Niedersachsen (vgl. Kap. 3, Anm. 181), beigetreten. Nachdem Robertson bei seiner Rede vor dem Zonenbeirat am 23.10.1946 festgestellt hatte, daß das Land Niedersachsen den Militär-regierungsbezirk Hannover mit Ausnahme Bremens umfassen sollte, mußte die Hansestadt aus dem Gebietsrat ausscheiden.

⁷⁰⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 490.

Montag, 28. Oktober 1946

Vor und nach der Fraktionsführer-Besprechung Bote [Fraktionsführer der BDV] bei mir. *Die Senatsbildung einstweilen festgefahren.* Die CDU verlangt mit ihren zwölf Mandaten in der Bürgerschaft drei Senatoren! (Berufung auf das Wahlergebnis in *der ganzen britischen Zone!*) Bei den Sozialdem[okraten] Bedenken gegen Apelt, Harmssen und Bölken. Bote hat erklärt, Apelt und Spitta seien eine Einheit und *conditio sine qua non*. – Ein bürgerschaftl[icher] Ausschuß soll weiter verhandeln. – Diese Art untergräbt die Demokratie, ehe sie aufgerichtet ist. Dasselbe Parteielend wie vor 1933.

Über die Häuserbeschlagnahmen soll in der Bürgerschaft eine Interpellation eingebracht werden.⁷⁰⁷

Mit der Denkschrift über Gebietserweiterung beschäftigt.⁷⁰⁸

[...]

Dienstag, 29. Oktober 1946

Im *Senat* Wohnungsbeschlagnahme, Sonderbehörden und anderes. Abends Fraktionssitzung: Senatsbildung festgefahren; Tagesordnung der Bürgerschaft, darunter Ortsämter. Es zeigt sich immer wieder, daß man erst die primitivsten Dinge den politischen Neulingen auseinandersetzen muß.

[...]

⁷⁰⁷ Weitere Besprechungen mit der Militärregierung (Crabill) zeigten, daß es sich bei der am 25. 10. im Senat mitgeteilten Auskunft (Kap. 3, Anm. 703) lediglich um einen Beschwichtigungsversuch gehandelt hatte. Die Häuser sollten allmählich innerhalb der nächsten drei Monate in Anspruch genommen werden, um die Unterbringung der Betroffenen zu ermöglichen. Crabill ließ erkennen, daß die Bremer Militärregierung die von den Besatzungstruppen geplanten Beschlagnahmen nicht billigte und sich deshalb an OMGUS gewandt hatte, dessen Antwort noch ausstand. Er verabedete mit Kaisen eine Interpellation in der Bürgerschaft, die die Militärregierung schriftlich beantworten wolle. (Senatsprotokoll 29.10.1946, StAB: 3/3).

⁷⁰⁸ Vgl. Kap. 3, Anm. 687; Kap. 4, Anm. 18.